Stand: 15.09.2026 14:26:23

Vorgangsmappe für die Drucksache 15/8231

"Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 15/8231 vom 22.05.2007
2. Plenarprotokoll Nr. 95 vom 13.06.2007
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 15/8640 des BI vom 12.07.2007
4. Beschluss des Plenums 15/8676 vom 17.07.2007
5. Plenarprotokoll Nr. 99 vom 17.07.2007
6. Gesetz- und Verordnungsblatt vom 31.07.2007

Bayerischer Landtag
15. Wahlperiode

Drucksache 15/**8231**
22.05.2007

Gesetzentwurf

der Abgeordneten **Prof. Dr. Gerhard Waschler, Ingrid Heckner**, Georg Eisenreich, Konrad Kobler, Eduard Nöth, Reinhard Pachner, Franz Josef Pschierer, Hans Rambold, Eberhard Rotter, Berthold Rüth, Peter Schmid, Reserl Sem, Georg Stahl, Blasius Thätter, Gerhard Wägemann **CSU**

zur Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes

A) Problem

1. An den bayerischen Hochschulen finden derzeit umfassende Umstrukturierungen statt, da die Umstellung der bisherigen Diplom- und Magister-Studiengänge auf ein zweistufiges System gemäß der Erklärung von Bologna der Europäischen Bildungsminister im Jahr 1999 zur Schaffung eines europäischen Hochschulraums erfolgt. In Deutschland werden damit die Abschlüsse „Bachelor“ als erster berufsqualifizierender Abschluss nach einem Studium mit einer Regelstudienzeit von 3 bis 4 Jahren und „Master“ als weiterer berufsqualifizierender Abschluss nach einem auf einem ersten berufsqualifizierendem Hochschulabschluss aufbauendem Studium mit einer Regelstudienzeit von 1 ½ bis 2 Jahren eingeführt.

2. Ein genereller Ersatz der Ersten Staatsprüfung für ein Lehramt an öffentlichen Schulen durch die neuen, ausschließlich von der Hochschule zu verleihenden Abschlüsse von Bachelor-/Master-Studiengängen erfolgt in Bayern nicht. Denn Staatsprüfungen ermöglichen die mittelbare Einflussnahme des Staates auf die Studieninhalte. Aus bayerischer Sicht ist die Regelungsmöglichkeit der Inhalte der Lehramtsstudiengänge über eine Staatsprüfung grundsätzlich geboten.

3. Allerdings haben ca. 45 % der Hochschulabsolventen, die zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an beruflichen Schulen zugelassen werden, nämlich die Diplomshandelslehrer – demnächst Wirtschaftspädagogen mit Masterabschluss – schon bisher keine Erste Staatsprüfung abgelegt. Nachdem im Wintersemester 2004/2005 an der Technischen Universität München als Modellversuch der Diplomstudiengang Berufspädagogik eingerichtet wurde, werden in Kürze weitere 25 % der Studienreferendare den Vorbereitungsdienst durchlaufen, ohne eine Erste Staatsprüfung absolviert zu haben. Das Gros der Studierenden für das Lehramt an beruflichen Schulen legt also derzeit keine Erste Staatsprüfung, sondern eine Hochschulprüfung ab. Hierin liegen spezifische Ursachen dafür begründet, nur beim Lehramt für berufliche Schulen auf das Erste Staatsexamen zu verzichten. Diese Struktur soll künftig für alle beruflichen Fachrichtungen angeboten werden.

4. Ferner streben einige Universitäten und Fachhochschulen eine Kooperation bei der Ausbildung von Lehrkräften für berufliche Schulen an. Im Rahmen einer solchen Kooperation soll die berufliche Fachrichtung in der Regel nicht ausschließlich, aber überwiegend an der Fachhochschule gelehrt, die Module bezüglich des Zweitfachs und der Erziehungswissenschaften sollen zum überwiegenden Teil durch die Universität vermittelt werden. Ziel dieses Kooperationsmodells ist es auch, den Lehrermangel in bestimmten technischen Fachrichtungen zu verringern.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Parlamentspapiere abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen/Tagesübersicht zur Verfügung.

Zunächst muss allerdings erprobt werden, ob die kombinierte Ausbildung den fachlichen und pädagogischen Anforderungen für die Lehramtsausbildung an beruflichen Schulen genügt. Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass die Absolventen dieses Studiengangs Zugang zum höheren Dienst erlangen.

B) Lösung

Der Ersten Lehramtsprüfung für berufliche Schulen wird unter bestimmten Voraussetzungen die Diplom- oder Masterprüfung für Berufspädagogen gleichgestellt. Den Universitäten wird somit die Möglichkeit eingeräumt, ihre Studiengänge für das Lehramt an beruflichen Schulen in Bachelor-/Masterstudiengänge zu überführen. Absolventen dieser Studiengänge erwerben nach erfolgreichem Ableisten des Vorbereitungsdienstes und der Zweiten Staatsprüfung die Befähigung für das Lehramt an beruflichen Schulen.

Ferner wird eine Bestimmung eingefügt, die ein integriertes Studium an Universität und Fachhochschule als Modellversuch ermöglicht. Absolventen auch dieser Studiengänge erwerben nach erfolgreichem Ableisten des Vorbereitungsdienstes und der Zweiten Staatsprüfung die Befähigung für das Lehramt an beruflichen Schulen.

C) Alternativen

Keine.

Die Gleichstellung von Masterprüfungen für Berufspädagogen mit der Ersten Lehramtsprüfung für berufliche Schulen sowie die dadurch mögliche Umstellung der Studiengänge „Lehramt an beruflichen Schulen“ in Bachelor-/Masterstudiengänge und die Erprobung eines integrierten Studiengangs an Fachhochschule und Universität sind nur durch eine Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes erreichbar.

D) Kosten

Keine.
Es ändert sich lediglich die Studienstruktur.

Bayerischer Landtag
15. Wahlperiode

Drucksache 15/**8231**
22.05.2007

Gesetzentwurf

zur Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes

§ 1

Das Bayerische Lehrerbildungsgesetz (BayLBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Dezember 1995 (GVBl 1996 S. 16, ber. S. 40, BayRS 2238-1-UK), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 26. Juli 2006 (GVBl S. 401), wird wie folgt geändert:

1. Art. 6 Abs. 1 Satz 5 erhält folgende Fassung:

   „[5]Der Ersten Lehramtsprüfung für berufliche Schulen entspricht auch eine im Geltungsbereich dieses Gesetzes abgelegte Diplom- oder Masterprüfung für Berufs- oder Wirtschaftspädagogen, wenn sie den Anforderungen des Lehramts genügt und daneben ein mindestens einjähriges einschlägiges berufliches Praktikum oder eine abgeschlossene einschlägige Berufsausbildung nachgewiesen wird; die Studien- und Prüfungsordnungen sind im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus zu erlassen.“

2. In Art. 19a wird der bisherige Text Satz 1 und folgender Satz 2 angefügt:

   „[2]Mit Genehmigung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus kann ferner für das Lehramt an beruflichen Schulen abweichend von der in Art. 4 Abs. 1 Satz 1 getroffenen Regelung auch ein integriertes Studium von Universitäten und Fachhochschulen als Modellversuch erprobt werden; die Absolventen des integrierten Studiengangs haben abweichend von Art. 26 Abs. 1 Nr. 1 BayBG Zugang zur Laufbahn des höheren Dienstes.“

§ 2

Dieses Gesetz tritt am ……. in Kraft.

Begründung:

A) Vorbemerkung

1. An den bayerischen Hochschulen finden derzeit umfassende Umstrukturierungen statt, da die Umstellung der bisherigen Diplom- und Magister-Studiengänge auf ein zweistufiges System gemäß der Erklärung von Bologna der Europäischen Bildungsminister im Jahr 1999 zur Schaffung eines europäischen Hochschulraums erfolgt. In Deutschland werden damit die Abschlüsse „Bachelor“ als erster berufsqualifizierender Abschluss nach einem Studium mit einer Regelstudienzeit von 3 bis 4 Jahren und „Master“ als weiterer berufsqualifizierender Abschluss nach einem auf einem ersten berufsqualifizierendem Hochschulabschluss aufbauendem Studium mit einer Regelstudienzeit von 1 ½ bis 2 Jahren eingeführt.

2. Ein genereller Ersatz der Ersten Staatsprüfung für ein Lehramt an öffentlichen Schulen durch die neuen, ausschließlich von der Hochschule zu verleihenden Abschlüsse von Bachelor-/Master-Studiengängen erfolgt in Bayern nicht. Denn Staatsprüfungen ermöglichen die mittelbare Einflussnahme des Staates auf die Studieninhalte. Aus bayerischer Sicht ist die Regelungsmöglichkeit der Inhalte der Lehramtsstudiengänge über eine Staatsprüfung grundsätzlich geboten.

3. Allerdings haben ca. 45 % der Hochschulabsolventen, die zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an beruflichen Schulen zugelassen werden, nämlich die Diplomshandelslehrer – demnächst Wirtschaftspädagogen mit Masterabschluss – schon bisher keine Erste Staatsprüfung abgelegt. Nachdem im Wintersemester 2004/2005 an der Technischen Universität München als Modellversuch der Diplomstudiengang Berufspädagogik eingerichtet wurde, werden in Kürze weitere 25 % der Studienreferendare den Vorbereitungsdienst durchlaufen, ohne eine Erste Staatsprüfung absolviert zu haben. Das Gros der Studierenden für das Lehramt an beruflichen Schulen legt also derzeit keine Erste Staatsprüfung, sondern eine Hochschulprüfung ab. Hierin liegen spezifische Ursachen dafür begründet, nur beim Lehramt für berufliche Schulen auf das Erste Staatsexamen zu verzichten. Diese Struktur soll künftig für alle beruflichen Fachrichtungen angeboten werden.

4. Der Ersten Lehramtsprüfung für berufliche Schulen wird unter bestimmten Voraussetzungen die Diplom- oder Masterprüfung für Berufspädagogen gleichgestellt. Den Universitäten wird somit die Möglichkeit eingeräumt, ihre Studiengänge für das Lehramt an beruflichen Schulen in Bachelor-/Masterstudiengänge zu überführen. Absolventen dieser Studiengänge erwerben nach erfolgreichem Ableisten des Vorbereitungsdienstes und der Zweiten Staatsprüfung die Befähigung für das Lehramt an beruflichen Schulen.

5. Einige Universitäten und Fachhochschulen streben eine Kooperation bei der Ausbildung von Lehrkräften an beruflichen Schulen an. Im Rahmen einer solchen Kooperation soll die berufliche Fachrichtung in der Regel nicht ausschließlich, aber überwiegend an der Fachhochschule gelehrt, die Module bezüglich des Zweitfachs und der Erziehungswissenschaften sollen zum überwiegenden Teil an der Universität vermittelt werden. Ziel dieses Kooperationsmodells ist es auch, den Lehrermangel in bestimmten technischen Fachrichtungen zu verringern. Es muss allerdings erst erprobt werden, ob die kombinierte Ausbildung den fachlichen und pädagogischen Anforderungen für die Lehramtsausbildung an beruflichen Schulen genügt. Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass die Absolventen auch dieser Studiengänge nach erfolgreichem Ableisten des Vorbereitungsdienstes und der Zweiten Staatsprüfung die Befähigung für das Lehramt an beruflichen Schulen erwerben.

B) Zu § 1

Zu Nr.1:

Dadurch, dass eine Diplom- oder Masterprüfung für Berufspädagogen auch der Ersten Lehramtsprüfung für berufliche Schulen entspricht, ist eine Umstellung auf die Bachelor-/Masterstruktur, daneben aber auch eine Weiterführung der Studiengänge Lehramt an beruflichen Schulen mit dem Abschluss Erste Staatsprüfung an den Universitäten möglich. Es ist zu erwarten, dass mittelfristig an allen Standorten eine Umstellung erfolgen wird mit der Folge, dass es beim Lehramt an den beruflichen Schulen keine Erste Staatsprüfung mehr geben wird.

Durch die Änderungen ist gewährleistet, dass der Masterabschluss Berufspädagogik nur dann zum Eintritt in den Vorbereitungsdienst berechtigt, wenn er den inhaltlichen Anforderungen an das Lehramt an beruflichen Schulen genügt. Die Studien- und Prüfungsordnung für den Bachelor- und Masterstudiengang ist deshalb dem Staatsministerium bereits im Vorhinein zur Genehmigung vorzulegen. Dieses Verfahren wird bisher schon beim Studiengang Wirtschaftspädagogik praktiziert.

Zu Nr. 2:

Mit der Modellversuchsklausel besteht die Möglichkeit, ein integriertes Studium an Fachhochschulen und Universitäten für die Ausbildung von Lehrkräften an beruflichen Schulen zu erproben. Der Genehmigungsvorbehalt ermöglicht dem Kultusministerium eine Einflussnahme auf die Studieninhalte. Die Absolventen des kombinierten Studiengangs dürfen keine schlechteren Zugangsvoraussetzungen in den staatlichen Schuldienst haben als die herkömmlich ausgebildeten Lehramtsabsolventen. Deshalb wird der Zugang zum höheren Dienst ausdrücklich normiert.

Bayerischer Landtag
15. Wahlperiode Plenarprotokoll

15/95

13.06.2007

95. Sitzung

**am Mittwoch, dem 13. Juni 2007, 13.00 Uhr,
in München**

Geschäftliches 7151

Geburtstagswünsche für die Abgeordneten **Philipp Graf von und zu Lerchenfeld** und **Rainer Volkmann** 7151

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Antrag der CSU-Fraktion
„Global denken, lokal handeln – Bayerns Klimaschutzinitiativen vor dem Hintergrund der G-8-Beschlüsse“

Henning Kaul (CSU) 7151
Susann Biedefeld (SPD) 7153
Ruth Paulig (GRÜNE) 7154
Franz Josef Pschierer (CSU) 7156
Ludwig Wörner (SPD) 7157
Helmut Brunner (CSU) 7158
Christian Meißner (CSU) 7159
Staatssekretär Dr. Otmar Bernhard 7160

Regierungserklärung der Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten zum Thema **„Bayerische Impulse für Europa“**

Staatsministerin Emilia Müller 7162, 7183
Dr. Linus Förster (SPD) 7167
Prof. Ursula Männle (CSU) 7170
Dr. Martin Runge (GRÜNE) 7172
Alfons Zeller (CSU) 7178
Wolfgang Hoderlein (SPD) 7180
Gudrun Brendel-Fischer (CSU) 7182

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Pranghofer u. a. u. Frakt. (SPD)
Gerecht ist: Mehr Zeit zum Lernen! Gesamtkonzept für Ausbau der Ganztagsschulen vorlegen (Drs. 15/8297)

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD) 7185, 7190
Berthold Rüth (CSU) 7187
Simone Tolle (GRÜNE) 7188
Staatssekretär Karl Freller 7189

Beschluss 7190

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sicherheitskonzept für den Transrapid unverzüglich vorlegen (Drs. 15/8298)

und

Dringlichkeitsantrag der Abg. Joachim Herrmann, Engelbert Kupka, Franz Josef Pschierer u. a. u. Frakt. (CSU)
Sicherheitskonzept für den Transrapid darstellen (Drs. 15/8316)

Dr. Martin Runge (GRÜNE) 7180, 7194, 7199
Eberhard Rotter (CSU) 7192, 7194
Rainer Volkmann (SPD) 7194, 7200
Ludwig Wörner (SPD) 7195
Staatsminister Erwin Huber 7196, 7200

Beschluss zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 15/8298 7201

Beschluss zum CSU-Dringlichkeitsantrag 15/8316 7201

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Parlamentspapiere abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen/Tagesübersicht zur Verfügung.

Erste Lesungen zu Gesetzentwürfen und Staatsverträgen, die **ohne Aussprache** an die jeweils federführenden Ausschüsse **überwiesen** werden sollen (s. Anlage)

Beschluss 7201, 7209

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur **Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen**
(Drs. 15/8230)
– Erste Lesung –

Verweisung in den Bildungsausschuss 7201

Dringlichkeitsantrag der Abg. Joachim Herrmann, Renate Dodell, Joachim Unterländer u. a. u. Frakt. (CSU)
Mit der Einführung des Betreuungsgeldes die Wahlfreiheit der Familien stärken (Drs. 15/8299)

und

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Dr. Simone Strohmayr, Joachim Wahnschaffe u. a. u. Frakt. (SPD)
„Kinder brauchen nicht mehr Geld, sondern sie brauchen gute Angebote“
Für eine umfassende Neuordnung der Kindergartenfinanzierung und ein Kindertagesstättenausbauprogramm in Bayern (Drs. 15/8314)

und

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Krippenausbau fördern – keine Herdprämie
(Drs. 15/8315)

Joachim Unterländer (CSU) 7201, 7202
Joachim Wahnschaffe (SPD) 7202
Dr. Simone Strohmayr (SPD) 7203
Renate Ackermann (GRÜNE) 7205, 7207
Staatsministerin Christa Stewens 7206, 7207

Beschluss zum CSU-Dringlichkeitsantrag 15/8299 7208

Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 15/8314 7208

Beschluss zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 15/8315 7208

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Dr. Linus Förster, Wolfgang Hoderlein u. a. u. Frakt. (SPD)
Darstellung, Erläuterung und Begründung des Operationellen Programms für die EU-Regionalförderung 2007 bis 2013 (Drs. 15/8300)

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss 7208

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gewichtungsfaktoren abschaffen und Gruppen verkleinern – Basiswert neu berechnen
(Drs. 15/8301)

Verweisung in den Sozialausschuss 7208

Dringlichkeitsantrag der Abg. Joachim Herrmann, Markus Sackmann, Manfred Ach u. a. u. Frakt. (CSU)
Wettbewerbsfähigkeit deutscher Biodieselhersteller stärken (Drs. 15/8302)

Verweisung in den Landwirtschaftsausschuss 7208

Dringlichkeitsantrag der Abg. Joachim Herrmann, Renate Dodell, Joachim Unterländer u. a. u. Frakt. (CSU)
Weitere Steuerbefreiung für die Tagespflege sichern (Drs. 15/8303)

Verweisung in den Sozialausschuss 7208

Schluss der Sitzung 7208

(Beginn: 13.02 Uhr)

Präsident Alois Glück: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 95. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Sie ist erteilt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich zwei Glückwünsche aussprechen: Am 25. Mai feierte Kollege Philipp Graf von und zu Lerchenfeld einen halbrunden Geburtstag – ich habe ihn gerade gesehen, er ist anwesend.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Der feiert nicht!)

Kollege Rainer Volkmann feierte am 3. Juni ebenfalls einen halbrunden Geburtstag. Beiden Kollegen wünsche ich im Namen des gesamten Hauses alles Gute.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde

Für die heutige Sitzung ist die Fraktion der CSU vorschlagsberechtigt. Sie hat eine Aktuelle Stunde zum Thema **„Global denken, lokal handeln – Bayerns Klimaschutzinitiativen vor dem Hintergrund der G-8-Beschlüsse“** beantragt.

In der Aktuellen Stunde haben die einzelnen Redner bekanntlich fünf Minuten Redezeit. Für je einen Redner pro Fraktion können zehn Minuten Redezeit beantragt werden, was bereits geschehen ist. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, erhält eine Fraktion auf Antrag eines ihrer Mitglieder zusätzlich fünf Minuten Redezeit. –

Erster Beitrag: Herr Kollege Kaul.

Henning Kaul (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in diesem Haus allen Grund, auf unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel als Gastgeberin und Vordenkerin des G-8-Gipfels stolz zu sein.

(Beifall bei der CSU – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Glückwunsch!)

Ich will das begründen. Sie hat aus Überzeugung selbstbewusst das Zukunftsweisende von ihren Staatslenkerkollegen gefordert. Sie nutzt die EU-Ratspräsidentschaft, um die weltweite Umsetzung der Gleichwertigkeit des Dreiklangs von Rio einzufordern – wir kennen das alle, wir haben lange und oft genug darüber gesprochen –, nämlich zu fordern, dass Wirtschaft, Soziales und Umweltschutz zur Präambel der nationalen Politiken gemacht werden. Wir haben in zurückliegenden Diskussionen erlebt, dass Erkenntnisse der Wissenschaft über die Verantwortung der Industrienationen für die Veränderungen des weltweiten Wettergeschehens nicht akzeptiert und in Abrede gestellt worden sind.

Werte Kolleginnen und Kollegen, es ist das große Verdienst von Angela Merkel, dass entgegen allen bisherigen Verlautbarungen alle Mitglieder der G-8-Runde die wissenschaftlichen Ergebnisse des Intergovernmental Panel on Climate Change – IPCC – als Grundlage weiterer Maßnahmen akzeptiert haben; aber nicht nur das, auch die dort wiedergegebenen Handlungsempfehlungen des IPCC sind akzeptiert worden. – Ich zitiere:

> We noted with concern the recent IPCC report and its finding.

(Zurufe von Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN: Übersetzung!)

Ich zitiere aus dem Original, damit hier keine falschen Übersetzungen Platz greifen.

Alle erkennen damit an, dass sich das Klima der Welt nicht um mehr als zwei Grad erwärmen darf, um einen Kollaps des Klimas auf diesem Planeten zu vermeiden.

Die messbare Reduktion zum Beispiel der CO_2-Emissionen hat darunter gelitten, dass der größte Emittent, nämlich die Vereinigten Staaten von Amerika, zuvor das Kyoto-Protokoll zwar unterschrieben, aber nicht ratifiziert hat. Amerika – wie wir alle wissen – wollte mit China und Indien einen eigenen Weg gehen. Seit Heiligendamm ist das vom Tisch! Amerika wird bereits auf der Klimaschutzkonferenz im Dezember dieses Jahres auf Bali teilnehmen und hat angekündigt, dass es 2012 die Vereinbarung in der Nachfolge des Kyoto-Protokolls unterschreiben werde, aber nicht nur unterschreiben, sondern auch ratifizieren werde.

Für die Glaubhaftigkeit all dieser Beschlüsse ist besonders wichtig: Alle G-8-Staaten, einschließlich Amerika als großer CO_2-Emittent, verpflichten sich, die weiteren Schritte unter die Führung der UN als Weltgemeinschaft zu stellen. Wenn einer von uns vor dem Gipfel von Heiligendamm dieses Ergebnis vorausgesagt hätte, wäre er sicher als Klimafantast verschrien worden. Für mich ist die Kritik des SPD-Bundesvorsitzenden Beck an den Beschlüssen von Heiligendamm unbegreiflich. Sein Motiv – darüber macht man sich schließlich Gedanken – kann nur sein, was ein Karikaturist im „Main-Echo“ vor einigen Tagen aufgegriffen hat. Müntefering und Beck werden in einer Karikatur gezeigt. Beck fragt Müntefering: „Wie komme ich denn mal wieder ins Fernsehen?“

Werte Kolleginnen und Kollegen, stellen Sie sich vor, unter einer rot-grünen Bundesregierung wären diese Ergebnisse von Heiligendamm allenthalben gefeiert worden.

(Susann Biedefeld (SPD): Dann hätte es wenigstens Ergebnisse gegeben!)

Es gibt, Gott sei Dank, aber noch andere Urteile. Dagegen lautet der Kommentar des World Wildlife Fund – WWF –: Es ist mehr erreicht worden, als zu erwarten war. Herr

Steiner, der Leiter des UN-Umweltprogramms, lobte die Zusage von George W. Bush, sich für den Lösungsweg im Klimaschutz in die Völkergemeinschaft einzureihen. Ich zitiere:

> Das haben wir Frau Merkel zu verdanken, das gab es vorher noch nicht.

Auch wenn Viele konkrete Zahlen als Ziele vermisst haben, die Halbierung der CO_2-Emissionen bis 2050 ist beschlossen. Ich zitiere aus dem Originalprotokoll:

> We will consider seriously the decisions made by the European Union, Canada and Japan, which include at least a halfing of global emissions by 2050.

Diese eindeutige Ankündigung können auch virtuose Gesprächskünstler bis zum Klimaschutzgipfel auf Bali nicht kleinreden oder zum Nullum werden lassen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ein weiterer Erfolg: Waren bisher marktwirtschaftliche Elemente des Klimaschutzes wie Emissionshandel oder Ökosteuer „Teufelswerkzeug", besonders in den Augen der Amerikaner, so werden sie nun im Protokoll von Heiligendamm

> (Widerspruch bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

sogar als wichtige Anreize für die Privatwirtschaft gewertet. Frau Merkel hat aufgenommen, was selbst eingefleischte Amerika-Kritiker hierzulande nicht wahrhaben wollten, dass selbst Banker an der Wall Street erkannt haben, dass der Handel mit Kohlendioxid-Zertifikaten zum Instrument des globalen Klimaschutzes und damit zu einer Börse mit Milliardenumsätzen wird. Dies wie auch die explizite Festlegung der Förderung von Techniken zur Kraft-Wärme-Kopplung ins Protokoll von Heiligendamm aufzunehmen, ist das Verdienst der amtierenden EU-Ratspräsidentin.

> (Ruth Paulig (GRÜNE): Glos boykottiert das!)

Dass mittlerweile die Deutsche Börse einen Öko-Dax eingeführt hat, in dem die am umweltfreundlichsten produzierenden zehn Wirtschaftsunternehmen im Bereich der erneuerbaren Energien aufgelistet und laufend bewertet werden, will ich in diesem Zusammenhang als eine gute Entwicklung anführen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, mittlerweile sind die Beschlüsse von Heiligendamm zum Auftrag für die Umweltminister aller Länder dieser Erde geworden. Sie müssen sich im Dezember 2007 in Bali zusammen mit Amerika auf den Weg der Umsetzung machen. Ihr Votum wird 2008 zur Vorlage des nächsten G-8-Gipfels in Japan. Danach folgt 2009 die Weltumweltkonferenz unter UN-Führung zur Festlegung der Klimaschutzmaßnahmen nach Ablauf des Kyoto-Protokolls 2012.

Angela Merkel konnte in Heiligendamm deswegen so selbstbewusst Forderungen an die übrigen sieben Industrienationen stellen, weil wir in Deutschland als Umweltvorreiter der EU gelten, und zwar wegen unserer Gesetzeswerke, unserer Umweltforschung

> (Widerspruch bei den GRÜNEN)

– das möchten Sie gern – und wegen des Stands der zur Verfügung stehenden Umwelttechnologien. Deshalb sind die Beschlüsse von Heiligendamm eine Riesenchance auch für unsere Wirtschaft. Kollege Pschierer wird sicher darauf eingehen.

Den Schadstoffausstoß zu reduzieren, Energie zu sparen, erneuerbare Energien zu nutzen und unsere künftige Energieversorgung und unsere Mobilität auf CO_2-neutrale Energien umzustellen, ist durch den Einzug intelligenter Technologien möglich geworden.

G 8 hat mit seinen Beratungen gezeigt, dass die Industrienationen als Verursacher der Veränderungen unserer Atmosphäre ihre Verantwortung sehen und den übrigen Ländern der Welt einen Weg anbieten, unsere Fehler aus der Vergangenheit auf ihrem Weg in eine bessere Zukunft zu vermeiden. Deshalb war auch der anfangs kritisierte umfangreiche Themenkatalog, wie ich meine, richtig und wichtig; denn ohne die Einhaltung ökologischer und sozialer Mindeststandards kann die Globalisierung nicht gelingen.

Alle Länder sind nun aufgefordert, diese Standards zu verwirklichen. In Deutschland sind es die Bundesländer, die EU- und deutsches Recht umsetzen und in ihrem Wirkungsbereich Umweltschutz gestalten. So wie die Summe der kleinen Umweltsünden das große Umweltproblem ergibt, gilt umgekehrt: Die Vermeidung von Umweltsünden führt zur Verbesserung unserer Umwelt und unserer Lebensbedingungen.

Bayern braucht sich mit seinen Maßnahmen in der Klimaforschung wie auch mit seinen Reduktionsmaßnahmen nicht zu verstecken. – Ich sehe soeben, dass mir die Aufzählung dieser Maßnahmen wegen Ablaufs der Redezeit nicht mehr möglich ist. Aber die Kollegen Brunner, Pschierer und Meißner werden dies tun.

Heiligendamm mit Angela Merkel hat den von uns Menschen verursachten Klimaproblemen einen neuen Stellenwert gegeben. Heiligendamm hat gezeigt: Für die Lösung gibt es keinen Königsweg. Die Lösung liegt in einem Bündel von Maßnahmen. Wir sind nicht nur aus wissenschaftlichen Erkenntnissen, sondern auch aus den bereits eingetretenen Schäden klüger geworden. Das hat auch manchen Zweifler nachdenklich gemacht.

Jede Regierung und jedes Parlament muss sich nun die Frage stellen, ob sie für den Klimaschutz genug tun. Wir von der CSU werden den Auftrag von Heiligendamm im Sinne von global denken und lokal handeln aufnehmen und unsere bisherigen Maßnahmen auf ihre Erfolge überprüfen.

Ich glaube, eines kann ich schon heute in diesem Hause feststellen: Wenn sich alle Bundesländer mit den Erfolgen

von Bayern an der Reduktion von Klimagasen beteiligten, bekämen wir die Klimaveränderung in den Griff.

Präsident Alois Glück: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist überschritten.

Henning Kaul (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Ich bin jetzt fertig. – Klimaschutz ist durch Heiligendamm zu einer ehrenwerten Aufgabe der Politik geworden. Dabei Vorreiter zu sein, wird für die CSU-Fraktion weiterhin eine Herausforderung bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Biedefeld.

Susann Biedefeld (SPD): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Vom Gipfel von Heiligendamm, der nunmehr Geschichte ist, hin zu einem Gipfel im Bayerischen Landtag – wir können hier sagen: zu einem Gipfel der Scheinheiligkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Aus unserer Sicht sind die Ergebnisse, die Heiligendamm gebracht hat, Herr Kollege Kaul, gerade im Hinblick auf die Klimapolitik alles andere als ein Erfolg, sie sind vielmehr mager. Es sind keinerlei konkrete Vorgaben gemacht worden. Man kann die Ergebnisse – das tue auch ich – durchaus als ein Signal in die richtige Richtung bewerten. Die USA haben sich bereit erklärt oder zumindest angekündigt, sich am UN-Klimaprozess zu beteiligen. Aber das ist für uns ein Signal in die richtige Richtung, mehr nicht.

Die getroffenen Vereinbarungen reichen bei Weitem nicht aus. Was Heiligendamm gebracht hat, reicht längst nicht aus. Was den Klimaschutz betrifft, so wissen wir alle, dass uns die Zeit davonläuft. Sinnvoller wäre es gewesen, sich bezüglich der Reduktion der Treibhausgase auf konkrete Ziele zu verständigen. Als Opposition im Bayerischen Landtag wissen wir, wie schwierig es schon ist, mit einer CSU auf Landesebene zurechtzukommen, die ebenfalls nicht bereit ist, sich auf Ziele festzulegen. Wenn sie einmal Ziele festgelegt hat, dann hält sie sie nicht ein. Sie vollzieht die notwendigen Maßnahmen nicht, um die Ziele in die Realität umzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Ich nenne als Beispiel die Regierungserklärung Stoibers von 1995 und das darin genannte Ziel, bis zum Jahr 2000 13 % der Energie aus erneuerbaren Energien zu erbringen. Sie ist nachzulesen in den Protokollen des Bayerischen Landtags. Das Jahr 2000 liegt schon sieben Jahre zurück. Da wollte der Freistaat Bayern einen Anteil der erneuerbaren Energien von 13 % erreichen. Das wurde 1995 angekündigt. 2007, also sieben Jahre nach dem Termin, zu dem das Ziel erreicht werden sollte, liegen wir bei 8 %.

Und was kommt jetzt? Nach einem großen Klimagipfel und einem wiederholten Klimagipfel auf der Zugspitze gibt es neue Ankündigungen, die wieder wie Seifenblasen zerplatzen werden, weil Sie nicht bereit sind, von Ankündigungen endlich zum Handeln überzugehen.

Im Jahr 2000 wollten wir also bei 13 % sein. Jetzt, im Jahr 2007, sagen Sie: Bis zum Jahr 2020 werden wir bei einem Anteil der erneuerbaren Energien von 16 % sein. Das ist Ihre Politik. Da versuchen sich die Staatsregierung und die CSU-Fraktion als Umweltpolitiker zu gerieren. Aber, Herr Kollege Kaul, das wird Ihnen nicht gelingen. Die Menschen sehen nämlich, dass Ihre Politik nicht glaubhaft ist, dass sie sich immer wieder in Ankündigungen erschöpfen, die nicht eingehalten werden. Es fehlen die Taten und vor allem die Haushaltsmittel; dazu werde ich noch kommen.

Ich gehe nicht auf Heiligendamm ein. Wir haben schließlich alles in den Medien mitverfolgt und gelesen. Man kann auch die Protokolle nachlesen.

Unser Thema sind auch Bayerns Klimaschutzinitiativen vor dem Hintergrund der G-8-Beschlüsse. Schauen wir uns doch einmal an, wie es um Bayerns Klimaschutzinitiativen steht. Global denken, lokal handeln – was bedeutet das denn für die Bayerische Staatsregierung und die CSU-Fraktion? Global denken – ja; das sind Ankündigungen. Aber statt zu handeln, wird immer mit dem Finger auf andere gezeigt, auf die Kommunen, unsere Städte und Gemeinden, auf unsere Landkreise. Es wird auch auf die Kirchen gedeutet, die sich jetzt einem Klimabündnis angeschlossen haben und ganz konkrete Maßnahmen auf den Weg bringen. Da muss man wirklich sagen: Ein dickes Kompliment unseren beiden Kirchen in Bayern, der katholischen und der evangelischen Kirche, die nicht nur reden, sondern auch handeln! Ebenso können wir viele positive Beispiele von Kommunen nennen.

Sie zeigen mit dem Finger auf Berlin. Sie verweisen immer wieder auf viele andere. Sie selbst handeln nicht. Wie sieht es denn mit ganz konkreten Maßnahmen im Freistaat Bayern aus, die Sie hier mit Ihrer Zweidrittelmehrheit auf den Weg bringen könnten?

Ich werde jetzt ein paar Punkte konkret ansprechen – Herr Kollege Kaul hat das nicht getan –, wie es mit den Klimaschutzinitiativen in Bayern ist. Wie ist es denn tatsächlich gelaufen? Wir haben gesagt: Wir wollen eine nachhaltige Klimaschutzpolitik. Diese fordern wir seit Jahren. Ich verweise auf die Umweltausschusssitzung vom 24. April 2007, als ich einen Aktenordner mit unseren gesamten Initiativen allein zur Energie- und Klimapolitik dabei hatte. Ich habe in dieser Sitzung die Zeit dazu genutzt, unter Nennung der Drucksachennummern all dies darzulegen, aber alle Anträge wurden von Ihnen abgelehnt.

Wir würden in Bayern schon ganz anders dastehen, wenn Sie endlich vom Reden zum Handeln kommen würden.

(Beifall bei der SPD)

Wie ist es? Was haben wir unter anderem eingefordert? – Wir haben einen jährlichen Klimabericht eingefordert. Wir wollen, dass die Staatsregierung jedes Jahr einen bayerischen Klimaschutzbericht mit Evaluierung der eingeleiteten Maßnahmen vorlegt. Wir brauchen nicht ständig Klimagipfel auf der Zugspitze mit neuen Ankündigungen, wie zum Beispiel die Einsetzung eines neuen Kabinettsausschusses, der federführend unter Minister Schnappauf berät. Sie unterhalten sich jetzt neu über den Klimaschutz. Im April 2007 haben Sie beschlossen, einen Kabinettsausschuss für das Klima einzusetzen und man unterhält sich über das Klima im Kabinett. Das ist eine tolle Geschichte. Wir wollen einen Klimabericht. Aus diesem Klimabericht wollen wir genau ersehen: Welche Maßnahmen sind in einem Jahr eingeleitet worden? Wie viele Haushaltsgelder sind eingesetzt worden? Mit welcher Maßnahme haben wir welchen Erfolg erzielt? Was ist weiter auf den Weg zu bringen? Warum sind wir nicht vorangekommen? Diesen jährlichen Klimabericht haben Sie immer wieder abgelehnt.

Wichtig sind verpflichtende Ziele für die Paktteilnehmer oder die teilnehmenden Bündnispartner: Fragen Sie doch einmal einen Bündnispartner wie den Bund Naturschutz, der zur Zusammenarbeit bereit ist und auch sagt, die tollen Reden, Events und Veranstaltungen sowie Show-Veranstaltungen nutzten nichts, wir brauchen ganz klare und konkrete Ziele und sind bereit, uns mit in das Boot nehmen zu lassen. Wir wollen daher verpflichtende Ziele, und zwar mit Evaluierung, das heißt, mit entsprechender Erfolgskontrolle. Es darf nicht immer nur neue Ankündigungen geben.

Wir wollen eine Markteinführung von Biomasse – das ist eine von ganz vielen Forderungen, die in unseren Anträgen zu einer Energiepolitik und damit zu einer besseren Klimapolitik für Bayern immer wieder genannt werden. Wir brauchen die Biomasse zur Wärmeerzeugung und zur Stromgewinnung sowie als Treibstoff. Wir brauchen ein bayerisches Programm und nicht nur einen Fingerzeig in Richtung Berlin, in Richtung auf den Bund. Vieles ist auf eine rot-grüne Bundesregierung zurückzuführen. Die Erfolge, die Sie sich aneignen und für die Sie sich feiern lassen, gehen auf eine Vielzahl von Maßnahmen einer rot-grünen Bundesregierung zurück. Sie sind nicht auf Ihre Politik zurückzuführen. Schauen Sie nur einmal an, was in Ihrem Haushalt an Mitteln für Klimapolitik steckt. Wir haben ein Tankstellennetz für biogene Treibstoffe eingefordert – abgelehnt. Wir wollen eine energetische Sanierung landeseigener Liegenschaften.

Heiligendamm: Hier wäre Handeln angesagt, nicht nur in Heiligendamm. Bundeskanzlerin hin oder her – wir stehen im Freistaat Bayern in der Verantwortung. Energetische Sanierung – inzwischen bereits unzählige Anträge. Immer wieder haben wir seit dem Jahr 2000 ganz konkret Haushaltsmittel eingefordert, weil wir sagen, der Freistaat Bayern müsse mit gutem Beispiel vorangehen und seine eigenen Liegenschaften energetisch sanieren. Der Oberste Rechnungshof schreibt Ihnen ganz klar in Ihr Hausaufgabenbuch, dass Sie der Energieverschwender par excellence seien. Schauen Sie sich einmal Ihre Haushalte seit 2000 an: Es gibt eine Haushaltsstelle, aber keinen einzigen Cent; eine fette Null steht in dem Haushaltstitel, für eine energetische Sanierung der bayerischen Liegenschaften. Sie fordern aber auf, dass es andere tun. Die Kirchen zum Beispiel tun es, aber bei Ihnen immer wieder nur Ankündungen.

Wir wollten einen bayerischen Ökokredit für energetische Altbausanierung im privaten Bereich mit Hilfe entsprechender Zinsverbilligungen in Zusammenarbeit mit der Bayerischen Landesbank. Es gab viele, viele Vorschläge. Meine Zeit reicht leider nicht aus, um den Katalog der konkreten Forderungen, die wir seit Jahren vorbringen, vorzutragen. Von Ihren Klimaschutzinitiativen habe ich von Ihnen, Herr Kaul, nichts gehört. Vielleicht kommen spätere Redner Ihrer Fraktion noch darauf zu sprechen. Es reicht nicht, nur zu reden, sondern es müssen Taten folgen. Insofern bedarf es nicht noch weiterer Gremien wie Kabinettsausschüsse oder Klimaräte. Wir haben entsprechend viel an Vorarbeit geleistet. Wir wissen, was zu tun ist. Wir wissen auch, dass Handlungsdefizite vorhanden sind, und wir kennen Handlungsmöglichkeiten. Ich erinnere an die Energie-Enquete-Kommission des Bayerischen Landtags. Nichts davon ist umgesetzt worden.

Ich kann nur noch einmal sagen: Wir fordern Sie erneut auf, unsere Maßnahmen mit aufzugreifen. Wir würden sie gerne begleiten, sind aber nicht bereit, Ihre Show-Veranstaltungen und Ihre Ankündigungspolitik weiter mitzumachen. Wir wollen, dass Sie Taten folgen lassen und Haushaltsmittel zur Verfügung stellen. Wir sind jetzt schon auf den Nachtragshaushalt 2008 und ganz speziell auf die Mittel für eine andere und neue Energie- und Klimapolitik in Bayern gespannt.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächste Rednerin: Frau Kollegin Paulig.

Ruth Paulig (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Diese Aktuelle Stunde gleicht bisher einem Gipfel von Schein-Heiligendamm.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Es ist beeindruckend – das fällt richtig auf –, dass Sie den Wahlspruch, den die GRÜNEN vor circa 25 Jahren hatten – global denken, lokal handeln – heute zum Thema Ihrer Aktuellen Stunde machen. Ich muss in diesem Zusammenhang sagen: Die GRÜNEN haben damals die Umweltbelastung als Folge der Globalisierung thematisiert. Sie sind erst heute so weit. Guten Morgen, CSU.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe mir heute die Elogen auf Frau Merkel angehört. Dann muss ich sagen: Es fällt auf, wie sehr Sie sich im zweifelhaften Glanz von Frau Merkel sonnen. Haben Sie denn nichts Eigenes zu bieten?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie versuchen damit, von Ihrer lähmenden Zeremonie abzulenken – noch 120 Tage bis zum Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten. Zurzeit herrscht ein lähmender Still-

stand in der Klimapolitik. Dazu passt es natürlich, dass Sie auf Ihrem viel beschworenen Klimagipfel auf der Zugspitze alles erst einmal bis Oktober 2007 in die Kabinettskommission vertagt haben. Handeln ist jetzt angesagt, der Worte haben wir genug.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eines sage ich Ihnen: Wer sich sonnen will, der steht schnell im Schatten. Nur im Schatten von Frau Merkel sind schon andere.

Wenn man sich den Gipfel genau ansieht, muss man erkennen: Bundeskanzlerin Merkel hat zwar in Heiligendamm eine Reihe von Absichtserklärungen eingesammelt, aber die konkreten Taten stehen aus. Heiligendamm war ein Gipfel für die Gesichtswahrung und kein Durchbruch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Bestätigung des UN-Klimaprozesses ist Schadensbegrenzung und kein Erfolg. Man hat doch an den friedlichen Protesten, am Alternativgipfel und den qualifizierten Veranstaltungen gesehen, dass die Gesellschaft weiter ist als Ihre Politik. Wie die internationale Wissenschaft fordert die Gesellschaft konkrete Maßnahmen bis 2020. Dazu findet sich nichts, aber auch gar nichts in der Gipfelerklärung. So ist es, und dahinter wollen Sie sich verstecken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie wollen heute Bayerns Klimaschutzinitiativen vorstellen. Man muss wirklich sagen: Mutig sind Sie schon. Zum Vorstellen haben Sie nichts. Welche Klimainitiative?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Über die Vertagung in die Kabinettskommission bis Oktober habe ich schon gesprochen. Sie haben das KWK-Gesetz – die Kraft-Wärme-Kopplung – gerühmt. Wo ist das Handeln von Minister Glos von der CSU bei der Fortschreibung und beim Monitoring des KWK-Gesetzes in Deutschland? Er blockiert, statt fortzuschreiben. Was haben wir hinsichtlich der Klimazahlen von 2003 in Bayern? – Sie wollen eine aktuelle, fortschrittliche und zukunftsfähige Klimapolitik machen. Sie arbeiten mit veralteten Zahlen, und nach diesen veralteten Zahlen sind Sie weit, weit vom Kyoto-Protokoll entfernt. Sie haben seit 1990 eine Reduktion von 1 % bei den CO_2-Emissionen in Bayern erreicht statt 21 %, wie es die Weltgemeinschaft fordert. Wir haben beim Verkehr eine Zunahme um 11 % und um 75 % oder mehr beim Flugverkehr. Das ist Ihre Politik, liebe CSU.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Über die Ankündigungen hat meine Vorrednerin schon ausführlich gesprochen. 1995 hat Stoiber in einer Regierungserklärung einen Anteil von 13 % hinsichtlich der erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2000 angekündigt. Heute stehen wir nach den vorliegenden Zahlen bei 6,6 %. Das nennen Sie fortschrittliche Klimapolitik.

Wenn wir uns dann Ihre Taten ansehen, stellen wir fest: Sie erhöhen den Ausstoß der Klimagase permanent. Ausbau von Regionalflughäfen – Herr Pschierer –: Hof, Memmingen, Oberpfaffenhofen, dritte Startbahn, Bau von Autobahnen quer durchs Fichtelgebirge. Das produziert Treibhausgase und einen weiteren Anstieg beim Verkehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So sieht es aus. Sie wollen zwei Milliarden für den lächerlichen Transrapid ausgeben, statt Mittel in den Ausbau und die Qualifizierung des öffentlichen Verkehrs zu stecken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist sinnvoll. Der Bergwald wird abgerodet, dass es einem im Herzen wehtun kann.

(Christian Meißner (CSU): Wo wird der Wald abgerodet?)

– In Garmisch ist zum Beispiel für die Ski-WM die Rodung von 15 Hektar Bergwald geplant und genehmigt.

Ich frage Sie: Wo wollen Sie mit Ihrem Klimaschutz hin? Wollen Sie das Kyoto-Protokoll in Bayern umsetzen? – Wollen Sie das EU-Ziel von 20 bis 30 % CO_2-Reduktion für Bayern umsetzen? – Wollen Sie das Ziel der Bundesregierung einer 40-prozentigen CO_2-Reduktion umsetzen? – Wo wollen Sie in Bayern hin? – Keine Aussage. Wieviel Energie wollen Sie einsparen? – Wie wollen Sie in Bayern einen effizienten Klimaschutz erreichen? – Dazu gibt es von Ihnen keine Aussage.

Der Ausbau der Windenergie wird von Ihnen blockiert. Auch die Geothermie wird zu wenig unterstützt. Es gibt keine energetische Sanierung der staatlichen Gebäude. Beim ökologischen Landbau herrscht Fehlanzeige. Im Gegenteil: Die von Herrn Dr. Schnappauf geplante Ausstellung „Essen für den Klimaschutz“ wird von Ihnen gut unter Verschluss gehalten.

Die GRÜNEN haben Anträge zum Verkehr eingebracht, zum Beispiel für CO_2-Grenzwerte für Pkws. Dieser Antrag wurde von der CSU einhellig abgelehnt. Auch der Antrag für ein Tempolimit auf Autobahnen wurde von Ihnen abgelehnt. Der Antrag zur Stromeinsparung und -effizienz wurde von Ihnen abgelehnt. Lesen Sie einmal die Gipfelerklärung. Laut der IEA wäre eine Einsparung der Treibhausgase um 80 % durch Energieeffizienz und -einsparung möglich. In Bayern verzeichnen wir jedoch eine Zunahme und keine Abnahme. Die CSU hat keine einzige Maßnahme ergriffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen: Die Zeit der warmen Sonntagsreden ist vorbei. Handeln Sie. Machen Sie keine Showveranstal-

tungen, sondern handeln Sie! Es geht auch – das meine ich sehr ernst – um die Glaubwürdigkeit der Politik. Es geht um einen gemeinsamen verantwortlichen Umgang mit diesem Planeten. Ihnen dürfte nicht unbekannt sein, dass gerade die Ärmsten dieser Erde ganz besonders unter dem Klimawandel leiden werden. Lesen Sie den zweiten IPCC-Bericht. Diese Menschen leiden unter einem falsch verstandenen Wirtschaftswachstum, das wir propagieren, unter maßlosen Ansprüchen an Konsum und Mobilität. Hier ist umzusteuern. Das geht nicht nur mit Sonntagsreden, sondern nur durch Handeln. Sie müssen den Mut zu Steuern und den Mut zu Grenzwerten haben. Hier müssen Sie politisch handeln.

Wir wissen inzwischen: Wenn wir nicht handeln, wird dies für die Industrieländer zu einer enormen wirtschaftlichen Belastung führen. Wir müssen rechtzeitig in den Klimaschutz investieren. Erinnert sei an den Bericht von Nicolas Stern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will Sie an den neuesten Bericht erinnern. Er stammt vom Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung. Der Klimawandel – wenn wir nichts dagegen unternehmen – wird zur Bedrohung für weltweite Stabilität und Sicherheit. Er wird zur Bedrohung der Sicherheit auch in den Industrieländern. Sie haben auch heute wieder versäumt, ehrgeizige Ziele und entschiedene Maßnahmen zu benennen und notwendige wirtschaftliche Investitionen auf den Weg zu bringen, hier ist Fehlanzeige.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere Anträge werden immer wieder abgelehnt. Im Schatten von Frau Merkel zu stehen und zu versuchen, ein Fleckchen von zweifelhaftem Glanz abzubekommen, ist zu wenig, Kolleginnen und Kollegen von der CSU.

(Margarete Bause (GRÜNE): Das ist peinlich!)

Es geht um die Zukunft dieses Planeten. Es geht um eine zukunftsfähige Ökologie und Ökonomie. Es geht außerdem um Solidarität und Gerechtigkeit für diese Welt. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, es ist an der Zeit zu handeln. Sie sollten nicht vertagen und keine Showeffekte produzieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Nächster Redner: Herr Kollege Pschierer.

Franz Josef Pschierer (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Frau Kollegin Biedefeld und Frau Kollegin Paulig, ich hätte es begrüßt, wenn Sie diese Aktuelle Stunde mit etwas mehr Sachlichkeit begonnen hätten. Begriffe wie „Scheinheiligkeit“ und „Showveranstaltung“ bin ich sonst von Ihnen nicht gewohnt.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Die dürfen nur Sie gebrauchen!)

– Entschuldigung, die größten politischen Showmaster, die es in den letzten Jahren gab, waren Schröder und Fischer. Die können Sie bei Ihren Kommilitonen suchen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist der reine Neid!)

Was damals gemacht wurde, war reine Show.

(Susann Biedefeld (SPD): Bitte zur Klimaschutzinitiative in Bayern!)

Zum G-8-Gipfel: Herr Kollege Kaul hat auf einige Punkte dieses G-8-Gipfels hingewiesen. Ich möchte auf zwei aktuelle Themen verweisen, die zeigen, warum uns diese Aktuelle Stunde wichtig ist. Dieser Gipfel hat im Hinblick auf den Klimaschutz zwei Dinge erreicht. Er hat zum einen erreicht, dass das Thema „Klimaschutz“ in einer breiten Öffentlichkeit, auch medial, diskutiert und als Problem wahrgenommen wurde. Zum anderen ist es ein Verdienst von Frau Merkel, dass die Themen „Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika“ und „Klimaschutz“ auf eine andere Gesprächsgrundlage gestellt worden sind. Ich begrüße es außerordentlich, dass es bei diesem Gipfel zum ersten Mal seit Langem wieder möglich war, zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und den anderen Wirtschaftsnationen in der Europäischen Union einen intensiven Dialog zu führen.

Im Protokoll finden Sie konkret formulierte Ziele. Sie haben die Defizite im Freistaat Bayern angemahnt. Ich hätte es begrüßt, wenn Sie fairerweise erwähnt hätten, dass es der Freistaat Bayern war, der dieses Thema als erstes Bundesland aufgegriffen hat. Ich möchte nur an ein paar Punkte erinnern: Es waren der Freistaat Bayern und die Bayerische Staatsregierung, die im Bundesrat der Bundesrepublik Deutschland einen Antrag auf Einrichtung eines Klimabeirats beim Bund eingebracht haben. Ich denke auch an den Klimaforschungsverbund in Bayern, mit dem Klimaatlas als Ergebnis.

(Susann Biedefeld (SPD): Welche Konsequenzen gab es ganz konkret daraus?)

Ich erinnere ferner an Klimaallianzen mit dem Bund Naturschutz und den beiden christlichen Kirchen. Ich erinnere an Klimabündnisse mit der bayerischen Wirtschaft, an den Umweltpakt und vieles andere. Im Jahr 2000 wurde ein Klimaschutzprogramm verabschiedet. Hier sind wir besser als alle anderen Bundesländer. Wir sind auch besser als andere Industrienationen in der Europäischen Union.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Das hat doch nichts gebracht außer Show!)

– Wie war das? – Es hat nichts gebracht außer Show? – Jetzt sage ich einmal Folgendes: Im Freistaat Bayern werden pro Kopf 30 % weniger CO_2 emittiert als im Bundesdurchschnitt. So schlecht kann diese Politik nicht sein. Beim Primärenergieverbrauch liegen wir in Bayern pro Kopf unter dem Durchschnitt Deutschlands.

(Anhaltende Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Meine Damen und Herren, ich darf Sie darum bitten, den Redner wieder zu Wort kommen zu lassen und kein ständiges Störfeuer zu geben.

Franz Josef Pschierer (CSU): Sie haben gesagt, es sei nichts passiert. 80 % der bayerischen Stromversorgung sind CO_2-neutral. Nennen Sie mir ein anderes Bundesland oder eine andere Industrienation, wo das noch der Fall ist.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

– Reden Sie doch keinen Schwachsinn!

Präsident Alois Glück: Herr Kollege, das Wort „Schwachsinn" ist jenseits des parlamentarischen Gebrauchs. Frau Kollegin Paulig, ich bitte Sie namentlich und auch die anderen Kolleginnen und Kollegen, dem Redner zuzuhören und nicht permanent aggressiv dazwischenzurufen. So ist keine vernünftige Debatte möglich, auch nicht in einem Kurzdialog wie der Aktuellen Stunde.

Franz Josef Pschierer (CSU): Ich frage Sie: Stimmen Sie mir zu, dass wir in Bayern den höchsten Nutzungsgrad erneuerbarer Energien beim Primärenergieverbrauch haben, ja oder nein? – Wir haben ihn. Wir haben den CO_2-Ausstoß in Bayern im Vergleich zu den anderen Industrienationen und zu den anderen Ländern in der Bundesrepublik Deutschland am stärksten gesenkt. Das ist ein Erfolg bayerischer Klimaschutzpolitik.

(Susann Biedefeld (SPD): Ich habe Ihnen doch die Zahlen genannt!)

Ein letzter Punkt: Klimaschutz und Wirtschaftspolitik sind bei uns – im Unterschied zu Ihnen – kein Gegensatz. Wir sagen, dass der Klimaschutz auch Arbeitsplätze schaffen kann. Er sichert den Wirtschaftsstandort Freistaat Bayern. Wir sind der Wirtschaftsstandort in Deutschland, der mit die energieintensivsten Branchen hat. Wir haben die chemische Industrie, die keramische Industrie, die Papierindustrie und viele andere. Das bedeutet, dass wir auf eine preiswerte und sichere Energieversorgung angewiesen sind. Die Klimaschutzziele müssen auch mit wirtschaftspolitischen, fiskalischen und sozialpolitischen Zielsetzungen abgewogen werden.

Ich nenne deshalb ein paar Punkte, die uns wichtig sind: Erstens. Wir als CSU-Fraktion werden uns auf das Thema „Energieeffizienz" konzentrieren. Hier steckt noch viel Potenzial in den Gebäuden, Haushalten und Kraftwerken.

Zweitens. Wir wollen einen verstärkten Einsatz CO_2-neutraler Energieträger. Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt kommt's: Dazu zählt neben der Biomasse, der Wasserkraft und der Geothermie, die in Bayern vorbildlich ausgebaut und gefördert sind, das Festhalten an der Kernenergie. Sie konterkarieren mit Ihren Ausstiegsszenarien aus der Kernenergie die Klimaschutzziele. So werden Sie diese Ziele nie erreichen. Außerdem tun Sie den Schwellenländern wie zum Beispiel Indien und China keinen Gefallen, wenn Sie ihnen suggerieren, dass man ohne die Kernenergie die Klimaschutzziele, die in Kyoto oder sonstwo vereinbart wurden, einhalten könnte.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächster Redner: Herr Kollege Wörner.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Man ist nie vor einer Überraschung sicher, wenn die CSU das Thema der Aktuellen Stunde bestimmt. Ich habe eigentlich gedacht, dass Sie in die Fußstapfen Ihres Umweltministers treten und bekennen, dass Ihre freiwilligen Vereinbarungen zum Beispiel mit der Automobilindustrie gescheitert sind. Das hätte ich heute erwartet. Ich hätte auch erwartet, dass Sie dann Vorschläge machen, wie man das Klimaproblem in Zukunft besser bewältigt. Das vermissen wir.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie verkünden immer ganz stolz die Zahlen der bereits verfügbaren regenerativen Energie, die Bayerns Bevölkerung erreicht hat – nicht Sie und Ihre Maßnahmen. Die bayerische Bevölkerung ist nämlich offensichtlich klüger als ihre Regierung. Das kann man leicht beweisen, wenn man durch Bayern fährt. Herr Pschierer, von wegen Show-Man: Wer hat denn das EEG – Erneuerbare-Energien-Gesetz – gegen Ihren Widerstand auf die Reihe gebracht? Rot-Grün, oder? – Die Erfolge der rot-grünen Koalition sind auf den Dächern in Bayern, in der bayerischen Landwirtschaft und in vielen Einrichtungen zu sehen. Das sind aber Erfolge, die Sie sich nicht auf Ihre Fahnen schreiben können. Das waren erstens das EEG von Rot-Grün und zweitens die Bevölkerung Bayerns.

Drittens bitte ich Sie, hauen Sie nicht so auf den Putz, was unsere Erfolge mit regenerativen Energien angeht. Sie sagen nämlich nie dazu, dass der größte Teil aus Wasserkraft stammt, für die Sie überhaupt nichts können. Das haben viel Klügere als wir hingebracht. Wenn Sie nämlich die Wasserkraft herausrechnen, ist Bayern bei Weitem nicht so gut, wie Sie immer tun. Wir sollten es nicht schlechtreden, aber wir sollten redlich sein. Das fordern Sie doch immer von uns. Dann seien Sie bitte auch redlich.

Herr Pschierer, Ihnen als Schutzpatron der Schneekanone darf ich noch persönlich sagen: Wenn Sie davon reden, die Natur in Ordnung zu bringen und die Natürlichkeit zu erhalten, muss ich Sie schon fragen, ob die Schneekanone das Erhalten der Natur bedeutet oder das Natürliche in der Natur ist. – Ganz das Gegenteil ist sie: Energieverbrauch ohne Ende und eine große Belastung für die Umwelt.

Sie sagen dazu, das ist toll, das sind Ihre Erfolge. – Klasse, wirklich klasse. Sie haben sich zum Büttel einiger weniger Hotelbesitzer gemacht. Dass ich das sage, müssen Sie aushalten, und das können Sie nicht bestreiten. Ich meine, Sie machen Ihre Politik folgendermaßen: Mut zur Ankündigung und Hasenfüßigkeit in der Tat.

(Beifall bei der SPD)

Genau das ist der falsche Weg. Wir brauchen klare Aussagen, die die Bevölkerung im Übrigen mitzutragen bereit ist, und zwar nicht in freiwilliger Selbstverpflichtung, sondern klar in der Verpflichtung. Ich denke, die Menschen sind hier weiter, als Sie glauben. Ich sage Ihnen, dass die Menschen sehr wohl mitgehen werden in vielen Dingen, die wir gemeinsam vorbereiten sollten. Dazu sollten Sie aber vielleicht einmal überlegen, ob Sie wirklich reflexartig alles, was von der Opposition kommt, ablehnen müssen, wenn Sie dann ohnehin zurückrudern müssen. Es ist doch für Sie furchtbar peinlich geworden. Sie werden in den nächsten zwei Jahren alle unsere Anträge herausziehen und in irgendeiner Form wieder vorlegen müssen. Ich weiß, Sie haben kein Problem damit. Das haben wir alles schon erfahren. Ich finde es nur schade, dass Sie so viel Zeit vertun. Sie verspielen die Zeit.

(Beifall bei der SPD – Susann Biedefeld (SPD): Wertvolle Zeit!)

– Sie verspielen seit Jahren Zeit, von der Sie ständig sagen, dass wir sie nicht mehr hätten. Wir können Ihnen das haargenau vorrechnen.

Herr Kollege Kaul, ich darf Sie doch daran erinnern, dass Sie nicht immer der große Fan regenerativer Energien waren. Da hörte man auch andere Töne. Wir suchen Ihnen gern die Passagen aus den Protokollen heraus. Sie tun das doch auch ganz gern und erzählen immer, wir werden Sie zitieren. Herr Kollege Kaul, wir werden auch Sie zitieren, um Ihnen nachzuweisen, was Sie gesagt haben. Trotzdem freue ich mich natürlich, dass Sie lernfähig sind und vom Saulus zum Paulus werden. Dagegen habe ich nichts, ganz im Gegenteil.

Aber noch einmal: Wir verlieren wertvolle Zeit, und wir verlieren noch etwas anderes, Herr Pschierer: Weltweit sind die Ideen unserer Firmen zu Zukunftsenergien und nicht zu rückwärts gerichteten Energieerzeugungsarten gefragt. Die neuen Energien sind in Deutschland inzwischen zum Jobmotor geworden. Hier sollten wir vorn bleiben, und dazu brauchen wir alle Anstrengungen und keine Verhinderungsstrategien.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, hinzu kommt ein weiterer Punkt. Wir müssen als Staat Signale setzen. Jetzt kommt wieder die alte Leier – ich weiß es, aber es ist nun einmal ein zentraler Punkt –, der Staat muss eine Vorbildfunktion erfüllen. Bei der Gebäudesanierung und vielen anderen Dingen muss der Staat mehr als bisher zeigen, was notwendig ist. Wenn wir das tun, kann man das den Menschen ebenfalls abverlangen. Wenn wir es aber selbst nicht fertigbringen, können wir von anderen nichts verlangen. Ich glaube aber, die schwarze Null hat jetzt in Bayern endgültig ausgedient, und zwar in jeder Hinsicht. Von daher bin ich voller Hoffnung, dass man in Zukunft für Umweltpolitik mehr Geld hat als bisher.

Weil ich Herrn Kollegen Brunner gerade sehe: Die Landwirte haben es zum großen Teil begriffen. Man braucht sich nur die Scheunendächer anzusehen. Das freut mich wirklich. Der Umstieg vom Landwirt zum Energiewirt bzw. zur regenerativen Energie als zweites Standbein ist der entscheidende Faktor, um sicherzustellen, dass die kleinteilige Landwirtschaft in Bayern eine große Zukunft hat.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Brunner.

Helmut Brunner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft sind substanziell betroffen von der Geschwindigkeit der Klimaveränderung. Ich denke aber, zu den Zukunftsfeldern unserer bäuerlich strukturierten Landwirtschaft in Bayern gehört nach wie vor die Produktion von möglichst gesunden, rückstandsfreien Nahrungsmitteln auf der einen Seite und der nachhaltige Schutz der natürlichen Ressourcen wie Boden, Wasser und Luft sowie die Erhaltung der Artenvielfalt auf der anderen Seite. Drittes Standbein von besonderer Bedeutung ist zunehmend die Produktion von nachwachsenden Rohstoffen.

(Susann Biedefeld (SPD): Arbeitsplätze in der Landwirtschaft!)

– Frau Kollegin Biedefeld, gerade in der Landwirtschaft werden keine Arbeitsplätze ins Ausland verlagert. Das sind Arbeitsplätze vor Ort, die eines besonderen Schutzes bedürfen.

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

– Sie verstehen es meisterhaft, ständig dazwischenzuzwitschern und letzten Endes nicht aufzupassen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich meine, dass wir gerade in der Land- und Forstwirtschaft einen zweigleisigen Ansatz brauchen. Zum einen müssen wir kritisch nachdenken, wo können wir innerhalb der Landwirtschaft den Ausstoß schädlicher Stoffe verringern.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Der Ökolandbau hat 60 % weniger!)

Der zweite Ansatz ist: Wo kann die Land- und Forstwirtschaft Entwicklungen anstoßen, die uns diesem Ziel näherbringen? Ich darf in Erinnerung rufen, dass in der Land- und Forstwirtschaft seit vielen Jahren Erfolge vorzuweisen sind. Der Anteil der landwirtschaftlichen Freisetzung von Treibhausgasen an den gesamten deutschen Emissionen beträgt rund 10 %, und zwar mit abnehmender Tendenz. Im Zeitraum von 1990 bis 2004 hat die Landwirtschaft in Deutschland ihre Emissionen von Treibhausgasen bereits um 18 % gesenkt. Diese Entwicklung ist unter anderem auf die qualifizierte Fachberatung zur Düngung und auf den anhaltenden Fortschritt in der Rinderzucht zurückzuführen. Durch den Züchtungsfortschritt allein gingen die bayerischen Viehzahlen von 4,8 Millionen Rindern im Jahr 1990 auf rund 3,5 Millionen Rinder im Jahr 2006 zurück. Damit einhergehend war die Reduzierung der Methanemission um 28 %. Ich bitte, das gerade vonseiten der

GRÜNEN zur Kenntnis zu nehmen, weil Sie diesbezüglich gern mit falschen Zahlen hantieren.

Dass wir die nachwachsenden Rohstoffe schon in der Vergangenheit nachhaltig stärker gefördert haben als andere Bundesländer, beweist wohl die Tatsache, dass bei uns der Anteil nachwachsender Rohstoffe am Primärenergieverbrauch mit 4,4 % erheblich höher ist als im übrigen Bundesgebiet mit durchschnittlich 3,7 %.

(Susann Biedefeld (SPD): Bundesprogramm!)

Gerade die CSU-Fraktion hat in den vergangenen Wochen und Monaten mit fachorientierten Anträgen unter Beweis gestellt, dass wir diese Entwicklung fördern und stützen wollen,

(Ruth Paulig (GRÜNE): Aber vorher besteuern!)

auch wenn es um den Außenschutz der Biodieselhersteller geht, wenn es um die Besteuerung geht. Wir dürfen dieses zarte Pflänzchen nicht national kaputt machen und müssen auch dafür sorgen, dass auf Stilllegungsflächen Energiepflanzen angebaut werden, ich nenne nur diese einzelnen Beispiele. Biogas – eine Chance für die Landwirtschaft wie für die Umwelt gleichermaßen.

Wir sind ein waldreiches Land. Gerade darin stecken Chancen und Möglichkeiten, und ich würde mir wünschen, dass alle Absatzfördermaßnahmen noch effizienter greifen, damit Holz bei der Konstruktion, beim Hausbau, als Material für Hackschnitzel- oder Pelletsheizungen noch mehr Akzeptanz in der Bevölkerung findet.

Wir müssen uns auch noch bei Bergwald- und Schutzwaldoffensiven mehr anstrengen.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Ja, allerdings!)

Ich denke, das ist im Interesse aller.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Aber ja!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine große Chance liegt auch in Wissenschaft und Forschung. Ich erwarte, dass unsere Landesanstalten für Landwirtschaft oder für Forst und Wald uns nicht nur begleiten, sondern vielmehr voranbringen. Wir haben mit dem Kompetenzzentrum für nachwachsende Rohstoffe in Straubing europaweit eine einmalige Einrichtung geschaffen, weil damit die Wechselwirkung von Wissenschaft und Praxis, wie ich meine, nachhaltig und nachvollziehbar gefördert wird. Diese Möglichkeiten, die wir geschaffen haben, müssen wir noch stärker ausbauen.

Abschließend: Klimawandel – da sind wir uns wohl einig, ist eine globale Aufgabe und bedingt einen ganzheitlichen Ansatz.

Präsident Alois Glück: Herr Kollege, Sie sind deutlich über der Zeit.

Helmut Brunner (CSU): Die Land- und Forstwirtschaft ist nicht nur betroffen, sondern

(Ruth Paulig (GRÜNE): Nach wie vor Verursacher!)

kann auch einen wesentlichen Beitrag zur Verringerung leisten.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächster Redner: Herr Kollege Meißner.

Christian Meißner (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! An und für sich sind wir von der CSU-Fraktion der Opposition sozusagen zu Dank verpflichtet; denn Sie sind genau in die politische Falle getappt, die man mit einer solchen aktuellen Stunde stellen kann.

(Ludwig Wörner (SPD): Sind Sie ein politischer Fallensteller?)

Indem wir den Klimaschutz thematisierten, konnten wir darauf hoffen – und so ist es eingetreten –, dass Sie sich hinstellen und allen Ernstes den Erfolg, der in Heiligendamm erzielt wurde, kleinreden. Sie kommen mir vor wie ein beleidigtes Kleinkind, dem man sein Spielzeug weggenommen hat, weil die anderen einen Erfolg hatten und nicht Sie. Sie sind unfähig, über den eigenen Tellerrand zu schauen und Erfolge anderer anzuerkennen.

(Beifall des Abgeordneten Henning Kaul (CSU) – Susann Biedefeld (SPD): Beeindruckend!)

Ein Merkmal von Heiligendamm ist, dass der globale Aspekt dieses Problems dort angepackt worden ist. Ich frage mich, was Sie gemacht hätten, wenn dieser Gipfel gescheitert wäre.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Er ist gescheitert!)

– Er ist eben nicht gescheitert. Dann wäre Ihr Geschrei wahrscheinlich noch größer gewesen.

(Henning Kaul (CSU): Genau!)

Ich will in der gebotenen Kürze ein paar Gedanken über die Gebäudesanierung äußern. Sie wissen, dass wir in Bayern das Ziel anstreben, in diesem Bereich zu einer deutlichen Reduktion zu kommen.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Wie viel?)

– 86 Tonnen 2003, 80 Tonnen 2010. Wir wollen einmal sehen, ob wir das erreichen.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Das macht 5 % laut Kyoto-Protokoll, auf 1990 bezogen!)

Ich persönlich bin der Meinung, dass wir über die Gebäudesanierung einen ganz wesentlichen Beitrag leisten

können, wenn wir Klimagase reduzieren wollen. Ich bin sogar der Meinung, dass in diesem Bereich der allergrößte Spielraum vorhanden ist.

Wenn man sich die Zahlen und die Situation anschaut, stellt man erstaunliche Dinge fest. Ist-Situation in Bayern: Pro Jahr werden circa 100 000 Wohneinheiten saniert, das sind 2,5 %. Wenn man dann genauer hinschaut, stellt man fest, dass oft nur die Fassade und das Dach saniert werden. Damit können wir uns nicht ohne Weiteres zufrieden geben; denn Gerüst, Baustelleneinrichtung usw. sind vorhanden.

(Susann Biedefeld (SPD): Gute Tipps und gute Ratschläge! Aber keine Unterstützung!)

Wir müssen erreichen, dass von diesen 100 000 Fällen ein Viertel eine komplette energetische Sanierung erfährt.

Für den einzelnen Bauherrn oder Eigentümer ist natürlich das Problem – es schadet uns nichts, wenn wir uns das einmal vor Augen führen –, dass eine energetische Sanierung zwar viel bringt, bei den laufenden Kosten Geld spart und auch das Klima schont. Aber am Anfang müssen die Investitionskosten aufgebracht werden, die bei einer energetischen Sanierung gar nicht so niedrig sind.

Deswegen ist es aus unserer Sicht entscheidend, dass Anreize geschaffen werden. Ich meine, in Bayern – von Heiligendamm wieder zurück zu uns – wird in der Tat lokal gehandelt. Ich weise den Alleinvertretungsanspruch der GRÜNEN für diesen schönen Satz zurück.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Wir haben ihn vor 20 Jahren gesagt!)

– Der ist schon älter als Sie – nicht als Sie persönlich, aber als die GRÜNEN.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Er ist älter, das ist wahr!)

Wenn wir in Bayern lokal handeln, dann stellen wir fest: Wenn der Spielraum da ist, dann bedarf es Anreize auch für die Anfangsinvestitionen. Deswegen sind jedenfalls wir von der CSU-Fraktion für die Ankündigung des Kabinetts und des Ministerpräsidenten dankbar, dass ein Programm ausgearbeitet wird, das in diesem Bereich dem einzelnen Bauherrn weiterhelfen kann.

Sie können also ruhig schlafen. Wir von der CSU-Fraktion werden das sehr kritisch und mit großen Erwartungen begleiten. Wir werden uns auf unserer Klausurtagung in Kloster Banz nicht nur darüber, sondern ganz allgemein zum Klimaschutz Gedanken machen.

(Susann Biedefeld (SPD): Jetzt werden die Ankündigungen schon angekündigt!)

– Der Unterschied zwischen uns und Ihnen ist, dass wir, wenn wir etwas ankündigen, es nach reiflicher Überlegung auch umsetzen, während Sie immer nur fordern. Das ist zwar bequem, stellt sich aber am Schluss nur als heiße Luft und deswegen als klimaschädlich heraus.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Sie können es ja gleich umsetzen! Sie haben die Mehrheit!)

Lassen Sie mich abschließend nur einen Satz zum staatlichen Bereich sagen. Kollegin Biedefeld sagt: Kein Cent ist im Haushaltstitel.

(Susann Biedefeld (SPD): Für die energetische Sanierung der eigenen Liegenschaften nicht!)

Da muss ich sagen, Sie kennen diese Zahlen eigentlich, aber ich nehme mir kurz die Zeit, sie noch einmal kurz vorzutragen: 150 solarthermische Anlagen im staatlichen Bereich, 160 Fotovoltaikanlagen, 80 Biomasseanlagen, 17 Mal Kraft-Wärme-Kopplung.

(Susann Biedefeld (SPD): Für die energetische Sanierung der eigenen staatlichen Bauten: null!)

Frau Kollegin Biedefeld, dafür, dass der Haushaltstitel leer ist, ist in Bayern schon eine Menge passiert, mehr als in anderen Bundesländern. Nehmen Sie das zur Kenntnis.

(Beifall des Abgeordneten Henning Kaul (CSU))

Es bleibt dabei: Sie sind nicht in der Lage anzuerkennen, dass in Bayern Überdurchschnittliches geleistet wird. Sie rennen neben dem Karren her, der von uns gezogen wird.

(Susann Biedefeld (SPD): Nicht einmal die Vorgaben von Herrn Stoiber haben Sie erreicht!)

Den Klimapakt und anderes, was wir angeschoben haben, kontern Sie mit Ihrer ständigen Aussage: Warum werden denn diese Forderungen nicht umgesetzt? – Weil sie in keinem Gesamtzusammenhang stehen.

(Susann Biedefeld (SPD): Wir warten seit Jahren auf Ihr Gesamtkonzept!)

Sie halten Schaufensterreden. Das bringt den Klimaschutz nicht weiter. Dafür braucht es die CSU, da sind wir ganz sicher.

(Beifall bei der CSU – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Nicht Ankündigungen!)

Präsident Alois Glück: Das Wort hat Herr Staatssekretär Dr. Bernhard.

Staatssekretär Dr. Otmar Bernhard (Umweltministerium): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich darf unseren Minister vertreten, der anwesend ist, den Sie auch nicht sprachlos gemacht haben, aber der heute aufgrund einer Erkältung eine schwache Stimme hat. Deshalb darf ich heute ein paar Worte in dieser Debatte zu Ihnen sprechen.

Zunächst einmal: Ich glaube, es ist unstrittig, welche Herausforderung der Klimawandel ist, und wie und in welche Richtung sich Politik bewegen muss. Darin sind wir uns im Grunde auch einig.

Lassen Sie mich ein paar Bemerkungen zu Heiligendamm machen. Kolleginnen und Kollegen, zunächst einmal müssten sich SPD und GRÜNE innerhalb ihrer Parteien verständigen, wie sie den Gipfel bewerten wollen: ob als Signal mit negativer Tendenz oder als Durchbruch wie Herr Gabriel und Herr Müntefering.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Die CSU muss sich auch nicht immer einig sein!)

Wir sehen ihn durchaus als Durchbruch, und ich glaube tatsächlich, dass niemand vor diesem Gipfel geglaubt hat, dass man so weit kommt, wie man gekommen ist, Frau Kollegin. Dass auf einer solchen Veranstaltung immer auch Kompromisse notwendig sind, ist klar.

Sie haben immer wieder kritisiert, dass in Bayern nichts passiert sei, dass wir erst heute anfingen, Klimapolitik zu machen und Ähnliches.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Sie haben noch gar nicht angefangen!)

Frau Kollegin Paulig, wir haben 1990 begonnen, regionale Forschung zu betreiben, was zunächst die Voraussetzung für eine vernünftige Klimapolitik ist. Wir haben versucht, das, was passiert ist und passieren wird, darzustellen und Maßnahmen zu entwickeln. Wir haben seit 1990 direkt für die Klimapolitik 3,6 Milliarden Euro ausgegeben.

(Susann Biedefeld (SPD): Wie viel wurde vom Klimabericht umgesetzt?)

Nimmt man die indirekten Finanzwirkungen hinzu, sind es 5 Milliarden Euro. Alleine aus dieser Zahl ersehen Sie, dass das, was Sie ständig behaupten, nicht richtig sein kann.

Wir haben zwei Klimaprogramme. Wir werden im Herbst ein Aktionsprogramm vorlegen, in dem das, was vom Europäischen Rat beschlossen worden ist, in nationale und regionale Maßnahmen umgewandelt wird. Ich glaube, das ist vernünftig. Wir teilen diese Zielvorstellungen – was Sie angezweifelt haben – und werden alles, was wir in Bayern regional tun können, auch erreichen.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Unter 80 Millionen Tonnen CO_2 kommen?)

Sie haben die CO_2-Reduktion in Bayern angesprochen. Wir werden unser Ziel, den CO_2-Ausstoß bis 2010 auf 80 Millionen zu reduzieren, tatsächlich erreichen und durchsetzen. Damit haben wir unser Klimaziel voll erfüllt.

(Susann Biedefeld (SPD): Angeblich schon erreicht! – Ruth Paulig (GRÜNE): Minus 5 %!)

Wir haben die erneuerbaren Energien seit 1990 mit 500 Millionen Euro gefördert. Es ist also kein Zufall, dass in Bayern bei den regenerativen Energien die Zahlen erreicht werden, die Kollege Pschierer angesprochen hat. Im Übrigen, das Thema „Zahlen 2003“ stört auch uns. Das ist aber ein statistisches Problem. Man muss dafür sorgen, dass die Bundesstatistik mit der bayerischen vergleichbar wird. Im Moment ist das leider nicht möglich.

Wir haben ein CO_2-Minderungsprogramm als Hilfe für die Kommunen. Ich glaube, dass wir das auch aufstocken werden. Das ist nötig. Wir haben aber schon ein solches Programm, um die Kommunen zu motivieren und ihnen zu helfen, ihre Liegenschaften zu modernisieren.

(Susann Biedefeld (SPD): Warum nicht auch bei den eigenen Liegenschaften?)

– Danke für den Hinweis, Frau Kollegin. Ich wollte gerade darauf zu sprechen kommen, was wir mit den eigenen Liegenschaften machen. Sie sagten, im Haushalt stehe eine Null. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass wir in Bayern seit Ende der Neunzigerjahre für die energetische Sanierung 90 Millionen Euro ausgegeben haben, weil es eine Selbstverständlichkeit ist, bei der anfallenden Sanierung eines Teils der 6000 Liegenschaften, diese energetisch zu sanieren.

(Karin Radermacher (SPD): Oberster Rechnungshof!)

Ich sage auch, dass das sicherlich ein Schwerpunkt sein wird, wenn wir im Herbst das Aktionsprogramm vorstellen werden.

(Susann Biedefeld (SPD): Wir stellen seit 2000 jährlich Anträge zum Haushalt wegen der energetischen Sanierung!)

– Ich haben Ihnen doch eben geschildert, dass seit Ende der Neunzigerjahre für diesen Zweck 90 Millionen Euro ausgegeben worden sind und es nicht zutrifft, wie Sie behaupten, dass wir nichts ausgegeben hätten.

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Die Zahlen zu solarthermischen Anlagen, Fotovoltaikanlagen und zu anderem an staatlichen Gebäuden hat der Kollege bereits genannt. Dies zeigt klar und eindeutig, dass Ihre Behauptungen nicht richtig sind. Sie haben angesprochen, wir hätten unsere Ziele betreffend der erneuerbaren Energien nicht erreicht. Das ist eine Sache der Berechnung. Würde man die damalige Berechnungsmethode auch heute anwenden, hätten wir 13 % erreicht, mit der heutigen Methode haben wir 12 % erreicht. Ich glaube, wir haben unsere politischen Vorgaben eingehalten.

(Susann Biedefeld (SPD): Das ist doch lächerlich, es auf die Berechnungsmethode zu schieben!)

– Das ist so, Frau Kollegin. Ich will Ihnen sagen, wie das ist: Die damalige Berechnung basierte auf der Substitutionsmethode. Man hat also berechnet, wie viel man durch Substitution erreicht. Die Berechnung wurde auf die Wirkungsgradmethode umgestellt. Dies ist der Unterschied. Würde man wie früher berechnen, hätten wir unser Ziel erreicht. Dabei gibt es keinen Anlass zu irgendwelchen Zweifeln.

(Zuruf der Abgeordneten Karin Rademacher (SPD) – Susann Biedefeld (SPD): Jetzt sind die Berechnungsmethoden schuld!)

Meine Damen und Herren der Opposition, Ihnen fällt es schwer, dass Sie in einem Land Opposition machen müssen, in dem auf dem Feld der Klimapolitik und der regenerativen Energien so hervorragende Zahlen vorgewiesen werden können wie in keinem anderen Bundesland in Deutschland, wo Sie früher und teilweise heute noch regieren.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Paulig (GRÜNE))

Das ist die Situation. Sie sollten endlich das anerkennen, was in Bayern geschieht. Wir haben eine positive Entwicklung. Schauen Sie sich im Lande um, was im Bereich der Bioenergie passiert. In Bayern boomt es. Auch hier sind wir an der Spitze. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen. Bayern hat sehr frühzeitig das Thema Klimapolitik aufgegriffen, in hervorragender Weise reagiert, frühzeitig Strategien entwickelt und verfolgt.

(Henning Kaul (CSU): Seit 1987!)

Wir werden im Herbst wiederum eine Fortschreibung unserer Klimapolitik vorlegen.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Das ist dringend nötig!)

Sie werden staunen. Das wird eine gute Grundlage für die Klimapolitik in den kommenden Jahren sein.

(Beifall bei der CSU – Ruth Paulig (GRÜNE): Da freuen wir uns!)

Präsident Alois Glück: Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Regierungserklärung der Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten zum Thema „Bayerische Impulse für Europa“

Ich erteile Frau Staatsministerin Emilia Müller das Wort.

Staatsministerin Emilia Müller (Europaangelegenheiten): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! 17 Tage vor Ende der deutschen Ratspräsidentschaft steht sie vor ihrer wichtigsten Bewährungsprobe. Die Bundesregierung kann schon heute auf eine sehr erfolgreiche Arbeit zurückblicken. Großen Anteil hieran hat aus meiner Sicht das diplomatische Vorgehen von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, das sich durch Realitätssinn und Augenmaß auszeichnet.

Nun steht der Gipfel am 21. und 22. Juni 2007 in Brüssel an. Hier geht es um die Zukunft der Europäischen Union. Konkret stellen sich folgende Fragen: Wird die Europäische Union die Kraft haben, sich selbst zu erneuern? Wie kann eine Gemeinschaft mit derzeit 27 Mitgliedstaaten dauerhaft handlungsfähig sein? Wird sie sich eine Gestalt geben können, die den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gewachsen ist und auf den Werten von Demokratie, Transparenz und Bürgernähe aufbaut? Es kommt entscheidend darauf an, ob es den Staats- und Regierungschefs gelingen wird, eine klare Vorstellung von der künftigen Gestalt Europas, eine gemeinsame Vision zu entwickeln und in realistischen Schritten umzusetzen.

Wenn wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, in die Vergangenheit zurückblicken, waren es immer wieder Visionen, die den Europäischen Einigungsprozess vorangetrieben und ihm wichtige Impulse gegeben haben: Es war nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs die Vision von Frieden, Freiheit, Stabilität und Wohlstand, aus der der gesamte europäische Einigungsprozess geboren wurde. Später kam die Vision eines Binnenmarktes und einer Währungsunion hinzu, die Europa von einer bloßen Freihandelszone zu einer politischen Union und echten Wertegemeinschaft werden ließ.

Und es war schließlich die Vision von der Einigung unseres jahrzehntelang gespaltenen europäischen Kontinents, die mit der Aufnahme der zwölf mittel- und südosteuropäischen Mitgliedstaaten Wirklichkeit wurde.

Meine Vision von Europa lautet: Wir brauchen ein starkes Europa, das die europäischen Interessen und Werte in der globalen Welt kraftvoll vertritt. Wir brauchen ein selbstbewusstes Europa, das der Vielfalt seiner Mitgliedstaaten und Regionen den nötigen Raum lässt. Und wir brauchen ein starkes Bayern, das die Interessen seiner Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Kommunen in Europa mit Nachdruck zur Geltung bringt. Europa gelingt für uns nur mit starken Regionen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern gehört zu den starken Regionen in Europa. Rein nach der Bevölkerungszahl wäre Bayern der neuntgrößte Mitgliedstaat der Europäischen Union. Nach dem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf läge Bayern sogar an dritter Stelle. Dieses Gewicht müssen wir in Europa auch einbringen. Das gehört auch zu unserem bayerischen Selbstbewusstsein.

Aktuelle Schwerpunkte der bayerischen Europapolitik liegen dabei vor allem auf der Reform der Europäischen Union auf der Grundlage des Verfassungsvertrags, auf der Frage der Erweiterung, auf der Förderung von Wachstum und Beschäftigung und auf der aktiven Gestaltung der Globalisierung. Aber auch in anderen Fragen wie der Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik bringt sich Bayern mit eigenen Vorschlägen auf der europäischen Ebene ein.

Mit Sicherheit wollen wir ein starkes Europa und ein starkes Bayern in Europa. Bayern hat der Europapolitik schon immer einen hohen Stellenwert beigemessen. Seit 20 Jahren sind wir in Brüssel präsent. Bayern begleitet die wichtigen europapolitischen Prozesse von Anfang an aktiv mit und bringt eigene Initiativen ein. Wir haben zum Beispiel massiv darauf hingewirkt, dass das Subsidiaritätsprinzip verankert wird und die Kompetenzen klarer von denen der Mitgliedstaaten abgegrenzt werden. Auf europäischer Ebene gilt: Je früher wir unsere Interessen einbringen, desto größer sind auch unsere Erfolgsaussichten und unsere Erfolgschancen.

Für die aktuellen Fragen der Europapolitik bedeutet dies: Bayern hat schon im Vorfeld Vorschläge für das Arbeitsprogramm der deutschen Ratspräsidentschaft ausgearbeitet und der Bundesregierung übermittelt. Die wichtigsten bayerischen Vorschläge wurden berücksichtigt. Ich denke hier nur an unsere Forderungen zur besseren Rechtsetzung. Hier geht es darum, wirtschaftliche Potenziale freizusetzen und bei berechtigter Kritik an Überregulierung aus Brüssel aktiv zu werden. Auch die Erfolge der deutschen Ratspräsidentschaft beim EU-Gipfel im März 2007 zur Energiepolitik und zum Klimaschutz liegen voll auf der bayerischen Linie.

Wir werden auch weiterhin zu den wichtigen europapolitischen Problemen Stellung nehmen, Lösungsvorschläge unterbreiten und bayerische Interessen nachhaltig vertreten. Dazu gehört auch die Ehrlichkeit in der Europapolitik.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Ja, Türkeipolitik!)

Mit uns wissen die Bürgerinnen und Bürger, woran sie sind. Bayern ist zwar kein bequemer, aber ein konstruktiver und realistischer Partner in der Europäischen Union und in Europa insgesamt. Wir tun das im Bewusstsein des gemeinsamen Ziels, die europäische Einigung im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger voranzubringen. Wir wollen Europa positiv, also bürgernah, pragmatisch und transparent gestalten.

Unser starkes Engagement in Europa lohnt sich auf jeden Fall. Bayern ist ein wichtiger und kompetenter Ansprechpartner für die europäischen Institutionen, für andere Mitgliedstaaten und auch für andere Regionen. Das belegen die vielfältigen, über Jahrzehnte gewachsenen Kontakte. Der regelmäßige Austausch zwischen der Europäischen Kommission und der Bayerischen Staatsregierung ist fast schon Routine. Erst am 8. Mai, am bayerischen Europatag, konnten wir im Ministerrat mit der für Regionalpolitik zuständigen EU-Kommissarin Danuta Hübner wichtige Fragen der Struktur- und Regionalförderung diskutieren.

Für ein starkes Bayern müssen wir die Fördermöglichkeiten der Europäischen Union ausschöpfen. Das neue Programm „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ für die Jahre 2007 bis 2013 ist für Bayern und insbesondere für die ostbayerischen Grenzgebiete ein ganz großer Erfolg. Bayern konnte auch als eine der ersten Regionen die Verhandlungen mit der Kommission über das bayerische Programm erfolgreich abschließen. Bayern wird insgesamt 576 Millionen Euro aus EU-Mitteln erhalten. Das ist eine Steigerung von 15 % gegenüber der letzten Förderperiode.

Wir werden neue Schwerpunkte bei Innovation, Forschung und Entwicklung setzen. Damit sichern und schaffen wir Arbeitsplätze und steigern auch die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit Bayerns.

Wir wollen Europa zukunftsfähig machen. Das gelingt auch nur gemeinsam. Die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union muss gesichert und gestärkt werden. Die Europäische Union muss demokratischer, transparenter und bürgernäher werden. Europa braucht deshalb auch Reformen, vor allem institutionelle Reformen. Wir wollen keinen europäischen Superstaat, sondern eine Wertegemeinschaft, die auf der kulturellen, nationalen und regionalen Vielfalt ihrer Mitgliedstaaten gründet und dem Wohl ihrer Bürgerinnen und Bürger verpflichtet ist.

Der Ministerrat hat am 22. Mai 2007 die zentralen bayerischen Forderungen für den Reformprozess der Europäischen Union beschlossen. Bayern prägt damit die Meinungsbildung unter den deutschen Ländern. Ich will mich dafür einsetzen, dass sich der Bundesrat am 6. Juli diese Forderungen zu eigen macht. Wir wollen, dass die aus Sicht der Regionen und Kommunen wesentlichen Fortschritte des Europäischen Verfassungsvertrags erhalten und umgesetzt werden.

Ich meine hier ganz konkret die Stärkung der nationalen Parlamente durch das Subsidiaritätsfrühwarnsystem sowie ein eigenes Klagerecht bei Verstößen gegen das Subsidiaritätsprinzip, die Stärkung des Ausschusses der Regionen durch ein Klagerecht sowie die Verbesserungen bei der Kompetenzabgrenzung. Ich halte es für wichtig, dass die nationalen Parlamente in die Europapolitik einbezogen werden. Sie dürfen bei der Diskussion nicht außen vor bleiben. Dies trägt nicht nur europapolitische Themen in die nationale Diskussion. Dies ist auch Voraussetzung dafür, dass sich die Landtage wirkungsvoll in die europapolitischen Entscheidungen einbringen können. Wichtig ist, dass auch der Bayerische Landtag so früh wie möglich hier mit einbezogen wird. Das will auch ich persönlich sehr gerne.

Ebenso müssen die zentralen Erfolge des Verfassungsvertrags umgesetzt werden, die die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union sowie Demokratie, Transparenz und Bürgernähe stärken. Wichtig sind für uns die Ausweitung der Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit im Rat, die Einführung des Prinzips der doppelten Mehrheit, die Stärkung des Europäischen Parlaments durch Festlegung der Mitentscheidung als Regelfall – auch in der Landwirtschaftspolitik – und die Begrenzung der Größe der Kommission auf eine Anzahl von zwei Dritteln der Zahl der Mitgliedstaaten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Europa ist mehr als ein Binnenmarkt. Europa ist auch ein Kulturraum. Europas Staaten vereint eine gemeinsame Wertearchitektur, zu der ganz wesentlich das christlich-abendländische Erbe gehört. Das ist für mich ein zentrales Element des Zusammenhalts in Europa. Auch deshalb treten wir dafür

ein, dass die Grundrechtecharta rechtsverbindlich sein muss. Die gemeinsamen Werte sind für die Europäische Union identitätsstiftend. Sie wirken insbesondere über die europäische Nachbarschaftspolitik weit über die Grenzen der Europäischen Union hinaus. Ich hoffe sehr, dass der Europäische Rat in der nächsten Woche die Einsetzung einer Regierungskonferenz zur Reform der Verträge beschließt. Es muss alles getan werden, um das Ziel der sogenannten Berliner Erklärung vom 25. März 2007 zu erreichen. Bis zu den Wahlen des Europäischen Parlaments im Jahr 2009 brauchen wir eine erneuerte Grundlage für die Europäische Union und einen neuen Verfassungsvertrag. Ob er dann Verfassungsvertrag heißt oder einen anderen Namen bekommen wird, steht noch infrage; ich bin aber der Auffassung, dass wir eine neue rechtliche Basis brauchen.

Eine Europäische Union mit 27 Mitgliedstaaten kann nicht mit einem Vertrag funktionieren, der in seinen wesentlichen Grundzügen immer noch auf eine Gemeinschaft von sechs Mitgliedstaaten zugeschnitten ist. Europa ist nur dann stark, wenn es sich institutionell erneuert. Wir brauchen also ein Nizza plus.

Wir wollen klare Grenzen für Europa. Unsere Position zur künftigen Erweiterungspolitik und zu den Grenzen der Europäischen Union war schon immer klar: Eine „Erweiterungspolitik um jeden Preis“ darf es auf keinen Fall geben. Ein starkes Europa muss seine Grenzen kennen und klar definieren.

Es freut mich persönlich sehr, dass der neue französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy hier, aber auch in vielen anderen Bereichen, mit der Bayerischen Staatsregierung völlig einig ist. Mit Befriedigung stelle ich fest: Unsere klare und seit Langem gefestigte Position zur Erweiterung der Europäischen Union gewinnt auf europäischer Ebene immer mehr Anhänger. Die bayerische Auffassung trägt auch in der Europäischen Union.

Nach dem Beitritt von Rumänien und Bulgarien und der anstehenden Aufnahme von Kroatien benötigt die Europäische Union nun eine Phase der Konsolidierung. Neue Beitritte dürfen nur erfolgen, wenn die Bewerberländer die Beitrittskriterien strikt erfüllen. Ebenso entscheidende Voraussetzung ist die Aufnahme- bzw. Integrationsfähigkeit der Europäischen Union sowie die Integrationswilligkeit der Beitrittskandidaten. Das heißt vor allem: Die Europäische Union muss handlungsfähig bleiben. Das heißt auch: Der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt innerhalb der Europäischen Union muss gewahrt werden. Die kulturelle Identität der Europäischen Union muss erhalten bleiben. Neuaufnahmen müssen auch finanzierbar sein und, was wesentlich ist: Die Bürger müssen weitere Erweiterungsschritte auch akzeptieren.

Wir unterstützen daher einen EU-Beitritt Kroatiens. Kroatien ist ein kleines, mitteleuropäisches Land, das in Europa tief verwurzelt und wirtschaftlich prosperierend ist. Einen EU-Beitritt der Türkei lehnen wir weiterhin konsequent ab. Dieser würde die Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union absolut sprengen und auch das Zusammengehörigkeitsgefühl in Europa überfordern. Die Beziehungen zur Türkei können auch ohne einen Beitritt erfolgreich gestaltet werden. Die deutsche Ratspräsidentschaft hat konkrete Vorschläge zur Weiterentwicklung der europäischen Nachbarschaftspolitik bis zum Juni-Gipfel angekündigt. Sie sollten aus unserer Sicht eine geeignete Grundlage für eine künftige Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Türkei sein.

Wir wollen ein Europa, das die Sicherheit seiner Bürger auch ernst nimmt. Bayern beobachtet die aktuellen Entwicklungen in den jüngsten Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien mit ganz großer Sorge.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Da ist es fast so schlimm wie in Bayern!)

Wir unterstützen beide Staaten weiterhin durch die Zusammenarbeit in Regierungskommissionen. Gleichwohl haben sich die Reformanstrengungen in den Bereichen Justiz und Bekämpfung der organisierten Kriminalität und Korruption seit dem Beitritt deutlich verlangsamt. Besonders alarmierend finde ich, dass die bisherige rumänische Justizministerin Monica Macovei entlassen worden ist, die als Garantin für den Reformweg Rumäniens und insbesondere für ein konsequentes Vorgehen gegen die immer noch weit verbreitete Korruption gilt und galt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Martin Runge (GRÜNE))

Aufgrund dieser Entwicklungen habe ich mich im Namen der Bayerischen Staatsregierung an die Bundesregierung sowie an die Europäische Kommission gewandt und um die Verhängung konkreter Schutzmaßnahmen gegenüber Bulgarien und Rumänien gebeten.

Ein starkes Europa, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss vorgesehene Schutzmaßnahmen auch tatsächlich anwenden, wenn ein Mitgliedstaat seinen übernommenen Verpflichtungen permanent nicht nachkommt. Wir müssen daher dafür sorgen, dass die Regeln der Europäischen Union in allen Mitgliedstaaten eingehalten werden. Sonst leidet die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union, sonst leidet ihre Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern.

Bayern braucht sichere Grenzen. Deshalb ist die Durchsetzung sicherheitspolitischer Anliegen auf europäischer Ebene von zentraler Bedeutung. Besondere Bedeutung messen wir dem Schutz der Schengen-Außengrenzen bei. Wenn die Grenzkontrollen zu Tschechien, Polen und weiteren Schengenstaaten fallen sollen, dann setzt dies wirksame und zuverlässige Kontrollen an den Außengrenzen der Beitrittsstaaten voraus. Kompromisse aufgrund politischer Rücksichtnahme oder Vertrauensrabatte für einzelne neue Schengenstaaten darf es in der Zukunft auf keinen Fall geben. Deshalb kann es für uns einen Wegfall der Grenzkontrollen zu Tschechien nur geben, wenn das hohe Sicherheitsniveau für Bayerns Bürger voll erhalten bleibt.

Wir wollen importierte Kriminalität verhindern.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Lieber exportieren!)

Bayern ist derzeit das sicherste Land in Deutschland, und das soll auch so bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Wir wollen Wachstum und Beschäftigung in Europa fördern; denn nur ein wirtschaftlich starkes Europa ist auch den Herausforderungen gewachsen, die sich uns im 21. Jahrhundert stellen. Die konsequente Umsetzung der Lissabon-Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung ist daher eine zentrale Forderung der bayerischen Europapolitik. Hier sind in erster Linie aber die Mitgliedstaaten gefordert. Sie müssen die erforderlichen wirtschafts-, arbeitsmarkt-, sozial- und steuerpolitischen Maßnahmen ergreifen. Sie müssen stärker in Bildung, Forschung und Entwicklung investieren. Innovationen sind der Schlüssel, mit dem wir die Chancen der Globalisierung auch nutzen können. Das ist die Basis, auf der wir in Bayern seit Jahren permanent handeln.

Bayern investiert bereits mehr als andere Staaten in Bildung, Forschung und Entwicklung und stärkt so die Konkurrenzfähigkeit und Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Bayern im internationalen Wettbewerb. Wir begrüßen, dass im EU-Haushalt der Forschungsanteil spürbar angehoben wurde. EU-weit gibt es das Ziel, die Investitionen in Forschung und Entwicklung auf 3 % des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen. Bayern hat dieses Ziel jetzt bereits erreicht. Das Gutachten Zukunft Bayern 2020 setzt das Ziel, einen Anteil von 3,6 % zu erreichen. Aber auch die Europäische Union kann und muss zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas beitragen. Ich denke hier vor allem an eine bessere EU-Rechtsetzung und die aktive Gestaltung der Globalisierung.

Die aktuelle Initiative für eine bessere Rechtsetzung auf europäischer Ebene halte ich für absolut zukunftsweisend. Bestehendes EU-Recht muss vereinfacht, Bürokratiekosten für Wirtschaft, Bürger und Verwaltung müssen konsequent verringert werden.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wie in Bayern!)

Eine bessere Folgenabschätzung bei neuen Rechtsetzungsvorschlägen der Europäischen Union ist ein Programm für die Konjunktur und für die Akzeptanz der Europäischen Union bei den Bürgern. Deshalb dürfen wir nicht nur über Bürokratieabbau reden, sondern müssen auch entsprechend handeln.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wie in Bayern!)

Bayern hat sich besonders für verbindliche Ziele bei der Reduktion der Bürokratiekosten für die Wirtschaft eingesetzt. Herr Dr. Dürr sagt permanent: In der EU wie in Bayern.

Der EU-Gipfel hat diese Reduzierung mit der zeitlichen Vorgabe 2012 nun auf 25 % festgelegt. Dies könnte nach Schätzungen der Europäischen Kommission zu einer Erhöhung des Bruttoinlandprodukts um etwa 1,5 % führen. So setzen wir einen guten Rahmen für Wachstum und Beschäftigung.

Wir haben der EU-Kommission konkrete Vorschläge zur Vereinfachung des bestehenden Gemeinschaftsrechts unterbreitet, etwa zur viel diskutierten FFH- und Vogelschutz-Richtlinie, zum Emissionshandel, zur Umgebungslärm-Richtlinie und zum Verbraucherschutzrecht.

Die bayerischen Vorschläge zur Cross Compliance tragen bereits Früchte. Die Kommission hat hier einige unserer zentralen Vorschläge aufgegriffen. Das gilt etwa für die Einführung einer Bagatell-Grenze bei geringfügigen Verstößen, für die Vorankündigung von Vor-Ort-Kontrollen und für die Berücksichtigung von Zertifizierungs- und Betriebsbewertungssystemen.

Mit unserem Einsatz für Bürokratieabbau und Rechtsvereinfachung stärken und sichern wir auch die Zukunftsfähigkeit unserer Landwirtschaft und unseres ländlichen Raums.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern beteiligt sich ebenso konstruktiv an Beiträgen zur Gesetzesfolgenabschätzung. Hier sind wir echter Partner der EU-Kommission, die auf unsere Erfahrungen beim Vollzug von Gesetzen und Rechtsvorschriften angewiesen ist. Wir haben in der Vergangenheit bereits Beiträge zu Gesetzesfolgenabschätzungen wie etwa zur Hochwasserrahmenrichtlinie, zum Europäischen Technologieinstitut und zur Entwicklung im europäischen Arbeitsrecht erarbeitet. Bayerische Positionen fließen so unmittelbar in den Diskussionsprozess auf europäischer Ebene ein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen, dass Europa die Globalisierung aktiv gestaltet und nicht passiv. Der G-8-Gipfel vor wenigen Tagen in Heiligendamm hat es einmal mehr gezeigt: Wir müssen die Herausforderung der Globalisierung annehmen und sie aktiv gestalten. Der Ruf nach einer „Festung Europa“ wäre die falsche Antwort auf die Angst vor der Globalisierung. Ganz Europa, vor allem aber Bayern, ist mit seiner Exportstärke auf freien Marktzugang bei Handel und Investitionen unmittelbar angewiesen. Ein offener Weltmarkt ist unverzichtbar für Wachstum und Beschäftigung in ganz Europa.

Bayern profitiert in erheblichem Maße von der Globalisierung. Aber sie muss mit menschlichem Antlitz politisch gestaltet werden. Unsere sozialen, ökonomischen und kulturellen Errungenschaften wollen wir grundsätzlich erhalten. In einer globalisierten Welt kann kein europäischer Staat mehr alleine seine Interessen wirksam vertreten. Eine funktionierende und starke Europäische Union ist die einzig richtige Antwort auf die Globalisierung. Europa, die Europäische Union, ist nicht unser Problem. Sie ist unsere Chance im Globalisierungsprozess.

(Beifall bei der CSU)

Europa muss sein ganzes politisches und wirtschaftliches Gewicht auf der Weltbühne einbringen, wenn es um die Wahrung und Durchsetzung europäischer Interessen geht. Wir müssen auf internationaler Ebene als Europäer zusammenstehen und mit einer Stimme sprechen. Bei aktuellen europäischen Fragen können wir nur auf europäischer Ebene etwas wirksam angehen. Das gilt zum Beispiel für die Stärkung der Europäischen Union

in Fragen der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft oder für die internationale Verbrechens- und Terrorismusbekämpfung, für die Gewährleistung einer sicheren und nachhaltigen Energieversorgung, für einen wirksamen Klimaschutz, aber für auch die Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und für den weltweiten Schutz des geistigen Eigentums. Hier hat europäisches Handeln einen echten Mehrwert, hier brauchen wir ganz konkret „mehr Europa".

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich möchte das zunächst beim Schutz des geistigen Eigentums verdeutlichen. Forschung, Innovation und Technologie sind schon heute Europas Wirtschaftsgüter Nummer eins. Das gilt erst recht für Bayern als herausragenden europäischen Technologiestandort. Der wirtschaftliche Schaden, den Produkt- und Markenpiraterie anrichten, lässt sich kaum mehr beziffern. Die Deutsche Industrie- und Handelskammer schätzt, dass allein in Deutschland jährlich 70 000 Arbeitsplätze aufgrund von Produktpiraterie verloren gehen. Das ist eine gewaltige Zahl, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir müssen deshalb das Problem an der Wurzel anpacken und gegen Produktpiraterie vorgehen. Wir müssen darauf hinwirken, dass die Produktion und die Ausfuhr gefälschter Waren unterbunden werden. Dazu brauchen wir Verbündete in den Mitgliedstaaten. Hier muss die Europäische Union konkret handeln; denn in ihr vereinen sich die politische und wirtschaftliche Kraft von annähernd einer halben Milliarde Menschen. Wir brauchen eine operationelle Zusammenarbeit mit den Drittstaaten, insbesondere mit China, wo mehr als ein Drittel der Produktfälschungen ihren Ursprung haben. Aber nicht nur außerhalb Europas gibt es Markenpiraterie, sondern auch innerhalb Europas. Deshalb brauchen wir insgesamt gesehen ein gemeinsames Handeln. Europa muss auf offenem und fairem Handel bestehen und darauf hinwirken, dass insbesondere die WTO-Verpflichtungen eingehalten werden. All diese Forderungen wird Bayern in den Bundesrat einbringen, damit die Europäische Union hier verstärkte Anstrengungen unternimmt.

Auch bei der Energiepolitik und beim Klimaschutz werden wir nur dann erfolgreich sein, wenn Europa gemeinsam agiert. Wir müssen daher in der Energiepolitik weit stärker als bisher zusammenarbeiten. Wir brauchen Versorgungssicherheit in den Energiefragen. Wir brauchen Versorgungssicherheit zu erschwinglichen Preisen. Einem wichtigen und starken Partner wie Russland muss bei Verhandlungen eine starke Europäische Union gegenübertreten.

(Beifall bei der CSU – Henning Kaul (CSU): Sehr gut!)

Ich begrüße es sehr, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass der EU-Gipfel Anfang März einen ambitionierten Aktionsplan zur Energiepolitik verabschiedet hat. Bayern unterstützt die im Binnenmarkt für Strom und Gas, Versorgungssicherheit, Energieaußenpolitik, Energieeffizienz und erneuerbare Energien sowie Energietechnologien vereinbarten Ziele und Maßnahmen nachdrücklich. Sie unterstreichen auch die Vorreiterrolle der Europäischen Union beim Klimaschutz. Bayern unterstützt die Ziele der EU mit einer aktiv gestalteten Landespolitik. Wir haben bereits konkrete Weichen für den künftigen Klimaschutz in Bayern gestellt, Sie haben darüber im Vorfeld diskutiert. Das gilt beispielsweise für die Förderung regenerativer Energien. Die Europäische Union muss sich schließlich auch weiter mit Nachdruck dafür einsetzen, dass der internationale Klimaschutz vorangebracht wird. Wir können den Klimawandel und seine verheerenden Auswirkungen nur wirksam bekämpfen, wenn die Staaten weltweit ihren Beitrag dazu leisten. Der G-8-Gipfel vergangene Woche in Heiligendamm hat es deutlich gezeigt: Wir müssen mit den Staaten, die sich einem wirksamen Klimaschutz noch verschließen, intensiv diskutieren. Dazu gehören auch unsere Freunde in den USA.

Heiligendamm beweist: Wenn Europa geschlossen auftritt, lassen sich Fortschritte erreichen, die vorher niemand für möglich gehalten hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Henning Kaul (CSU): Mit einer starken Präsidentin!)

Die führenden Industrienationen streben nunmehr an, die globalen CO_2-Emissionen bis zum Jahr 2050 um mindestens die Hälfte zu reduzieren. Sie haben vereinbart, dieses Ziel gemeinsam im Rahmen der Vereinten Nationen zu erreichen. Mit der Einbindung der USA in diesen Prozess besteht jetzt die reelle Chance, bei den Verhandlungen über eine Nachfolgeregelung für das Kyoto-Protokoll einen wirklichen Durchbruch für den globalen Klimaschutz zu erzielen.

(Henning Kaul (CSU): Genau!)

Bei meinen Gesprächen mit Politikern in South Carolina, Georgia und Florida Ende vergangenen Monats habe ich persönlich erfahren, dass in den US-Bundesstaaten Klimaschutz bereits als wichtiges Zukunftsthema und als wichtige Zukunftsaufgabe erkannt wird. Es hat sich gezeigt, dass dort auf lokaler und regionaler Ebene eine Vielfalt von Initiativen und Überlegungen existieren, um die Energieeffizienz und die Klimapolitik weiter voranzutreiben und hierzu auch die internationale Zusammenarbeit zu suchen.

Die wachsende Offenheit für mehr Klimaschutz in den USA bietet – nach meiner Überzeugung – auch eine echte Chance für eine generelle Trendwende auch auf internationaler Ebene.

(Henning Kaul (CSU): Das wurde aber auch höchste Zeit, Frau Kollegin!)

Europa darf nicht vergessen, dass für seine Bürger in einer globalisierten Welt auch die soziale Sicherheit von großer Bedeutung ist. Unser Leitbild ist deshalb eine soziale Marktwirtschaft, die sich gegenüber den Herausforderungen einer globalisierten Welt behauptet. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass bestimmte soziale Grundideen, die in allen europäischen Sozialsystemen angelegt sind, auch in einer globalisierten Welt mit ihrem Wettbewerbsdruck nicht verloren gehen. Damit meine ich ganz kon-

kret: Mindestschutzrechte im Arbeitsrecht, Sicherung in bestimmten Lebenslagen, zum Beispiel bei Krankheit, im Alter oder bei Arbeitslosigkeit, ein Mindestmaß an sozialem Ausgleich, allgemeiner Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung, Chancengleichheit und Solidarität. In Europa wurde dieses Jahr das Jahr der Chancengleichheit für alle ausgerufen. Ich glaube, dass in manchen Bereichen noch ein enormer Nachholbedarf vorhanden ist. Wir müssen deshalb auch diesbezüglich mit agieren und uns mit einsetzen.

Eine entscheidende politische Gestaltungsaufgabe für Europa ist es deswegen für mich auch, einen elementaren Kern sozialer Mindeststandards gegenüber Drittstaaten und in den internationalen Handelsbeziehungen durchzusetzen. Das ist unverzichtbare Konsequenz aus unserem Wertesystem.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist ein geachteter Ansprechpartner in Europa. Ich habe das vor allem bei den Veranstaltungen in Berlin, in Brüssel, aber auch in Bayern im Zusammenhang mit der deutschen Ratspräsidentschaft erlebt, so etwa als Vorsitzende der deutschen Delegation bei der Sitzung des Präsidiums des Ausschusses der Regionen in Würzburg oder beim Besuch der EU-Kommissarin Danuta Hübner am 8. Mai in Regensburg. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern nimmt diese Aufgabe gerne und konstruktiv wahr; denn der europäische Einigungsprozess ist eine einzigartige Erfolgsgeschichte, an der wir aktiv weiterschreiben müssen.

Wir sagen aber auch: Nicht jedes Problem in Europa ist eine Aufgabe für Europa.

(Engelbert Kupka (CSU): Richtig!)

In vielen Bereichen gibt es in den Mitgliedstaaten sehr unterschiedliche Strukturen, zum Beispiel bei den Gesundheits- und Steuersystemen. Hier kann nicht alles über einen Kamm geschoren und unterschiedslos harmonisiert werden. Vieles können die Mitgliedstaaten und Regionen auch besser, vor allem aber bürgernäher regeln. Nur dort, wo gemeinsames europäisches Handeln einen echten Mehrwert verspricht, brauchen wir auch mehr Europa.

Ich bin zuversichtlich: Wir können auch in den nächsten Jahren die Erfolgsgeschichte Europas weiterschreiben. Bei den Veranstaltungen zum Bayerischen Europatag am 8. Mai habe ich gesehen, dass Europa gerade junge Menschen begeistern kann. Schüler und Studenten, die an den Austauschprogrammen der Europäischen Union teilgenommen haben, berichten mir immer wieder ganz fasziniert von ihren Erfahrungen, die sie in anderen Mitgliedstaaten sammeln. Wir müssen diese Begeisterung bei allen wecken und uns die Errungenschaften des europäischen Einigungsprozesses bewusst machen. Gleichzeitig werden wir unseren bewährt realistischen Blick auf das Notwendige behalten und so Europa positiv gestalten.

Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, und bei allen bedanken, die sich – vielfach ehrenamtlich – für ein bürgernahes, lebendiges, intensives Miteinander in Europa engagieren, die die jungen Leute in den Schulen immer wieder zum Thema Europa hinführen und begeistern. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Engagement ist der Nährboden, auf dem Europa zusammenwächst und auf dem eine gute Zukunft für unsere Kinder und Enkelkinder bereitet wird – gemäß dem Motto der deutschen Ratspräsidentschaft: Europa gelingt gemeinsam! Ich möchte hinzufügen: Europa gelingt nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern und nicht an ihnen vorbei.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Dr. Förster, nun haben Sie das Wort. Bitte schön.

Dr. Linus Förster (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Ministerin, lassen Sie mich Ihnen, bevor ich mich sehr wohl kritisch mit Ihrer Regierungserklärung auseinandersetze, vorab ein Kompliment aussprechen.

(Henning Kaul (CSU): Gut!)

Die Bayerische Staatsregierung schafft es immer wieder, Berlin den Weg zu weisen oder zuvorzukommen. Während die Bundeskanzlerin und amtierende EU-Ratspräsidentin erst morgen früh um 9 Uhr im Deutschen Bundestag ihre Regierungserklärung zur Europapolitik abgibt, tun Sie das 18 bzw. 19 Stunden vorher, damit Frau Merkel rechtzeitig weiß, was Frau Müller will.

(Beifall bei der SPD – Engelbert Kupka (CSU): So eine gute Einleitung!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich aber ein klein wenig Essig in den Wein gießen. Sie, Frau Ministerin, haben sehr viel Wichtiges gesagt, aber wenig Neues, viel Altes, Bekanntes zu Altbekanntem. Warum es dazu aber eigens einer Regierungserklärung bedarf, entzieht sich meinem Verständnis. Vieles von dem, was Sie ausgeführt haben, findet aber unsere volle Zustimmung. Ich verweise zum Beispiel auf Ihre Ausführungen zu den Anforderungen eines Verfassungsvertrages, zur Stärkung der nationalen Parlamente, zur Rolle der Regionen, zum Subsidiaritätsfrühwarnsystem, zur Stärkung des Ausschusses der Regionen, zur Ausführung der Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit im Rat, zur Erfüllung der Beitrittskriterien und nicht zuletzt zur konsequenten Fortsetzung der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung usw. All das ist in diesem Hause aber schon x-mal und auch beinahe schon von jedem gesagt worden, auch von uns beiden, Frau Ministerin.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ähnliches gilt für Ihre Ausführungen zu Bulgarien, Rumänien und der Türkei. Wenn Sie uns hier schon keine neuen Impulse präsentieren wollen, so ersparen Sie uns doch bitte die traditionellen Wiederholungen Ihrer altbekannten Forderung nach verschlossenen Türen für die Türkei und

die Debatte über Schutzklauseln und Sanktionen gegen die neuen Mitglieder Bulgarien und Rumänien.

(Beifall bei der SPD)

Als hier vor einigen Wochen ein Dringlichkeitsantrag der CSU zu dieser Thematik behandelt wurde, haben sich einige von uns in der Fraktion noch gedacht, dass Sie an diesem Tag einfach Probleme hatten, ein gutes Thema für einen Dringlichkeitsantrag zu finden und deswegen dieses Thema gebracht haben. Da Sie nun aber schon wieder damit ankommen, haben wir das Gefühl, dass Sie sich partout weigern wollen, einige Fakten zur Kenntnis zu nehmen. Der Modus für diese Fragen ist klar geregelt und auf dem Weg. Der Prozess des Monitorings läuft, die Verhandlungen laufen ergebnisoffen. Bayern kann anmahnen, muss es aber nicht. Mit Blick auf unseren Gast, den bulgarischen Generalkonsul, mit dem ich vor ein paar Tagen ein sehr interessantes Gespräch zu diesem Thema führen durfte, kann ich nur anmerken: Diese verbalen Attacken bringen uns nicht wirklich weiter,

(Beifall bei der SPD)

weder hinsichtlich Bulgarien und Rumänien noch im Fall von Siemens noch im Fall der Türkei. Hierzu möchte ich anmerken, dass Ihr Parteikollege Ramsauer nach seinem Türkeibesuch ausdrücklich darauf hingewiesen hat, dass man die Verhandlungen unbedingt weiterführen soll und muss, weil sonst in der Türkei ein Rollback zugunsten der islamistischen Fundamentalisten und zum Schaden Europas drohen würde. Ich will mich hier aber nicht wiederholen – das ist alles in den Landtagsprotokollen längst nachzulesen. Ich will deswegen auch nicht weiter darauf eingehen.

Auffällig und bemerkenswert ist für mich an dieser Stelle aber, was Sie heute nicht gesagt haben:

(Beifall bei der SPD)

kein Wort zur aktuell größten Gefahr für einen Erfolg der deutschen EU-Ratspräsidentschaft; kein Wort zur gegenwärtig größten Gefährdung der EU durch die Androhungen eines polnischen Vetos. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie Klartext sprechen.

(Beifall bei der SPD)

Da mich auch der Herr Ministerpräsident gerade sehr kritisch angesehen hat: Wir Bayern können das doch tun. Sie haben doch sonst auch keine Hemmungen, der Bundesregierung zu sagen, wo die Politik entlanggehen soll.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Fall geht es um eine klare Arbeitsteilung; denn ich meine, Sie müssen nicht so diplomatisch zurückhaltend sein wie die immerhin noch amtierende EU-Ratspräsidentin.

Und deshalb sage ich, um auf die Dramatik dieser Situation zurückzukommen: Wer wie die polnische Spitze schwadroniert – Zitat – „Es ist wert, für die Quadratwurzel zu sterben“, redet aus meiner Sicht nicht nur absoluten Stuss, sondern handelt historisch unverantwortlich.

(Beifall bei der SPD)

Diese Frage ist keine Kleinigkeit, meine sehr verehrten Damen und Herren. Der frühere Präsident des Europaparlaments, Dr. Klaus Hänsch, hat gestern sinngemäß gesagt: Wenn die Reform an Polen scheitert – und die Gefahr ist gegenwärtig nicht gering –, dann droht ein Auseinanderfallen der EU. Das, sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, darf einfach nicht passieren.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme nun zum Stichwort „Verfassungsprozess“ und zu einem weiteren Punkt, der mir sehr wichtig erscheint. Die Überarbeitung des Verfassungsvertrags, wie sie beispielsweise Sarkozy und Blair vorschreiben, darf in keinem Fall so aussehen, dass die Elemente des Vertrags, welche die soziale Dimension Europas definieren, unter den Tisch fallen. Wer einen solchen Versuch unternimmt, der wird nicht nur auf den hartnäckigsten Widerstand der Sozialdemokratie stoßen, sondern der hat nicht begriffen, dass damit jede Chance auf eine Akzeptanz des Vertrags in der Bevölkerung schwindet. Wir brauchen aber die Zustimmung der Bevölkerung mehr denn je, wenn wir die EU zukunftsfähig machen wollen. Deshalb hätte ich heute und hier zu dieser zentralen Frage gerne bayerische Impulse gehört und verspürt.

(Beifall bei der SPD)

Wenn die Dinge, die Sie als die Parameter für das Soziale an Europa definieren und bei denen wir mit Ihnen übereinstimmen, ausreichen sollen, dann können wir uns für die Diskussion um das, was Sie in Ihrer Rede „Nizza plus“ genannt haben, auf einiges gefasst machen. Dieses Thema ist vom gleichen Charakter wie viele Politikfelder und europapolitisch relevante Fragen geprägt, die Sie angeschnitten haben: Sie verharren schon fast ein wenig im Allgemeinen, werden wenig konkret und scheinen sich damit zufriedenzugeben, hier eine Aneinanderreihung von Allgemeinplätzen zum Besten zu geben, denen kaum einer – das muss ich dazusagen, auch wir nicht – widersprechen kann.

Sie hätten aber heute hier im Plenum in Ihrer Erklärung gerade für die Diskussion um das soziale Europa wirkliche Impulse für Europa geben können. Doch dafür, Frau Ministerin, hätten Sie über Ihren Schatten springen und auch solche Themen wie die Notwendigkeit einer europaweiten Mindestbesteuerung von Unternehmen und die dafür erforderliche Schaffung einer einheitlichen Bemessungs- und Erfassungsgrundlage diskutieren müssen.

(Beifall bei der SPD)

Außerdem hätte mich interessiert, was Sie davon halten, dass zum Beispiel in Deutschland 2,5 Millionen Menschen für Löhne arbeiten, die nicht einmal ausreichen, um sich selbst und die eigene Familie über die Runden zu

bringen. In 20 der 27 Mitgliedstaaten der EU gibt es gesetzliche Mindestlöhne, auch in Staaten, die in den letzten 15 Jahren eine rasante ökonomische Entwicklung erlebt haben wie Irland oder Spanien oder sämtliche neuen EU-Staaten. Aus den betroffenen Ländern sind uns so gut wie keine Stimmen bekannt, die dafür plädieren würden, diese Regelungen wieder abzuschaffen. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, spricht nichts gegen die Einführung branchenbezogener Mindestlöhne im Sinne einer umfassenden Ausweitung des Arbeitnehmerentsendegesetzes auch in Deutschland.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir eine EU mit Dienstleistungsfreiheit und Arbeitnehmerfreizügigkeit wollen – und das wollen wir –, dann brauchen wir einen fairen Wettbewerb in diesen Bereichen und nicht den Wettlauf um die niedrigsten Löhne und schlechtesten Arbeitsbedingungen.

Leider gibt mir auch das, was Sie zum Thema „Klimaschutz, Energiepolitik und Nachhaltigkeit“ gesagt haben, nur wenig Anlass zu Euphorie. Dabei kann ich nicht abstreiten, dass die Dinge, die Sie in diesem Zusammenhang gesagt haben, oftmals richtig sind; aber hier von bayerischen Impulsen für Europa zu sprechen, kommt dem Versuch gleich, eine Mücke mit einem Elefanten zu vergleichen.

(Beifall bei der SPD)

Dass Klimaschutz nur gemeinsam und multilateral gelingen kann und alle großen Akteure eingebunden werden müssen, wenn es gelingen soll, ein vernünftiges Nachfolgeprotokoll zum Kyoto-Protokoll zu verabschieden, weiß mittlerweile fast jedes Kind. Wir fragen uns an dieser Stelle, ob wir in Bayern wirklich alles dafür tun, um aktive Klimapolitik zu fördern und nachhaltig zu handeln. Nutzen wir in Bayern wirklich alle Ressourcen und Möglichkeiten, von denen wir hier eine größere Fülle haben als andere Bundesländer? – In meiner Heimatstadt Augsburg wird an der neuen Universität gerade ein neues Informatikgebäude mit einer riesigen Dachfläche errichtet. Ich frage mich, warum man diese Dachfläche nicht mit einer Solarthermieanlage ausstattet und so Heizkraft und Warmwasser eigenständig und regenerativ erzeugt. Warum legt die Staatsregierung kein Programm auf, das die Installation von Solarthermie- oder Photovoltaikanlagen auf allen Gebäuden des Freistaates zur Selbstversorgung und Netzeinspeisung vorsieht, die neu errichtet, grundlegend umgebaut oder saniert werden? Die SPD-Fraktion fordert dies schon seit Jahren, fordert ein energetisches Sanierungsprogramm der freistaatlichen Liegenschaften. Darauf haben in der vorangegangenen Aktuellen Stunde die Kollegen Frau Biedefeld und Wörner hingewiesen.

Glücklicherweise tut sich in Bayern einiges in Sachen Photovoltaik, Kraft-Wärme-Kopplung, Nutzung von Biomasse und Wasserkraft. Meistens bleiben die Impulse dafür aber privaten Initiativen überlassen und kommen nicht von der Staatsregierung. Wir sollten dabei nicht vergessen, dass Klimaschutz nicht an den Grenzen aufhört. Warum fördert der Freistaat nicht in größerem Ausmaß grenzüberschreitende Projekte zum Klimaschutz von Kommunen und Landkreisen? – Mir fällt spontan das Dreiländereck Westallgäu/Vorarlberg/Aargau rund um den Bodensee ein, das ich von einer Informationsreise, die ich zusammen mit dem Europaabgeordneten Wolfgang Kreissl-Dörfler gemacht habe, kenne. Dort gibt es viele separate Projekte, deren Betreiber in der Fläche viel effizienter und erfolgreicher arbeiten könnten. Damit würde es auch gelingen, grenzüberschreitend Wissen und Forschungsergebnisse zu nutzen, etwa aus dem Energieinstitut Vorarlberg in Dornbirn. Forschung und Entwicklung sind ohnehin der Schlüssel zur Entwicklung, von der Sie immer behaupten, dass Sie sie wollen, die Sie aber oft nur halbherzig unterstützen.

Frau Müller, Sie haben zu Recht gesagt, dass Forschung und Entwicklung zentral für die Zukunftschancen unserer Kinder sind. Warum fördern Sie dann nicht intensiver einen der besten Cluster, den wir in Bayern haben, nämlich die Umwelttechnologie?

(Beifall bei der SPD)

Zukunftsfähige Forschung und Entwicklung gehen weit über das hinaus, was wir bisher im klassischen Sinn darunter verstehen. In Zukunft wird es immer wichtiger sein, die Entwicklung von Maschinen, Verfahren und Produktionsweisen zu forcieren, die weniger Energie verbrauchen. Wenn man alleine den Energieverbrauch zur Erzeugung von Lebensmitteln in Bayern betrachtet, dann stehen einem schnell die Haare zu Berge. Ich nenne Ihnen ein Beispiel, das zwar extrem ist, aber das ich bezeichnend finde: Eine Fabrik in Parsberg bei München stellt tiefgefrorene sogenannte Burritos her. Der eine oder andere von Ihnen kennt sie vielleicht aus mexikanischen Restaurants; es ist nicht die mexikanische Variante der Weißwurst, sondern es ist eine mexikanische Spezialität. Bis ein einziger dieser Burritos in die Verpackung gelangt, werden 60 Liter Wasser verbraucht. Die Fabrik stellt an einem Tag fast 500 000 Burritos her, verbraucht also mehr als sechs Milliarden Liter Wasser pro Jahr für die Herstellung eines Tiefkühlproduktes, das man sicherlich nicht dringend braucht, auch wenn es dem einen oder anderen sehr wohl schmecken mag. In den anderen Staaten wird mit einer enormen Geschwindigkeit und viel Mitteleinsatz geforscht und entwickelt, sodass wir unsererseits die Anstrengungen verstärken müssen, wenn wir nicht die Führungsstellung Bayerns verlieren wollen. Machen wir uns nichts vor: Wenn wir genau hinsehen, dann erkennen wir, dass wir sie in manchen Bereichen fast schon verloren haben. Beispielsweise haben deutsche Hersteller den weltweiten Trend hin zu Dieselfahrzeugen mit Rußpartikelfilter und generell zu kraftstoffsparenden Modellen nicht früh genug erkannt,

(Susann Biedefeld (SPD): Wichtige Entwicklungen verschlafen!)

– regelrecht verschlafen.

Hier muss mit allen Mitteln geforscht, entwickelt und müssen Produkte zur Marktreife gebracht werden, auch um bayerische Arbeitsplätze zukunftssicher zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Energieeffizienz und Energieverbrauch sind existenzielle Themen, bei denen es nicht ausreicht, einige unverbindliche Aussagen zu machen, wie wir sie heute schon in der Aktuellen Stunde gehört haben.

Wer sich mit dem Thema beschäftigt, wird feststellen, wie unsinnig und kontraproduktiv es ist, die öffentliche Daseinsvorsorge dem Markt uneingeschränkt zu öffnen, wie es leider einige EU-Abgeordnete aus den Reihen der Union wollen. Ich möchte positiv festhalten – man kann schließlich auch einmal die Gemeinsamkeiten betonen –, dass in diesem Hause Konsens darüber besteht, dass die Trinkwasserversorgung nicht privatisiert wird. Schauen Sie sich beispielsweise die Situation in London an; rein private Unternehmen investieren so gut wie nichts in die Infrastruktur. Die Folge ist, dass in London das Wasser knapp wird, wenn es zwei Wochen lang nicht regnet, auch deshalb, weil die Leitungen so porös sind, dass durchschnittlich 57 % des geförderten Trinkwassers versickern. Zum Vergleich: Hier in München gehen auf dem Weg zum Endkunden durchschnittlich 5,7 % verloren. Glücklicherweise ist die Statistik so, dass ich es leicht ausrechnen kann; das ist gerade einmal ein Zehntel der Menge, die in London verloren geht.

Bei Gas- und Stromleitungen sieht es nicht viel besser aus. Lassen wir also die Verantwortung für die öffentliche Daseinsvorsorge da, wo sie am besten aufgehoben ist: bei den Kommunen.

(Beifall bei der SPD)

Aber die Staatsregierung und die CSU fokussieren sich lieber darauf – wie wir es heute zum Beispiel auch vom Kollegen Pschierer gehört haben –, immer wieder längere Restlaufzeiten für die deutschen Atomkraftwerke mit der Begründung zu fordern, dass sie quasi CO_2-neutral und deshalb wichtig für den Klimaschutz seien. Wer so etwas behauptet, möchte entweder die Öffentlichkeit bewusst hinters Licht führen oder weiß es schlicht nicht besser. Das ist etwa so, wie wenn man in Bezug auf die Atomkraft sagen würde: Zigaretten sind ungefährlich, nur der Rauch macht uns krank.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Obwohl die Regierungserklärung viel enthielt, dem wir zustimmen können, hätten Sie, Frau Ministerin, der Regierungserklärung lieber einen anderen Titel geben sollen. Von dem, was Sie gesagt haben, war nichts falsch, aber ich habe die wesentlichen Impulse aus Bayern vermisst, zu denen Bayern wahrlich fähig wäre. Es waren allgemeinverbindliche Absichtserklärungen. Diese machen Europa nicht flotter. Es zählt nur verbindliches, konkretes Handeln. Eine Rede und auch eine noch so lebendige Debatte bringen uns nicht weiter. Weiter kommen wir nur, wenn wir draußen politisch aktiv handeln.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Als Nächster erteile ich Frau Prof. Männle das Wort.

Prof. Ursula Männle (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Im Gegensatz zu Herrn Kollegen Förster bin ich der Meinung, dass diese Regierungserklärung genau zum richtigen Zeitpunkt stattfindet. Zu dieser Regierungserklärung gibt es natürlich auch einen Bedarf. Wir beklagen alle, dass über Europa in der Öffentlichkeit so wenig geredet wird. Es wird so wenig bewusst, was Europa eigentlich bedeutet. Welche Gelegenheit wäre da besser als eine Regierungserklärung zu einem Zeitpunkt, wo die deutsche Ratspräsidentschaft fast zu Ende ist und wo wir deutlich sehen, dass gerade diese Ratspräsidentschaft in der Bevölkerung ein neues Bewusstsein für Europa gebracht hat?

Im Rahmen dieser Diskussion in der Bevölkerung ist es wichtig, dass auch die bayerischen Positionen und vor allem der bayerische Beitrag zu dieser Ratspräsidentschaft und zur Weiterentwicklung in Europa entsprechend formuliert werden.

Herr Kollege Förster, wenn wir bei jedem Antrag, der im Parlament eingebracht wird, das Kriterium „immer etwas Neues und viel Neues“ zugrunde legen, dann schaue ich gerade auch Ihre Fraktion an. Von Ihnen kommt immer wieder dieselbe Leier von Anträgen. Seien wir einmal vorsichtig!

Wenn wir ein Kriterium „Neues“ einführen, dann denke ich, dass gerade durch die Regierungserklärung der Ministerin deutlich geworden ist, welche zukünftigen Wege der Europapolitik in welche Zielrichtung zu beschreiten sind. Ich bin ihr sehr dankbar, dass sie nicht die Fachpolitik in den Mittelpunkt gestellt hat; denn es ist unsere Aufgabe hier im Landtag, europapolitisch etwas umzusetzen und deutlich zu machen, wo die Verantwortung auf der Landesebene liegt.

Im März feierten wir 50 Jahre Römische Verträge. Die Römischen Verträge waren mit Sicherheit ein Meilenstein in der Entwicklung zu Frieden, Freiheit und Wohlstand auf dem Kontinent Europa. Die Römischen Verträge und die nachfolgenden Einigungen in Europa haben deutlich gemacht, dass sie ein Magnet für viele andere Staaten sind. Nicht ohne guten Grund stellen wir heute fest, dass aus einem Kerneuropa von Sechs inzwischen eine Europäische Union von 27 Mitgliedstaaten geworden ist. Wir wissen alle, dass viele weitere Länder vor der Tür stehen und in diesem Europa mitmachen wollen. Für mich ist das ein Beweis für das Erfolgsmodell.

Auch wenn es nicht neu ist, Herr Kollege Förster, betone ich das, weil in der deutschen Öffentlichkeit zu wenig darüber geredet wird. Auch bei vielen Veranstaltungen merken wir das Positive von Europa. Wir thematisieren es und machen deutlich, dass wir der europäischen Einigung in unserem Land, aber nicht nur dort, sehr viel zu verdanken haben.

Ich habe vorhin gesagt: Die Regierungserklärung findet zu einem Zeitpunkt statt, wo die deutsche Ratspräsidentschaft fast zu Ende geht. Die deutsche Ratspräsidentschaft war Anstoß für vielfältige Aktivitäten und Initiativen. Vieles ist in Bewegung geraten, was, wie wir alle wissen, im europäischen Einigungsprozess ins Stocken

geraten war. Der Einigungsprozess über die Grundlagen Europas und über die Weiterentwicklung der Union ist – das können wir mit Stolz sagen – wieder angeschoben worden. Dies war notwendig und ist gelungen.

Im Vorfeld der Präsidentschaft wurde – Sie erinnern sich sicherlich auch an die Diskussion bei uns im Ausschuss – vor übertriebenen Hoffnungen und zu hohen Erwartungen gewarnt. Die Warnung richtete sich auch an die Bundeskanzlerin. Jetzt, kurz vor dem Ende der Ratspräsidentschaft, können wir sagen – das müssen auch Sie von der SPD sagen; denn Sie sind Mitglied der Bundesregierung –, dass durch die deutsche Ratspräsidentschaft Bewegung in Europa spürbar ist. Das Engagement der Bundeskanzlerin ist auf andere Staaten übergesprungen. Ich denke, dass der positive Prozess, der jetzt angestoßen worden ist, nicht aufgehalten werden kann. Die Verantwortlichen wissen, dass wir die Probleme nur gemeinsam lösen können.

Herr Kollege Förster, Sie sind auf das folgende Thema eingegangen. Nationale Sonderforderungen im gegenwärtigen Zeitpunkt der kritischen Situation eines Verfassungsvertrages sind sicherlich fehl am Platze und gefährden den Einigungsprozess. Ich sage sehr deutlich, dass ich damit polnische Sonderforderungen meine. Ich bin aber sicher, dass nicht Drohgebärden an Regierungschefs die richtige Antwort darauf sind, sondern dass es auf eine Mobilisierung der Bevölkerung in dem dortigen Land ankommt.

Polen wollte unbedingt Mitglied der EU werden. Im letzten Jahr waren wir mit einer Delegation von Kollegen unserer Fraktion in Polen unterwegs. Da haben wir sehr deutlich die Bereitschaft der Bevölkerung bemerkt, das europäische Einigungswerk fortzusetzen und diesem Europa nun anzugehören. Das haben wir zu berücksichtigen.

Die Ministerin hat zum Ausdruck gebracht, dass sich auch Bayern aktiv für den Erfolg der deutschen Ratspräsidentschaft eingesetzt und aktiv mitgearbeitet hat. Frau Ministerin Müller hat eindrucksvoll die vielfältigen Felder aufgezeigt, auf denen Bayern aktiv geworden ist. Sie hat die Initiativen und den bayerischen Beitrag herausgestrichen. Es steht uns gut an, auch hierfür zu danken. Natürlich ist alles immer ein Gemeinschaftswerk. Aber das aktive Einbringen seitens der Bayerischen Staatsregierung und vor allem durch die Person der Ministerin hat dazu beigetragen, dass Europa wieder in Bewegung ist. Ganz herzlichen Dank dafür! Wir wissen, was die Bayern in Europa wert sind.

Vor Kurzem hat eine Zeitung, die der CSU durchaus kritisch gegenübersteht, sehr deutlich herausgestellt, welche Führungspersönlichkeiten gerade in der CSU in Europa Positionen innehaben, in denen sie etwas gestalten können. Unsere Ministerin gehörte zu diesen Persönlichkeiten.

Die Ministerin hat deutlich gemacht, dass es um die Zukunft der Europäischen Union geht. Es geht um die zukünftige Gestaltung Europas. Es geht um ein Europa der Einheit und es geht auch um die Vielfalt der Mitgliedstaaten und Regionen. Es ist notwendig, dass wir Reformen in Europa durchsetzen. Ich wiederhole die Worte, die Sie, Frau Ministerin, gebraucht haben. Sie sagten, Reformen seien notwendig, damit Europa demokratischer, transparenter und bürgernäher wird. Ich kann dies voll unterstreichen. Wir brauchen keine Zentralbehörde in Brüssel, die alles regelt. Wir brauchen keinen Superstaat, sondern wir brauchen Subsidiarität, und diese Subsidiarität ist das, was Bayern in den europäischen Prozess eingebracht hat. Subsidiarität wird seit Jahren immer wieder in den Mittelpunkt gestellt. Ich merke auch bei meiner Arbeit im Ausschuss der Regionen, in dem ich den Bayerischen Landtag vertreten darf, wie langsam auch in den anderen Nationen der Gedanke der Subsidiarität Fuß fasst, wie man sich bewusst wird, dass Europa nur dann echt gestaltet werden kann, wenn der Gedanke der Subsidiarität auch tatsächlich gelebt und eingeklagt wird.

Um diese Reform in Gang zu setzten, brauchen wir den Verfassungsvertrag. Wir brauchen ihn. Ich gestehe, dass ich nicht – uns geht es wahrscheinlich allen so -ganz glücklich darüber bin, dass der Begriff „Verfassung gewählt“ worden war. Er hat falsche Erwartungen geweckt und ein falsches Bild von dem Europa gegeben, das wir eigentlich wollen. Mit dem Begriff „Verfassung“ ist das Bild eines einheitlichen Staates verbunden. Darüber kann man diskutieren, und ich denke, wir sollten dabei auch offen sein. Ganz gleich – ich sage es einmal etwas flapsig –, wie das Ding heißen wird: Es muss ein Vertrag her, der in der Substanz das enthält, was er bisher enthalten hat. Ich sage sehr deutlich: in der Substanz. Mir persönlich ist es gleichgültig, ob in dem Vertrag steht, dass wir eine einheitliche Hymne oder einheitliche Flaggen haben. Ich bin sicher, dass an Europatagen oder im bayerischen Parlament die Europafahne nicht eliminiert werden wird, wenn sie nicht mehr im Vertrag enthalten ist. Wir werden hier weiterhin die Europafahne haben. Wir haben sie jetzt auch schon, obwohl es noch nicht im Vertrag steht. Das ist nicht existenziell für das, was wir mit dem Vertrag wollen. Wir brauchen aber die Substanz.

Wir haben im Bayerischen Landtag des Öfteren ausgeführt, dass wir sicher nicht mit allen Formulierungen, die darin enthalten sind, übereinstimmen, dass wir uns anderes vorgestellt hätten, dass wir gerne den Gottesbezug darin gehabt hätten, dass wir in Bezug auf Kompetenzabgrenzungen und Kompetenzverlagerungen andere Vorstellungen gehabt hätten. Wir haben aber endgültig zugestimmt und deutlich gemacht: Europa muss fortentwickelt werden. Dies sollten wir immer wieder deutlich machen.

Ich betone dies, weil es nicht so im Bewusstsein verankert ist, was dieses Europa uns gebracht hat. Ich greife nur einen speziellen Punkt heraus. Ich gehe nicht auf die Daseinsvorsorge, Klima- oder Energiepolitik ein, wie es Herr Förster getan hat. Auch die weiteren Redner werden noch auf andere Punkte eingehen. Ich sage sehr deutlich: In diesem Vertrag ist eine neue Definition des Subsidiaritätsprinzips enthalten. Es sind Instrumentarien zur Überwachung der Einhaltung der Grundsätze von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit enthalten. Es ist die Verpflichtung zur frühzeitigen Konsultation enthalten, und zwar bevor die Legislative in Europa tätig wird. Außerdem ist die Verpflichtung zur Berücksichtigung der regionalen und lokalen Dimension enthalten. Es sind auch

Verpflichtungen der Kommission zur Folgenabschätzung und Darstellung der finanziellen Auswirkungen auf die regionalen Rechtsvorschriften berücksichtigt. Dies wollen und brauchen wir, und dies brauchen wir auch als Bayerischer Landtag; denn nur dann haben wir auch Mitspracherechte, und nur dann können wir in Europa das umsetzen, was wir wollen.

Ich sehe in diesen Formulierungen auch eine Chance für uns als Landtag für ein Gestalten des zukünftigen Europas. Von daher möchte ich deutlich machen: Der Leitspruch der Union, "In Vielfalt geeint", legt als Grundlage das Subsidiaritätsprinzip, die Eigengestaltung der Regionen und der Nationalstaaten fest, geht aber auch von einer Einheit aus, die verbindend für diese Vielfalt von Staaten ist. Ich möchte deutlich unterstreichen, was die Ministerin in Bezug auf die Erweiterung und die Aufnahmefähigkeit deutlich gemacht hat. In diesem Punkt unterstreiche ich jeden Satz und möchte diese Aspekte nicht wiederholen. Ich möchte ihr in Bezug auf diese Position den Rücken stärken.

Ich wiederhole: Unser Anliegen ist, Europa zu reformieren und Europa voranzubringen. Dazu ist es notwendig, dieses entscheidende Ziel, das auch von der Ministerin genannt worden ist, zu erreichen: Bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2009 brauchen wir eine erneuerte Grundlage der EU, und das ist ein Vertrag. Dies wollen wir, und in diesem Zusammenhang unterstützen wir auch die Bayerische Staatsregierung in ihren Bemühungen auf Bundesebene und auf europäischer Ebene. Wir hoffen, dass dieses Ziel erreicht werden kann. Dazu braucht die Bundeskanzlerin Merkel zugegebenermaßen viel Verhandlungsgeschick. Bisher hat sie es allen Unkenrufen zum Trotz bewiesen. Von daher unsere Position: Wenn wir gemeinsam dieses große Werk angehen, werden wir es schaffen. Europa ist eine Chance für uns alle. An dieser großartigen Zukunft sollten wir mitwirken und unseren Beitrag leisten.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Der Ordnung halber will ich darauf hinweisen, dass die Fraktionen den Anspruch darauf haben, die überzogene Redezeit der Ministerin an ihre Redezeit anzuhängen. Ich bin nur nicht davon ausgegangen, dass sie davon Gebrauch machen. Ich gebe in diesem Zusammenhang bekannt: Es waren 7 Minuten und 20 Sekunden. Damit wissen Sie alle darüber Bescheid.

Herr Kollege Dr. Runge, Sie haben das Wort.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir von der GRÜNEN-Fraktion im Bayerischen Landtag den Titel der heutigen Regierungserklärung „Bayerische Impulse für Europa" ansehen, wir den Titel reflektieren und kommentieren, dann entsteht bei uns der Eindruck: irgendwo zwischen rührend und anmaßend. Bayerische Impulse für Europa – wir wissen alle, dass es in Europa 256 Regionen gibt. Wir warten jetzt auf den Antrag der CSU- vielleicht kommt er irgendwann – mit der Forderung, die G 8 durch Bayern als Mitglied zur G 9 zu erweitern.

Wenn wir uns die Pressemitteilung, die die Frau Ministerin angesprochen hat, nämlich die Pressemitteilung Nummer 192 vom 22. Mai 2007 ansehen, dann stellen wir fest: Das ist das gleiche Spiel, das gleiche Lied, die Pressemitteilung heißt: „Bayern macht Tempo im europäischen Verfassungsprozess". Ich zitiere noch einmal die Überschrift – von der Bayerischen Staatskanzlei selber so gesetzt –: „Bayern macht Tempo im europäischen Verfassungsprozess."

Da sagen wir: Sakradi, was wir Bayern alles können, das ist schon enorm. Wie sieht es mit der Realität aus? – Vielleicht haben Sie deshalb so heftig in die Wort- und Ausdruckskiste gegriffen. Wir wissen alle: Die CSU und die Staatsregierung sind zurzeit paralysiert. Das werden sie noch einige Tage und Wochen sein, bis endlich etwas weitergeht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie reißen in Bayern nichts, aber überhaupt nichts. Deshalb meinen Sie, hier verkünden zu können, Sie würden Europa impulsieren. Das imponiert uns ganz besonders. Frau Müller, Ihre Rede hatte mit dem Titel nicht allzu viel zu tun. Ihre Rede war – wie wir es nicht anders erwartet hatten – ein Loblieb auf die deutsche Ratspräsidentschaft, garniert mit altbekannten und altbackenen Forderungen von CSU und Bayerischer Staatsregierung. Herr Kollege Dr. Linus Förster hat die Erklärung der Bundesregierung von Frau Merkel zum kommenden Europäischen Rat morgen vor dem Deutschen Bundestag angesprochen. Wir können sicher sein, dass diese Regierungserklärung ein gutes Stück bescheidener und realitätsnäher sein wird als das, was wir heute zu hören bekommen haben.

Meine Damen und Herren von der CSU, Frau Ministerin, unsere Sichtweise und unsere Bewertung der Ratspräsidentschaft sind naheliegenderweise anders als die Ihren. Wir haben es relativ leicht, Ihnen unsere Argumentation schlüssig vorzulegen. Wir haben dazu ein wunderbares Instrumentarium, ein wunderbares Arbeitswerkzeug. Wir können die Inhalte und die Zielerreichung am Arbeitsprogramm, an der Agenda und am Zielekanon abklappern.

Was waren die Ziele der Bundesregierung? – Vor dem Beginn der Ratspräsidentschaft hat sich die Bundesregierung auf fünf Politikfelder festgelegt, welche die Ratspräsidentschaft dominieren sollten. Diese Felder waren erstens die Strategie für Wachstum und Beschäftigung, zweitens die europäische Energiepolitik, drittens die neue europäische Nachbarschaftspolitik, viertens die Verstärkung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und fünftens die Wiederbelebung der EU-Verfassung.

Ausgebreitet und herunterdekliniert auf die jeweils von den Zuständigkeitsbereichen her korrespondierenden Ressorts der Staatsregierung waren das 18-Monats-Programm der deutschen, der portugiesischen und der slowenischen Ratspräsidentschaft und insbesondere die Prioritäten der deutschen Ratspräsidentschaft wunderbar im ersten Europabericht der Staatskanzlei für das Jahr 2007 nachzulesen. Daran können wir die Ergebnisse messen und sehen, ob ein Erfolg feststellbar war oder nicht.

Ich darf aus dem Bericht der Staatskanzlei zitieren:

> Das Arbeitsprogramm der deutschen Ratspräsidentschaft steht unter dem Motto „Europa gelingt gemeinsam“ und ist eingebettet in ein 18-Monats-Programm der drei aufeinanderfolgenden Präsidentschaften von Deutschland, Portugal, Slowenien von Januar 2007 bis Juni 2008, das erstmalig erstellt wurde. In beiden Programmen stehen erstens die Fortführung des Verfassungsprozesses, zweitens die Zukunftsfähigkeit des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells im Lichte der Herausforderung der zunehmenden Globalisierung, drittens der Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts und viertens die Rolle der EU in der Welt im Vordergrund.

Dies wurde dann wunderbar für die einzelnen Ressorts durchdekliniert. Ich greife jetzt einmal das eine oder andere Ressort heraus.

Das Innenministerium hat sich äußerst breit zum Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts ausgelassen. Hier lesen wir im Europabericht:

> Die deutsche Ratspräsidentschaft strebt hier substanzielle Fortschritte bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus und der grenzüberschreitenden Kriminalität durch eine intensive polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit an. Weitere zentrale Herausforderung ist die Bewältigung der illegalen Migration.

Als weiteres Ziel wird genannt, dass der Schutz der gemeinsamen Außengrenzen der Union verbessert werden müsste. Meine Damen und Herren, wir als Fraktion der GRÜNEN fragen uns schon, wo sich in dieser Aufzählung die Stärkung der Bürgerrechte oder Formulierungen zur Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit und des Rassismus finden. Diese Ziele hätten unserer Meinung nach ebenfalls prioritär genannt werden müssen und nicht nur die Punkte, die Sie aufgezählt haben.

Zur Gestaltung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik möchte ich nur einen Punkt herausgreifen, der gerade aktuell ist. Im Bericht ist ausgeführt, dass auf die Rüstungskontrolle, die Abrüstung und die Nichtverbreitung von Waffen ein besonders großes Augenmerk zu legen sei. Wir haben gerade die aktuellen Zahlen bekommen: Die Rüstungsausgaben sind weltweit explodiert. Zielerreichung: Fehlanzeige. Als weiterer wichtiger Punkt wird genannt: „Der deutsche Ratsvorsitz misst einem erfolgreichen Abschluss der Doha-Entwicklungsrunde große Bedeutung zu.“ Wir alle wissen: Das ist ordentlich in die Hose gegangen.

Sehen wir uns einmal intensiv den Geschäftsbereich des bayerischen Wirtschaftsministers an, der nicht nur für die Abteilung Wirtschaft zuständig ist. Ich muss hier gar nichts auslassen. Für die Wirtschaftspolitik sind in dem Bericht folgende wesentliche Ziele und Handlungsfelder genannt:

Erstens strebt die Ratspräsidentschaft konkret Fortschritte bei der vollständigen Liberalisierung des europäischen Markts für Postdienstleistungen an. Hier müssen wir sagen: Das ist erst letzte Woche sauber in die Hose gegangen. Im Moment sieht es so aus, als würde dieser Markt für Deutschland liberalisiert, andere Länder geben diesen Markt aber nicht frei, weil sich die Bundesregierung nicht korrespondierend durchsetzen konnte.

Als zweiter Punkt wird ausgeführt: Weitere Themen sind ein gestärktes und effizientes Rechtsschutzsystem bei öffentlichen Aufträgen. Ich frage Sie: Wo denn? – Was ist da vorwärtsgegangen? –

Der dritte Punkt: Im Bereich der Finanzdienstleistungen ist ein wichtiges Thema die Konvergenz im Aufsichtshandeln. Auch hier, geschätzte Frau Ministerin, Fehlanzeige.

Nächster Punkt ist die Energiepolitik. Auch dafür ist der Wirtschaftsminister zuständig. Hier heißt es: „Im Mittelpunkt des Bereichs der Energiepolitik wird die Vollendung des Strom- und Gasbinnenmarkts stehen.“ Wir wissen alle: Darauf können wir noch lange warten.

Zum nächsten Punkt, dem Verkehr: „Beim Satelliten-Navigationssystem Galileo sollen Fortschritte bei den Konzessionsverhandlungen mit dem privaten Betreiberkonsortium erzielt werden sowie neue zusätzliche Anbindungsbereiche identifiziert werden.“ Wir wissen alle, was bedauerlicherweise daraus geworden ist. Die Fortschritte und die Ergebnisse sind nicht ganz so berauschend.

Sehen wir uns den Geschäftsbereich der Sozialministerin an. Ehrlicherweise wird hier vorab festgestellt, ich zitiere:

> Die Bundesregierung hat zu Jahresbeginn das Arbeitsprogramm der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 vorgestellt. Insgesamt ist das Programm stärker binnenmarkt- und wirtschaftspolitisch denn sozialpolitisch ausgerichtet.

Das ist ganz korrekt bemerkt. Man hätte es auch deutlicher sagen können. Dann wurden aber doch einzelne Felder identifiziert, wie die berühmte „Flexicurity“. Anschließend wurde auf das EU-Sozialmodell eingegangen. Hier heißt es, die Debatte solle mit konkreten Inhalten geführt werden. Wo denn? – Was denn? – Zum einen gibt es kein europäisches Sozialmodell, und zum anderen haben wir keine Füllung mit Inhalten entdecken können.

Der nächste Bereich ist der Klimaschutz. Frau Ministerin, in unseren Augen sind die Ziele, die im März gesetzt worden sind, viel zu niedrig. Sie wollen, dass bis zum Jahr 2020 20 % weniger klimaschädliche Gase bzw. 20 % weniger Kohlendioxid ausgestoßen werden. Das ist uns angesichts der Situation und angesichts der Dramatik der Lage viel zu wenig, zumal sich dieses Ziel am Bezugsjahr 1990 orientiert. Wir alle wissen, dass 1990 in der EU der 25 wie auch in der EU der 27 der CO_2-Ausstoß wesentlich höher lag als heute.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch die Zielmarken für den Anteil erneuerbarer Energien und für die Energieeinsparung von jeweils 20 % bis zum Jahr 2020 sind nach unserer Auffassung angesichts der dramatischen Situation völlig ungenügend. Sie haben das Ergebnis des G-8-Gipfels im Hinblick auf die Energieeinsparung und im Hinblick auf die Ziele, die notwendig wären, gefeiert. Die G-8-Staaten hätten sich geeinigt, eine Reduktion des Ausstoßes der Klimagase auf die Hälfte des jetzigen Status bis zum Jahr 2050 ernsthaft in Erwägung zu ziehen. Ich frage Sie, was es da zu feiern gibt. Dieses Ergebnis ist nur kläglich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zur Regionalförderung: Frau Müller, selbstverständlich begrüßen wir, dass es gelungen ist, die Mittel, die nach Bayern fließen, um 15 % auf etwa 576 Millionen Euro für den Zeitraum von 2007 bis 2013 zu erhöhen.

Das ist wunderbar. Nur fordern wir Sie jetzt an dieser Stelle auf – ich hoffe, die Kolleginnen und Kollegen von der SPD tun das Gleiche –, dafür Sorge zu tragen, dass die Steigerung nicht wieder begleitet wird von entsprechenden Kürzungen bei den Regionalfördermitteln aus dem bayerischen Staatshaushalt. Das ist ein wichtiger Punkt.

Frau Ministerin, wenn Sie hier einen Erfolg herauskehren, ist das nur die halbe Wahrheit; denn wir müssen hier genauso über die Kürzung der zweiten Säule der Agrarförderung betreffend die Entwicklung und des ländlichen Raumes sprechen. Es gilt festzuhalten, dass es hier für Bayern zu erheblichen Kürzungen kommt. Es gilt auch das Gleiche, was ich gerade im Hinblick auf die Wirtschaftsförderung gesagt habe, nur umgekehrt: Hier sind die weniger werdenden Mittel durch Mittel aus dem Staatshaushalt auszugleichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nächster Punkt. Die Vorredner sind bereits darauf eingegangen, und Linus Förster hat dies glossiert, Bemerkungen zur Beitrittspolitik und zu stattgefundenen Erweiterungen müssen von Ihnen stets gebracht werden. Ich beginne mit Rumänien und Bulgarien. Wir haben über das Thema an dieser Stelle mehrfach hinreichend gesprochen. Jetzt fordern Sie wieder Schutzklauseln und Übergangsbestimmungen. Wir haben klar gesagt, was wir von solchen Forderungen halten. Über Schutzklauseln kann man bei dem einen oder anderen Punkt zwar reden, aber über Übergangsbestimmungen kann man mit uns nicht sprechen, weil Europäer zweiter Klasse in unseren Augen keinen Sinn machen.

Vor allem sagen wir, die Debatte, wie Sie sie hier führen, ist alles andere als redlich. Warum haben Sie – damit meine ich selbstverständlich Ihre Kolleginnen und Kollegen im Bundestag und im Europäischen Parlament – erst den Mund so voll genommen und haben erklärt, Sie, also die Fraktion der Europäischen Volksparteien in Brüssel und Straßburg, stellen einen Antrag, und haben tatsächlich diesen Antrag doch nicht gestellt? Wir alle wissen, wie es gewesen ist. Der Antrag kam von der Fraktion der GRÜNEN, die gesagt hat, es gibt noch massive Defizite und wir müssen den beiden Ländern nicht jetzt schon einen Blankoscheck geben. Damals ging es um die Frage, stimmt das Europäische Parlament dem Beitritt 2007 zu oder wartet man noch etwas, ob 2007 klappen kann oder erst das Jahr 2008.

Sie kündigen groß den Antrag an, stellen ihn dann aber nicht, und hinterher spielen Sie wieder die andere Karte und reden von Schutzklauseln und Übergangsbestimmungen. Wenn wir dann hören – Frau Müller, Sie haben es gewagt, das in Ihrem Vortrag zu bringen –, das geschieht wegen der Korruption, dann müssen wir wirklich sagen: Scheinheiliger geht es nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, mehr Korruption, als wir sie hier in Bayern erfahren haben, kann es einfach nicht geben. Das, was uns das Weltunternehmen Siemens mit Sitz in München vorexerziert hat an Korruption, ist unübertroffen. Es geht um die Bildung schwarzer Kassen zur Bestechung in mindestens dreistelliger Millionenhöhe – mittlerweile geht man sogar von noch mehr aus – und um massive Verstöße gegen kartellrechtliche Bestimmungen. Eine Arbeitnehmerorganisation wird gekauft als Stoßtruppe gegen die IG Metall. Mehr an Korruption und anderen Delikten, als wir es hier erlebt haben, kann es einfach nicht geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das heißt, Sie müssten in Sack und Asche gehen. Wir müssten es eigentlich alle, aber Sie ganz besonders, und ich sage Ihnen auch, warum: Weil Sie hier alles tun, um jede parlamentarische Initiative abzuwürgen, mit der wir dagegen arbeiten könnten. Ganz konkret erinnere ich Sie – Sie, Frau Müller, waren nicht dabei, aber Ihr Kollege Reinhold Bocklet – an die Debatte über ein Korruptionsregister auf Bundesebene. Alle – auch im Bundesrat – haben gesagt, so etwas ist richtig, dort müssen solche Verstöße hinein, und es muss nicht erst ein Urteil vorliegen, sondern es genügt ein hinreichender Verdacht. Dann kam die entscheidende Sitzung im Bundesrat im Herbst 2002, in der das Korruptionsregister als wirkungsvolles Instrument, um solche Missstände einzudämmen, gescheitert ist. Nehmen Sie also nicht die Korruption als Argument, um anderen Ländern etwas vorhalten zu können. Kehren Sie bitte erst vor der eigenen Haustür.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir freuen uns immer wieder, dass Sie uns solche Steilvorlagen liefern. Wunderbar ist auch das Thema Türkei. Ich darf Sie wörtlich zitieren: „Einen Beitritt lehnen wir weiterhin konsequent ab.“ Dazu sagen wir genauso konsequent, es ist einfach falsch, wenn Sie von „konsequent“ reden, weil nicht wir es waren, die „hier“ geschrien haben, und auch nicht die SPD es war, die „hier“ geschrien hat. Wer „hier“ geschrien hat, das waren Ihre Leute. Das ging los mit Konrad Adenauer über Helmut Kohl und den damaligen Fraktionsvorsitzenden Michael Glos bis hin zu – erfreulicherweise etwas differenziert – Peter Ramsauer. Das ist das gleiche Spiel wie bei den Finanzen. Es war nicht Rot-Grün, und es war nicht die SPD, die hier groß-

zügig die Brieftasche des deutschen Steuerzahlers gezückt hat, sondern es war Helmut Kohl, der gesagt hat, natürlich geben wir Ihnen gern das Geld, als Maggie Thatcher gesagt hat: „I want my money back." Es war also der großzügige Helmut Kohl, aber es wird immer wieder andersherum argumentiert.

Zur Türkei sagen wir ganz klar: Pacta sunt servanda.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass das kein Selbstläufer ist, ist keine Frage. Frau Müller, damit ich Sie Lügen strafen kann mit Ihrer Bemerkung, Sie lehnten weiterhin konsequent ab, darf ich noch einmal Ihren damaligen Fraktionsvorsitzenden im Bundestag in der drittletzten Regierungsperiode zitieren. So lang ist das noch nicht her; das war im Dezember 1997. Der Betreffende hieß damals Michael Glos. Ich habe gesagt, es geht um „weiterhin konsequent", deswegen nehme ich das immer wieder heraus. Die Überschrift heißt: „Glos: Die Türkei darf auf dem Weg nach Europa nicht diskriminiert werden." Dann schreibt Michael Glos bzw. er lässt seine Presseleute schreiben:

> Angesichts der Dimensionen ist die Heranführung der Türkei an Europa sicher eine größere und schwierigere Aufgabe als in jedem anderen Fall. Das kann aber nur bedeuten, dass die Anstrengungen größer, die Fristen großzügiger bemessen sein müssen. Am Ziel darf es keinen Zweifel geben. Es ist vor allem in deutschem Interesse, die Türkei in Europa zu sehen!

– Das war die Meinung der CSU. Sie hat es viel deutlicher und pointierter gesagt als alle anderen Fraktionen. Insofern wundert es uns, dass Sie anscheinend glauben, genau mit der gegenteiligen Position Wahlkampf betreiben zu können.

Sie haben in diesem Zusammenhang auch Ihren famosen Freund – im Grunde ist es der Männerfreund des Noch-Ministerpräsidenten – Sarkozy angesprochen. Wir wissen alle: In diesem Punkt teilt er die zuletzt kundgetane Meinung der Staatsregierung. Er ist Ihnen auch verbunden als großer Interventionist und Staatswirtschaftler. Aber, Frau Müller und Herr Zeller – ich sehe Sie an, weil ich Ihre Reden hierzu kenne –, es müssten doch wirklich die Alarmglocken schrillen, wenn Sie die Meinung des Herrn Sarkozy dazu hören, wie die europäischen Stabilitätskriterien zu handhaben sind, wenn die Haushaltslage im Land – in diesem Fall also in Frankreich – einmal nicht so gut aussieht. Oder seine Sprüche zur Souveränität und Autonomie der Europäischen Zentralbank! Wir halten dieses für einen Skandal. Deshalb können wir uns nur wundern, dass Ministerpräsident Stoiber die Wahl Sarkozys auch im Hinblick auf europapolitische Entwicklungen begrüßt. Wir sagen nur: Hier muss sehr achtsam hingesehen werden.

Man braucht das nächste Thema nicht ewig zu glossieren, muss es aber kurz ansprechen. Es geht um die allseits bekannte Forderung nach Bürokratieabbau. Da erleben wir immer wieder, dass Sie auf andere zeigen, während in Bayern eher wenig passiert. Wenn etwas passieren soll, gibt es sogar Abwehrschlachten. Bayern ist bekanntlich ganz vorn, was die Regelungsdichte anbelangt. Das haben Sie sich selbst ins Stammbuch schreiben lassen müssen.

Ich bringe einige Beispiele – Herr Huber ist leider nicht da, aber sein Staatssekretär. Wir hören von der Bayerischen Staatsregierung immer wieder das flammende Plädoyer für den Bürokratieabbau. Wenn es aber konkret wird, beispielsweise mit dem Abbau beim großen Befähigungsnachweis, dann kommt Herr Huber in den Wirtschaftsausschuss und sagt, das war viel zu viel, man muss das bei einigen Berufen rückgängig machen. Assistiert wird ihm von seinem Amtschef, der schnell in seiner Freizeit ein Gutachten über 80 Seiten – oder wie dick das war – schreibt, in dem dokumentiert ist, wie gefahrengeneigt doch das Wechseln von Autoreifen sei, sodass man zum Wechseln der Autoreifen den großen Befähigungsnachweis – sprich den Meisterbrief – braucht. Soviel zum Bürokratieabbau.

Das Gleiche erleben wir bei Ihren Forderungen zum Energiebinnenmarkt. Wenn konkrete Anträge, zum Beispiel zur Netzentgeltverordnung und zur Netzzugangsverordnung, debattiert werden, blockieren Sie und spielen plötzlich Stamokap. Da betreiben Sie nichts anderes als eine Stamokap-Politik, indem Sie die Großen schützen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN)

– Ja, dort können Sie es nachlesen. Das ist eine absolut verkehrte Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Präsidentin, ich sehe, ich hätte nur noch neun Minuten Zeit. Deshalb bin ich sehr froh, dass ich nun zu unserem Hauptanliegen kommen darf – ich weiß, dass die Ministerin verlängert hat –, nämlich zu dem wichtigen Thema: Wie geht es weiter in der Frage der Verfasstheit der Europäischen Union.

Wir sagen eines klar – und Sie wissen um unsere Sonderrolle, um unser Alleinstellungsmerkmal innerhalb der Fraktionen des Bayerischen Landtags, aber auch innerhalb aller GRÜNEN-Fraktionen, was den Europäischen Verfassungsvertrag anlangt –: Wir haben aus vielerlei Gründen nie zustimmen können, dass er in Deutschland ratifiziert wird. Wir begrüßen es, dass mittlerweile auch die Bundesregierung bereit zu sein scheint, vom Konventsentwurf abzurücken und einen abgespeckten und inhaltlich modifizierten Grundlagenvertrag zu unterstützen.

Sie erinnern sich: Lange Zeit hat Frau Merkel davon geträumt, dass der Verfassungsvertrag so Bestand haben soll, möglicherweise ergänzt um ein europäisches Sozialprotokoll. Das war fernab jeder Realität. Mittlerweile haben sich die Zeiten geändert. Es ist ganz klar – und das wollen wir sicher auch erhalten wissen –: Im Entwurf des Verfassungsvertrags sind zahlreiche begrüßenswerte Neuerungen gegenüber dem Vertragsstand von Nizza: Das Zusammenführen wesentlicher Bestimmungen in den bisherigen Verträgen, wichtige Novellierungen bei

den Institutionen und in der Entscheidungsfindung, die Aufnahme der Grundrechtecharta und damit auch deren Überführung ins europäische Primärrecht und vieles mehr sind genannt worden.

Auf der anderen Seite – das muss man auch klar sagen – ist der Konventsentwurf mit seinen Protokollen und Anhängen massiv überfrachtet. Wir brauchen beispielsweise in einem grundlegenden europäischen Vertrag keine Bestimmungen zur Aromatisierung von Melassen, zu Beförderungsentgelten und zur wirtschaftlichen Lage von Verkehrsunternehmen oder zur grenzüberschreitenden Zustellung von Schriftstücken.

Aber – und das ist für uns das ganz Entscheidende bei unserer Positionierung gewesen – wir sagen und haben das immer gesagt: Der Konventsentwurf enthält eine Reihe massiver Fehler, eine Reihe von Kritikpunkten und Konfliktfeldern. Deshalb begrüßen wir sein Scheitern und sehen es als eine große Chance an, dass wir etwas Besseres daraus machen können.

Ich will die Fehler ganz kurz auflisten: Ein ganz großes Manko – da müssen wir Sie auch ganz massiv kritisieren, Frau Ministerin, was spätere Presseerklärungen betrifft – sind die unzureichenden Kompetenzabgrenzungen in vielen Bereichen. Der Konvent hat es versäumt – das wäre eigentlich die Aufgabe gewesen, die ihm zugeteilt war –, Aufgabenbereiche der Gemeinschaft kritisch zu hinterfragen und gegebenenfalls Vorschläge für die Rückführung von Regelungsmaterien zu machen. Es gibt umgekehrt Einfallstore für weitere EU-Zuständigkeiten, etwa über die offene Methode der Koordinierung, für weitere Politikbereiche. Völlig unakzeptabel, meine Damen und Herren – da haben Sie uns im Dringlichkeitsantrag sogar unterstützt – ist es, dass der Kommission erlaubt werden soll, horizontal in die kommunale Daseinsvorsorge hineinzuregieren. Das sind die Punkte, die wir in einem neuen Vertrag verändert wissen wollen.

Des Weiteren gibt es zu kritisieren die Verfestigung der Dominanz von Liberalisierungszwängen und – so sage ich mal – finanzmarktradikaler Doktrinen gegenüber öffentlich-wirtschaftlicher Betätigung und gegenüber sozialem Ausgleich. Das kann man an vielen Beispielen festmachen.

Auf unser Missfallen stoßen zahlreiche Regelungen, die ich jetzt nicht ausführen muss – das habe ich schon öfter getan –, zur gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Ganz wichtig ist es, die massiven Demokratiedefizite zu benennen. In unseren Augen wäre es nicht hinnehmbar gewesen, dass mit dem Verfassungsvertrag ein Hauptmanko der Entscheidungsfindung der Europäischen Union, der Mangel an demokratischer Legitimierung, nicht beseitigt, sondern eher noch einmal verfestigt worden wäre. Wir wissen alle, der Katalog für das Europäische Parlament in Mitentscheidungsverfahren wäre zwar stark erweitert worden, aber das Parlament sollte weiterhin nicht den konstitutionellen Rang einer Legislative erhalten. Das heißt, ihm hätten weiterhin fehlen sollen das Initiativrecht, er hätte weiterhin nicht den Rat kontrollieren können und vieles mehr. Das heißt, die Fehlkonstruktion, dass die nationalen Regierungen, zu Hause Exekutive, nach Brüssel fahren und dort eine weitgehend unkontrollierbare Legislative werden, hätte erhalten bleiben sollen.

Nach unserer Auffassung, meine Damen und Herren, sollte an einem neuen Vertragswerk gearbeitet werden, das sich dadurch auszeichnet, dass es gegenüber dem Konventsentwurf stark abgespeckt ist und vor allem von den vorher genannten Schieflagen befreit ist. Gleichzeitig sollten aber die Möglichkeiten der geltenden Verträge ausgeschöpft werden, um die Union handlungsfähiger zu machen. Wir alle wissen, dass der EG-Vertrag bzw. der EU-Vertrag vieles erlauben, zum Beispiel den Kanon an Regelungsmaterien für qualifizierte Entscheidungen zu erweitern, das Europäische Parlament stärker über Mitentscheidung einzubinden, auch die nationalen Parlamente stärker zu beteiligen. Auch die Verkleinerung der Kommission wäre nach dem EUV, also nach dem Vertrag zur Europäischen Union, möglich.

Zuvorderst sollte ein solcher neuer Grundlagenvertrag für Europa die Ziele, Werte und Grundlagen der europäischen Integration benennen und dann ebenso wie der Konventsentwurf zum Verfassungsvertrag die europäische Grundrechtecharta übernehmen. Des Weiteren geht es um die Festsetzung der Organe der Europäischen Union und deren Kompetenzen wie überhaupt um die Wege und Regelungen der Entscheidungsfindung der Europäischen Union.

Ein ganz wichtiges Anliegen, meine Damen und Herren, ist, dass für eine eindeutige Kompetenzabgrenzung, viel eindeutiger als bisher im Konventsentwurf, gesorgt wird. Das heißt, der neue Grundlagenvertrag für Europa sollte Regelungen zur Subsidiaritätskontrolle und zur Mitwirkung nationaler Parlamente an der europäischen Entscheidungsfindung enthalten, welche von der Substanz her über das, was bisher in den schon zwei genannten Protokollen zum Konventsentwurf enthalten ist hinausgeht.

Ganz klar sagen wir an dieser Stelle noch mal: Der Schaffung der Möglichkeit für Organe der Europäischen Union, horizontal in Angelegenheiten der kommunalen Daseinsvorsorge wie in die kommunale Selbstverwaltung überhaupt einzugreifen, erteilen wir eine ganz klare Absage.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Müller, Sie tun das bedauerlicherweise nicht. Das können wir nicht verstehen und müssen Sie daher massiv kritisieren. Ich darf Ihre schon angesprochene Pressemitteilung vom 22. Mai „Bayern macht Tempo im europäischen Verfassungsprozess“ zitieren:

> Wir sind gegen ausufernde EU-Kompetenzen, die über die im Verfassungsvertrag vorgesehenen hinausgehen.

Wir sagen etwas ganz anderes. Da ist ordentlich etwas an Mischmasch vorgesehen, da sind Einfallstore vorgesehen, da ist dieses Hineinregieren vorgesehen. Das wollen wir nicht. Ich darf Sie an einen einstimmigen Be-

schluss des Bayerischen Landtags vom Dezember 2003 auf unseren Dringlichkeitsantrag hin erinnern. Wir fordern Sie auf: Halten Sie sich bitte an die Beschlusslage des Bayerischen Landtags.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was den neuen Vertrag anbelangt, ist es uns auch ganz wichtig, dass die demokratische Legitimierung verbessert wird. Das heißt, das Europäische Parlament muss weit mehr gestärkt werden, als im Konventsentwurf vorgesehen. Es muss endlich das Initiativrecht bekommen für alle die Angelegenheiten, die vergemeinschaftet sind. Es muss in diesem Bereich den Rat auch komplett kontrollieren können.

Wenn wir es mit geteilter Zuständigkeit oder mit Diskussionen um die Überantwortung von Regelungsmaterien an die Gemeinschaft zu tun haben, dann sind die nationalen Parlamente nach unserer Meinung wesentlich stärker zu beteiligen als bisher. Sie müssen sich auch selber stärker einbeziehen. Das, was der Bundestag in den letzten Jahren – da greife ich auch gerne die vergangene Legislaturperiode auf – veranstaltet hat, war in unseren Augen ungenügend.

Was die Demokratie und die demokratische Legitimierung betrifft, ist auch noch ganz wichtig, dass Instrumente und Wege der Entscheidungsvorbereitung wie der Entscheidungsfindung, bei denen das Europäische Parlament und auch die nationalen Parlamente vollends ausgeblendet bleiben, so wie es jetzt bei der offenen Methode der Koordinierung der Fall ist, abzulehnen sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist viel darüber geredet worden – Frau Müller hat es getan, Frau Männle hat es getan –: Wie bringe ich die Bürger wieder näher hin an Europa? Wie kann ich sie motivieren, begeistern? Dazu zwei ganz konkrete Vorschläge, und wir würden uns freuen, wenn die Staatsregierung sie übernähme: Die Staatsregierung sollte sich gegenüber der Bundesregierung und gegebenenfalls im Bundesrat dafür einsetzen, dass zum einen vor Verabschiedung bzw. Ratifizierung – je nachdem, in welcher Form das stattfindet – des neuen Grundlagenvertrages ein europaweites konsultatives Referendum über diesen Vertrag stattfindet und dass zum anderen, sollten Zuständigkeiten überantwortet werden bzw. sollte tatsächlich mit dem Vertrag, so wie es im Konventsentwurf vorgesehen war, europäisches Sekundär- und Tertiärrecht unser Grundrecht dominieren, vor der Ratifizierung in Deutschland eine Volksabstimmung stattfindet. Das heißt, diesbezüglich ist dann auch unser Grundgesetz zu ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich reflektiere kurz die Ziele, die man mit dem Verfassungsvertrag eigentlich verfolgt hat: Eines davon war, die Union handlungsfähiger zu machen, was viele Änderungen bei den Institutionen nötig macht, gegen die niemand etwas einzuwenden hat. Das zweite Ziel war, die Integration über die Vergemeinschaftung weiterer Politikbereiche zu vertiefen, auch indem man die zweite und dritte Säule der Unionspolitik, also die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Zusammenarbeit bei der Justiz und der Polizei, in das „normale Unionsrecht“ überführen wollte. Es gab ein drittes, ganz wesentliches Ziel, nämlich mit dem Prozess um den Verfassungsvertrag die Bürgerinnen und Bürger wieder mit in das Boot zu nehmen und sie wieder für Europa zu begeistern. Dieses Ziel ist gründlich verfehlt worden, weil in manchen Ländern die Diskussion gar nicht stattfand und sich in anderen Ländern die Diskussion gegen Europa entwickelt hat. Wir meinen, dass es mit unseren Forderungen gelingen könnte für mehr Begeisterung und Teilnahme zu sorgen. Deshalb wollen wir das anstoßen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich muss mich trotz langer Redezeit doch sehr kurz fassen und viele Gedanken überspringen. Wir können aber im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten ausführlich darüber diskutieren.

Die europäische Integration ist zweifelsohne ein Erfolgsmodell ohnegleichen. Frieden, Freiheit, wirtschaftliches Wohlergehen sind mitgetragen vom Zusammenwachsen der Staaten Europas zur Europäischen Gemeinschaft bzw. zur Europäischen Union. Für Deutschland hat die Mitgliedschaft sogar die endgültige Wiederaufnahme in die Völkergemeinschaft ermöglicht, und für die mittel- und osteuropäischen Reformstaaten war und ist die Beitrittsoption und später auch die Mitgliedschaft der Reformmotor schlechthin gewesen. Eines ist auch klar: Immer mehr Regelungsbereiche lassen sich auf nationaler Ebene nicht mehr zielführend steuern, sondern verlangen nach europaweitem politischen Handeln.

Auf der anderen Seite müssen wir aber klar konstatieren, dass der europäische Integrationsmotor in den letzten Jahren ins Stottern geraten ist. Es gab den langen und heftigen Streit über den künftigen finanziellen Rahmen. Es gab und gibt unterschiedliche Auffassungen zur Außen- und Sicherheitspolitik. Es gibt Differenzen wegen der Erweiterung. Es gibt das vorläufige Scheitern des Verfassungsvertrags. Wir sagen klar: All die genannten Punkte sind Krisenzeichen und Handlungsaufforderung, an der Idee der europäischen Integration weiterzuarbeiten. Es ist wohl unbestritten, dass es bei den politischen Entscheidungen in und zur europäischen Union, dies auch in den nationalen Parlamenten, massiv an Transparenz mangelt und dass damit zusammenhängend das Maß der Identifikation und Begeisterung der Bürgerinnen und Bürger für Europa, für dessen Integration zu wünschen übrig lässt.

Eines, meine Damen und Herren, sollte ganz klar sein. Die „Methode Monet“, nämlich Europa in vielen kleinen Schritten unbemerkt von der Öffentlichkeit zu verwirklichen, sollte nicht mehr angesagt sein. Vielmehr sollten jetzt Transparenz und Beteiligung wichtig genommen werden. Die Ratspräsidentschaft hat in weiten Teilen das Gegenteil praktiziert. Es gab die „Sherpa-Geheimdiplomatie“. Zu vielen Punkten kann man es nicht anders machen – das ist keine Frage. Sehr signifikant war jedoch die Debatte zur Berliner Erklärung. Sowohl der Bundestag als auch das Europäische Parlament mussten die Berliner Erklärung diskutieren, ohne diese im Wortlaut kennen zu

dürfen. Das ist das Gegenteil von Transparenz und Beteiligung. Es war eine gewaltige Fehlleistung. Damit Sie, meine Damen und Herren, nicht meinen, es wären nur die GRÜNEN im Bayerischen Landtag, die Kritik üben, darf ich Ihnen einige wenige ausgewählte Stimmen der internationalen Presse zur eben angesprochenen Berliner Erklärung zitieren.

„La Repubblica“, Italien:

> Die Erklärung Merkel hat hohe Ziele. Angela fliegt wie ein Engel über Berlin. Aber Worte können die Schwierigkeiten nicht verdecken und werden es wohl kaum schaffen, die Europäische Union aus ihrer Selbstachtungs-Krise herauszuholen.

„The Times“, Großbritannien:

> In der neuen Erklärung werden die Verfassung, die umstrittene Frage der Religion oder eine künftige Erweiterung nicht erwähnt.

„Nepszabadsag“, Ungarn:

> In der deutschen Hauptstadt wurde ein Dokument geboren, das mit der Zeit dafür berühmt werden wird, dass es alle heutigen Probleme der EU unter den Teppich gekehrt hat.

„El Mundo“, Spanien, hat geschrieben:

> Die von der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel initiierte Berliner Erklärung war mit hohen Erwartungen verknüpft. Sie enthält aber nichts als eine Aufzählung schöner Prinzipien ohne praktische Konsequenzen.

Ich schließe mit „La Stampa“, Italien:

> Der Tonfall ist so wohlgefällig, dass er fast schleimig wirkt, die Inhalte sind so vage, dass sie völlig verschwommen scheinen.

Das also ist das Echo der internationalen Presse zu der hier in Deutschland so hoch gelobten Berliner Erklärung.

Frau Präsidentin, Frau Ministerin, meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Wir wollen Erfolge, so es solche gegeben hat oder beim Rat noch geben wird, nicht in Abrede stellen. Die Erfolge waren unseres Erachtens bisher jedoch bescheiden. Wir sagen: Jubelgesänge und alles Schönreden sind der Wichtigkeit der Thematik nicht angemessen. Folgen Sie unseren Vorschlägen beispielsweise beim Verfassungsprozess, dann tun Sie Gutes für Europa, aber auch für Bayern.

> (Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Als nächstem Redner darf ich Herrn Kollegen Zeller das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Alfons Zeller (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Was wir soeben von Herrn Dr. Runge gehört haben, kann ich nur mit der Kommentierung begleiten: Sie sind der Miesmacher dieses Hauses. So habe ich Sie immer kennengelernt, und heute haben Sie diesem Ruf alle Ehre gemacht.

> (Ulrike Gote (GRÜNE): Er ist Ausschussvorsitzender, nicht Miesmacher!)

Die zitierten Presseerklärungen zur Berliner Erklärung geben Anlass zu sagen, unter der Regierung Schröder/Fischer gab es solche Presseerklärungen nicht, weil zur Europapolitik weniger bis nichts gemacht wurde.

> (Dr. Martin Runge (GRÜNE): Und der Gipfel von Berlin? – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, Abgeordneter Dr. Förster sagte zu Anfang, die bayerische Ministerin war schneller mit ihrer Erklärung als die Bundeskanzlerin. Somit der alte Grundsatz: Was für Bayern gut ist, kann Berlin und Brüssel nicht schaden. Wir waren wieder etwas schneller.

Meine Kolleginnen und Kollegen, die Kanzlerin der Union hat wieder Leben und Schwung in die Europapolitik gebracht, wie das früher bei Kanzler Kohl der Fall gewesen ist.

Ich komme zu den bayerischen Impulsen für Europa. In den gesamten Reden zu Europa wird von einer Dauerkrise gesprochen. Dies ist ein totaler Widerspruch zur Wahrnehmung im Ausland. Dort wird von einem unwahrscheinlich großen Erfolgskurs in Europa gesprochen. Die Strahlkraft der europäischen Idee hat in keiner Weise nachgelassen. Sie genießt nach wie vor höchste Anerkennung. Die Europäische Union zieht wie ein Magnet Staaten an, die mit aller Deutlichkeit erkennen lassen, dass sie früher oder später Mitglied der europäischen Union werden wollen. Fakt ist, dass der europäische Integrationsprozess ein Erfolg mit historischem Ausmaß ist.

Vor wenigen Wochen wurde das 50-jährige Bestehen der Römischen Verträge hier im Hause gefeiert. Man spürte, welch unwahrscheinlich große Kraft zur Sicherung von Frieden, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und soziale Marktwirtschaft ausgegangen ist. An dieser Stelle möchte ich eine persönliche Bemerkung machen. Ich habe am Ende des Zweiten Weltkrieges im April 1945 das Licht der Welt erblickt. Vier Onkel durfte ich nicht erleben, weil sie auf den Schlachtfeldern, nicht irgendwo in Afghanistan oder dem Irak usw., sondern in Nachbarstaaten Italien, Frankreich oder Polen, das Leben lassen mussten, weil sich Europa damals nicht einig war und mit Waffen aufeinander losgegangen ist.

Insofern ist das, was wir in den vergangenen 50 Jahren in Europa leisten konnten, ein unwahrscheinlicher Erfolg.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, die Anziehungskraft Europas ist nach wie vor ungebrochen. Sie unterstützt und beschleunigt vor allem in den Staaten Osteuropas und Südosteuropas einen schwierigen und

schmerzhaften Reformprozess, den wir so gut wie möglich begleiten sollten. Ich denke beispielsweise an die Ukraine oder an Weißrussland. Selbst Russland kann man bei all diesen Entwicklungen integrieren. Mit aller Deutlichkeit sage ich aber, dass keinesfalls Angebote gemacht werden dürfen, mit denen jetzt schon ein EU-Beitritt angedeutet oder sogar versprochen wird, wenn man das nicht ehrlich meint.

Wir haben dieses Problem auch mit der Türkei. Wir haben Versprechungen gemacht, jetzt sehen wir aber die Probleme. Die Bevölkerung – auch Ihre Wählerinnen und Wähler – haben eine ganz andere Meinung. Wenn wir von einem Europa der Bürger sprechen, können wir nicht wie eine Dampfwalze über deren Meinungen hinweggehen. Herr Förster, Sie wissen, dass ich ein großer Freund der Türkei bin. Ich habe viele gute Beziehungen dorthin. Dennoch ist es eine andere Frage, ob die Türkei zu Europa passt oder nicht. Ich sage klipp und klar Nein. Es gäbe sogar andere Staaten, die aufgrund ihrer Historie eher zu Europa passen würden.

Meine Damen, meine Herren, wir dürfen einen Punkt nicht übersehen. Die europäische Erweiterungspolitik hat in der Vergangenheit die Stimmen der Bürger vielfach nicht mehr aufgenommen. Es gab bei uns in Deutschland, aber auch in anderen Staaten wie Frankreich oder England Stimmen, die den Erweiterungsprozess sehr kritisch begleitet und dafür gesorgt haben, dass wir heute innerhalb der Europäischen Union eine Diskussion führen, die Amerika oder andere Länder außerhalb der Europäischen Union nicht verstehen. Das hat aber ganz klare Gründe.

Als Zweites sage ich mit aller Deutlichkeit, dass wir eine gute Nachbarschaftspolitik betreiben müssen. Ich gebrauche jetzt nicht den Begriff der privilegierten Partnerschaft, sondern ich spreche von einer guten, aktiven Nachbarschaftspolitik. Das heißt auch, dass wir die Türen vor diesen Nachbarstaaten nicht zuschlagen dürfen. Wir müssen die Demokratisierungsprozesse in diesen Staaten außerordentlich gut begleiten. Dafür gibt es keine bessere Grundlage als die Vorgaben, die Europa setzt.

Das ist auch zu unserem Vorteil. Ich denke nur an die Grenzsicherung in Osteuropa, an die Bekämpfung von Verbrechen wie Menschenhandel, an die Einwanderungspolitik, an die Flüchtlingspolitik oder an die Energiepolitik, die ganz hochaktuell ist. Daran sieht man, dass man mit einer guten Nachbarschaftspolitik insgesamt auf dem richtigen Weg ist. Wir dürfen aber keine verbindlichen Erklärungen abgeben und Perspektiven hinsichtlich einer Mitgliedschaft eröffnen.

Drittens. Wir müssen in dem Zusammenhang über Folgendes nachdenken: Wir bezeichnen heute einen großen Teil der EU-Politik mit Bezug auf den Osten als eine neue Ostpolitik, als eine Politik, die den Demokratisierungsprozess in den ehemaligen Mitgliedstaaten der Sowjetunion außerordentlich positiv begleiten muss. Hier hat gerade die Wirtschaft eine große Chance; denn mit Wandel durch Handel kann man mehr erreichen als über viele politische Symposien und Ähnliches mehr.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, als Viertes sage ich, dass die Europäische Union nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft ist, sondern dass wir sie in ganz besonderem Maße als Wertegemeinschaft verstehen. Ich sage etwas sehr Kritisches: Bei der riesigen Wirtschaftsmacht Europas mit einem Markt von über 500 Millionen Verbraucherinnen und Verbrauchern ist es nach meiner Meinung richtig, wenn Europa insbesondere in der Entwicklung der internationalen Finanzmärkte klare Zeichen setzt. Hier sage ich – so offen bin ich – auch ein Dankeschön an den derzeitigen Finanzminister Deutschlands, Herrn Steinbrück, der diese Politik klipp und klar auf die Agenda gesetzt hat.

(Beifall bei der SPD)

Es kann doch nicht sein, dass Hunderte Millionen von US-Dollar jeden Tag als vagabundierendes Geld durch die Welt ziehen. Wir schauen zu und lassen uns bestimmte Märkte, Unternehmungen und Arbeitsplätze kaputt machen. Hier müssen wir als Wirtschaftskraft und Wirtschaftsmacht Europas ein klares Zeichen setzen und deutlich machen, dass wir auch noch etwas mitzureden haben. Wir haben in Deutschland eine Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, die unsere Banken und Finanzunternehmungen mit unwahrscheinlich bürokratischen Regelungen und mit einem Bürokratieaufwand in Höhe eines zweistelligen Milliardenbetrages begleitet. Deshalb verstehe ich nicht, dass es uns nicht gelingt, unsere europäische Kraft insbesondere gegen die Hedgefonds auf amerikanischer und englischer Ebene einzusetzen. Das ist Kapitalismus pur, den lehnen wir ab; denn der hat mit sozialer Marktwirtschaft nichts mehr zu tun.

(Beifall bei der CSU)

Ich bekomme jeden Tag einen dicken Hals, wenn ich die Börsennachrichten höre und hernach die Analysten auftauchen, die irgendwelche Äußerungen abgeben und Werte in Höhe von Millionen oder Milliarden mehr oder weniger verschieben, ohne dass der einzelne kleine Anleger auch nur die kleinste Chance hat, dem entgegenzuwirken. Diese Analysten tragen bei ihren Darstellungen keinerlei Verantwortung und übernehmen keinerlei Haftung. Herr Dr. Runge, hier bin ich der Meinung, das kann so nicht sein.

Meine lieben Freunde, meine Damen und Herren, lassen Sie mich in dem Zusammenhang auch ansprechen, dass Europa keine Steuerhoheit bekommen darf; denn dann hätten wir den europäischen Nationalstaat. Das kann nicht sein. Das heißt aber nicht, dass wir uns keine Gedanken über Steuerharmonisierungen machen müssen. Ich sehe jetzt die große Unternehmensteuerreform. Wir dürfen keine Nachteile haben.

Damit spreche ich auch ein Thema an, das Bayern besonders berührt. Wir sind in Deutschland das Tourismusland Nummer eins. Auch innerhalb Europas hat Bayern beim Tourismus einen sehr hohen Stellenwert. Allein die Differenzen bei der Mehrwertsteuer stellen für die bayerischen Gastronomiebetriebe, für die Beherbergungsbetriebe oder auch für die Bergbahnen eklatante Benachteiligungen dar. Ich hoffe, dass wir auf dem Gebiet in der

Diskussion der nächsten Wochen und Monate etwas mehr Bewegung bekommen, damit wir diese Nachteile beseitigen können.

Zur Landwirtschaft möchte ich nur einen Satz sagen. Wenn es uns nicht gelingt, die Milchquote über 2015 hinaus zu halten, müssen Europa und vor allem wir in Bayern alles daransetzen, damit wir rechtzeitig ein Programm bekommen, mit dem wir das verlorene Einkommen der Milchwirtschaft vor allem im Alpenvorland und in den Berggebieten, wo es keine Alternative dazu gibt, ausgleichen können. Wir haben genügend zu tun, von Bayern aus Impulse für Europa zu geben. Wir sind innerhalb der Bundesrepublik Deutschland sicher ein Land, das in den vergangenen 50 Jahren in Europa federführend war. Wir werden das auch in Zukunft sein. Die Staatsregierung betreibt hier eine hervorragende Politik. Noch einmal ein Dankeschön für die Regierungserklärung!

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Hoderlein.

Wolfgang Hoderlein (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Ministerin, Sie haben an einigen Stellen Ihrer Rede, auf die auch Kollege Runge schon eingegangen ist, deutlich gemacht, welche besonderen Impulse von Bayern für Europa ausgehen. Wenn ich mich richtig erinnere, haben das übrigens auch Ihre Vorgänger immer wieder getan. Das ist insbesondere dann bedauerlich und peinlich, wenn Sie sagen, dass Sie sich darüber freuen, dass Herr Sarkozy hier mit der Bayerischen Staatsregierung übereinstimmt. Hoffentlich weiß das auch Herr Sarkozy, und hoffentlich kann er es richtig einordnen. Das ist insofern bedauerlich, als Sie mit diesen gelegentlichen Schüben von Hybris das kaputt machen, was wirklich zählt. Es zählt nämlich wirklich, dass von Bayern innerhalb Deutschlands und innerhalb der deutschen Länder ganz entscheidende gedankliche und sonstige Impulse für die Europapolitik ausgehen und dass in Brüssel die Vertretung des Freistaates Bayern – auch die Vertretung der Kommunen – hervorragend arbeitet.

Das tun die. Und weil das so ist, ist es gar nicht nötig, sich da und dort zu solcher Hybris und solchen Begriffen zu versteigen. Das ist peinlich,

(Beifall bei der SPD)

weil wir kein Mitgliedstaat der EU sind, kein Global Player, sondern eine von 60 Gebietskörperschaften oder Regionen mit Gesetzgebungskompetenz, nicht mehr und nicht weniger. Darüber hinaus gibt es 27 Mitgliedstaaten, zu denen wir nicht gehören. Sie tun aber so, als ob Bayern zur G 8 der Mitgliedstaaten der EU gehören würde. Lassen Sie das. Wir wissen es besser, und Sie schaden damit unserem Land mehr, als Sie ihm nutzen.

Ich will Ihnen sagen, mit welcher einzelnen Sache man Bayern über den Status, den ich eben dargestellt habe, geradezu epochal hätte hinausheben können: Vor zwei, drei Jahren bestand die Chance, dass der jetzt noch amtierende Bayerische Ministerpräsident als Präsident der EU-Kommission nach Brüssel geht. Da hätte etwas für Bayern getan werden können, was durch nichts anderes hätte einigermaßen entsprechend ausgeglichen werden können.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Auf Seite 2 Ihrer Rede, Frau Ministerin, steht etwas, was neu ist und was ich auch richtig finde: Da sagen Sie – ich drücke es einmal mit meinen eigenen Worten aus –, in Europa sei es immer dann weitergegangen, wenn wir einen neuen Gedanken hatten, eine Vision, wie Sie es nennen. Eine solche Vision habe immer zu neuen Verträgen, zu neuen Schüben, zu neuen Entwicklungen geführt. Das ist absolut richtig, wenn ich darüber nachdenke. Sie nennen als Beispiele den Binnenmarkt, die Währungsunion und anderes. Wenn ich diese Überlegung aber der heutigen Debatte zugrunde lege, muss ich sagen: Nicht nur die gesamte Situation der Europäischen Union, sondern auch das Scheitern des Verfassungsprozesses hat etwas mit dem zu tun, was Sie da gesagt haben. Wir haben heute nämlich keine Vision – Sie nicht, wir nicht, Europa insgesamt hat keine Gedanken, die von der Qualität dieser alten Vorstellungen wären, die diese Prozesse ausgelöst haben. Den letzten Vorschlag dieser Art, der mir bekannt ist, hat Joschka Fischer gemacht, wenn Sie sich mit mir daran erinnern, Kollege Runge und die Kollegen von den GRÜNEN: Im Jahr 2000 hat Joschka Fischer einmal diese Humboldt-Rede gehalten. Ich habe sie erst kürzlich wieder in einer Zeitung gelesen. Damals hat er die Vision einer Föderation von europäischen Nationalstaaten entwickelt. Diese Idee ist damals hoch bejubelt worden, jedenfalls in den Fachorganen. Allerdings fand dann kein entsprechender politischer Prozess statt. Seither fand eigentlich überhaupt nichts mehr in dieser Kategorie statt.

Das muss man sehen. Wenn wir uns fragen, warum der Verfassungsprozess gescheitert ist, müssen wir sehen: Das ist doch wohl deswegen der Fall gewesen – das habe ich Ihnen schon einmal im Ausschuss gesagt –, weil wir es hier mit einem verkopften Prozess von Politik, von Juristen, von Administrateuren von ökonomischen Eliten zu tun haben. Diese Köpfe haben sich das Verfassungswerk ausgedacht und haben dabei übersehen, die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das ist das Problem, das wir in Europa haben. Wir haben selber keine Vision, haben zwar Vorstellungen von Technokratie, aber haben keinerlei Gedanken, wie wir die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen könnten. Wir können sie nur dann mitnehmen, wenn wir die Zweifel und die Skepsis, die sie aufgrund ihrer Erfahrungen mit dem Thema Europa haben, beseitigen und sie zugleich ersetzen und erweitern durch wirkliche, positive Visionen, die eine Rückkopplung zum praktischen Leben der Bürgerinnen und Bürger haben. Das haben wir nicht, und deswegen sind wir nicht weitergekommen.

Diese Vision liefern Sie leider nicht. Sie sagen doch – ich mache Ihnen das nicht zum Vorwurf –, Ihre Vision von Europa laute: „Wir brauchen ein starkes Europa.“ – Na ja,

mei, gell, ja, sicher – was soll man denn zu so einem Satz sagen? – Das ist aber nun wirklich keine Vision, Herr Redenschreiber oder Frau Ministerin, wer immer sich diesen Satz ausgedacht hat.

Zwei Dinge würden uns wirklich weiterhelfen. Ich weiß allerdings nicht, ob sie mit dem Prozess nach dem Scheitern des Verfassungsvertrages gekoppelt werden sollten oder nicht. Sie kennen den Ausspruch von Henry Kissinger – jedenfalls wird er ihm zugeschrieben –: „Europa, Europa, Europa – wo rufe ich denn da an?“ – Können Sie sich daran noch erinnern? – Es ist schon ein paar Jahre her. Kissinger ist schließlich auch nicht mehr der Jüngste. „Wo rufe ich an?“ – In diesem Ausspruch ist einiges enthalten, wie oft in solchen flapsigen Sprüchen. Will sagen: Solange die wirklich großen Global Player dieses Erdballs, die UNO, die WTO, der IWF, die Weltbank, die NATO usw., noch immer die einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union gegeneinander ausspielen können, weil sie damit rechnen können, dass deren nationale Interessen immer differieren, wie es eben stets war, wird Europa nie mit einer einzigen Stimme sprechen. Solange man also Europa nicht als Faktor, der mit einer einzigen Stimme spricht, betrachten muss, wird die EU keine wirklich große Rolle in der Weltpolitik spielen können, und auch keine Vision haben, wie sie sich innen weiterentwickeln könnte. Außen- und Sicherheitspolitik wären der erste Einstieg. So weit eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu machen, war man fast schon einmal.

Ein neuer Gedanke kommt hinzu; und das ist doch wohl sonnenklar: Wir müssen dem Turbokapitalismus der Globalisierung das europäische Sozialstaatsmodell entgegensetzen. Das ist die Vision, die wir haben.

(Beifall bei der SPD)

Das gelingt aber nicht, wenn Deutschland in dieser Frage eine andere Position hat als etwa Großbritannien. Das ist aber der Fall. Es wird nicht gelingen, wenn sich die neuen Mitgliedstaaten, die im Osten dazugekommen sind, im Zweifel aufgrund einer komischen Mischung aus Renationalisierung, die hoffentlich nicht nur mit den Zwillingen in Polen zu tun hat, und dem Bestreben, das Heil doch wieder bei den USA zu suchen, nicht auf die EU verlassen, deren Mitgliedschaft sie vorher gesucht haben. Solange das so ist, wird Europa keine wirkliche Chance als Weltmacht haben und gleichzeitig keine Vision nach innen entwickeln können. Damit wird es auch keinen Impuls für Fortschritt geben.

Ich wollte das als ersten Punkt herausgreifen. Der zweite Punkt wäre die Frage, wie eine Vertiefung geschehen kann. In Ihrer Rede stehen dazu einige Dinge, die ich gut und richtig finde. Ein Punkt ist, dass der Mischmasch, den es bisher gegeben hat, durch den Verfassungsvertrag etwas abgemildert, aber nicht beseitigt worden wäre. Was ist wessen Handwerk? – Diese ganz einfache Frage stellt sich in Europa für den Bürger und für die Bürgerin. Diese Frage wird aber nicht beantwortet. Was ist Sache Europas? Was ist Sache des Nationalstaats? Was ist Sache der Länder in einem föderalen Staat wie dem unsrigen? – Das wollen die Bürgerinnen und Bürger wissen. Diese Fragen müssen operationalisiert werden, wie wir das nennen, sie müssen also klipp und klar beantwortet werden, bezogen auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger, auf das Erfahrbare. Auch da gibt es keinen Ansatz, der vielversprechend wäre; wir bräuchten ihn aber dringend.

Sie sprechen zum x-ten Mal wichtige Themen wie Subsidiarität und Föderalismus an. In Sachen Subsidiarität hat Bayern sicherlich historische Verdienste. Dieser Gedanke wurde, wenn ich mich recht erinnere, schon unter Streibl geboren. Aber Sie nennen auch noch die nationalen Parlamente, die Sie stärker einbeziehen wollen, auch die Landtage wollen Sie stärker in EU-Vorhaben einbeziehen. Wunderbar, Frau Ministerin. Diesem Gedanken kann man nur zustimmen. Aber die Wirklichkeit ist doch eine andere. Diese Wirklichkeit könnten Sie bereits hier und heute gestalten. Die Bayerische Staatsregierung, so schreiben Sie auf Seite 7, hat am 22. Mai 2007 die zentralen bayerischen Forderungen für den Reformprozess der EU beschlossen. Sie schreiben, dass Sie sich dafür einsetzen wollen, dass der Landtag in der EU-Politik stärkere Mitwirkungsrechte hat. Das unterschreibe ich Ihnen. Ein paar Zeilen weiter schreiben Sie, dass der Freistaat Bayern diese zentralen Forderungen beschlossen hat und dass Sie sich dafür einsetzen, dass sich der Bundesrat am 6. Juli diese Forderungen zu eigen macht.

Meine Damen und Herren! Wenn ich glauben wollte, dass Sie sich wirklich für die Erweiterung der Teilhabe von Parlamenten und damit für subsidiäre Elemente einsetzen, würde ich sagen: Setzen Sie das doch erst einmal in Bayern durch, bevor Sie es für Europa fordern. In Bayern könnten Sie das nämlich ohne Widerstand.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Niemand hätte Sie daran gehindert, das mit uns zu bereden, bevor Sie das am 22. Mai in Ihrem Kabinett beschlossen haben. Auch im Landtag gibt es kluge Leute, bei der CSU, bei der SPD und bei den GRÜNEN. Selbst wenn nichts Neues herauskommt, hätten Sie die Glaubwürdigkeit Ihres hier für die EU gepriesenen Prinzips bewiesen. So haben Sie das nicht getan, und deshalb glaube ich diese Botschaft nicht, Frau Ministerin. Subsidiarität, Föderalismus, Dezentralisierung, Bürokratieabbau und Senkung der Regelungsdichte, Transparenz – das sind die Zauberworte, das ist die Mixtur, mit der Sie immer wieder arbeiten, Frau Ministerin. Ich kann dazu nur sagen: Das Bundesland mit der höchsten Regelungsdichte, mit der größten Ministerialbürokratie, mit dem größten Wasserkopf, das Bundesland mit der geringsten Kompetenz von Kommunen hat die besten Möglichkeiten zu beweisen, dass es die Prinzipien, die es für Europa geltend machen will, bei sich selbst zunächst einmal in einem Feldversuch erprobt.

(Beifall bei der SPD)

Die verbleibende Zeit ist kurz, deshalb nur noch ein kurzer Schlussaspekt.

(Zuruf von der SPD: Noch zehn Minuten!)

Sie sprechen die Fördermöglichkeiten an. Wir haben im Ausschuss darüber geredet. Herr Kollege Runge, es ist doch zu loben, dass wir jetzt tatsächlich 15 % mehr Geld haben. Sie haben allerdings vergessen zu erwähnen, dass andere noch mehr als 15 % bekommen haben. Bayern verfügt also nicht über eine Inselstellung. Nordrhein-Westfalen beispielsweise haben Sie von der CSU früher immer erwähnt, vor allem, wenn es schlechter war als Bayern. Nun hat es einen anderen Ministerpräsidenten und eine höhere Steigerung, doch nun wird dieses Bundesland plötzlich vergessen. Ihre PR-Leute sind wirklich nicht schlecht, das muss ich sagen, aber Gott sei Dank gibt es auch noch uns. Das ist in Ordnung. Der Hinweis des Herrn Kollegen Runge und anderer Kollegen war also wichtig.

Allerdings erwarte ich dann auch, dass Lücken, die aufgemacht worden sind, mit bayerischen Haushaltsmitteln sauber verfugt werden, um das einmal in einer plastischen Sprache darzulegen. Es darf nicht, so wie früher, dazu kommen, dass man die Gelder aus Brüssel zwar nimmt, ihren maximalen Nutzen für Bayern aber nicht erwirkt, weil die dazu notwendige Kofinanzierung nicht zur Verfügung gestellt wird. Die Ausrede „man hätte kein Geld“ oder „man hätte Konsolidierungsverpflichtungen im eigenen Haushalt“ gilt künftig nicht mehr; denn man braucht kein bayerisches Geld zur Kofinanzierung, man kann genauso gut Geld von Dritten dazunehmen. Das ist ein echter Fortschritt.

Die Beteiligung des Landtags, die ich gerade angesprochen habe, ist ein wirklicher Mangel. Ich will das noch einmal deutlich machen; auch im Ausschuss habe ich darauf hingewiesen. Wenn Sie ein operationelles Programm in der Administration vorbereiten – für diejenigen, die sich nicht so sehr mit diesen Fragen beschäftigen, möchte ich das kurz erklären: Bei einem operationellen Programm schreibt man auf und meldet Brüssel, was man mit den Geldern alles machen möchte –, dann habe ich dagegen nichts. Wenn man dieses Programm aber in der EU anmeldet und gleichzeitig mehr Transparenz, mehr Partizipation usw. fordert, dann muss man doch das, was die Administration als Entwurf ausgearbeitet hat, hier, vor Ort mit der Volksvertretung debattieren und besprechen und erst dann nach Brüssel zu den Bürokraten schicken. Man darf doch dann nicht so tun, als ob es sich um eine Angelegenheit handeln würde, die nur die Staatsregierung und nur die Beamten etwas anginge, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wenn man über eine Milliarde Euro lockermachen kann, dann muss doch an dem Ort, an dem in einem Staat über Geld entschieden wird – und das ist das Parlament – darüber entschieden werden, wo und für welche Zwecke dieses Geld Verwendung findet.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Man darf das doch nicht zu einem rein administrativen Akt machen, meine Damen und Herren!

Es gäbe noch viel zu sagen, der Tag ist noch lang, andere Themen stehen an. Ich wünsche Ihnen, Frau Ministerin, viel Spaß bei der Arbeit. Man kann bei dieser Arbeit Spaß haben, Frau Ministerin. Manchmal beneide ich Sie darum, nicht immer. Ich wünsche mir, dass Sie sich über die Klugheit und die Weisheit hinaus, die Sie bei Ihrer Administration finden, auch Rat im Bayerischen Parlament holen. Hier gibt es kluge Männer und Frauen in allen Fraktionen, die Ihnen im Dienste unseres Landes guten Rat geben können.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Gudrun Brendel-Fischer.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich glaube, Sie alle verfolgen wie ich seit vielen Jahren intensiv die regionale und die lokale Berichterstattung in unseren Medien. Seit Jahren können wir feststellen, dass insbesondere die europäische Arbeit an unseren Schulen gediehen ist. Nicht nur die Schulen und die Universitäten, sondern auch die frühkindlichen Einrichtungen wie die Kindertagesstätten beschäftigen sich in Projekten oder in irgendeiner anderen Form mit europäischer Bildung. Europa ist ein überfachliches Bildungsziel geworden, ohne dass es explizit in jedem Fachlehrplan stehen muss. Es ist ein Thema, das sich Lehrkräfte und Verantwortliche sehr zu Herzen nehmen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Um den aktuellen Stand in Bayern abzuprüfen, wurde vom Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten ein Berichtsantrag in dieser Sache an die Bayerische Staatsregierung gerichtet.

Vor allem hat das bürgerschaftliche Engagement in Bayern in dieser Richtung stark zugenommen. Viele engagierte Bürgerinnen und Bürger sind daran beteiligt. In Ostbayern sind viele Bürgerinnen und Bürger in diesem Sinne tätig und arbeiten an einem besseren Verhältnis insbesondere zu Tschechien und zur Slowakei. Hervorragende Impulse gibt vor allem die Euregio Egrensis. Auch viele Heimatvertriebene, die nicht immer dafür angesehen werden, haben sich in den letzten Jahren auf den Weg gemacht, diesen Prozess in diesem Sinne zielführend zu begleiten. Auch die Jugendverbandsarbeit – ich nenne hier vor allem die Jugendringe – sind aktiv dabei. Ich bin guter Dinge, dass die nächste Generation, dass unser Nachwuchs eine europabegeisterte Generation werden wird.

Man merkt das auch daran, dass die sprachlichen Barrieren immer mehr abgebaut werden. Das entwickelt sich nicht nur bei Schülerinnen und Schülern. In Ostbayern, beispielsweise im Kreis Wunsiedel, laufen Projekte in Schulen und in der Erwachsenenbildung. An den Volkshochschulen wird zunehmend Tschechisch angeboten. Die Gastronomie versucht, sich fit zu machen in Erwartung tschechischer Gäste. Diese treffen früher als wir das erwartet haben inzwischen auch ein.

Trotz aller Begeisterung für Europa möchte ich nicht übersehen, dass der Erweiterungsboom der letzten Jahre die Befindlichkeit der Kernmitglieder wesentlich beeinträchtigt hat. Ich denke – und dabei sehe ich mich als jemand, der in diesem politischen Gremium erst seit Kurzem mitarbeiten darf – aber als jemand, der noch sehr nah am Bürger ist –, wir brauchen jetzt Raum und Zeit zur weiteren Annäherung und zum Zusammenwachsen. „In der Ruhe liegt die Kraft" – diese Lebensweisheit sehe ich als einen Leitsatz für die weitere Entwicklung der Europäischen Union an. Die überstürzte Aufnahme weiterer schwacher Partner, die in einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union die Lösung all ihrer Probleme sehen, ist nicht zielführend. Unser Augenmerk muss deshalb zunächst, auch wenn das von einigen hier anders gesehen wird, auf unsere ureigenen Regionen gerichtet werden, die ebenfalls Probleme haben und sich momentan in einer Aufstiegsorientierung befinden.

Es ist bereits ein Schlagwort gefallen, das viele Bürgerinnen und Bürger gerade mit Europa in Verbindung bringen. Das ist zweifelsohne die Bürokratie. Ich fasse Sie und mich dafür stellvertretend an der Nase; denn ich stelle fest, dass wir alle in Gremien sitzen und dazu neigen, immer wieder so manches zu reglementieren. Aus meiner – wenn auch noch kurzen – Erfahrung im Parlament muss ich jedoch feststellen, dass Reglementierungsabsichten vor allem aus der von mir aus gesehen linken Seite dieses Hauses kommen.

(Zuruf von der CSU: Bravo! – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Sie sind noch nicht so lange hier!)

– Ja, aber es reicht, um das beurteilen zu können. Ich glaube schon, dass wir alle ein Interesse daran haben – –

(Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

– Können Sie vielleicht auch den Mund halten, wenn ich hier das erste Mal zu Wort komme?

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich denke, wir alle stehen in der Kommunalpolitik oder auch hier, auf höherer Ebene, dafür, kreative Vor-Ort-Lösungen zu finden. Wir alle sind doch der Meinung, dass es nicht darum geht, in Brüssel jedes Detail flächendeckend regeln zu lassen.

(Beifall bei der CSU)

Wir sollten alle fraktionsübergreifend an einem Strick ziehen. Es ist deshalb nicht dienlich, eine Regierungserklärung lächerlich zu machen oder hierzu mit Spott einen Beitrag zu leisten.

Mein besonderer Dank gilt allen, die sich in den letzten Monaten dafür eingesetzt haben, dass die Fördersumme auf 576 Millionen Euro und damit um 15 % erhöht werden konnte. Dafür bedanke ich mich ganz besonders bei unserer engagierten Europa-Ministerin Emilia Müller.

Wir sind damit auf einem guten Weg, trotz aller Probleme, die sicher auch gesehen werden müssen; denn der europäische Einigungsprozess ist ein langwieriger Weg, den wir in kleinen Schritten gehen müssen. Es wird noch lange dauern, bis dieser Zustand eines Tages optimiert sein wird. Ich glaube aber, wir sind auf einem guten Weg, ein facettenreiches Europa zu schaffen, in dem sich möglichst alle Länder mit ihren Stärken einbringen können und in dem unsere Jugend gute Möglichkeiten erhält, eine liebenswerte Heimat hat, chancenreiche Arbeitsplätze und soziale Sicherheit.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Kollegin Fischer, ich danke Ihnen für Ihre Jungfernrede. Sie waren gar nicht aufgeregt. Dies kann auch für andere Kolleginnen und Kollegen ein Ansporn sein.

(Prof. Ursula Männle (CSU): Und kurzfristig eingesprungen! Auch das muss man sagen!)

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist damit geschlossen.

(Widerspruch der Staatsministerin Emilia Müller)

Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme – ich bitte doch, die Geschäftsordnung im Kopf zu haben – hat nun Frau Staatsministerin Müller das Wort.

Staatsministerin Emilia Müller (Europaangelegenheiten): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Summary der Europathemen in einer Regierungserklärung, und zwar noch vor dem Gipfel, erschien mir als sehr wichtig. Ich glaube, dass dies auch im Interesse der SPD, der GRÜNEN und der CSU ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben parteiübergreifend viele Gemeinsamkeiten, aber natürlich auch pointierte Unterschiedlichkeiten. Ich möchte mich zu Beginn meiner Zusammenfassung nochmals für die gute Zusammenarbeit sowohl im Arbeitskreis für Bundes- und Europaangelegenheiten als auch im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten bedanken, wo wir gemeinsam viele Positionen errungen und auch kritisch diskutiert haben. Dies gehört ganz einfach zu einer vernünftigen parlamentarischen Arbeit.

Ich möchte fragen: Wo sind denn unsere Unterschiedlichkeiten? Unterschiedlichkeiten bestehen mit Sicherheit hinsichtlich der Türkei. Das muss man im parlamentarischen Betrieb auch gelten lassen. Ich sage dazu ganz einfach: Zur Positionsbildung ist es dringend erforderlich, Unterschiedlichkeiten zu diskutieren. Es ging um Herrn Sarkozy, um den Präsidenten Frankreichs. Dazu sage ich: Es ist legitim, dass wir uns mit jemandem verbünden, der dieselben Positionen vertritt. Unser Ministerpräsident hat im August einen Termin bei Sarkozy und wird dort die Themen im Detail noch einmal diskutieren.

(Zuruf von der SPD: Welcher? Beckstein oder Stoiber?)

– Der Termin ist im August.

Zu den Schutzmaßnahmen hinsichtlich Bulgarien und Rumänien haben wir eigentlich dieselbe Auffassung – seien Sie ehrlich. Es geht darum, dass wir in der Europäischen Union eine Rechtsbasis brauchen, dass Rumänien und Bulgarien auch den Acquis communautaire akzeptieren müssen, dass es dort eine vernünftige Rechtsbasis gibt und dass wir sie letztendlich gemeinsam einfordern müssen.

Natürlich haben wir auch Unterschiedlichkeiten hinsichtlich der Grenzen der Europäischen Union – in der Tat. Das ist aber etwas, wo wir wahrscheinlich nie zusammenkommen werden. Ich appelliere aber nach wie vor dafür, dass wir die Grenzen definieren müssen: Wo ist die Finalität der Europäischen Union; wo ist die geografische, die materielle und die rechtliche Grenze dieser Europäischen Union? Das ist ein Thema.

Herr Förster, Sie haben den Verfassungsvertrag angesprochen. Natürlich wollen wir die Fortschritte beim Verfassungsvertrag erhalten. Ein Alleingang der Polen ist nicht akzeptabel. Man muss aber nicht auf jeden Theaterdonner reagieren. Ich bin nämlich auch der Auffassung, dass es richtig ist, Realitätssinn und Augenmaß zu bewahren, statt hektisch zu reagieren. Ein Quadratwurzelsystem unter Bezug auf die Einwohnerzahl des jeweiligen Staates, so wie es von den Polen gefordert wird, ist mit Sicherheit nicht akzeptabel. Ich sage: Wir wollen die doppelte Mehrheit. Wir wollen auch die qualifizierte Mehrheit. Wie Sie wissen, ist das ein Kompromiss. Aus bayerischer Sicht wollen wir diesen Kompromiss auf keinen Fall aufgeben, weil er mühevoll errungen worden ist. Wir wollen dies ganz einfach nicht gefährden.

Allerdings müssen wir in Europa die Grundwerte einfordern, auf denen alles aufbaut: Akzeptanz, Solidarität und auch Toleranz. Zur Solidarität gehört, dass die Mitgliedstaaten auch einen gemeinsamen Weg hinsichtlich des Verfassungsvertrages finden. Mit Nizza plus geht es weiter; mit Nizza alleine wird in Zukunft ganz einfach keine Handlungsfähigkeit der Europäischen Union mehr bestehen.

Herr Förster, Sie haben auch gesagt, dass Sie die Akzeptanz vermisst haben. Dazu sage ich ganz einfach: Um Akzeptanz geht es auch beim Quasi-Subsidiaritätsfrühwarnsystem, bei der Einbeziehung der nationalen Parlamente, aber auch bei der Einbeziehung der Landtage. Sie haben die Forderung nach einem europäischen Mindestlohn aufgestellt. Dazu sage ich: Aus unserer Sicht ist er wegen unterschiedlicher Produktivitäten in den Mitgliedstaaten und wegen der unterschiedlichen Bedingungen in den Mitgliedstaaten verfehlt. Ich halte einen europäischen Mindestlohn für nicht richtig.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das war nicht so gedacht; es ging um einen Mindestlohn in Deutschland! – Dr. Linus Förster (SPD): Es geht um einen Mindestlohn in Deutschland, um vergleichbare Bedingungen zu schaffen!)

– Da sind wir natürlich weit auseinander.

Wenn Sie gestatten, möchte ich auch zur Rede von Herrn Runge noch etliche Anmerkungen machen. Herr Runge, ich muss Ihnen sagen: Ich war eigentlich etwas enttäuscht, dass Sie Europa derart miesgeredet haben. Ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit: Damit werden Sie weder in Bayern noch in Deutschland und auch nicht in Europa auch nur einen einzigen Blumentopf gewinnen.

(Beifall bei der CSU – Dr. Martin Runge (GRÜNE): Zuhören können!)

– Das hätten Sie machen sollen, als ich in meiner Regierungserklärung gesagt habe, dass nach der Bevölkerungszahl Bayern der neuntgrößte Mitgliedstaat der Europäischen Union wäre, wenn wir ein eigenständiger Staat wären. Das sind wir zwar nicht. Ich sage aber trotzdem, dass wir unsere Position in Deutschland und auch im Bundesrat nicht verkennen dürfen, wo wir schon vieles, auch anhand unserer Gewichtung, durchsetzen konnten. Das muss man auch in aller Deutlichkeit sagen.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Werden Sie doch zunächst einmal in Bayern handlungsfähig!)

Ich sage noch einmal: Wir setzen uns durch. Das haben wir auch hinsichtlich des European Institute of Technology getan. Das machen wir auch bei anderen Dingen. Sie haben auch gesagt, dass Sie die Stärkung der Bürgerrechte vermisst haben. Ich frage: Worum geht es denn eigentlich in der Grundrechtecharta? Das ist etwas, das wir auch halten wollen. Das ist ein wichtiger Beitrag. Sie sagten ferner, dass Sie die Stärkung der Beschäftigung vermisst haben. Worum geht es denn bei der Deregulierung und der Entbürokratisierung? Die Umsetzung der Deregulierung ist ein Beschäftigungsprogramm.

Sie haben noch gesagt, was Ihnen an der Ratspräsidentschaft alles missfällt. Ich kann dazu nur sagen: Selbstverständlich ist es das Bohren dicker Bretter, wenn es um den Klimaschutz geht. Es ist das Bohren dicker Bretter, wenn es um die Deregulierung geht. Wenn wir beim Verfassungsvertrag weiter unsere Positionen einbringen, befinden wir uns auch auf einem guten Weg. Ich glaube, man sollte nicht grundsätzlich immer alles schlechtreden. Zum Verfassungsvertrag muss ich sagen – das habe ich vorhin auch schon gesagt –: Wir brauchen Nizza plus. Auf dem jetzigen Stand können wir nicht mehr weitermachen; wir wären nicht mehr erfolgreich.

Akzeptanz und Bürgernähe sind uns auch wichtig. Sie haben das Referendum in Deutschland angesprochen. Vielleicht können Sie sich erinnern: Es war eine Idee des Ministerpräsidenten Stoiber, ein Referendum einzufordern. Dafür haben wir aber keine Mehrheiten bekommen. Das wissen Sie so gut wie ich. Eine „Stern“-Umfrage, die heute veröffentlicht worden ist, besagt: 65 % der Deutschen sind für eine EU-Verfassung. Dazu kann ich nur sagen: Die Menschen draußen sind eigentlich sehr intelligent und wissen auch, was sie in einem Europa wollen, das Zukunft haben soll.

Herr Runge, auch noch einen Ton zur Korruption in Rumänien und Bulgarien. Ich möchte schon sagen, dass dies nicht mit Bayern vergleichbar ist. In Rumänien und Bul-

garien geht es um die Veruntreuung öffentlicher Fördergelder. Wenn Sie hier direkte und indirekte Vergleiche mit Bayern anstellen, dann ist das eine Beleidigung Bayerns, und das ist auch eine Unverschämtheit – das möchte ich Ihnen auch sagen.

(Beifall bei der CSU)

Damit können Sie die Menschen in Bayern bestimmt nicht begeistern.

Lassen Sie mich zum Schluss noch sagen: Ich möchte mich für die lebendige, aber auch kritische Diskussion bedanken; denn ohne lebendige Debatte werden wir kein Interesse der Bürger und Bürgerinnen für Europa und für mehr Akzeptanz von Europa wecken. Manchmal dient eine kritische Debatte auch dazu, die Menschen zu bewegen, Europa positiver zu sehen, als es miesgeredet wird. Akzeptanz ist die Basis.

Ich finde es schade, Herr Hoderlein, dass Sie keine Visionen haben. Ich kann Ihnen nur sagen: Wir haben welche. Weil wir Visionen haben, wollen wir Europa positiv gestalten. Ich sage: Ich will ein starkes Europa, ich will ein aktives Europa, das von den Traditionen und Kulturen, der Geschichte und seiner Architektur getragen ist.

(Wolfgang Hoderlein (SPD): Das sind doch Plattitüden!)

– Nein, das sind keine Plattitüden. Ich kann Ihnen nur sagen:

Wir haben erfolgreich dazu beigetragen, dass das Quasi-Subsidiaritätsfrühwarnsystem eingeführt worden ist. Das ging auch auf das Drängen Bayerns zurück. Das ist das, was Sie vorhin eingefordert haben.

Ich hoffe, meine sehr verehrten Damen und Herren der GRÜNEN, der SPD und der CSU, dass wir gemeinsam an dem Haus Europa mit einem positiven Grundkonsens und mit Visionen bauen können; denn das wollen die Menschen, und das brauchen unsere jungen Leute in der nächsten Generation.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Wir kommen zunächst zum

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Pranghofer u. a. u. Frakt. (SPD) Gerecht ist: Mehr Zeit zum Lernen! Gesamtkonzept für Ausbau der Ganztagsschulen vorlegen (Drucksache 15/8297)

Ich eröffne die Aussprache. – Als Erster hat sich Herr Kollege Pfaffmann gemeldet.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CSU weitet die Ganztagsschulen aus. Ich möchte nicht verhehlen, dass wir das grundsätzlich richtig finden. Ich meine, Sie haben recht, wenn Sie versuchen, an Bayerns Schulen mehr Ganztagsangebote zu machen. Das muss man hier zugeben; das ist überhaupt keine Frage.

Ich möchte mich auch durchaus ganz herzlich dafür bedanken, dass Sie die ideologischen Scheuklappen, die Sie jahrelang auf der Nase hatten, endlich ein kleines Stück lüften. Wir sind froh, dass Ganztagsschulen heute kein sozialistisches Teufelszeug mehr sind, wie Sie diese noch vor einigen Jahren bezeichnet haben.

(Beifall bei der SPD)

Insofern bin ich auch froh, dass Sie die Forderungen der Opposition der letzten fünf, sechs Jahre endlich aufgreifen.

Ich kann mich noch daran erinnern, dass wir vor zwei und drei Jahren im Bildungsausschuss darüber diskutiert haben, die Ganztagsangebote an unseren Schulen auszuweiten. Ihre Kolleginnen und Kollegen haben im Bildungsausschuss noch erklärt, das brauche man nicht, das wolle man nicht. Jede Initiative der letzten fünf Jahre wurde rigoros abgelehnt. Daran erinnere ich Sie heute, wo es nun darum geht, dass mehr Ganztagsschulangebote gemacht werden.

Zu den Inhalten. Ganztagsschulangebote – ich rede von den gebundenen Ganztagsschulen – sind ein pädagogisches Konzept. Deswegen bin ich etwas skeptisch, dass man Ganztagsschulangebote dazu verwenden will, die Probleme der Hauptschulen zu lösen. Das wird dem Konzept Ganztagsschule nicht ganz gerecht.

(Beifall bei der SPD)

Denn Ganztagsschule bedeutet, dass man mehr Zeit dafür aufwenden will, Kinder individuell zu fördern. Dies ist nicht ein Privileg der Hauptschule, sondern eine grundsätzliche pädagogische Richtung, die für alle Schularten gilt. Deswegen bedauere ich außerordentlich, dass Sie Ihre neue Bildungspolitik, was die Ganztagsschulen betrifft, auf die Hauptschulen beschränken. Ich würde mir wünschen, Sie hätten ein Konzept vorgelegt, das alle Schularten berücksichtigt,

(Beifall bei der SPD)

das heißt auch die Gymnasien. Sie wissen ganz genau, dass das achtjährige Gymnasium faktisch bereits eine Ganztagsschule ist. Aber die Ressourcen wollen Sie nicht bereitstellen.

Insofern scheint es mit einer neuen Bildungspolitik nicht weit her zu sein. Ich schließe daraus, dass Sie lediglich dem Druck, der in den Schulen, bei den Eltern, in Ihren Gemeinden und hier im Parlament entstanden ist, endlich nachgeben, indem Sie mehr Ganztagsschulangebote machen.

Ganztagsschulangebote bedeuten, die individuellen Chancen der Kinder zu verbessern. Das sagen Sie selber, lieber Herr Fraktionsvorsitzender Herrmann. Sie sagen: Wenn man mehr Ganztagsschulangebote macht, wird man die Quote derjenigen, die einen höheren Bildungsabschluss erreichen, erhöhen können. Da haben Sie recht. Aber das ist nicht auf Ihrem Mist gewachsen. Das haben Sie sicherlich irgendwann einmal in irgendeiner Veröffentlichung der Opposition gelesen. Das sagen wir nämlich seit fünf Jahren. Sie haben inhaltlich aber recht. Wir wollen hier nicht darüber streiten, wer das Urheberrecht hat.

Aber wenn es so ist, dann muss es doch das oberste Ziel sein, lieber Herr Fraktionsvorsitzender Herrmann, dass möglichst schnell und möglichst viele Kinder von dieser Chance profitieren.

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen einmal vorrechnen, was Sie machen. Bei allem Respekt wollen Sie, dass die bestehenden gebundenen Ganztagsschulstandorte von 62 auf 162 bei den Hauptschulen ausgebaut werden, und bei den Grundschulen soll ein Ausbau von 10 auf 30 stattfinden. Das ist schön, wunderbar. Aber bei 162 Standorten, malgenommen mit der durchschnittlichen Anzahl der Schüler pro Klasse, zuzüglich der schon bestehenden Ganztagsschulen bedeutet das, dass sich nach Ihrem großartigen Programm rund 5000 Schülerinnen und Schüler in Ganztagsschulen befinden werden. Wissen Sie, wie viele Schülerinnen und Schüler wir in Bayern haben? Es sind 265 000!

Jetzt stelle ich Ihnen eine Frage. Wenn Sie für 5000 Kinder verbesserte Bildungschancen schaffen, was wir begrüßen, was passiert dann mit dem Rest? – Sie schaffen mit diesem Tempo der Realisierung der Ganztagsschulen eine Zweiklassengesellschaft in der Schule; denn die einen haben Glück und kommen in den Genuss des Besuchs einer Ganztagsschule mit einer verbesserten individuellen Förderung, während die anderen warten müssen. Wie lange diese warten müssen, wissen wir nicht. Das kann keine gute Bildungspolitik sein. Wenn es darum geht, die Chancen der Kinder zu verbessern, dann müssen wir das schnell machen, damit möglichst viele Schüler in den Genuss dieser Angebote kommen.

Bei den Grundschulen sieht es noch schlimmer aus. Gerade bei den Grundschulen – auch das haben Sie selber gesagt – ist eine verbesserte Fördermöglichkeit wichtig. Wenn wir die 40 Standorte nach Ihrem grandiosen Programm mit der durchschnittlichen Anzahl der Grundschüler malnehmen, ergeben sich rund 1000 Schüler, die in den Genuss Ihres Angebots kommen. Es gibt aber 510 300 Grundschüler in Bayern. Ich muss Ihnen sagen: Es ist eine großartige Leistung, wenn Sie sich heute für ein bisschen Ganztagsschulangebote feiern lassen und über 400 000 Grundschüler einfach nicht in diesen Genuss kommen. So darf es nicht gehen.

Wenn man der Meinung ist, dass Ganztagsschulen die Bildungschancen verbessern und die Quote derjenigen, die einen Abschluss erreichen, dadurch verbessert wird, was ja richtig ist, dann müssen wir das Konzept schnell für alle verwirklichen. Oder wollen Sie verantworten, dass die anderen Kinder viele weitere Jahre warten müssen, bis ihre Bildungschancen verbessert werden?

(Beifall bei der SPD)

Das ist doch die Frage, die man hier stellen muss. Die Zeit spielt hier eine große Rolle.

Im Dezember 2006 war in den Schlagzeilen der Zeitungen zu lesen: „Ein historischer Tag“ – „Ganztagshauptschule kommt flächendeckend“ – „Eine Revolution in der Bildungspolitik seitens der CSU“. Wissen Sie was? – Ihre Ankündigung ist weder ein historischer Tag noch eine Revolution. Was wir hier erleben, ist die Summe der bildungspolitischen Versäumnisse der letzten zehn Jahre.

(Beifall bei der SPD)

Wären Sie unseren Anträgen gefolgt oder hätten Sie, wenn Sie aus grundsätzlichen Erwägungen einem Antrag der Opposition schon nicht zustimmen wollen, auf die Eltern gehört und den Verbänden und den Elternbeiräten in den letzten fünf Jahren zugehört, dann hätte das genügt. Dann hätten wir seit fünf Jahren mehr Ganztagsschulen und somit bessere Chancen für unsere Kinder.

Insofern ist es weder ein historischer Tag noch eine Revolution, sondern der Nachweis, dass Sie und nur Sie dafür verantwortlich sind, dass ganze Generationen von Schülern in diesem Land schlechtere Bildungschancen haben.

(Beifall bei der SPD)

Das ist die Wahrheit und nichts anderes.

(Beifall bei der SPD)

Ihre grandiose Ankündigung möchte ich an einem Beispiel deutlich machen: Die Landeshauptstadt München hat sich verpflichtet, alle Kosten – natürlich Sachkosten – im Rahmen des Schulfinanzierungsgesetzes für die genehmigten Ganztagsschulen zu übernehmen. In München haben 19 Schulen einen Antrag gestellt. Insgesamt haben Sie 7 genehmigt. Das ist noch nicht einmal die Hälfte. Wenn Sie hinsichtlich des Tempos der Verbesserung der Chancen unserer Kinder so weitermachen, sind wir nicht in 15 Jahren, lieber Herr Kollege Herrmann, sondern weit später bei der Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit angekommen.

(Joachim Herrmann (CSU): Sie sollten unser Tempo grundsätzlich nicht unterschätzen!)

Zum Schluss noch ein Satz bezüglich der Konzentration der Ganztagsschule auf Schularten: Sie, Herr Fraktionsvorsitzender der CSU, haben vor Kurzem erklärt, Sie wollten gegenüber der Staatsregierung Druck machen. Respekt! Sie haben einen derart gewaltigen Druck entwickelt, dass einem geradezu Angst werden kann. Geradezu Angst kann man vor diesem gewaltigen Druck bekommen. Sie haben auch gesagt, Herr Vorsitzender, dass Sie die Ganztagsschule für alle Schularten wollten. Offensichtlich ist Ihr Wort nicht so viel wert. Der Druck, den Sie entwickelt haben, führt dazu, dass noch nicht einmal zwei Prozent der Kinder in den Genuss des Angebotes kommen, und der Druck führt dazu, dass nicht alle Schularten Ganztagsschulangebote bekommen, sondern nur Hauptschulen und 30 Grundschulstandorte. Wenn das Ihre innovative revolutionäre Bildungspolitik ist, dann kann ich Ihnen nur sagen: Gute Nacht! Damit werden Sie auch die Chancen der Schüler kaum schnell verbessern, Herr Herrmann.

Es geht darum, nicht auf den Sankt Nimmerleinstag zu warten. Die Quote von 10 % an Schülern ohne Schulabschluss, die wir mit Ganztagsangeboten verbessern wollen, die nahezu 10 %, die jährlich eine bayerische Schule ohne Abschluss verlassen, wollen wir schnellstmöglich reduzieren. Eine Möglichkeit dazu sind Ganztagsschulangebote. Deshalb kann man nicht sagen, wir wollten in 15 Jahren ein bisschen mehr gemacht haben. Das muss jetzt in einer Aktion vollzogen werden, die bald umsetzbar ist.

Dass Sie es finanzieren können, sieht man. Ich begrüße ausdrücklich die Milliarde für die Hochschulen. Das hat Herr Goppel durchgesetzt; lieber Herr Staatssekretär, sagen Sie das Ihrem Minister. Das hat Herr Staatsminister Goppel innerhalb kürzester Zeit durchgesetzt. Das hat er gut gemacht. Offensichtlich, lieber Herr Waschler, ist Ihr Bildungsminister nicht in der Lage, im Kabinett für entsprechende Finanzmittel zu sorgen.

(Beifall bei der SPD – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Sie vergleichen Äpfel mit Birnen!)

Offensichtlich ist der hochschulpolitische Sprecher Spaenle in Zusammenarbeit mit seinem Bildungsminister Goppel eine Nummer zu groß für Sie, sonst hätten Sie die Bildungsmilliarde bekommen und nicht die Hochschulen, obwohl wir Sie natürlich unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben noch viel zu tun und sollten sich nicht feiern lassen, sondern sollten Ihre Hausaufgaben machen, und das heißt, schneller und besser zu Ganztagsschulen zu kommen, als Sie es vorschlagen.

(Beifall bei der SPD – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Dazu brauchen wir nicht die Opposition!)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Rüth.

Berthold Rüth (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem Kollege Pfaffmann, wie es immer seine Art und Weise ist, sehr wenig zum eigentlichen Dringlichkeitsantrag der SPD gesprochen hat, gestatten Sie mir, dass ich ihn kurz skizziere. Er fordert auf, ein Konzept vorzulegen, wie der Ausbau der Ganztagsschulen konkret vorangetrieben werden soll. Es soll abgeklärt werden, welche Schulen dann zu Ganztagsschulen umgewandelt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD: Wenn Sie die Veröffentlichungen der Staatsregierung und auch die Pressemitteilungen im Allgemeinen zu diesem Thema verfolgen würden und wenn Sie gestern und heute Veröffentlichungen gelesen hätten, hätten Sie diesen Antrag nicht stellen müssen; denn die Medien waren gestern und heute voll mit diesem Thema.

Es gibt auch, Kollege Pfaffmann, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, eine sehr schöne Broschüre, die vom Kultusministerium in Kooperation mit der bayerischen Wirtschaft erstellt wurde. Diese Broschüre heißt: „Die Ganztagshauptschule in Bayern“. Diese Broschüre dient als Leitfaden für die Schulen vor Ort. Vielleicht könnte diese Broschüre auch Ihnen und der SPD als Leitfaden dienen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Schön ist es, wenn es eine Broschüre gibt! Schöner wäre es, wenn es Schulen gäbe!)

Wir werden im kommenden Schuljahr zusätzlich 100 Ganztagshauptschulen und 30 Ganztagsgrundschulen schaffen. Wir werden mit einem erheblichen finanziellen Aufwand die ganztägige Förderung und Betreuung der Kinder an den Schulen ausbauen und damit den Kindern unabhängig von ihrer Lebenssituation optimale Bildungschancen ermöglichen. Gerade der Ausbau der Ganztagsschulen an Hauptschulen ist ein wichtiger Baustein, um die Schülerinnen und Schüler zu fördern und sie noch gezielter auf ihr späteres Berufsleben vorzubereiten. Wir leisten damit einen wichtigen Beitrag, dass Eltern die Erwerbstätigkeit mit der Erziehungsarbeit besser koordinieren können.

Wenn Sie die Frage stellen, wo diese Schulen sein sollen, dann nenne ich Ihnen die Regierungsbezirke: Es werden 31 Ganztagshauptschulen in Oberbayern errichtet, 14 in Schwaben und Niederbayern, 13 in Oberfranken, 10 in Mittelfranken und je 9 in der Oberpfalz und Unterfranken. Es wird daneben weitere 30 Ganztagsgrundschulen geben.

(Susann Biedefeld (SPD): Klassen! Nicht Schulen!)

Diese werden auch wieder über alle Regierungsbezirke verteilt werden. Sie dürfen nicht vergessen, dass darüber hinaus insgesamt 12 000 Hauptschülerinnen und Hauptschüler an 345 Hauptschulen offene Ganztagsangebote nutzen. Das dürfen Sie nicht aus dem Auge verlieren.

Auch der Freistaat Bayern stellt entsprechende Mittel zur Verfügung. Wir bekommen an den Ganztagsklassen an der Hauptschule 12 Lehrerstunden pro Woche sowie

weitere 6000 Euro. Damit ist der Unterricht, je nach Konzept der Schule – es wird individuelle Konzepte geben –, täglich bis circa 16.00 Uhr zu gestalten. Das ist eine sehr, sehr gute Sache. Wir werden insgesamt stolze 162 gebundene Ganztagsschulen haben. Ich denke, das ist eine sehr ordentliche Zahl.

Kriterien – auch danach haben Sie gefragt – bei der Auswahl der künftigen Ganztagsschulstandorte waren die Qualität des pädagogischen Konzepts, die Teilnahme an der Hauptschulinitiative als Pilotschule im Rahmen der Profilbildung oder Modularisierung, die Situation der Schüler im Hinblick auf Förderbedarf und sozialen Hintergrund und bei den Grundschulen insbesondere hinsichtlich der Sprachförderung. Auch die Größe der Schule und die räumliche Situation spielten eine Rolle.

Zur Frage der Finanzierung kann ich Ihnen sagen, dass die Stunden, die zusätzlich gewährt werden, an der Hauptschule 12 pro Woche betragen und an der Grundschule 10. An der Hauptschule gibt es die genannten 6000 Euro und an den Grundschulen 3000 Euro. Damit können die benötigten Personalkräfte eingestellt werden.

Ich möchte an dieser Stelle sehr herzlich dem Herrn Staatssekretär stellvertretend für das Kultusministerium für dieses zukunftsgerichtete Ganztagskonzept danken. Zusammen mit der Hauptschulinitiative können wir alle Talente optimal fördern und ideale Voraussetzungen schaffen, damit diese später erfolgreich in die Berufswelt eintreten können. Der Antrag der SPD wurde von der Wirklichkeit überholt. Er ist insofern nicht mehr aktuell, und die CSU wird ihn deshalb ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Tolle.

Simone Tolle (GRÜNE) (von der Rednerin nicht autorisiert): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich fange mit der Feststellung an: Wenn die CSU Druck macht, muss man sich geradezu fürchten, weil dann immer eine Minimallösung herauskommt. Herr Herrmann, ich freue mich sehr, dass Sie anwesend sind; denn das, was Sie letzte Woche verkündet haben, war nicht neu.

Das hat der Minister schon ein paarmal als etwas Neues verkauft. Letzte Woche ist mir dazu ein Dreiklang eingefallen: Zunächst ist der Fraktionsvorsitzende Herrmann aus dem Dornröschenschlaf erwacht. Er hat sich dann verwundert die Augen gerieben und anschließend die Langsamkeit entdeckt. Dazu möchte ich Sie nicht beglückwünschen.

(Joachim Herrmann (CSU): Da müssen Sie im Dornröschen-Märchen irgendetwas missverstanden haben! Das läuft anders!)

Herr Fraktionsvorsitzender, ich habe einen schönen Namen für Sie gefunden: Die Schnecke Johnny macht sich auf den Weg, um Ganztagsschulen in Bayern zumindest zu verkaufen. Sie verbreiten sie nämlich nicht wirklich. Wenn wir die Zahlen, die das Kultusministerium in seiner gestrigen Pressemitteilung veröffentlicht hat, zusammenzählen, werden wir am Beginn des nächsten Schuljahres an den Grundschulen ein Angebot an Ganztagsklassen in Höhe von 1,65 % haben. Wenn wir 1100 Hauptschulen zugrunde legen, wird es ungefähr 14,73 % Ganztagsklassen geben. Herr Kollege Herrmann, Sie wollen Druck machen. 177 Anträge wurden gestellt. 100 Anträge wurden positiv beschieden. Wenn Sie das Tempo anziehen wollen, frage ich Sie, warum Sie sich nicht dafür eingesetzt haben, dass alle 177 Anträge positiv beschieden werden. Das wäre ein Zeichen an die Schulen und an die Kommunen gewesen. Das hätte die Kommunen dazu ermutigt, weitere Anträge zu stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stattdessen liegen 77 Anträge auf Halde. Die Kommunen müssen, wenn es Ihnen einfällt, wieder Mittel freizumachen, noch einmal einen Antrag stellen. Diese Schulen haben sich große Mühe gegeben, gute Konzepte zu entwerfen. Sie mussten Ihre Kommunen von diesen Konzepten überzeugen. Jetzt sitzen sie im Wartestand. Das haben die Schulen nicht verdient. Wenn Sie es ernst meinen, hätte ich mir gewünscht, dass Sie alle Anträge bewilligen.

Wenn man einmal zusammenrechnet, was diese Angelegenheit kostet, bin ich der Meinung, dass die notwendigen Beträge nicht sehr hoch sind. Für 100 Ganztagsklassen sind grob überschlagen 40 zusätzliche Lehrerplanstellen erforderlich. Diese Lehrerstunden könnten Sie aus dem demografischen Gewinn holen. Das bedeutet kein Mehr. Wenn jede einzelne Schule zusätzliche Mittel in Höhe von 140 000 Euro beantragen würde und Sie den maximalen Zuschuss in Höhe von 50 % dazugäben, wäre eine einmalige Summe von 7 Millionen Euro erforderlich. Das wäre angesichts der momentanen Steuermehreinnahmen ein Klacks.

Jetzt weiß ich auch, warum Sie nicht sagen, was es kostet. Solange Sie nicht mit den Zahlen herausrücken müssen, wollen Sie den Eindruck erwecken, dass Sie viel Geld ausgeben würden. In Wirklichkeit ist es nicht sehr viel. Ich habe noch einen Betrag vergessen, nämlich 6000 Euro bzw. 3000 Euro. Auch diese Beträge halte ich angesichts der Tatsache, dass wir jetzt viel Geld haben, für Peanuts.

Herr Kollege Pfaffmann, ehrlich gesagt bin auch ich der Meinung, dass durch die gestrige Pressemitteilung alle Fragen des Dringlichkeitsantrags erledigt sind. Deshalb werden wir uns bei der Abstimmung über den Antrag enthalten. In die Richtung meiner Kollegen und Kolleginnen aus dem Bildungsausschuss möchte ich sagen: Es ist wichtig, dass wir nicht immer nur von einem Jahr zum nächsten denken. Das werfe ich Ihnen vor. Wir haben das gestern bei einer Diskussion festgestellt. Für den Ausbau der Ganztagsschulen – den Sie viel zu spät begonnen haben – brauchen wir ein Konzept für die nächsten zehn Jahre. Wir brauchen keine Ankündigungen in der Presse, die den Eindruck erwecken, als würden Sie immer wieder etwas Neues erzählen, als würden Sie eine Million quasi zehnmal verkaufen.

Ich fordere Sie auf: Fangen Sie nach vier Jahren an, Weitblick zu zeigen und legen Sie ein Konzept für die nächsten zehn Jahre vor, das darlegt, wie viele Klassen oder Schulen Sie in Ganztagsangebote umwandeln wollen, wieviel das maximal kosten wird und wie wir das im Haushalt finanzieren können. Ich halte das für kein großes Problem.

Auch Schnecken können Gas geben, und auch Dornröschen können zu Marathonläuferinnen werden. Herr Kollege Herrmann, das wünsche ich mir von Ihnen. Die Unterstützung der GRÜNEN ist Ihnen sicher. Wir werben seit Jahren für Ganztagsschulen.

Herr Staatssekretär, Sie haben gestern die Schulen genannt, die zum Kreis der positiv Beschiedenen gehören. Mir persönlich liegen zwei Schulen am Herzen, und ich habe bei diesen Schulen angerufen. Ich war sehr bewegt, weil sich diese Schulen sehr gefreut haben. Sie warten bereits sehr lange auf ihre Mittel, weil sie sich bereits bei der ersten Tranche beworben haben. Ich wünsche mir vom Kultusministerium und der CSU-Fraktion, dass wir den engagierten Pädagogen und Pädagoginnen an diesen Schulen und den Kommunen mehr dieser positiven Mitteilungen machen. Deshalb mein dringender Appell an Sie: Legen Sie ein langfristiges Konzept vor. Geben Sie allen Beteiligten eine Perspektive. Vor allem: Machen Sie Werbung für Ganztagsangebote. Sie sind erstens das bessere pädagogische Angebot und zweitens in Zeiten, in denen wir über die Betreuung sprechen, eine hervorragende Möglichkeit für Väter und Mütter, einer Berufstätigkeit nachzugehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Herr Staatssekretär Freller.

Staatssekretär Karl Freller (Kultusministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Ich möchte mich zunächst bei Herrn Kollegen Rüth bedanken, der sehr umfassend berichtet hat, was sich in Sachen Ganztagsschule in Bayern bewegt. Ich möchte seine Ausführungen um zwei bis drei Punkte ergänzen, die er nicht ansprechen konnte, weil sie aus den Kenntnissen des Kabinetts und der Staatsregierung stammen.

Der erste Punkt. Lieber Herr Kollege Pfaffmann, eines kann ich hier unter keinen Umständen stehen lassen, nämlich Ihre maßlose Kritik am Kultusminister. Ich erlebe Siegfried Schneider jetzt seit zwei Jahren. Wir sitzen im Kabinett nebeneinander. Wenn es um Planstellen und um Haushaltsmittel geht, habe ich einen Kultusminister neben mir, der überzeugend und erfolgreich für mehr Stellen und für Bildung in Bayern kämpft.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist eine Verleumdung, wenn Sie dem Kultusminister nachsagen, er würde nicht für Stellen kämpfen und keine Stellen durchsetzen. Das Gegenteil ist der Fall. Ich bin froh, dass wir mit Siegfried Schneider einen Kultusminister haben, der in den letzten Jahren viel erreicht hat und auch weiterhin erreichen wird. Ich wollte das ein für allemal klarstellen, damit in diesem Hause nicht irgendwelche Märchen herumgeistern, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun haben. Herr Kollege Pfaffmann, ich wünsche mir nicht, dass Sie jemals ins Kabinett kommen. Bei einer Gelegenheit hätte ich mir jedoch gewünscht, dass Sie drin wären, nämlich dann, wenn der Kultusminister für Planstellen kämpft.

Der zweite Punkt, den ich aufgreifen wollte, betrifft die Stadt München. Ich habe mich erkundigt, was dort los ist. Wenn Sie sich die Zahlen ansehen, stellen Sie fest – das lässt sich mathematisch begründen –: 16 % aller 1000 Hauptschulen sind inzwischen Ganztagsschulen oder werden es im Herbst.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Ganztagsklassen!)

In München sind es 18 %. Ich habe mir die Zahlen etwas genauer angesehen und festgestellt: Bei den Hauptschulen gibt es 14 Anträge. Nur sechs dieser Anträge waren vom pädagogischen Konzept so akzeptabel und gut, dass sie tatsächlich in die engere Auswahl kamen. Von den Anträgen von sechs Schulen, die vom pädagogischen Konzept passend waren, wurden vier bewilligt, weil zwei Schulen vom Sachaufwandsträger nicht gut genug ausgestattet worden sind.

Ich bitte Sie, sich etwas stärker mit der Stadt München auseinanderzusetzen und nicht die Staatsregierung anzugreifen. Das ist eine entscheidende Sache.

(Beifall bei der CSU)

Zum Dritten. Wir haben im Herbst die Situation, dass wir nahezu 900 Ganztagsangebote machen können. Das ist noch nicht einmal das Ende der Fahnenstange; denn Sie wissen, dass wir bei den offenen Ganztagsschulen flexibel sind, was die Erhöhung der Zahl angeht. Wir können noch Anträge genehmigen. Das wird auch noch der Fall sein. Das heißt, wir werden knapp 1000 Angebote bis zum Beginn des neuen Schuljahres erreichen können. Fast 1000 Ganztagsangebote in Bayern in einer doch relativ kurzen Zeit zu schaffen, ist eine Leistung. Dafür möchte ich den Kommunen und den Lehrkräften danken, weil eine gute Ganztagshauptschule auch eine entsprechende Konzeption braucht.

Ich habe mir die Mühe gemacht und habe in Nürnberg die wichtigen Schulen in der Südstadt besucht, die aufgrund ihrer Klientel einen besonderen Bedarf haben. Ich habe sehr vernünftige Schulleiter und Elternbeiräte getroffen, die gesagt haben, wir sind sehr dankbar, dass Jahr für Jahr 125 neue Ganztagshauptschulen geschaffen werden, aber gebt uns die Zeit, eine Konzeption zu entwerfen, die für unsere Schule und unseren Stadtteil stimmig ist. Ich glaube, das ist viel wichtiger, als von oben etwas draufzusetzen, nur damit etwas da ist und damit man in der Kommunalpolitik Werbung machen kann. Teilweise werden in den Kommunen Anträge gestellt, obwohl an den Schulen keinerlei Konzept vorhanden ist. Das kann es doch nicht sein. Wir möchten, dass die Schulen die Konzepte entwerfen und dass sich Lehrer und Eltern zu-

sammensetzen. Die Schulen bedanken sich, wenn man ihnen etwas überstülpt.

(Beifall bei der CSU)

Sie selbst sagen doch immer wieder, Entscheidungen müssten unten getroffen werden. Wir sagen, wir müssen Freiräume lassen. Nichts anderes wollen wir, und dazu brauchen die Schulen Zeit. Ihnen ist es lieber, im nächsten Jahr einen fundierten Antrag zu stellen, als jetzt von der SPD etwas anbefohlen zu bekommen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich Herrn Kollegen Pfaffmann das Wort.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Herr Staatssekretär, zur Klarstellung: Sie sollten schon bei den Fakten bleiben. Die Landeshauptstadt München hat sich per Stadtratsbeschluss verpflichtet, den kompletten Sachaufwand für alle genehmigten Ganztagsschulangebote zu übernehmen. Also bitte schön. Aber Sie genehmigen die Anträge eben nicht, und das ist der Grund. Wenn die Staatsregierung die gleichen Maßstäbe anlegen und sich verpflichten würde, alle Anträge zu genehmigen, dann wäre das nicht schlecht.

Zum Zweiten. Ich habe nicht behauptet, dass Herr Staatsminister Schneider nicht um Stellen kämpft. Ich habe lediglich gesagt, er kann sich nicht durchsetzen, weil er im Kabinett gegenüber den anderen Ministern zu schwach ist. Das habe ich gesagt, mehr nicht.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 15/8297 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Zur gemeinsamen Behandlung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sicherheitskonzept für den Transrapid unverzüglich vorlegen (Drs. 15/8298)

und den nachgezogenen

Dringlichkeitsantrag der Abg. Joachim Herrmann, Engelbert Kupka, Franz Josef Pschierer u. a. u. Frakt. (CSU)
Sicherheitskonzept für den Transrapid darstellen (Drs. 15/8316)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Runge.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren! Unser Dringlichkeitsantrag zielt darauf ab, dass die Staatsregierung aufgefordert wird, dafür Sorge zu tragen, dass das Sicherheitskonzept für das bayerische Transrapidvorhaben unverzüglich dem Bayerischen Landtag und der Öffentlichkeit vorgelegt wird. Die bisher zu Fragen der Sicherheit, das heißt zur Unfallverhütung wie auch zum Notfallmanagement, dem Landtag wie auch der Öffentlichkeit vorliegenden Unterlagen einschließlich der Planfeststellungsunterlagen sind völlig ungenügend, um auch nur ansatzweise beurteilen zu können, ob beim bayerischen Transrapidvorhaben hinreichend für die Sicherheit Sorge getragen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich denke, eines sollte klar sein und uns alle einen, nämlich die Forderung, dass gerade nach dem Brand der Kapruner Gletscherbahn und nach den Terroranschlägen auf öffentliche Verkehrsmittel in Madrid und London Sicherheitsaspekten beim Bau und Betrieb von Anlagen und hier insbesondere dem Brandschutz große Aufmerksamkeit gewidmet werden muss.

Die lange Zeit immer wiederkehrende Behauptung der Transrapid-Protagonisten, es handle sich hier um ein wesentlich sichereres Verkehrsmittel als beim Rad-Schiene-System und die Unfallgefahren gingen gegen Null, sind traurigerweise nicht haltbar. Es ist zwar klar, dass das Magnetschwebebahn-Fahrzeug durch die Spurführung und das Umgreifen des Fahrweges weitgehend entgleisungssicher ist. Auch sind frontale Zusammenstöße wegen des richtungsabhängig gesteuerten Magnetfeldes und Auffahrunfälle von einem Magnetschwebezug auf den anderen wegen der speziellen Stromversorgungstechnik wohl nicht möglich. Nie auszuschließen sind aber Brände und der Aufprall auf Fremdkörper.

Wenn man sich ansieht, wie die Evakuierungs- und Rettungsarbeiten bei den beiden schweren Unfällen in Lathen und Shanghai abliefen, dann kann man ganz klar feststellen, dass das Ganze äußerst schwierig war. Die Münchner Strecke soll über rund acht Kilometer in Tunnelbauwerken verlaufen, was Rettungsarbeiten weiter erschwert.

Eines, meine Damen und Herren, dürfen wir hier nach dem verheerenden Unglücksfall von Lathen sicher einfordern: Es muss sichergestellt werden, dass alle Fahrzeuge, also auch die Sonderfahrzeuge, definitiv in die Betriebsleittechnik eingebunden sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bisher wurde das zwar behauptet, aber Staatsregierung und Magnetschwebebahn-Planungsgesellschaft sind Beweise dafür schuldig geblieben, wobei wir immer sagen, um einen solchen Beweis anzutreten, bedarf es nicht der Offenlegung irgendwelcher Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse, es bedarf auch nicht der Verkündung von Ausführungsdetails, die aufgrund von Sicherheitsbedenken

im Hinblick auf terroristische Anschläge geheimzuhalten sind. Nein, uns würde die Vorlage eines Lastenheftes, einer Ausführungsgrundlage oder eines anderen Dokumentes genügen, in welchem nicht mehr von „reduzierter Betriebsleittechnik für die IH-Fahrzeuge“ – IH-Fahrzeuge sind Instandhaltungsfahrzeuge – die Rede ist, in welchem sich auch beispielsweise nicht mehr der Satz findet „Sonderfahrzeuge können BLT-Einrichtungen enthalten“ – BLT-Einrichtungen sind Einrichtungen der Betriebsleittechnik –, so wie dies noch in den Ausführungsgrundlagen zum Transrapidvorhaben vom Juni 2006 zu finden war. Da waren noch diese fakultativen Formulierungen enthalten.

Wir haben uns nach den Erklärungen der Magnetschwebebahngesellschaft und unseres Ministers Erwin Huber selbstverständlich darangemacht, die Dokumente zu bekommen. Wir haben Anträge bei der Gesellschaft und beim Eisenbahnbundesamt gestellt. Ich erzähle Ihnen einmal, wie das dort abläuft. Erster Antrag, wir berufen uns auf das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes. Der Präsident schreibt mir: Herr Abgeordneter, Sie fragen, ob die Sonderfahrzeuge eingebunden werden; ich versichere Ihnen, sie sind eingebunden. Dann antworte ich: Herr Präsident, ich gehe davon aus, dass das nach dem schlimmen Unglücksfall selbstverständlich so ist, aber uns interessieren vor allem die Dokumente darüber, wann dafür Sorge getragen wurde. Stimmen die Behauptungen der Bayerischen Staatsregierung, dass das bereits in dem Konzept enthalten war, welches im Sommer 2005 eingereicht worden wäre? – Und was ist die Antwort? – Da muss man sich festhalten. Die Antwort des Eisenbahnbundesamtes lautet: eigentlich haben wir das doch nicht vorgeschrieben. Das war im Februar dieses Jahres. Es ist immer noch nicht vorgeschrieben, dass die automatische Einbindung sein muss, und das viele Monate nach dem Unglücksfall von Lathen. Es ist allerdings in Dokumenten vorgesehen, welche aber nicht dem Eisenbahnbundesamt gehören würden, sondern der Gesellschaft, und über diese Dokumente kann das Eisenbahnbundesamt nicht verfügen.

So eindeutig sind also die Angaben über Sachverhalte, die uns immer als ganz klar und naheliegend dargestellt werden. Wenn man die Magnetschwebebahn-Planungsgesellschaft anschreibt, hört man erst einmal: Wir sind keine Behörde und müssen keine Auskunft geben. Dann wird lapidar auf ein paar Stellen verwiesen, die nicht öffentlich einsehbar sind.

Oft wird gesagt, eine Veröffentlichung wäre wegen der Gefahr von Anschlägen nicht möglich. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass sich in der Erwiderung auf meine persönliche Einwendung – das ist eine 16-seitige Erwiderung –, was die Sicherheitsfragen anbelangt, beispielsweise folgender Satz findet:

> Angesichts der Unberechenbarkeit und Vielfalt möglicher gewaltsamer Aktionen und in Anbetracht der bereits heute vorhandenen ebenfalls weiträumigen unterirdischen innerstädtischen Verkehrsanlagen ist keine besondere Erhöhung der Gefährdung für die öffentliche Sicherheit zu erkennen.

Aber warum wird dann andersherum wieder argumentiert: „Wir können euch die Unterlagen nicht geben, mit denen wir die Sicherheit gewährleisten.“? Das ist einfach nicht logisch und nicht stimmig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Daneben muss selbstverständlich auch ausgeschlossen werden, dass bei den Fahrzeugen, die auf der Münchner Trasse eingesetzt werden, ein ähnlicher Zwischenfall passiert wie am 11. August 2006 in China, als es massiv begonnen hat zu brennen und zu kokeln. Das heißt, es geht darum, sicherzustellen, dass eine Selbstentzündung von Kabeln bzw. von Antriebssystemen, etwa durch eine Überhitzung von Batterien, nicht stattfindet.

Besonders in den Tunnelabschnitten der geplanten Magnetschwebebahn wäre eine Flucht und Bergung von Fahrgästen äußerst schwierig und langwierig. Das Wenige, was den Planfeststellungsunterlagen zu entnehmen ist, reicht schon aus, um Kritik zu üben. Der Abstand der Notausstiege im Tunnel, der sehr tief liegt, beträgt bis zu 600 Meter, in einem Fall sind es sogar 650 Meter. Die Wegeführung ist aufwendig und kompliziert.

Stellen Sie sich vor, da wollen Leute raus, gleichzeitig kommt die Feuerwehr mit schwerem Atemschutz und versucht runterzukrabbeln, was da alles los ist. Jede Menge an Punkten muss da abgeklärt werden.

Auch die Rettungs- und Bergungsmaßnahmen auf den aufgeständerten Fahrwegabschnitten der Münchner Transrapidstrecke dürften sich schwierig gestalten. Sie wissen, der Begleitsteg soll ab einer Ausstiegshöhe von 3,50 Metern 80 Zentimeter breit sein, der Abgang nur jeden Kilometer. Auch da wieder ein Szenario: Leute wollen runter, gleichzeitig kommen die Rettungskräfte. Auch dies dürfte zu erheblichen Schwierigkeiten führen.

Weiterhin muss gefragt werden, ob eine Rettungsfahrbahn ausreicht. Ob, wenn man beispielsweise mit mehreren Rettungskränen bei einem schweren Unglücksfall arbeiten will, durchgehend Rettungs- und Anbahnungswege vorgesehen werden, ob beispielsweise überhaupt überall schweres Gerät eingesetzt werden kann. Wenn man die Isar queren will oder beim Durchschneiden der Kiesweiher in den Isarauen wird das alles äußerst schwierig werden.

Die aktuelle Antwort der Staatsregierung auf Anfragen, die erst vor Kurzem von uns gestellt wurden, zeigt ganz klar, dass weiterhin viele Schwachstellen bestehen und dass die Staatsregierung weiterhin viele Punkte offen lässt. Sie erklärt beispielsweise, dass eigene Rettungswege nicht durchgehend vorgesehen seien; nicht alle Stellen seien mit schwerem Rettungsgerät erreichbar. Es wird offensichtlich davon ausgegangen, dass stets einer der drei Evakuierungsplätze erreicht werden kann. Ich zitiere die Staatsregierung:

> Die Evakuierungsplätze sind so geplant, dass ein Magnetschwebebahnfahrzeug immer einen der drei Plätze oder die jeweilige Endstation erreichen kann.

In unseren Augen ist das selbst für den Fall einer lediglich technischen Panne äußerst fragwürdig. Nehmen wir aber als Szenario an, dass das fahrzeugseitige Magnetfeld ausfällt. Dann zu erwarten, dass bei einem Aufprall mit Tempo 300 die ganze kinetische Energie mit den Gleitkufen abgefangen werden kann und sich dann das Fahrzeug noch über viele hundert Meter bis zu einem Evakuierungshalteplatz bewegen kann, das halten wir schlicht und ergreifend für illusorisch.

Völlig unbeantwortet lässt die Staatsregierung auch Fragen zu den bisherigen Unfällen in Schanghai und Lathen. Da heißt es dann immer: Die Untersuchungsberichte liegen noch nicht vor, also können wir auch noch nichts sagen. Interessant ist, dass es dann immer heißt: Die Ergebnisse werden dann am Münchner System, am Münchner Projekt gespiegelt. Da fragen wir schon: Liebe Leute, macht es dann nicht Sinn, erst die Ergebnisse abzuwarten, um sie dann spiegeln zu können, bevor man das Ganze fertig plant und genehmigt und aufs Gleis ins Schweben setzen will?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist tatsächlich die falsche Reihenfolge.

Fakt ist, dass das Sicherheitskonzept bislang noch nicht veröffentlicht wurde, also weder den Einwendern im Verfahren noch uns zur Einsichtnahme vorliegt. Es gibt aber nun einmal einen elementaren Zusammenhang zwischen der Strecke und den Fahrzeugen, auch zwischen der Betriebsleittechnik und der Strecke. Das heißt, Fragen der Sicherheit und des Notfallmanagements können, wenn man nichts zu den Fahrzeugen und nichts zur Betriebsleittechnik weiß, auch nicht beantwortet werden.

An zwei Beispielen möchte ich das ausführen: Wenn wir wüssten, dass der Brandschutz im Fahrzeug annähernd hinreichend gewährleistet ist, dann könnten wir eher beurteilen: Ist die Anzahl der Notausstiege aus dem Tunnel hinreichend oder aber nicht? Wenn wir wüssten, wie das Fahrzeug auch bei Ausfall der magnetischen Systeme gebremst werden kann, dann könnten wir auch sagen: Der Begleitsteg ist breit genug, und die Anzahl der Abgänge ist ausreichend – oder aber nicht. Aber wir wollen es einfach wissen, um uns wirklich ein klares Bild davon machen zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nochmals, meine Damen und Herren: Wir wollen nicht die Veröffentlichung irgendwelcher Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, auch nicht die Offenlegung irgendwelcher Sicherheitsmaßnahmen, die vor Anschlägen schützen sollen. Wir wollen ganz grundsätzliche Fragen zur Sicherheit, zur Unfallverhütung, zu Notfalleinrichtungen und -maßnahmen erklärt und geklärt wissen. Von daher begrüßen wir auch den Antrag der CSU, was die Forderung zur Darstellung in der Überschrift betrifft. Da heißt es ja: „Darlegung des Sicherheitskonzepts“. In Punkt 2 wird etwas gefordert, von dem Sie behaupten, dass es schon immer der Fall ist: Die Staatsregierung soll dafür Sorge tragen, dass die Sicherheit gewährleistet wird. Wir bedauern dezidiert, dass Sie es sich im ersten Punkt nicht verkneifen können, das Projekt wieder zu glorifizieren und dessen Realisierung zu fordern.

In unseren Augen ist das Projekt kein Leuchtturmprojekt, sondern ein Armleuchterprojekt. Es ist verkehrspolitisch und verkehrswirtschaftlich ohne Nutzen, von der Energie- und CO_2-Bilanz sehr negativ, es ist industrie- und arbeitsmarktpolitisch unsinnig und vor allem haushaltspolitisch unverantwortlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zwei Sätze noch zu den Kosten: Bislang gibt es noch keinerlei Einigung, was die Finanzierung anbelangt. Sie streiten wie die Bürstenbinder und kommen überhaupt nicht zu Potte. Tatsächlich ist es so, dass die angesetzten 1,85 Milliarden Euro auch nicht ansatzweise ausreichen werden. Die Kosten basieren auf völlig veralteten Planungen. Mittlerweile ist die Strecke wesentlich länger, sie ist zwei Kilometer mehr im Tunnel, der Tunnel ist tiefer. Die Preissteigerungen sind gerade bei den spezifischen Leistungen exorbitant. Zu sagen, eine Preiseskalation von 1,4 % allgemeine Lebenshaltungskosten wäre realistisch, ist lächerlich; denn der Transrapid ist nicht aus Schokolode, Butter und Friseurleistungen, sondern da geht es um andere Leistungen. Sie können nicht einfach den Warenkorb für einen vierköpfigen Arbeitnehmerhaushalt dafür hernehmen. Schauen Sie sich die Preissteigerungsraten bei den benötigten Metallen an, bei Stahl und Beton, bei Erdbau- und Betonarbeiten. Dann werden Sie darauf kommen, dass der Transrapid um viele Hundert Millionen Euro, wenn nicht um eine Milliarde Euro teurer wird.

Deswegen – und das bringe ich nur, weil Sie in Ihrem Antrag auch etwas Grundsätzliches zum Transrapid gesagt haben – fordern wir Sie noch einmal auf: Verzichten Sie auf dieses Projekt, machen Sie Schluss damit und setzen Sie die eingesparten Gelder sinnvoller ein, beispielsweise für den Nahverkehr in ganz Bayern, wo sie dringend notwendig wären.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Rotter.

Eberhard Rotter (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist hinreichend bekannt und bei den letzten Sätzen meines Vorredners zum Ausdruck gekommen, dass die GRÜNEN den Transrapid nicht wollen, obwohl – daran möchte ich erinnern – die Münchner Referenzstrecke während der rot-grünen Regierungszeit in Berlin ausgewählt wurde. Andererseits ist natürlich bekannt, dass wir zu diesem Transrapidprojekt stehen, und von daher haben wir dies folgerichtig in Ziffer 1 unseres Dringlichkeitsantrages auch noch einmal dokumentiert.

Die GRÜNEN wollen diesen Transrapid nicht und stellen daher immer wieder Anträge dagegen: Planfeststellungsverfahren einstellen wegen angeblich nicht gesicherter Finanzierung, Planfeststellungsverfahren aussetzen, solange das Sicherheitskonzept nicht vorgelegt ist. Mit dem jetzigen Dringlichkeitsantrag, Herr Kollege Dr. Runge,

verlangen Sie die Vorlage dieses Sicherheitskonzeptes für den Transrapid, nicht irgendeines Lastenheftes oder die Vorlage von etwas Ähnlichem,

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sicherheit der Magnetschwebebahn hat auch für die CSU-Landtagsfraktion oberste Priorität. Dies gilt nicht erst seit diesem bedauerlichen Unglücksfall in Lathen. Die Sicherheit für Mensch und Umwelt ist zu gewährleisten, und zwar insbesondere hinsichtlich der technischen Sicherheit der Anlage, des Brandschutzes sowie des Rettungs- und Katastrophenschutzes.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege Rotter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Runge?

Eberhard Rotter (CSU): Nein. Ich möchte zuerst meine Ausführungen beenden. Er kann sich nachher noch einmal zu Wort melden.

Gleichwohl lehnen wir den Antrag der GRÜNEN aus folgenden Gründen ab: Tatsache ist, dass das dafür zuständige Eisenbahn-Bundesamt – EBA – bereits im April 2007 das Sicherheitskonzept für den Münchner Transrapid genehmigt hat. In dieses Verfahren, an dem der Freistaat Bayern gar nicht beteiligt war, sind die Erkenntnisse des tragischen Unglücks auf der Transrapid-Teststrecke im Emsland eingeflossen. Die Genehmigung für das Sicherheitskonzept wurde nach den gesetzlichen Bestimmungen in einem gesonderten, vom Planfeststellungsverfahren unabhängigen Verfahren erteilt. Der Freistaat Bayern hat keine Möglichkeit, den Betreiber des Transrapids dazu zu zwingen, das Sicherheitskonzept herauszugeben oder der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Die Anti-Transrapid Einwendergemeinschaft – ATEG – scheiterte gestern schon aus Zuständigkeitsgründen vor dem Bundesverwaltungsgericht mit ihrem Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Nur aus Zuständigkeitsgründen!)

– Ob das nur Zuständigkeitsgründe sind, Herr Kollege Dr. Beyer, wird die ATEG vielleicht vor dem zuständigen Verwaltungsgericht Köln mit einem möglichen Antrag weiter verfolgen. Das ist denen unbenommen.

Wir und die Bayerische Staatsregierung können die Herausgabe des Sicherheitskonzeptes nicht verlangen, zumal es Betriebsgeheimnisse, Kalkulationen, technische Angaben enthält, welche die DB Magnetbahn GmbH verständlicherweise nicht in den Händen von Konkurrenten sehen möchte. Im Übrigen will ich an die Gefahr von Terroranschlägen erinnern, sofern das komplette Sicherheitskonzept in falsche Hände geraten bzw. öffentlich diskutiert werden sollte.

Zudem enthält der Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN im zweiten Teil Wertungen, denen sich die CSU nicht anschließen will. Im Übrigen fahren wir mit der Rad- und Schienentechnik in Bayern mit ICEs 330 km/h schnell. Das ist der Transrapidgeschwindigkeit fast vergleichbar. Ich kann mich nicht erinnern, dass im Landtag die Vorlage eines Sicherheitskonzepts vorab verlangt oder von irgendeiner Seite gefordert worden wäre, obwohl auch das Unglück bei Hannover, als der ICE I vor neun Jahren verunglückte, gezeigt hat, dass es sinnvoller gewesen wäre, einige Sicherheitsübungen im Vorfeld durchzuführen, als später feststellen zu müssen, dass das Gerät fehlt, um die Wagen öffnen zu können.

Da jedoch auch für uns – ich habe das deutlich gemacht – die Sicherheit von höchster Bedeutung ist, fordert die CSU-Fraktion in ihrem Dringlichkeitsantrag die Staatsregierung auf, darauf hinzuwirken, dass bei der Planung, der Genehmigung und beim Betrieb des Transrapids ein Sicherheitskonzept realisiert wird, das die Sicherheit in umfassender Weise für Mensch und Umwelt gewährleistet. Dies bezieht sich unserer Auffassung nach vor allem auf die technische Sicherheit der Anlage, den Brandschutz sowie auf den Rettungs- und Katastrophenschutz. Dabei ist insbesondere darauf zu achten, dass Erkenntnisse aus dem Unglücksfall von Lathen in das Münchner Projekt einschließlich des Betriebsleitsystems aufgenommen werden. Insofern besteht gar kein Dissens, Kollege Dr. Runge. Wir möchten, dass dem Landtag darüber unverzüglich berichtet wird. Dann wird Gelegenheit sein, diese Dinge im Parlament zu diskutieren.

Im Übrigen geht es uns mit unserem Antrag – ich habe eingangs darauf hingewiesen – auch darum, nochmals zu dokumentieren, dass wir zum Transrapid stehen. Der Transrapid ist im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD – auch wenn Teile der Bayern-SPD dies offensichtlich anders sehen – als Leuchtturmprojekt verankert. Wir sind uns mit der Bundesregierung darin einig, das technologische Spitzenprojekt zu verwirklichen. Der Freistaat Bayern hat seine Bereitschaft erklärt, den Transrapid angemessen mitzufinanzieren.

Der Bau des Transrapids ist im nationalen Interesse. Er hat eine besondere Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Industrie. Er schafft Arbeitsplätze im globalen Wettbewerb. Wir dürfen nicht ständig davon reden, dass wir mehr Arbeitsplätze brauchen. Wir müssen auch zu den technologischen und industriepolitischen Zukunftsprojekten stehen.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Im Übrigen müssen wir heute die Grundlagen schaffen, um die Verkehrsströme der Zukunft umweltfreundlich zu bewältigen. Dies geht über die Bedeutung der jetzt geplanten Referenzstrecke weit hinaus.

Die Transrapid-Strecke vom Hauptbahnhof zum Flughafen ist aber auch aus verkehrspolitischen Gründen unverzichtbar. Eine Express-S-Bahn, die als Alternative immer wieder angeboten wird, ist nicht finanzierbar, da der Bund hierfür kein zusätzliches Geld zur Verfügung stellen würde. Die Alternative hieße entweder Express-S-Bahn oder zweite Stammstrecke. Für eine Express-S-Bahn müssten die Mittel vom Nahverkehr aus ganz Bayern genommen werden. Sie würden uns dort fehlen. Ich erinnere an die S-Bahn Nürnberg, den Regio-Schienentakt Augsburg, an Streckenausbauten und -sanierungen im Allgäu

und im Chemiedreieck zwischen München und Passau, in der Oberpfalz oder in Oberfranken.

Die CSU-Fraktion möchte einen attraktiven Schienenpersonennahverkehr in der Fläche, weil wir das für die gute Entwicklung des ländlichen Raumes als unverzichtbar ansehen. Auch aus diesem Grunde sind wir für den Transrapid und gegen die Express-S-Bahn.

Ich bitte Sie um Zustimmung zum Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion. Den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN werden wir ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich Herrn Kollegen Dr. Runge das Wort.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Kollege Rotter, nachdem Sie die Zwischenfrage nicht zugelassen haben, stelle ich sie über die Zwischenintervention.

Sie glauben doch nicht im Ernst, dass der Transrapid irgendeine besondere Bedeutung für die Industrie- und Arbeitsmarktpolitik hat. Wir haben es hier mit einer ururalten Technologie zu tun, die sich trotz der Milliardenförderung nicht vermarkten ließ. Das erste wesentliche Patent, der Induktionsmotor, stammt aus dem vorletzten Jahrhundert. Das letzte wesentliche Patent, der geregelte Abstand zwischen Fahrzeug und Führung stammt von 1934. Gut 30 Jahre ist dieses Teil im Emsland geschwebt, ohne dass es einen Abnehmer gefunden hätte. Lediglich die letzte große Diktatur dieser Erde hat ihn genommen, weil sie mit einem dreistelligen Millionenbetrag aus unserem Steuersäckel dafür belohnt worden ist.

Sie sagten, die Staatsregierung habe keine Zuständigkeit und könne die Offenlegung des Sicherheitskonzepts nicht veranlassen. Zum einen gibt es die Regel, „wer zahlt schafft an“, und zum zweiten wissen Sie so gut wie wir, dass der Freistaat Bayern noch vor Kurzem zu 50 % Mitgesellschafter war. Zu dem Zeitpunkt, als der Freistaat noch Mitgesellschafter war, wurde der Antrag beim Eisenbahn-Bundesamt – EBA – eingereicht.

Wir freuen uns auf den von Ihnen geforderten Bericht. Wir sind sehr gespannt. Wir befürchten, dass er hohl sein wird wie alles, was wir bisher bekommen haben. Ich empfehle Ihnen, zum Anhörungsverfahren nach Unterschleißheim zu gehen. Ich selbst war mittlerweile fünf Mal dort. Gestern konnte nahezu keine Frage bezüglich der Sicherheit beantwortet werden.

Nun meine Zwischenfrage: Sie sagten, wir hätten unter anderem einen Antrag gestellt, das Verfahren wegen angeblich nicht gesicherter Finanzierung einzustellen. Wollen Sie mit dieser Formulierung ausdrücken, die Finanzierung sei gesichert? Sollten Sie darüber etwas wissen, wären wir daran sehr interessiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Wollen Sie antworten, Herr Kollege Rotter? – Bitte.

Eberhard Rotter (CSU): Herr Kollege Dr. Runge, mit der Aussage zur „angeblich nicht gesicherten Finanzierung“ bringe ich zum Ausdruck, dass das eine Unterstellung Ihrerseits ist und Sie einfach behaupten, dass die Finanzierung nicht gesichert sei. Sie wissen, dass in den nächsten Wochen entsprechende Verhandlungen stattfinden werden. Trotzdem behaupten Sie im Vorhinein, dass die Finanzierung nicht gesichert sei. Die Verhandlungen werden abzuwarten sein.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Im Übrigen frage ich mich schon, warum Sie immer wieder Anträge stellen, dass die Staatsregierung zur Sicherheit Stellung nehmen solle, wenn Sie im Vorhinein der Meinung sind, dass hohle Berichte abgegeben würden. Ich glaube nicht, dass das dann eine ernsthafte Auseinandersetzung sein kann. Ich glaube, dass die von Ihnen gar nicht beabsichtigt ist.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Zwischenbemerkung: Herr Kollege Volkmann.

Rainer Volkmann (SPD): Herr Kollege Rotter, die Debatte ist, glaube ich, sehr viel ernsthafter, als Sie es jetzt zum Ausdruck gebracht haben. Ich möchte zunächst darauf Bezug nehmen, dass Sie gesagt haben, die Züge fahren mit 330 Stundenkilometern. Wenn wir ein seit 150 Jahren erprobtes System haben, in dem die Züge jetzt diese Geschwindigkeit fahren, verstehe ich nicht, warum Sie nun ein wesentlich teureres System haben wollen, welches auch nur eingeschränkt verfügbar ist, nämlich nur für den Personenverkehr und nicht für den Gütertransport. Ich verstehe nicht, wieso Sie mit dieser Beharrlichkeit darauf bestehen.

Sie sagen weiter, es liege im nationalen Interesse, dass wir das machen. Meine Damen und Herren, ist Ihnen das in den letzten Tagen nicht aufgefallen? Nachdem es jetzt um die Finanzierung geht, wird gesagt, dass wir im Iran ein Projekt hätten, mit dem 15 Millionen Pilger befördert werden können. Das ist das Zweifache der Einwohnerzahl von Teheran. Die Leute fahren zweimal im Jahr zum Pilgern hin und her. Das ist das neue Projekt, das Sie anbieten, damit man den Transrapid in Zukunft verkaufen kann. Als das Projekt das letzte Mal zur Debatte stand, wurde gesagt, in den Arabischen Emiraten gebe es Bedarf. Dann hieß es, zwischen London und Schottland werde ein solches Projekt gebaut. Alle die Projekte, die Sie – natürlich nicht Sie persönlich, Sie sind immer aus dem Schneider – in den letzten Jahren angekündigt haben, sind nicht zustande gekommen.

Deshalb kann ich nur sagen, dass ich bei dieser Angelegenheit die CSU allmählich nicht mehr verstehe. Ich verstehe nicht, wieso Sie mit einer solchen Halsstarrigkeit auf diesem Projekt beharren. Im Koalitionsvertrag steht bedauerlicherweise, dass es sich um ein Leuchtturmprojekt handelt. Dort steht aber nicht, dass das Projekt

unbedingt in Bayern verwirklicht werden muss. Ich verstehe nicht, dass Sie einen Leuchtturm zwischen Ostsee und Adria genau an dem Punkt bauen müssen, von dem beide Meere jeweils mehrere Hundert Kilometer entfernt sind. Abgesehen davon werden Leuchttürme seit Jahrzehnten nicht mehr gebaut. Von dieser Argumentation sollten Sie einmal Abstand nehmen. Dann wäre die Diskussion vielleicht ein bisschen sachlicher, wie es sich auch Herr Rotter wünscht.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächster Redner ist Herr Kollege Wörner.

(Zurufe von der SPD: Und die Erwiderung von Herrn Rotter?)

– Herr Kollege Wörner, Sie haben das Wort.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Das Thema „Transrapid" bewegt die CSU offensichtlich dermaßen heftig, dass sie ihre eigenen Grundsätze vergisst.

(Herbert Ettengruber (CSU): Euch bewegt es, aber nicht uns!)

Sie sagen, das Sicherheitskonzept könnten wir nicht bekommen, weil es Eigentum des Betreibers sei. Wer zahlt denn verdammt noch einmal den Transrapid, falls er gebaut werden sollte? Der Betreiber oder wir? In Bayern gilt nach Ihrer Meinung immer noch der Spruch: „Wer zahlt, schafft an." So praktizieren Sie Ihre Politik. Warum aber praktizieren Sie genau an dieser Stelle Ihre Politik nicht so? Wenn wir den Transrapid realisieren würden, hätten wir einen Anspruch darauf, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern zuverlässig, nicht nur aufgrund Ihrer Aussagen, sondern aufgrund der Prüfung hier im Parlament, zusichern können, dass der Transrapid sicherer ist, als er sich bisher dargestellt hat. Bisher hat er sich nicht unbedingt mit Ruhm bekleckert.

Ich gehe davon aus, dass das Eisenbahnbundesamt bei seiner Untersuchung auf Daten und Fakten vertrauen muss, die vom Hersteller stammen. Wenn ich aber daran denke, was wir in letzter Zeit über diesen tragischen Unfall in den Medien lesen konnten, bin ich mir nicht so sicher, ob die Zuverlässigkeit des Herstellers gegeben ist. Die müsste man als Erstes infrage stelle. Woher stammen die Daten und Fakten, die das Eisenbahnbundesamt zur Prüfung hat? Deshalb ist es umso wichtiger, dass noch mehr Augen darauf schauen; denn natürlich hat der Hersteller ein berechtigtes Interesse daran, seine Technik so gut wie möglich darzustellen und zu verkaufen.

Er will uns schließlich etwas verkaufen. Wenn er aber etwas verkaufen will, muss er es auch erklären können. Sie würden auch kein Auto kaufen, das über eine neue Sicherheitseinrichtung verfügt, die Ihnen der Verkäufer aber nicht erklärt. Das würden Sie zu Recht nicht akzeptieren. Sie würden auch sagen: Das müssen Sie mir erklären, und dann will ich es vielleicht auch noch ausprobieren, damit ich mir sicher bin, dass diese Technik funktioniert. Unter dieser Prämisse verstehe ich Ihren Widerstand überhaupt nicht. Sie wollen den Menschen ein System aufs Auge drücken, das diese nicht wollen. Dann aber verweigern Sie den Menschen auch noch, darüber mit befinden zu können, ob das System sicher ist oder nicht.

Herr Kollege Rotter, die höchstmögliche Sicherheit wollen wir alle. Dann muss man sie aber auch herzeigen. Beim Datenschutz gilt nach dem Herrn Innenminister immer der Grundsatz: Wer nichts zu verheimlichen hat, kann doch alles herzeigen. Warum gilt der Grundsatz hier nicht? Diese Frage ist doch berechtigt.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich kein Problem habe, die Sicherheit offenzulegen, weil sie in Ordnung ist, kann ich sie auch veröffentlichen.

Die Antwort darauf, warum man nicht nach der Sicherheit des ICE fragt, ist ganz einfach. Diese Technik ist allgemein bekannt. Das können Sie auf jeder Internetseite nachlesen, sowohl beim Eisenbahnbundesamt als auch bei allen anderen offenen Stellen. Da gibt es nichts, was man nicht nachvollziehen kann oder könnte. Die Sicherheitskonzepte sind bekannt und hinreichend bewiesen. Dort, wo es notwendig war, ist nachgebessert worden. Bei einem System, das neu ist, erwarte ich allerdings schon, dass die Sicherheitskonzepte offengelegt werden, bevor das System in Betrieb genommen wird.

Meinetwegen braucht es das Sicherheitskonzept sowieso nicht, weil ich den Transrapid nicht brauche. Ich habe einmal einen schönen Namen dafür gefunden (Bonzenschleuder), und bei dem bleibe ich auch. Ihre Argumentation ist seltsam. Sie nehmen den Münchnerinnen und Münchnern und den Menschen im Umland im Laufe der Zeit ein Stück an Taktfolge zugunsten des Transrapids weg. Den kann man aber nur vom Hauptbahnhof bis zum Flughafen benutzen. Das, was dazwischen passiert, interessiert Sie recht wenig, denn die, die darüber befinden, kommen nicht aus München oder dem Münchner Umland, sondern von irgendwo her. Sie haben von dem Transrapid dann höchstens etwas, wenn sie damit spazieren fahren wollen, um zu wissen, wie schön es ist, damit zu fahren.

Sie sagen, die Mittel, die man für den ÖPNV braucht, müssten auch dem ÖPNV erhalten bleiben. Dann hätten Sie aber nicht dem zustimmen dürfen – das haben wir mit Mühe herausbekommen –, dass Minister Wiesheu Mittel für den ÖPNV für die Planung des Transrapids und für die Werbegesellschaft benutzt hat. Damals haben Sie kein Wort dazu gesagt, dass man keine ÖPNV-Mittel für den Transrapid benutzen darf. Da wundere ich mich schon darüber, dass Ihre Kollegen aus dem ländlichen Raum so ruhig sind, denn das Geld, das bisher aus dem ÖPNV-Topf zugunsten des Transrapids geflossen ist, geht ihnen auch ab. Oder wollen Sie diese Mittel zurückgeben, Herr Verkehrsminister Huber? Es wäre nicht schlecht, wenn Sie die Mittel, die bisher aus dem ÖPNV-Topf zugunsten des Transrapids geflossen sind, zurückgeben. Dann könnten wir etwas Vernünftiges damit machen, nicht nur im Ballungsraum München, sondern auch darum herum. Das wäre eine gute Tat. Dann wären auch die Diskussionen

etwas ehrlicher. Sonst ist die Diskussion immer etwas schräg, denn wie Sie es gerade brauchen, sagen Sie, es wäre notwendig oder es wäre nicht notwendig, Geld aus diesem Topf zu nehmen.

Wir sind der Meinung, diese Technik ist an diesem Ort falsch. Der Transrapid ist Spielzeug, er hat mit einem Leuchtturm gar nichts zu tun. Wer ein milliardenschweres Verkehrsprojekt anschieben will, dem ist es egal, wo er es besichtigen kann. Ich verstehe es, dass die Betreiber immer wieder ein neues Projekt aus der Tasche ziehen, wenn es eng wird. Herr Kollege Rotter, die Finanzierung war bisher nicht gesichert. Ob sie es in Zukunft sein wird, wird die Zeit zeigen. Sie können hier aber nicht uns vorwerfen, dass wir daran zweifeln, dass das Geld vorhanden ist. Es ist de facto derzeit nicht vorhanden.

Wir sind der Meinung, dass dieses Projekt eine verkehrspolitische und finanzpolitische Totgeburt ist. Wir könnten das Geld viel besser für andere Projekte anlegen. Wenn Sie den Transrapid als europäisches Projekt von Paris über Stuttgart und München nach Prag auflegen, wäre ich jederzeit bereit, mitzumachen. Das hätte Sinn, und da wäre die Technik des Transrapids besser eingesetzt, auch wenn sie eine längst veraltete Technik ist. Deshalb werden wir dem Antrag der CSU nicht zustimmen und dem Antrag der GRÜNEN zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächster Redner: Herr Staatsminister Huber.

Staatsminister Erwin Huber (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Selbstverständlich ist nach dem Unfall in Lathen die Frage der Sicherheit des Transrapids von ganz besonderer Bedeutung. Deshalb haben der Bundesverkehrsminister und ich unmittelbar, also ein paar Tage nach dem Unfall ein gemeinsames Gutachten in Auftrag gegeben, um die Konsequenzen aus dem Unfall in Lathen für das Transrapid-Projekt in München zu erkunden und um daraus weitere Vorschläge abzuleiten. Dieses Gutachten liegt vor; es ist auch in die weitere Beurteilung des Eisenbahn-Bundesamtes eingegangen.

Es hat gezeigt, dass relativ geringfügige Änderungen und Ergänzungen notwendig waren, weil das Sicherheitskonzept in München von Anfang an auf einer völlig anderen Grundlage stand als das Sicherheitskonzept der Versuchsstrecke im Emsland: Zum Ersten handelt es sich bei der Strecke im Emsland um eine Versuchsstrecke, nicht um eine Anwendungsstrecke wie in München. Zum Zweiten beruht das Sicherheitskonzept in Niedersachsen auf Beurteilungen aus den Siebzigerjahren. Ich sage nicht, dass diese Beurteilungen unzureichend sind, aber ich sage: Wer sich auch nur im Entferntesten bemüht, zu einer objektiven Bewertung zu kommen, Herr Kollege Wörner, wird selbstverständlich zu der Aussage kommen, dass man jetzt, 30 Jahre später, ganz andere technische Möglichkeiten hat. Es ist heute möglich, auf der gesamten Strecke alles in ein elektronisches Sicherheitssystem einzubinden, sodass nicht wie im Emsland Einzelentscheidungen von Personen getroffen werden müssen. Das elektronische Sicherheitssystem sieht vor, dass das System automatisch reagiert, wenn zwei Fahrzeuge auf der Strecke sind.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

– Es fällt mir schwer, weil ich gar nicht glaube, dass Sie zuhören wollen.

Das elektronische Sicherheitssystem reagiert also automatisch. Das heißt: Ein vergleichbarer Unfall wie im Emsland ist in München per se nicht möglich. Das ist vom TÜV und von den einschlägigen Fachleuten bestätigt worden.

Erstens dürfen auf der gleichen Strecke nicht gleichzeitig zwei Fahrzeuge sein. Wenn sie dennoch dort sind – das gilt unter Einschluss von Wartungsfahrzeugen –, reagiert das System automatisch und schaltet ab. Das Sicherheitskonzept für München steht also auf anderen Beinen als das im Emsland. Das muss man zunächst einmal wissen. Zweitens. Das Sicherheitskonzept ist von der zuständigen Gesellschaft beim Eisenbahn-Bundesamt eingereicht worden. Es ist im April dieses Jahres genehmigt worden. Die zuständige Bundesbehörde hat das Konzept also genehmigt. Sicherheitsphilosophie des Transrapids ist es, dass das Sicherheitskonzept immer fortgeschrieben wird: Es handelt sich also nicht um ein einmaliges Konzept, das auf Dauer so bleibt, sondern es wird im Betrieb ständig fortgeschrieben. Auch all die weiteren Schritte unterliegen selbstverständlich der Aufsicht des Eisenbahn-Bundesamtes.

Sie haben natürlich recht, wenn Sie sagen, dass wir den Transrapid in München nur dann realisieren, wenn alles, was menschenmöglich ist, für die Sicherheit von Mensch und Umwelt getan wird. Aber wenn man den Unfall von Lathen auswertet – das Fahrzeug ist ja auf der Schiene geblieben –, dann kommt man zu dem Schluss, dass ein vergleichbarer Unfall im Rad-Schiene-System vermutlich viel schlimmere Auswirkungen hätte als hier. Auch das ist zu berücksichtigen. Ich weiß, dass es nicht zulässig ist, das einfach so zu vergleichen. Aber bei der Bewertung der Sicherheit eines Technologieprojektes ist dieser Aspekt sicher wichtig und nützlich.

Die Frage nach der Herausgabe des Sicherheitskonzepts hat Kollege Rotter schon beantwortet: Dieses Konzept gehört der Magnetbahngesellschaft und wurde in einem besonderen Verfahren beurteilt. Wir dürfen über dieses Konzept nicht verfügen. Das heißt: Der Antrag der GRÜNEN ist objektiv nicht erfüllbar, weil wir über dieses Konzept nicht verfügen dürfen. Deshalb finde ich den Antrag der CSU passend, dass wir all das, was auch für die Öffentlichkeit interessant ist und was uns zugänglich ist, in einem Bericht an den Bayerischen Landtag darstellen. Ich sage selbstverständlich zu, dass dieser Bericht dem Hohen Hause so schnell wie möglich und in umfassender Weise, soweit uns die Informationen eben zugänglich sind, zur Verfügung gestellt wird. Ich werde auch die Magnetbahngesellschaft beeinflussen, dass sie, wenn es gewünscht wird, auch in einem Ausschuss des

Landtags Rede und Antwort steht. Auch dieses Angebot möchte ich dem Hohen Hause unterbreiten.

Die Vorlage des gesamten Konzeptes ist unabhängig von dieser Rechtsfrage deshalb problematisch, weil aus diesem Konzept schützenswertes Know-how erkennbar ist, das auch dem Schutz des geistigen Eigentums unterliegt. Ferner möchte ich unterstreichen, was Kollege Rotter gesagt hat: Nicht zuletzt wäre die völlige Offenlegung aller Informationen natürlich für Elemente, die wir nicht unterstützen wollen, geradezu eine Einladung. Wer für Sicherheit ist, meine Damen und Herren, der darf terroristischen und kriminellen Organisationen nicht den Zugang zu Informationen erleichtern, die bei der Vorbereitung von etwaigen Anschlägen nützlich wären.

(Beifall bei der CSU)

Das wird auch von keinem Industriebetrieb gemacht. Auch bei Ereignissen wie bei dem von Heiligendamm wird die Polizei nicht vorher das gesamte Sicherheitskonzept offen legen; denn es gibt leider Leute, die solche Informationen missbrauchen. Ein vernünftiger Mensch wird daran denken, wenn er will. – Das sind echte Fragen im Zusammenhang mit der Sicherheit.

Wenn ich das, was die Kollegen Volkmann und Wörner hier gesagt haben – auch beim Kollegen Runge klang es durch –, bewerte, muss ich sagen: Ich hege doch ganz erhebliche Zweifel daran, dass es Ihnen wirklich um die Sicherheit geht. Ich frage mich, ob es Ihnen nicht einfach nur um den Kampf gegen diese Technologie geht. Einer ernsthaften Diskussion stellen wir uns. Aber ich unterstelle Ihnen, dass die Fragen der Sicherheit missbraucht werden, um den Kampf gegen die Technologie zu führen, weil ich Ihnen die Ernsthaftigkeit nach dem Verlauf der Diskussion in den letzten zehn Minuten absprechen muss, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Simone Tolle (GRÜNE): Ha, ha!)

Jetzt kommen wir, weil sie damit in Verbindung stand, zu der Frage nach der Begründung des Projekts. Zunächst einmal ist die Frage zulässig und notwendig, warum wir für das Transrapid-Projekt sind: Es ist eben nicht nur ein Technologieprojekt, sondern es ist auch ein Verkehrsprojekt, das in München für die Verbindung vom Hauptbahnhof zum Flughafen außerordentlich zweckmäßig, nützlich und vorteilhaft ist. Es verbindet nämlich zwei Drehscheiben des Verkehrs. Der Flughafen München wird in wenigen Jahren 50 Millionen – manche sagen auch: 60 Millionen – Passagiere haben. Jeder weiß auch, dass die Verkehrsanbindung des Flughafens heute schon nicht gut ausgestattet ist. Sowohl die Straße als auch die Schiene erschließen heute den Flughafen nicht zureichend.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Woher kommt das?)

Wenn mit einer Verdoppelung der Passagierzahlen zu rechnen ist, muss ich Ihnen, wenn Sie Verantwortung in München tragen wollen, sagen: Wer vermeiden will, dass München und Umgebung im Verkehr erstickt, muss etwas bauen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Dr. Simone Strohmayr (SPD): „Etwas“?)

Alles andere ist zukunftsblind. Das heißt: Die weit verbreitete Formel „Lasst uns doch den Transrapid einstellen, dann sparen wir zwei Milliarden Euro, dann haben wir mehr Geld; dann machen wir nicht ein Spielzeug- oder Prestigeobjekt!“ übersieht die Zusammenhänge. In jedem Fall muss etwas gebaut werden. Das ist dringend notwendig, weil sonst ein Verkehrskollaps im Raum München eintritt.

Die nächste Frage ist: Was bauen wir? – Diese Frage ist zulässig. Da gibt es zunächst die Möglichkeit, eine weitere S-Bahn zu bauen. Aber wir haben schon zwei S-Bahnen. Es wird auch keine eingestellt; die zwei S-Bahnen werden weiterhin fahren; das ist doch keine Frage. Gelegentlich wird so getan, als würden wir den Transrapid bauen und die S-Bahnen einstellen.

Die zwei S-Bahnen werden selbstverständlich weiter fahren. Wer an der Strecke zum Flughafen ist oder dort wohnt, der wird nicht erst zum Hauptbahnhof fahren und dann wieder dort hinaus.

(Rainer Volkmann (SPD): Genau!)

Die Leute sind vernünftiger als Sie, Herr Volkmann. Wer dort draußen wohnt, der wird den nächsten Zugang zum Flughafen nehmen. Wir stellen die zwei S-Bahnen also nicht ein, sondern wir brauchen eine weitere.

Nun ist aber in der Tat die Frage berechtigt: Was bauen wir? Nun bitte ich die Abgeordneten, die die Landeshauptstadt München vertreten, in besonderer Weise aufzupassen. Die Landeshauptstadt München möchte eine zweite S-Bahn-Stammstrecke. Diese Stammstrecke erfordert nach dem jetzigen Stand der Kosten 1,8 Milliarden Euro. Vermutlich wird sie sogar noch teurer. Diese S-Bahn hat einen Nutzenfaktor von weniger als eins. Zugleich will die Landeshauptstadt eine Express-S-Bahn. Diese S-Bahn kostet auch etwa 1 Milliarde Euro; hinzu kommen die laufenden Defizite. Glaubt denn wirklich irgendjemand von Ihnen, dass wir in der Lage wären, Zuschüsse des Bundes, die ohnedies knapp sind, zur gleichen Zeit für zwei Nahverkehrsprojekte in München zu bekommen? – Das ist doch schlichtweg außerhalb der Realität!

Ich sage deshalb, wer von Ihnen den Transrapid bekämpft und meint, er kann zur gleichen Zeit die Express-S-Bahn und die zweite Stammstrecke realisieren, der wird auf die Nase fallen. Man kann nicht zur gleichen Zeit zwei Projekte, die zusammen drei Milliarden Euro kosten, in Berlin durchsetzen. Es ist deshalb ein enormer Vorteil, wenn wir den Transrapid nehmen, der außerdem eine Technologie-Funktion hat und in der Koalitionsvereinbarung niedergelegt ist. Außerdem muss man hier auch noch sagen:

Das Konzept ist unter Rot-Grün auf den Weg gebracht worden.

(Rainer Volkmann (SPD): Nein! Das war schon vorher!)

Diese konkrete Strecke des Transrapids, die realisiert werden kann, machen Sie madig. Diese Strecke, sagen Sie, muss verhindert werden. Für Traumstrecken wie zwischen Paris und Bratislava erwärmen Sie sich, Herr Kollege Wörner. Das Leben ist konkret, Herr Kollege, wer nicht in der Lage ist, einem konkreten Projekt zuzustimmen, der ist auch nicht in der Lage, politische Verantwortung zu tragen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Wissen Sie, das kennen wir doch schon von Ihnen: Im Zweifel heben Sie ab, in idealistische, luftleere Sphären. Daran ergötzen Sie sich. Das Leben ist aber konkret. Doch da versagen Sie immer. Deshalb ist Rot-Grün auch abgewählt worden.

(Beifall bei der CSU – Rainer Volkmann (SPD): Nein! Sie heben gerade ab!)

Der Charme des Projekts besteht doch gerade darin, dass wir mit dem Transrapid eine Strecke bekommen, die für dieses Verkehrsmittel geradezu ideal ist.

(Rainer Volkmann (SPD): Der ist doch nicht für Kurzstrecken gebaut worden!)

Der Transrapid ist ideal, weil er in zehn Minuten vom Hauptbahnhof zum Flughafen fährt. Sie bewältigen mit keiner anderen Rad-Schiene-Technologie diese Strecke in weniger als 30 Minuten. Wenn Sie wollen, können Sie mit der rumpelnden S-Bahn fahren. Ich habe nichts dagegen. Jeder darf wählen, wie er fahren will.

(Rainer Volkmann (SPD): Wie lange fahren Sie denn bis Freising? – Zwanzig Minuten!)

Der eine fährt mit dem eigenen Auto, der andere mit dem Taxi, der Dritte mit der S-Bahn und der Vierte mit dem Transrapid. Warum wollen Sie das verhindern?

Der Transrapid hat außerdem den Vorteil – –

(Zuruf des Abgeordneten Rainer Volkmann (SPD))

– Herr Kollege, unterstellen Sie doch nicht, einer von uns hätte die Strecke im Iran gepriesen, hervorgehoben oder erfunden. Wenn ein Münchner Unternehmen sagt, es bekomme einen Auftrag im Iran, dann bekommt es einen Auftrag. Wenn es realisiert werden soll, muss das Projekt sowieso vom Bund genehmigt werden. Schieben Sie uns das doch nicht unter. Das ist außerdem unredlich.

Jetzt komme ich zurück zum Transrapid. Mit diesem Verkehrsmittel hätten wir aufgrund der zwei unterschiedlichen Finanzierungstöpfe die Chance – weil der Transrapid eben auch ein Technologie-Projekt ist –, in einer überschaubaren Zeit zwei Verkehrsmittel zu finanzieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Nun kommt der Einwand: Was ist mit dem ländlichen Raum?

(Simone Tolle (GRÜNE): Genau!)

Eben weil der Transrapid ein Technologie-Projekt ist, bekommen wir eine Sonderförderung durch den Bund. Das wissen Sie genau; denn das Projekt ist unter Rot-Grün in den Bundeshaushalt hineingekommen. Wir bekommen 50 %, höchstens 925 Millionen Euro. Wir müssen dafür einen Anteil übernehmen. Es ist richtig: Ein beschlossenes Finanzprojekt zwischen Bund und Land gibt es noch nicht. Das muss ausgehandelt werden. Die Lücke, die wir haben, beträgt im Moment 340 Millionen Euro. Sie werden aber doch nicht behaupten, dass Bund und Land, wenn sie wollen, nicht in der Lage wären, in drei bis vier Jahren zusätzlich 340 Millionen Euro zu finanzieren. Das ist eine Frage des politischen Wollens, nicht der finanziellen Möglichkeiten. Das wird immer ausgetestet werden.

(Simone Tolle (GRÜNE): Aha! – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist ja interessant!)

Es ist ein gemeinsames Projekt von Bund und Land. Ich füge ganz deutlich hinzu, wenn der Bund meint, das wäre nur ein Verkehrsprojekt des Freistaats Bayern, das er bezuschusst, dann wird die Sache scheitern. Entweder Bund und Land finanzieren das Projekt gemeinsam, oder der Transrapid wird nicht kommen. Dieses Verkehrsmittel hat einen Technologie-Aspekt und auch einen Verkehrs-Aspekt.

Nun noch einmal zur Frage des ländlichen Raumes. Ich kann heute für den Freistaat Bayern sagen, dass die Mitfinanzierung für die Investitionen beim Transrapid niedriger ist als bei der Express-S-Bahn. Für diese S-Bahn liegen die Investitionen bei mindestens einer Milliarde Euro. Bei einem Anteil von 50 % wird der Freistaat mehr Geld brauchen als für seinen Finanzierungsanteil beim Transrapid nach dem jetzigen Stand der Verhandlungen.

Es kommt aber noch ein weiteres Argument dazu. Der Transrapid wird kostendeckend fahren, für die Deutsche Bahn wird er sogar noch einen Gewinn abwerfen. Deshalb hat die Deutsche Bahn auch gesagt, dass sie 185 Millionen Euro zusätzlich aufbringt, um die Finanzierung des Transrapids zu ermöglichen. Vielleicht ist das noch nicht das letzte Wort. Das kommt auch daher, weil man für den Transrapid ein höheres Beförderungsentgelt verlangen kann – 15 oder 16 Euro – als für die S-Bahn, deren Fahrpreis bei 8 Euro liegt. Das heißt, der Transrapid wird ohne Defizite fahren. Die Menschen können aber frei entscheiden.

Das Entscheidende aber ist, verehrte Kolleginnen und Kollegen, bei der Express-S-Bahn werden wir pro Jahr 20 bis 25 Millionen Euro Defizit zu berappen haben, die allein aus Regionalisierungsmitteln des Freistaats Bayern zu bezahlen sind. Dieser Betrag fällt dann für die Förderung des ländlichen Raumes weg. Das Defizit tritt beim Transrapid nicht ein. Das Defizit tritt hingegen bei der Express-S-Bahn ein. Das ist Ihnen aber eigentlich wurscht. Ich sage für alle im Lande: Die Finanzierung des Transrapids ist aus den genannten Gründen für den Freistaat Bayern günstiger. Sie ist günstiger, weil wir die Mittel, die sonst zur Verteilung für die Fläche verfügbar sind, weniger beanspruchen müssen. Deshalb wäre der Transrapid eine vernünftige finanzpolitische Lösung, wenn ich die Finanzierung von Investitionen und Defizit zusammennehme. Wer die Express-S-Bahn will, schadet dem ländlichen Raum mehr als derjenige, der den Transrapid finanziert.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir noch einen Hinweis auf die Kosten-Nutzen- Rechnung. Es wird immer wieder behauptet, auch von Ihnen, es handle sich um ein Prestigeprojekt, das keinen Nutzen hat. Es gibt, wie Sie wissen, bei Einrichtungen der öffentlichen Infrastruktur ein definiertes Modell für die Kosten-Nutzen-Rechnung. Dieses Modell wird wissenschaftlich angewandt. Ich habe Ihnen gesagt, die zweite Stammstrecke hat im Moment einen Nutzenfaktor, der unter eins liegt. Eins ist die kritische Schwelle, das heißt, man muss etwas einsparen, damit man zumindest diesen Wert erreicht. Obwohl das S-Bahn-System in München außerordentlich erfolgreich ist, kommt dieser problematische Wert heraus. Beim Transrapid liegt der Nutzen-Faktor nach den gleichen Berechnungsmethoden heute bei 2,5. Das heißt, jeder Euro, den wir in den Transrapid investieren, hat einen Nutzen von 2,5. Es gibt kaum ein Verkehrsprojekt – –

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Martin Runge (GRÜNE))

– Herr Runge, das Berechnungsmodell habe doch nicht ich gemacht. Das wurde von Wissenschaftlern nach dem gleichen Modell erstellt. Kolleginnen und Kollegen von der SPD, fragen Sie doch Ihren Bundesverkehrsminister nach der Nutzen-Rechnung. Er wird Ihnen das bestätigen. Die Ergebnisse sind außerordentlich positiv. Die ersten Entwürfe gingen sogar von 3,5 bis 5 aus, je nachdem, wie man den industriepolitischen Nutzen rechnet. Das heißt, es gibt kaum ein Verkehrsprojekt, das in der Nutzen-Rechnung so hoch angesiedelt ist wie der Transrapid. Das sind Fakten, die man nicht einfach wegwischen kann.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Erstens: Der Transrapid in München ist auf einem sehr modernen, vollautomatischen Sicherheitssystem aufgebaut, das mit dem in Niedersachsen nicht vergleichbar ist. Zweitens: Das Sicherheitskonzept ist vom Eisenbahnbundesamt geprüft worden und wird laufend fortgeschrieben. Drittens: Wir geben alle Informationen, die wir haben, an dieses Hohe Haus weiter. Viertens: Der Transrapid ist ein außerordentlich erfolgversprechendes Verkehrsprojekt, das man im Münchner Raum braucht, weil der Münchner Raum sonst im Verkehr untergeht und versinkt.

(Rainer Volkmann (SPD): Weil man den Eisenbahnanschluss beim Flughafen vergessen hat!)

Wir werden, meine Damen und Herren, damit auch ein Technologie-Projekt haben. Es kann nicht sein, dass man den Transrapid in China vermarktet und wir nur zuschauen.

(Beifall bei der CSU)

Wer nicht den Mut hat, der wird Arbeitsplätze verschenken.

Wir haben den Mut. Ich sage Ihnen deshalb: Ihre heutige Argumentation zeigt wiederum, dass die GRÜNEN und Teile der SPD – nicht alle – innovationsfeindlich, technologiefeindlich und zukunftsfeindlich sind. Diesen Beweis haben Sie heute wieder erbracht.

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Simone Tolle (GRÜNE): Ha, ha, ha!)

Präsident Alois Glück: Zu einer Zwischenbemerkung: Herr Kollege Dr. Runge.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Minister, wenn Sie keine anderen Argumente haben, greifen Sie in die Schublade der Technologiefeindlichkeit. Wir lehnen ein konkretes Projekt wohlbegründet mit, wie ich meine, sehr guten Argumenten ab. Ich gehe auf einige wenige Punkte ein.

Erstens. Bei der standardisierten Bewertung ist an allen nur denkbaren Stellen schön- und falsch gerechnet worden. Lassen Sie sich das von Jemandem gesagt sein, der viele Jahre lang an der Uni München am Institut für Verkehrswirtschaft geforscht und unterrichtet hat.

Zweitens. Der Vergleich der Veröffentlichung des Sicherheitskonzeptes für Heiligendamm mit der Veröffentlichung des Sicherheitskonzeptes zum Transrapid ist der schiefste Vergleich, den ich jemals gehört habe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Übrigen sollten Sie als Wirtschaftsminister schon eine Ahnung von Genehmigungsverfahren bei Industrieprojekten haben, zum Beispiel auch bei Kraftwerksanlagen. Dort ist es durchaus üblich, einige wenige Seiten mit ganz sicherheitsrelevanten Dingen, die für Anschläge eine Rolle spielen könnten, auszublenden, aber alles andere sehr wohl öffentlich auszulegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Drittens. Zu den Geldern muss man wirklich sagen: Dass ist die typische Hubersche Milchbubenrechnung. Sie haben in jedem Punkt danebengegriffen. Ich nenne nur zwei Baustellen. Zum einen ist es so, dass der Transrapid dem ÖPNV massiv Gelder wegnimmt. Herr Kollege Wörner hat die Regionalisierungsmittel angesprochen, die jetzt schon in dicker zweistelliger Millionenhöhe in

Planung und Vorbereitung geflossen sind. Lesen Sie zum anderen einmal die Machbarkeitsstudie und das Wirtschaftlichkeitsszenario der Bahn. Die Bahn spricht selbst von der Kannibalisierung der S-Bahn. Betrachten Sie, woher die Fahrgäste kommen. Der größte Teil wird von der S-Bahn abgeworben werden. Sie wissen, dass die Tarifeinnahmen der S-Bahn mit denen anderer Verkehrsmittel im MVV gepoolt werden.

Präsident Alois Glück: Herr Kollege Dr. Runge, wir sind über die zwei Minuten!

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Das waren doch keine zwei Minuten. Ich war vorhin schon länger dran.

Präsident Alois Glück: Für die Zwischenbemerkung haben wir zwei Minuten.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Dieses Geld fällt weg. Im Übrigen ist es auch falsch, wenn Sie von verschiedenen Töpfen sprechen. Das trifft nur bedingt zu. Privatisierungserlöse aus Bayern wären woanders besser aufgehoben.

Ein letzter Satz, wenn Sie gestatten, Herr Präsident: Eine Verdoppelung der Passagiere am Flughafen München II muss nicht hingenommen werden. Die Politik darf vor dem Hintergrund einer drohenden Klimakatastrophe eine Verdoppelung der Passagierzahlen am Flughafen München II schon gar nicht hinnehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Zu einer weiteren Zwischenbemerkung: Herr Kollege Volkmann.

Rainer Volkmann (SPD): Herr Staatsminister Huber, ich fände es ausgesprochen erfreulich, wenn Sie einmal zu einem Einwand Stellung nehmen würden, den wir schon wiederholt angebracht haben, nämlich der Einwand, dass der Transrapid das Problem aufweist, dass er zum einen in der Konstruktion ungefähr doppelt so teuer wie eine Hochgeschwindigkeitsstrecke der Bahn ist – in der Leistung, in der Geschwindigkeit ist er zwar nicht exakt, aber ungefähr gleich – und zum anderen in der Nutzung eingeschränkt ist, weil er keine Lasten befördern kann. Er schwebt ja. Er kann nur das befördern, was ein Lastzug oder anderthalb Lastzüge befördern können, während die Eisenbahn mit einem Güterzug das Zwanzigfache transportieren kann. Ich sage das im Bezug auf die Verwendbarkeit dieser einzelnen Strecke. Sie haben selbst gesagt, dass es in Europa oder in Deutschland keine zweite Anwendungsstrecke mehr geben wird. Das steht völlig offenkundig im Raum. Dies wird die Ausweitung dieses Systems, das somit einmalig ist, verhindern.

Etwas anderes halte ich für ausgesprochen ärgerlich. Das Ganze hängt doch nur damit zusammen, dass die Staatsregierung bei der Planung des Flughafens damals offenkundig gedacht hat, es reicht, ihn mit der S 8 anzuschließen, und dass ein Anschluss an die Fernbahn überhaupt nicht geplant war. Das wollen Sie jetzt mit dem irrwitzigen Betrag von 2 Milliarden Euro auf einen Schlag korrigieren. Ich meine, das steht in keinem Verhältnis. Sie sagen, wenn der Bund 1 Milliarde zahlt und die anderen Länder in der Republik so blöd sind, das Geld aufzubringen, dann nehmen wir das mit. Ich sagen Ihnen aber: Das steht in keinem wirtschaftlich vernünftigen Verhältnis. Mit diesem Geld könnte man sehr viel anderes machen.

Zur Geschwindigkeit. Wenn ich zum Flughafen fahre, frage ich mich immer, warum die S-Bahn in Neufahrn drei Minuten steht. Ich frage mich, warum die S8 mit 120 km/h fährt, und warum es nicht die Möglichkeit gibt, sie schneller fahren und sie zwischen Flughafen und Ostbahnhof vielleicht nur ein- oder zwei Mal halten zu lassen. Dann würde die Fahrtzeit ungefähr 20 oder 25 Minuten betragen. Das wäre schon viel besser. Die Frage ist, ob es 20 Minuten Zeitersparnis braucht, wenn man fünf Stunden von Türe zu Türe benötigt.

(Zurufe von der CSU)

– Regen Sie sich nicht auf. Das Recht, mich zu unterbrechen, steht nur dem Herrn Präsidenten zu, und dem folge ich normalerweise auf das Wort. Das weiß er. Habe ich die zwei Minuten ausgeschöpft?

Präsident Alois Glück: Ja.

Rainer Volkmann (SPD): Dann schweige ich jetzt und bedanke mich für den Hinweis.

Präsident Alois Glück: Das Wort hat Herr Staatsminister Huber.

Staatsminister Erwin Huber (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der gebotenen Kürze: Es trifft zu, dass die Investitionskosten beim Transrapid höher sind. Ich habe aber gesagt, dass es keinen Sinn macht, nur die Investitionskosten zu vergleichen. Man muss vielmehr auch, was betriebswirtschaftlich üblich ist, die Kosten des Betriebs und die Einnahmen über 25 Jahre heranziehen. Bei der S-Bahn resultiert dann ein Defizit, beim Transrapid aber nicht. Deshalb ergibt eine volkswirtschaftliche Rechnung, dass im Grunde präterpropter, wie der Niederbayer sagt, über die 25 Jahre in etwa die gleichen Kosten entstehen. Das müssen Sie vergleichen. Sie wollen sie im Grunde aber gar nicht vergleichen. Sie wollen einen Kampf führen, keinen Vergleich.

Ein Weiteres. Es ist zutreffend,

(Zuruf des Abgeordneten Rainer Volkmann (SPD))

dass der Transrapid keine Güter transportieren kann. Das ist aber nicht ein Problem der Anbindung des Flughafens München. Ich habe noch niemanden gehört, der gesagt hat, er möchte Güter transportieren. So gesehen ist die Strecke zwischen Hauptbahnhof und Flughafen nahezu ideal.

Warum ist der Transrapid schneller als die Rad-Schiene-Technik? – Weil der Transrapid nicht nur schneller fährt, sondern weil er auch eine ungeheure Beschleunigung

hat; nach einer Minute erreicht er die Höchstgeschwindigkeit. Mit der Rad-Schiene-Technik würde die Höchstgeschwindigkeit auf der Streckenmitte erreicht werden, und dann müsste der Zug schon zu bremsen beginnen. Das heißt: Die Rad-Schiene-Technik ist nicht in der Lage, das Verkehrsproblem zu lösen.

Ich bin auch bereit, stundenlang zu sprechen, glaube aber, dass dies bei Ihrer Aufnahmewilligkeit sowieso vergebens wäre.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Rainer Volkmann (SPD))

Präsident Alois Glück: Ich habe keine weitere Wortmeldung vorliegen. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 15/8298 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag mit der Mehrheit der CSU-Fraktion abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 15/8316. Wer diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen will, bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist überwiegend die CSU-Fraktion. Gegenstimmen? – Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag angenommen. Damit ist diese Thematik abgeschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 a auf:

Erste Lesungen zu Gesetzentwürfen und Staatsverträgen, die ohne Aussprache an die jeweils federführenden Ausschüsse überwiesen werden sollen

Die Fraktionen haben sich darauf geeinigt, dass die Überweisung ohne Aussprache an die jeweils federführenden Ausschüsse erfolgt. Wer dem so zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen, damit auf jeden Fall weitergearbeitet werden kann.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

– Moment! Wir sprechen über die vorliegende Liste. Dieser Punkt war immer unstrittig. Auch dieses muss erledigt werden, damit in den Ausschüssen weitergearbeitet werden kann. Darüber gab es im Ältestenrat Übereinstimmung; eine Änderung wurde nicht beantragt. Wer dem so, wie in der Vorlage vorgesehen, auch hinsichtlich der Zuweisung, zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Niemand. Stimmenthaltungen? – Auch niemand. So beschlossen.

(Liste siehe Anlage)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 b auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (Drs. 15/8230) – Erste Lesung –

Es wurde jetzt vereinbart, keine Aussprache durchzuführen, sondern den Gesetzentwurf zu überweisen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf als federführendem Ausschuss dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zu überweisen. Wer dem zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Niemand. Damit so beschlossen.

In der folgenden Ersten Lesung zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes soll eine Aussprache erfolgen. Ob das heute zeitlich möglich sein wird, ist zweifelhaft. Aber wir müssen wohl so verfahren.

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Joachim Herrmann, Renate Dodell, Joachim Unterländer u. a. u. Frakt. (CSU)
Mit der Einführung des Betreuungsgeldes die Wahlfreiheit der Familien stärken (Drs. 15/8299)

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Dr. Simone Strohmayr, Joachim Wahnschaffe u. a. u. Frakt. (SPD)
„Kinder brauchen nicht mehr Geld, sondern sie brauchen gute Angebote“
Für eine umfassende Neuordnung der Kindergartenfinanzierung und ein Kindertagesstättenausbauprogramm in Bayern (Drs. 15/8314)

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Krippenausbau fördern – keine Herdprämie (Drs. 15/8315)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Ich weise auf die Redezeiten der Fraktionen hin, die der natürlichen Begrenzung unterliegen. Nach 19.00 Uhr kann nicht mehr abgestimmt werden.

Das Wort hat Herr Kollege Unterländer.

Joachim Unterländer (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist zu begrüßen, dass sich die Koalition in Berlin darauf geeinigt hat, ab dem Jahr 2013 dem Bedarf entsprechend einen Krippenplatz- oder vergleichbaren Betreuungsanspruch im frühkindlichen Bereich zu gewährleisten. Damit verbunden ist es aber genauso notwendig, dass für die Familien, die ein solches frühkindliches Betreuungsangebot nicht in Anspruch nehmen, eine finanzielle Entlastung gewährt wird. Nur wenn wir diesen Weg gehen, ist das Ziel, über das wir uns eigentlich im Klaren sein sollten, nämlich echte Wahlfreiheit zu erreichen, zu realisieren.

Deshalb stellen wir seitens der CSU-Landtagsfraktion und seitens der CSU eine entscheidende Forderung. Wir wollen der Bayerischen Staatsregierung den Auftrag geben, für ein Betreuungsgeld ab dem zweiten und für das dritte Lebensjahr in Höhe von rund 150 Euro einzutreten, das parallel mit einem Rechtsanspruch auf eine frühkindliche Betreuung verwirklicht werden soll. Für uns ist klar: Wenn es für den einen Bereich einen Rechtsanspruch gibt, dann muss es diesen auch für den anderen Bereich geben. Diese Forderung ist Ausdruck einer Politik der Wahlfreiheit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bedauere zutiefst – das sage ich über den parteipolitischen Tellerrand hinaus –, auf welchem Niveau diese Diskussion teilweise geführt worden ist und wird. Wenn von einer „Herdprämie“ oder von einer Diskriminierung der Eltern die Rede ist, wenn die Erziehungsleistung von Eltern in Zweifel gezogen wird, dann halte ich das für eine Aufkündigung eines gesellschaftlichen Konsenses, über den wir uns eigentlich einig sein sollten. Denn es sind die Eltern, die die Grundlage für die kindliche Entwicklung schaffen.

Der Staat darf nicht in die Familien hineinregieren. Das hat im Übrigen auch bereits das Bundesverfassungsgericht festgestellt, als es seine Urteile zum steuerlichen Familienlastenausgleich formuliert hat. Es ist auch und vor allem nach dem Grundgesetz, das die Basis für unser gesellschaftliches Zusammenleben und einen gesellschaftlichen Konsens darstellt, das Recht der Familie, zu entscheiden, welche Lebensbiografie sie geht. Dies dürfen wir nicht werten, sondern müssen alle Varianten und alle Alternativen, die sich hier anbieten, gleichberechtigt und gleichmäßig unterstützen. Das ist die Politik der CSU und der CSU-Landtagsfraktion. Dazu gehört eben auch eine finanzielle Entlastung der Familien. Nur dann ist ein komplettes familienpolitisches Konzept gegeben.

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD))

– Was Sie sagen, Herr Kollege Wahnschaffe, ist völlig fehl am Platz. Ich äußere mich dazu gern, obwohl es von meiner Redezeit abgeht und ich ohnehin relativ knapp reden will. Aber das ist genau die gleiche Diskriminierung, die mit einer Formulierung vorgenommen wird, wie sie von Ihren politischen Freunden in Berlin, also von der SPD, aber auch von den GRÜNEN verwendet wird, wenn von „Herdprämie“ gesprochen wird. Das ist eine Diskriminierung von Eltern, wenn ein Elternteil zu Hause bleibt. Es ist auch eine Diskriminierung von Frauen, die sich für die eine der beiden Lösungen entscheiden. Beide Formulierungen passen nicht zu der Lösung der Probleme und passen nicht in diese Diskussion. Davon sollten wir Abstand nehmen.

Der Dringlichkeitsantrag der CSU-Landtagsfraktion soll ein unterstützendes Signal für die Forderung sein, ein Betreuungsgeld in dem genannten und beschriebenen Sinn einzuführen. Wir brauchen – das ist sowohl in Berlin so vereinbart worden – als es auch der Schwerpunkt der Bayerischen Staatsregierung und der CSU-Landtagsfraktion ist – einen bedarfsgerechten Ausbau an Kinderbetreuungsplätzen. Dieser bedarfsgerechte Ausbau setzt die Investitionen im frühkindlichen Bereich voraus, setzt aber auch voraus, dass wir von staatlicher Seite, also aufseiten des Freistaates Bayern, entsprechend investieren.

Diese Investitionen sind durch das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz bereits gewährleistet. Diese Systematik müssten Sie endlich begreifen. Sie müssen keine neuen Investitionsprogramme machen, weil man mit der Bedarfsfeststellung bereits in jeder Kommune ohne jegliche Deckelung einen Ausbau der Kinderbetreuung vornehmen kann. Der Staat kann dabei keine Einschränkungen bewirken, weil die Kommunen gegenüber dem Staat einen Rechtsanspruch auf die Mitfinanzierung haben. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis! Sonst muss ich Ihnen unterstellen, dass Sie das Gesetz nicht richtig kennen oder bewusst die Unwahrheit sagen.

Präsident Alois Glück: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Wahnschaffe? – Herr Wahnschaffe, bitte.

Joachim Wahnschaffe (SPD): Herr Unterländer, können Sie dem Haus erklären, warum Ihnen das Betreuungsgeld so wichtig ist, wenn Sie auf der anderen Seite das Landeserziehungsgeld im gleichen Zug kürzen?

Joachim Unterländer (CSU): Lieber Herr Kollege Wahnschaffe, Sie wissen von den Beratungen zum Landeserziehungsgeld, dass es in besonderer Weise wichtig ist, für eine Entlastung der Mehrkinderfamilien zu sorgen. Wir haben den Schwerpunkt beim Landeserziehungsgeld gesetzt. Sie können sicher sein – darauf haben wir immer wieder hingewiesen –, dass familienpolitische Leistungen, wie sie heute gewährt werden, nicht das Ende der Fahnenstange sind, sondern dass wir in diesem Zusammenhang politische Weiterentwicklungen verfolgen.

Lassen Sie mich noch einmal auf den Ausbau der Kinderbetreuung kommen. Wir haben zum einen den quantitativen Ausbau durch das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz – BayKiBiG – sichergestellt. Wir haben zum Zweiten aber auch übereinstimmend das politische Ziel, die Qualität der Kinderbetreuung weiterzuentwickeln. Das ist eine genauso notwendige Aufgabe zur Förderung der Kinder.

Ich vermisse in dieser Diskussion sehr häufig, dass wir uns auf das einigen, um das es uns in erster Linie geht. Wir haben nämlich nicht nur die Situation der Eltern im Blick, sondern uns geht es um das Kindeswohl. Dieses müssen wir in diesen familienpolitischen Auseinandersetzungen immer in den Mittelpunkt rücken.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

– Das ist eine Forderung, mit der wir uns im Prinzip auseinandersetzen müssen, Frau Kollegin Werner-Muggendorfer.

Die Haltung verschiedener Sozialdemokraten und GRÜNEN – ich möchte da bewusst differenzieren – bei der Forderung nach Einführung eines weiteren Familienlastenausgleichs im Sinne des Betreuungsgeldes be-

zeichne ich als skandalös und dem gesellschaftlichen Frieden widersprechend.

Ich warne mit Nachdruck vor der ewigen Diffamierung der Eltern. Die Familie ist und bleibt der wichtigste Ort der Bildung, Erziehung und Betreuung. Ich fordere die Rückkehr zu einer Ermutigung der Eltern und der jungen Menschen.

Wir müssen uns auch über die Situation im Klaren sein:

Wie geht es Familien, wenn wir ständig einem Teil vorwerfen, er erziehe die Kinder nicht richtig, wenn ein Elternteil zuhause bleibe? Wie geht es uns, wenn andere mit dem Zeigefinger darauf hinweisen, Frauen oder Männer, die beide erwerbstätig sind, sind keine guten Eltern? Das alles sind Moralisierungen, die fehl am Platze sind. Unser politisches Ziel muss sein, einen gesellschaftlichen Konsens herzustellen im Hinblick auf ein Ja zum Kind und einer Ermutigung zur Familie. Ziel muss sein, die familien- und kinderfreundlichen Rahmenbedingungen zu verbessern und dies als Signal an die Familien rüber zu bringen. Wenn wir das nicht tun, wenn wir das nicht gleichberechtigt auf beiden Schienen tun, dann ist das der falsche Weg, den wir nicht mitgehen können. Wenn ich bei Ihren Dringlichkeitsanträgen im Betreff von Herdprämie lese oder wenn ich lese: kein zusätzliches Geld für Kinder, dann sind das Ansätze, bei denen ich nicht verstehen kann, warum Sie aus sozialpolitischen Gründen nicht für beide Wege sind.

Wir müssen klare Prioritäten setzen. Familien- und Kinderpolitik der Zukunft muss den Menschen Signale geben und nicht Vorschriften machen. Dazu gehören fünf Punkte: Erstens, die finanzielle Förderung auf der einen Seite und der bedarfsgerechte Ausbau der Kinderbetreuung auf der anderen Seite,

zweitens, die Stärkung der Qualität der Rahmenbedingungen der Kinderbetreuung für die Kinder, um die es geht,

drittens, die familienfreundliche Kommune,

viertens, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben und

schließlich eine unterstützende Begleitung der Eltern im Erziehungsprozess.

In diesem Gesamtkonzept gehört der Rechtsanspruch auf einen frühkindlichen Betreuungsplatz, ebenso wie das Betreuungsgeld, in eine gemeinsame Forderung zur Umsetzung dieses Konzepts. Ich bitte Sie, diesen Weg im Interesse der Familien und der Kinder mitzugehen. Sonst sind wir auf einem Holzweg, den wir im Interesse dieser wichtigen Grundlage für die Zukunft der Gesellschaft nicht mehr mitgehen können.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Das war das richtige Wort! Sie sind auf dem Holzweg!)

Ihre Ansichten sind sehr einseitig. Deshalb Ja zum Betreuungsgeld als klares Signal an Berlin. Der Bayerische Landtag ist hier wie in anderen Bereichen auch fortschrittlich. Ich bitte um Zustimmung zum Antrag der CSU und Ablehnung der Dringlichkeitsanträge von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus den genannten Gründen.

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Dr. Strohmayr.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrte Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Unterländer, ich stehe fassungslos vor Ihrem Antrag. Sie wollen die Wahlfreiheit stärken, so lese ich da, aber wie ist denn die Situation in Bayern? Gibt es überhaupt eine Wahlfreiheit? Können sich Mütter und Väter wirklich für Familie und Beruf entscheiden? Über die Betreuungssituation haben wir an dieser Stelle schon ausgiebig diskutiert, aber anscheinend noch immer nicht genug. Sie haben es noch nicht verstanden.

Die Situation der Kinderkrippen in Bayern ist nach wie vor schlecht. Nicht einmal 10 % der Kinder unter drei Jahren haben einen Betreuungsplatz. Von 16 Bundesländern steht Bayern auf dem 13. Platz. Buh, Herr Unterländer! Sie sind auf diesem Feld eben gerade nicht Spitze. Wir müssen kräftig aufholen, wenn wir auf das Niveau anderer Bundesländer kommen wollen.

Ist es eine Wahlfreiheit, wenn nur sieben Prozent der Eltern einen Platz in der Kinderkrippe oder bei der Tagesmutter finden, obwohl Bedarfserhebungen, zum Beispiel bei mir im Landkreis, ergeben haben, dass sich 20 bis 25 % der Eltern von Kindern unter drei Jahren einen Platz wünschten? Ist das Wahlfreiheit, Herr Unterländer? Ich glaube, das ist keine Wahlfreiheit.

Sie wollen Familien unterstützen, das wollen wir auch. Das Betreuungsgeld ist mit Sicherheit der falsche Weg.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Bundesfamilienministerin hat das im Übrigen auch erkannt. Ich zitiere: Kinder brauchen nicht mehr Geld, sondern sie brauchen gute Betreuung. – Das ist ein Zitat Ihrer Familienministerin.

(Beifall bei der SPD)

Mit der Idee, ein Betreuungsgeld für Eltern zu fordern, stehen Sie allein, Herr Unterländer. Was noch viel schlimmer ist: Mit dieser Idee gefährden Sie den Ausbau der Kinderkrippen auch in Bayern. Die Situation hinsichtlich der Versorgung mit Kinderkrippen ist in Bayern – wie wir bereits feststellen mussten – aus ideologischen Gründen völlig unzureichend. Mit den jetzt beschlossenen Bundesmitteln, Investitionszuschüssen und Betriebskostenzuschüssen könnten wir es endlich schaffen, das Betreuungsangebot ausreichend auszubauen. Endlich hätten wir die Möglich, tatsächlich für jedes Kind, das einen Platz braucht, einen solchen zu schaffen.

Jetzt kommen Sie mit Ihrer Idee vom Betreuungsgeld, ohne einen Vorschlag zu machen, wie das finanziert

werden soll. Das ist eine Politik von Menschen, die Frauen zurück an den Herd locken will.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Leider gibt es in diesem Parlament zu wenig Frauen, die sich dagegen wehren.

(Unruhe bei der CSU – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Jetzt regen sich nur die CSU-Männer über dieses Unwort auf!)

Mit dieser Forderung werden Mütter belohnt – in der Regel sind es die Mütter, die zuhause bleiben – und Mütter, die arbeiten, werden bestraft.

Ich möchte das an einem Beispiel ausführen: Eine Mutter – das kann auch ein Vater sein –, die halbtags arbeitet, erzieht doch trotzdem noch zu einem gewaltigen Anteil Kinder. Diese Mutter oder dieser Vater versucht aus eigenen Mitteln die Familie zu ernähren. Sie oder er zahlen selbst ihre Krankenkassenbeiträge, ihre Beiträge zur Rentenversicherung und jetzt sollen sie bestraft werden, indem sie keine Förderung erhalten, obwohl sie vielleicht für ihre Familie auch eine Förderung benötigten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie haben zusätzlich hohe Betreuungskosten. Ist das gerecht, Herr Unterländer? Ermöglichen wir so den Familien eine Wahlfreiheit?

Der Staat darf nicht in die Familie hineinregieren – das haben Sie vorhin gesagt, Herr Unterländer. Das ist richtig. Auch ich bin dafür. Ich bin aber dagegen, dass wir Familien, die sich für Familie und Beruf entscheiden, benachteiligen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wenn wir Familien unterstützen wollen, müssen wir alle unterstützen, die bedürftig sind.

(Walter Nadler (CSU): Das tun wir doch! Wir unterstützen auch die, die zuhause bleiben wollen!)

Keinesfalls können wir die bestrafen, die sich selbst versorgen.

Ich habe mir einmal den Bundeshaushalt angeschaut, Herr Kollege, weil Sie so engagiert mitdiskutieren: 184 Milliarden umfasst der Familienetat. Ein Großteil dieses Etats geht in Transferleistungen für Frauen, die sich für Familie entschieden haben und die zuhause bleiben. Das sind Ehegattensplitting, Rentenleistungen, die Familienkrankenversicherung und das Elterngeld, das Renate Schmid auf den Weg gebracht hat. Das sind Transferleistungen, die Frauen bekommen, die zuhause bleiben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das ist gut so, das ist aber auch ausreichend. Wir müssen jetzt für die sorgen, die sich für einen anderen Weg entschieden haben, die wir über Jahre vernachlässigt haben. Wir haben in Bayern über Jahre keine Betreuungsplätze geschaffen. Wir müssen jetzt endlich an die denken, die einen anderen Weg wählen und die ihre Familie anders strukturieren wollen. Nur so können wir wirkliche Wahlfreiheit schaffen.

Ich möchte einen Gedanken der Solidarität aufgreifen: Niemand käme auf den Gedanken, wenn eine Kommune zum Beispiel ein Schwimmbad einrichtet und er selbst nicht in dieses Schwimmbad gehen kann – vielleicht aus gesundheitlichen Gründen –, ein Schwimmbadgeld zu fordern. Aber sie kommen jetzt bei Kinderbetreuungseinrichtungen auf die Idee: Wenn Familien diese Kinderbetreuung nicht brauchen, sollten sie eine Ausgleichsleistung bekommen.

(Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Es ist eine Unverschämtheit, Kinder mit Schwimmbädern zu vergleichen!)

Das ist doch der falsche Weg, Herr Spaenle. Das scheint sehr richtig zu sein, wenn Sie sich so engagieren.

Präsident Alois Glück: Können wir uns bitte wieder beruhigen. Das Wort hat Frau Kollegin Dr. Strohmayr.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Danke, Herr Präsident.

Was mich in dieser Sache vor allem ärgert, ist die Scheinheiligkeit, die in Bayern herrscht.

(Beifall bei der SPD)

Sie kürzen das Landeserziehungsgeld und stellen jetzt Forderungen an den Bund. Eine Familie mit drei Kindern hat nach dem jetzigen Gesetzentwurf der Staatsregierung noch 6900 Euro an Landeserziehungsgeld zu erwarten. Sie hat damit 2928 Euro weniger als bisher. Bisher hatte sie mehr Geld. Sie kürzen dieses Geld radikal und wollen jetzt erreichen, dass der Bund dieses Geld übernimmt. Das ist doch scheinheilig.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr Kollege Unterländer, Sie haben auch festgestellt, dass die Familienpolitik letztlich dem Kindeswohl dienen solle. Wie wollen Sie aber sicherstellen, dass das Geld wirklich bei den Kindern ankommt?

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das wollen die ja gar nicht – die Gutscheine sind besser!)

Sicherlich gibt es vernünftige Eltern. Ich möchte Ihnen da gar nicht widersprechen. Es gibt aber auch unvernünftige Eltern. Ich möchte wie die Familienministerin erreichen, dass dieses Geld bei den Kindern ankommt. Deshalb ist die Idee mit den Gutscheinen besser als Ihr Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe noch eine Minute Zeit. Deshalb möchte ich abschließend einen Appell an die CSU-Frauen richten. Wie sieht denn die Realität im Berufsleben aus? Ist es wirklich sinnvoll, Frauen zu raten, drei Jahre zuhause zu bleiben? Ich kenne in meiner Gegend Firmen, die Frauen nach dem Babyurlaub anschreiben, sie sollten zuhause bleiben, damit sie Männern nicht den Job wegnähmen. So sieht die Realität aus. Diese Frauen kommen nicht mehr in ihren Beruf rein. Sie müssen sich mit 400-Euro-Jobs zufrieden geben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

Diese Frauen können nicht mehr selbst für sich sorgen. Tun wir den Frauen etwas Gutes, wenn wir ihnen raten, drei Jahre zuhause zu bleiben? Viele Ehen scheitern. Das Scheidungsrecht geht übrigens von einer absoluten Gleichberechtigung aus. Es geht davon aus, dass sich die Frauen selbst versorgen können und sogar versorgen müssen. Geschiedene Frauen sollen nach Ihren Vorstellungen arbeiten müssen und die anderen sollen es nicht dürfen. Ich frage mich wirklich, was das für eine Politik sein soll.

(Thomas Kreuzer (CSU): Der Entwurf zum Scheidungsrecht stammt doch von Frau Zypries!)

Herr Kollege Unterländer und Herr Kollege Herrmann, ist es gerecht, wenn wir Alleinerziehende in die Armut treiben, weil sie vorher nicht die Möglichkeit hatten, in ihrem Job Fuß zu fassen?

Präsident Alois Glück: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Ich fordere Sie auf, diese scheinheilige veraltete Familienpolitik aufzugeben.

(Thomas Kreuzer (CSU): Scheinheilig ist das, was Sie machen!)

Erkennen Sie endlich, dass wir andere Wege beschreiten müssen, wenn wir eine effektive und moderne Familienpolitik machen wollen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Das Wort hat Frau Kollegin Ackermann.

Renate Ackermann (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Endlich hat Frau Familienministerin von der Leyen es gegen den überwiegenden Widerstand aus ihrer eigenen Partei geschafft, durchzusetzen, dass die Kinderkrippen auf 35 % ausgebaut werden.

(Joachim Unterländer (CSU): So ein Blödsinn!)

– Herr Kollege Unterländer, allerdings dauerte die Freude nicht lange, da kam gleich aus Bayern wieder eine tolle Idee, wie dieses Konzept verwässert und vermasselt werden könnte. Bayern möchte ein, wie Sie es nennen, Betreuungsgeld – wir nennen es „Herdprämie“ – einführen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

Interessant ist, dass dieses Anliegen überwiegend von Männern vertreten wird. Auch heute hat wieder ein Mann Ihrer Fraktion dazu gesprochen. Das wundert mich nicht; Sie haben ja kaum Frauen. Trotzdem wären einige Frauen da gewesen, die das besser und glaubwürdiger hätten vertreten können.

Herr Kollege Unterländer, Sie werden dabei tatkräftig von meinem katholischen Lieblings-Bischof Mixa, der sich auch in diese Debatte wieder mit passenden Bemerkungen eingemischt hat, unterstützt. Die konservativen Ideologen in Ihren Reihen bremsen die Anpassung des Familienbildes an die Realität.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Uns wird immer vorgeworfen, wir würden den allein selig machenden Lebensentwurf durchsetzen wollen, indem wir Kinderkrippen fordern. Das ist nicht wahr. Wir sind genauso wie Sie für die Wahlfreiheit, allerdings mit dem Unterschied, dass wir dafür sorgen wollen, dass diese Wahlfreiheit auch gewährleistet ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Moment gibt es keine Wahlfreiheit. Im Moment gibt es keine Kinderkrippen für die Menschen, die sie in Anspruch nehmen wollen. Lange Wartelisten und viel zu teure Angebote. Das ist keine Wahlfreiheit. Das haben Sie zu verantworten. Deshalb wollen Sie unsere Vorschläge mit dem Betreuungsgeld torpedieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man muss sich einmal klarmachen, wie vernagelt diese Eiferer sind, wenn sie diesen „Heimchenbonus“ gegen die Eltern einführen wollen.

(Helmut Guckert (CSU): Das ist eine Unverschämtheit!)

Es ist doch klar. Wer wird sich diesen Heimchen-Bonus nehmen? – Das werden Eltern sein, die, weil sie einer unteren Einkommensschicht angehören, dieses Geld gut gebrauchen können. Ob dieses Geld dann bei den Kindern ankommt, ist die nächste Frage. Sie erzielen damit außerdem den Effekt, dass Sie dieses Geld dem Ausbau der Kinderkrippen entziehen und Kinder aus bildungsfernen Schichten daran hindern, in einer Kinderkrippe, in einer Bildungseinrichtung, tatsächlich gefördert zu werden und vielleicht auch gute Zukunftsaussichten zu erhalten. Mit anderen Worten: Sie schlagen drei Fliegen mit einer Klappe. Das Geld wird falsch verwendet, die Kinder werden nicht gebildet und das Geld wird dem Kin-

derkrippen-Ausbau entzogen. Herzlichen Glückwunsch zu diesem Kunstgriff.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zur Wahlfreiheit möchte ich die Familienministerin zitieren. Ich weiß, dass Sie das nicht gerne hören. Ich kann es Ihnen aber nicht ersparen. Sie hat gesagt:

> Ich möchte den jungen Frauen vor allem raten, sich nicht entmutigen zu lassen und sich kein schlechtes Gewissen einreden zu lassen. Auch ich habe einmal als junge Ärztin mit Kind angefangen. Ich habe Zeiten zuhause verbracht und dann versucht zu arbeiten. Wie immer ich es hielt, es war nie recht. War ich zuhause, wurde ich von den Kollegen abgeschrieben, habe ich gearbeitet, kam der Vorwurf der Rabenmutter. Ich sage allen jungen Eltern: Macht es, wie ihr es für richtig haltet. Ihr habt meinen Respekt und meine Unterstützung.

Ihren Respekt und Ihre Unterstützung haben diese Eltern nicht; denn bei Ihnen herrscht noch immer das Rabenmütter-Image vor. Deshalb torpedieren Sie mit dieser Maßnahme den Ausbau der Kinderkrippen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sie tun damit den Kindern nichts Gutes. In einer Studie des Robert-Koch-Instituts zur Kinder- und Jugendgesundheit wurde festgestellt, dass Kinder aus benachteiligten Familien schlechtere Ergebnisse in Bezug auf Schullaufbahn, Gesundheit und psychische Gesundheit haben. Soweit sind die Ergebnisse noch klar. Allerdings wurde auch festgestellt, dass Kinder, die Krippen besuchen, psychisch weniger auffällig sind als solche, die zuhause bleiben. Hört, hört. Offensichtlich ist das Gegenteil von dem der Fall, was Sie ständig propagieren.

(Joachim Unterländer (CSU): Das ist unglaublich!)

Mittlerweile hat es sich fast überall herumgesprochen, dass frühkindliche Bildung das Startkapital für ein erfolgreiches Leben ist. Krippen sind Bildungseinrichtungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hier möchte ich aus einer weiteren Studie zitieren, die am Forschungszentrum für Erziehung und Arbeitsmarkt der Universität Maastricht veröffentlicht wurde. Darin wurde festgestellt: „Je länger ein Kind in eine Kindertageseinrichtung geht, umso mehr sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass das Kind später auf die Hauptschule kommt.“ Anders ausgedrückt: Viele Kita-Jahre sind eine gute Voraussetzung dafür, dass ein Kind später ein Gymnasium besuchen kann.

Man sieht aus der Studie sehr deutlich, dass die Kinder einkommensschwacher Eltern weniger lang im Kindergarten sind, und damit wird deutlich, dass die Bildungsbenachteiligung, über die wir in Deutschland diskutieren, dort anfängt.

(Zuruf von der CSU: Kindergärten sind ein anderes Thema!)

Präsident Alois Glück: Frau Kollegin, ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Renate Ackermann (GRÜNE): Es geht um Kitas. Kitas sind nicht Kindergärten. Da müssen Sie sich einmal informieren.

Sie haben bereits mit dem Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz ein äußerst schlechtes Gesetz abgeliefert, das Eltern, Kinder und Erzieherinnen nur Probleme bereitet. Bitte machen Sie nicht den nächsten Fehler, indem Sie jetzt den Ausbau der Kinderkrippen durch die Einführung einer parallelen Herdprämie behindern.

Wir wissen, dass die CSU ohnehin Schlusslicht im Meinungsbildungsprozess ist. Maßgebliche Politiker der CDU und auch Frau von der Leyen haben längst begriffen, dass der Krippenausbau notwendig ist, und stehen mit Ihrer Herdprämie auf Kriegsfuß. Frau von der Leyen hat gesagt, sie will das Geld lieber in frühkindliche Erziehung stecken als in Flachbildschirme. Hört, hört. Ihre Familienministerin misstraut den Eltern, wenn ich Ihre Worte gebrauchen will.

Präsident Alois Glück: Frau Kollegin, ich muss Sie noch einmal darauf hinweisen, jetzt ist Ihre Redezeit zu Ende.

(Zurufe von der CSU: Bravo!)

Renate Ackermann (GRÜNE): Ich werde mit einem Appell an die CSU schließen, von dem ich von vornherein überzeugt bin, dass er völlig umsonst ist, aber ich möchte ihn Ihnen trotzdem nicht ersparen: Nehmen Sie in Zukunft Familien ernster als heute. Verabschieden Sie sich von Ihrem antiquierten Familienbild. Helfen Sie mit, die Krippen auszubauen, und beenden Sie endlich diesen Krippenalbtraum, den Sie über dieses Land verbreiten.

(Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Das war ein rhetorischer Albtraum!)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Frau Staatsministerin Stewens.

Staatsministerin Christa Stewens (Sozialministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst zu Ihnen, Herr Kollege Wahnschaffe. Sie monieren, dass wir das Landeserziehungsgeld – übrigens im Nachtragshaushalt 2004 – gekürzt hätten. Tatsächlich haben wir aber das Landeserziehungsgeld umgestaltet, und um eine Anschlussleistung zu schaffen, geben wir in den kommenden Haushaltsjahren zusätzlich 75 Millionen Euro aus. Die SPD wollte das Landeserziehungsgeld gänzlich abschaffen. Was ist denn das für eine Scheinheiligkeit?

(Beifall bei der CSU)

Sie wollten es gänzlich abschaffen. Wir haben in Bayern seit 1989 eine Milliarde Euro für Familien ausgegeben in der Gründungsphase, also in der Phase, in der sie das Geld am dringendsten benötigen. Das nur noch einmal zur Richtigstellung.

Weiter möchte ich ganz klar sagen, dass die Worte, die hier gefallen sind, wie „Herdprämie“ und „Heimchen am Herd“ – –

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das haben wir nicht gesagt!)

– Das weiß ich. Solche Worte, Frau Kollegin Ackermann – damit man deutlich den Adressaten erkennt –, sind eine Beleidigung von 65 % der jungen Eltern, also von Müttern und Vätern, die sich entscheiden, freiwillig bei ihren Kindern zu Hause zu bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Ich meine, das ist eine Diffamierung unserer Familien.

(Beifall bei der CSU)

Man schickt so 65 % der Familien in die Asozialität. Man tut so, als ob die Frauen das Geld versaufen.

(Renate Ackermann (GRÜNE) meldet sich für eine Zwischenfrage)

– Nein, keine Zwischenfrage. Man tut so, als ob diese Frauen und Männer ausschließlich vor dem Fernseher sitzen und als ob all diejenigen, die Kinder haben, sozusagen asozial sind. Das ist eine pauschale Beleidigung von 65 % unserer Familien, und das ist für mich absolut intolerabel.

(Beifall bei der CSU)

Außerdem möchte ich Ihnen sagen, nach der vorliegenden Erhebung haben wir jetzt 10 % Betreuung für Kinder unter drei Jahren, und zwar altersgemischte Gruppen, Krippen und Tagesmütter. Kein Land in Deutschland hat so rasant die Kinderbetreuung für die Kinder unter drei Jahren ausgebaut wie Bayern.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Weil es notwendig war!)

– Das war notwendig, keine Frage. Ich habe mich auch selbst intensiv dafür eingesetzt. Ich stehe auch dazu, und wir werden die Betreuung für die Kinder unter drei Jahren weiter ausbauen. Sie haben durchaus recht: Zur Wahlfreiheit gehört der Ausbau der Kinderbetreuung für die Kinder unter drei Jahren.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Wahlfreiheit gehört auch, dass man die Lebensentwürfe der Frauen, die sagen, ich tue das gern, ich bleibe gern zu Hause, das macht mir Spaß, das ist eine tolle Tätigkeit, nicht einfach in den Papierkorb wirft und den Eltern sagt, dieser Lebensentwurf ist nichts.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das sagen wir nicht!)

Doch. Sie erteilen Ratschläge. Frau Kollegin Strohmayr, wenn Sie und die SPD endlich einmal aufhören würden, Eltern ununterbrochen etwas zu raten. Lassen Sie sie doch sich selbst verwirklichen. Ich stehe auf der einen Seite für den Ausbau der Kinderbetreuung, aber ich sage auf der anderen Seite, jeder Krippenplatz kostet den Staat – also Bund, Länder und Kommunen – circa 1000 bis 1500 Euro im Monat. Deshalb kann ich nur sagen, es ist gerecht, wenn wir denjenigen, die die familiäre Kinderbetreuung erbringen, mindestens einen Betrag von 150 Euro geben – ich bin der festen Überzeugung, das Geld wird nicht versoffen –, um die familiäre Leistung unserer Familien anzuerkennen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Frau Kollegin Ackermann hat sich für eine Zwischenbemerkung gemeldet. Ich mache nur darauf aufmerksam, ab 19 Uhr kann nicht mehr abgestimmt werden. Wenn die Kollegin ihre Zwischenbemerkung macht und es eine Antwort gibt, wird es wahrscheinlich keine Abstimmung mehr geben. Nach der Geschäftsordnung haben Sie aber einen Anspruch, Frau Kollegin.

Renate Ackermann (GRÜNE): Vielen Dank für die Belehrung, Herr Präsident. Dabei ist natürlich auch Zeit vergangen.

Frau Ministerin, woher wissen Sie denn, dass 65 % der Eltern freiwillig zu Hause bleiben? Könnte es nicht sein, dass sie keinen Krippenplatz gefunden haben?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das war die eine Frage. Die andere Frage lautet: Können Sie akzeptieren, dass es Eltern gibt, die arbeiten müssen, um ihre Familie zu ernähren? Sind Sie bereit, denen zu helfen, ohne sie zu diskriminieren, und ihnen Betreuungsplätze und Bildungsplätze für ihre Kinder zur Verfügung zu stellen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Frau Staatsministerin, bitte.

Staatsministerin Christa Stewens (Sozialministerium): Frau Kollegin Ackermann, selbstverständlich gibt es viele Eltern, junge Mütter und Alleinerziehende, die allein aus finanziellen Gründen erwerbstätig sein müssen. Das ist überhaupt keine Frage. Wir sind natürlich bereit – –

(Unruhe)

– Jetzt hören Sie doch einmal zu. Wir sind natürlich bereit, die Betreuungsplätze auszubauen. Das wissen Sie auch ganz genau. Dafür verwenden wir 580 Millionen Euro im

Jahr. Die Haushaltsansätze werden Jahr für Jahr angepasst.

Das halte ich für wichtig; das ist für mich überhaupt keine Frage. Das Deutsche Jugendinstitut hat aber Umfragen durchgeführt, bei denen für Bayern herausgekommen ist, dass 69 % der Eltern sagen, sie würden lieber die ersten drei Jahre zu Hause bleiben und nicht erwerbstätig sein.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung . Ich bitte, sich darauf zu konzentrieren.

Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 15/8299 abstimmen. Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen? – SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dem Dringlichkeitsantrag zugestimmt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 15/8314. Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Nun lasse ich noch über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 15/8315 abstimmen. Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind wiederum die beiden Oppositionsfraktionen. Gegenstimmen? – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die restlichen Dringlichkeitsanträge 15/8300, 15/8301, 15/8302 und 15/8303 werden an die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

Damit ist die Beratung abgeschlossen. Weitere Themen können nicht mehr aufgegriffen werden. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 19.00 Uhr)

Bayerischer Landtag
15. Wahlperiode

zur 95. Vollsitzung am 13. 06. 2007

Anlage zur Tagesordnung der 95. Plenarsitzung:

Erste Lesungen
(Tagesordnungspunkt 4)

Gesetzentwürfe und Staatsverträge, die ohne Aussprache an die jeweils federführenden Ausschüsse überwiesen werden sollen

1. Gesetzentwurf der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Ingrid Heckner u.a. CSU
   zur Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes
   Drs. 15/8231

   Zuweisungsvorschlag:
   Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport

2. Antrag der Staatsregierung
   auf Zustimmung zum Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Übertragung von Aufgaben nach § 9 Abs. 1 und § 10 Handelsgesetzbuch
   zur Errichtung und zum Betrieb eines gemeinsamen Registerportals der Länder
   Drs. 15/8274

   Zuweisungsvorschlag:
   Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen

Bayerischer Landtag
15. Wahlperiode

Drucksache 15/**8640**
12.07.2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport

Gesetzentwurf der Abgeordneten
Prof. Dr. Gerhard Waschler, Ingrid Heckner u.a. CSU
Drs. 15/**8231**

zur Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass in § 2 als Datum des Inkrafttretens der „1. August 2007“ eingefügt wird.

Berichterstatterin: **Ingrid Heckner**
Mitberichterstatterin: **Karin Pranghofer**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes, der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und der Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur haben den Gesetzentwurf mitberaten.
   Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 84. Sitzung am 28. Juni 2007 beraten und einstimmig mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Gesetzentwurf in seiner 87. Sitzung am 10. Juli 2007 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.
4. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf in seiner 176. Sitzung am 10. Juli 2007 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.
5. Der Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur hat den Gesetzentwurf in seiner 82. Sitzung am 11. Juli 2007 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.
6. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf in seiner 73. Sitzung am 12. Juli 2007 endberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Prof. Dr. Gerhard Waschler
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Parlamentspapiere abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen/Tagesübersicht zur Verfügung.

Bayerischer Landtag
15. Wahlperiode

Drucksache 15/**8676**
17.07.2007

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Abgeordneten **Prof. Dr. Gerhard Waschler, Ingrid Heckner**, Georg Eisenreich, Konrad Kobler, Eduard Nöth, Reinhard Pachner, Franz Josef Pschierer, Hans Rambold, Eberhard Rotter, Berthold Rüth, Peter Schmid, Reserl Sem, Georg Stahl, Blasius Thätter, Gerhard Wägemann **CSU**

Drs. 15/**8231**, 15/**8640**

Gesetz zur Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes

§ 1

Das Bayerische Lehrerbildungsgesetz (BayLBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Dezember 1995 (GVBl 1996 S. 16, ber. S. 40, BayRS 2238-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juli 2006 (GVBl S. 401), wird wie folgt geändert:

1. Art. 6 Abs. 1 Satz 5 erhält folgende Fassung:

   „[5]Der Ersten Lehramtsprüfung für berufliche Schulen entspricht auch eine im Geltungsbereich dieses Gesetzes abgelegte Diplom- oder Masterprüfung für Berufs- oder Wirtschaftspädagogen, wenn sie den Anforderungen des Lehramts genügt und daneben ein mindestens einjähriges einschlägiges berufliches Praktikum oder eine abgeschlossene einschlägige Berufsausbildung nachgewiesen wird; die Studien- und Prüfungsordnungen sind im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus zu erlassen.“

2. In Art. 19a wird der bisherige Text Satz 1 und folgender Satz 2 angefügt:

   „[2]Mit Genehmigung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus kann ferner für das Lehramt an beruflichen Schulen abweichend von der in Art. 4 Abs. 1 Satz 1 getroffenen Regelung auch ein integriertes Studium von Universitäten und Fachhochschulen als Modellversuch erprobt werden; die Absolventen des integrierten Studiengangs haben abweichend von Art. 26 Abs. 1 Nr. 1 BayBG Zugang zur Laufbahn des höheren Dienstes.“

§ 2

Dieses Gesetz tritt am 1. August 2007 in Kraft.

Der Präsident

I.V.

Barbara Stamm
I. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Parlamentspapiere abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen/Tagesübersicht zur Verfügung.

Bayerischer Landtag
15. Wahlperiode Plenarprotokoll

15/99

17.07.2007

99. Sitzung

**am Dienstag, dem 17. Juli 2007, 13.00 Uhr,
in München**

Geschäftliches 7413

Geburtstagswünsche für die Abgeordneten Staatsminister **Josef Miller** und **Walter Nadler** 7413

Regierungserklärung
des Ministerpräsidenten zum Thema **„Bayern 2020: Kinder, Bildung, Arbeit“**

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber 7413,7444
Franz Maget (SPD) 7424
Dr. Sepp Dürr (GRÜNE) 7432
Joachim Herrmann (CSU) 7439

Erste Lesungen zu Gesetzentwürfen, die **ohne Aussprache** an die jeweils federführenden Ausschüsse **überwiesen** werden sollen (s. a. Anlage)

Beschluss 7445

Gesetzentwurf der Abg. Prof. Dr. Gerhard Waschler, Ingrid Heckner u. a. (CSU)
zur **Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes** (Drs. 15/8231)
– Zweite Lesung –

Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses (Drs. 15/8640)

Beschluss 7445

Schlussabstimmung 7446

Antrag der Staatsregierung
auf **Zustimmung zum Entwurf eines Zusatzprotokolls zum Vertrag zwischen dem Bayerischen Staate und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern vom 15. November 1924 gemäß Art. 72 Abs. 2 der Verfassung des Freistaates Bayern** (Drs. 15/7745
– Zweite Lesung –

Beschlussempfehlung des Hochschulausschusses (Drs. 15/8584)

Beschluss 7446

Antrag der Staatsregierung
auf **Zustimmung zum Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Übertragung von Aufgaben nach § 9 Abs. 1 und § 10 Handelsgesetzbuch zur Errichtung und zum Betrieb eines gemeinsamen Registerportals der Länder** (Drs. 15/8274)
– Zweite Lesung –

Beschlussempfehlung des Verfassungsausschusses (Drs. 15/8627)

Beschluss 7446

Schluss der Sitzung 7446

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Parlamentspapiere abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen/Tagesübersicht zur Verfügung.

(Beginn: 13.02 Uhr)

Präsident Alois Glück: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 99. Vollsitzung des Bayerischen Landtags.

Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Sie ist natürlich erteilt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich zwei Glückwünsche aussprechen. Der Bayerische Staatsminister für Landwirtschaft und Forsten, Herr Kollege Josef Miller, feierte am 12. Juli einen runden Geburtstag. Herr Kollege Walter Nadler hat heute Geburtstag. Er hat heute Abend eine gute Gelegenheit, ihn zu feiern. Ich gratuliere beiden Kollegen im Namen des ganzen Hauses und wünsche ihnen alles Gute.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Regierungserklärung
des Ministerpräsidenten zum Thema „Bayern 2020: Kinder, Bildung, Arbeit“

Hierzu erteile ich dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber: Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen, meine Herren! Das renommierte Prognos-Institut aus Basel hat kürzlich alle 439 kreisfreien Städte und Landkreise in Deutschland genau unter die Lupe genommen. Das Ergebnis: Unter den zehn Städten und Landkreisen mit den besten Zukunftschancen waren acht aus Bayern. Ich zitiere einen entscheidenden Satz aus der Studie:

> Vor allem Städte und Landkreise in Bayern lassen den Rest der Republik zunehmend hinter sich.

Das war beileibe nicht immer so. Erst Mitte der 1980er-Jahre haben wir nach einer langen Aufholjagd den deutschen Durchschnitt im Bruttoinlandsprodukt pro Kopf erreicht. Erst in den späten 1980er-Jahren hat Bayern beim Länderfinanzausgleich den Sprung vom Nehmerland zum Geberland geschafft – als einziges Land auf dauerhafter Basis.

Heute liegen wir mit 117 % des Bundesdurchschnitts bei der Wirtschaftskraft mit an der Spitze. Bayern ist heute auf allen wichtigen Gebieten Benchmark in Deutschland.

Unsere heutige Spitzenposition beim Wachstum und beim Pro-Kopf-Einkommen, unsere Vorreiterrolle bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze und beim Abbau der Neuverschuldung, unsere Topwerte bei Bildungsvergleichen und Hochschulrankings sind keine Selbstläufer. Das ist die Leistung der Menschen aller Regionen und aller vier Stämme in Bayern. Das ist die Leistung unserer Unternehmer und Handwerker, unserer Arbeitnehmer und Wissenschaftler, unserer Lehrer und unserer Verwaltung. Das ist aber auch die Leistung einer vorausschauenden und gezielten Wachstums- und Modernisierungspolitik in Bayern.

Die Geschichte des modernen Bayern ist ein beispielloser Aufholprozess, der uns vom Schlusslicht an die Spitze der deutschen Länder geführt hat. Bayern nach vorn zu bringen, war das Ziel aller Bayerischen Ministerpräsidenten. Den Vorsprung weiter auszubauen, Bayern dauerhaft eine stärkere Dynamik zu geben, war das Ziel der vier von mir geführten Staatsregierungen.

Inzwischen haben auch andere Länder in Deutschland und Europa mit einer ähnlichen Politik die Weichen in Richtung Zukunft gestellt. Neue Herausforderungen sind hinzugekommen: die demografische Entwicklung mit all ihren unterschiedlichen Folgen für Bayern, die immer schneller voranschreitende Globalisierung, der weltweite Klimawandel. Wer im Wettbewerb stehen bleibt, fällt zurück. Wer auch im Jahr 2020 an der Spitze stehen will, muss heute die richtigen Weichen stellen.

Deshalb habe ich im Sommer des letzten Jahres den Wissenschaftlich-Technischen Beirat der Staatsregierung mit einem Zukunftsgutachten beauftragt. Der Wissenschaftlich-Technische Beirat, den noch mein Vorvorgänger Franz Josef Strauß ins Leben gerufen hatte, hatte bereits in den 1990er-Jahren wichtige Impulse zu Reformvorhaben wie der Hochschulreform und den Technologieprogrammen gegeben.

Meine Zielvorgabe für dieses neue Gutachten war, zu den Schlüsselthemen der Zukunft „Kinder, Bildung, Arbeit“ Ideen und Empfehlungen zu entwickeln. Auf diesen Feldern muss sich Bayern beweisen, damit wir auch im Jahr 2020 im Wettbewerb bestehen können, damit unsere Menschen hier Arbeit finden und Bayern lebendige und traditionsverbundene Heimat bleibt. Ich danke allen Mitgliedern der Kommission, die sich dieser Aufgabe gestellt haben, namentlich ihrem Vorsitzenden Prof. Dr. Henzler.

Diese Empfehlungen waren Grundlage für die weiteren Beratungen und erste Entscheidungen, die Kabinett und Mehrheitsfraktion gemeinsam getroffen haben. Ich danke allen Beteiligten in der CSU-Fraktion und der Staatsregierung für ihre engagierten Beiträge bei der konkreten Erarbeitung unseres Investitions- und Zukunftsprogramms „Bayern 2020: Kinder, Bildung, Arbeit“.

Mein Dank gilt Joachim Herrmann, der als Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender der Haushaltsstrukturkommission das Programm maßgeblich mitgestaltet hat. Ich danke ganz besonders Günther Beckstein, der sich und seine Ideen mit hohem Engagement in Bayern 2020 eingebracht hat. Beide stehen wie die gesamte Mehrheitsfraktion voll hinter dem Programm.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, heute stelle ich Ihnen Grundzüge und Leitlinien von Bayern 2020 vor. Dieses Programm setzt fort, was wir in den Neunzigerjahren begonnen haben, nämlich Bayern immer wieder Vorsprünge zu erarbeiten und zu sichern.

Mit unseren beiden deutschlandweit einzigartigen Investitionsprogrammen „Offensive Zukunft Bayern“ und „Hightech-Offensive“ haben wir 4,3 Milliarden Euro aus Privatisierungserlösen flächendeckend in die Zukunft Bayerns

investiert, vor allem in Forschung, Innovation, Wissenschaft und Existenzgründungen.

Wir haben unserer Hochschullandschaft neue, entscheidende Impulse gegeben, zum Beispiel mit neuen Fakultäten und sieben neuen Fachhochschulen.

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Und Studiengebühren!)

Parallel dazu haben wir das damals modernste Hochschulrecht Deutschlands geschaffen – gegen erbitterten Widerstand.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ja, ja!)

Wir haben bundesweit einzigartige Leuchtturmprojekte geschaffen, zum Beispiel den Forschungsreaktor München II, der modernste Neutronenforschung ermöglicht. Das gibt es sonst nirgends in Deutschland. Das gab zum Beispiel den entscheidenden Impuls für die Ansiedlung des europäischen Forschungs- und Entwicklungszentrums von General Electric nicht in Paris, nicht in London, nicht in Berlin, sondern in Garching.

Wir haben massiv Kompetenzzentren gefördert für neue Arbeitsplätze im ganzen Land. Martinsried ist heute europaweit führend im Bereich der Biowissenschaften. Vor 20 Jahren – vor zwei Jahrzehnten! – war dort noch grüne Wiese. Heute blühen dort die Wissenschaften. Auch deshalb baut zum Beispiel der Pharma-Riese Roche seinen Standort Penzberg zu einem weltweit führenden Zentrum für Biotechnologie aus. Und Erlangen, Mitte der Neunzigerjahre in einer schweren Krise, ist heute durch unsere gezielten Investitionen ein führender Standort der Medizintechnik. Das zeigt: Unsere Politik hat viel bewegt für zukunftsfähige Arbeitsplätze!

Die Politiker der Opposition dagegen – ich erinnere mich noch sehr gut daran – beschränkten sich seinerzeit

(Franz Maget (SPD): Welche sind das denn? – Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

auf pure Ablehnung unserer Privatisierungspolitik.

(Zurufe von der CSU: Hört, hört!)

Von „Verschleuderung des Tafelsilbers“ war die Rede. Ich habe damals gesagt: Das ist Unsinn. Ich kann es noch deutlicher sagen: Wir haben aus altem Vermögen neues gemacht mit einer hohen Dividende für das ganze Land.

(Beifall bei der CSU)

Die Wirtschaftskraft, die Arbeitsplätze, die Staatsfinanzen, die Bildung, die innere Sicherheit, die Kultur – überall ist Bayern heute weit vorn,

(Lachen bei den GRÜNEN)

und das bei einem ausgeglichenen Haushalt. Andere Länder sind zum Teil weit abgeschlagen und haben zudem eine wesentlich höhere Pro-Kopf-Verschuldung als wir. Die anderen Länder orientieren sich an Bayern und wollen uns einholen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Oh, oh!)

Ich frage mich schon, meine sehr verehrten Damen und Herren, und vor allem Sie, meine Damen und Herren von der Opposition: Was wollen Sie denn eigentlich?

(Franz Maget (SPD): Zuhören! – Weitere Zurufe von der SPD)

Aber über Ihr Genörgel geht die Zeit hinweg.

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Also wissen Sie: Ein Oppositionsführer von den GRÜNEN damals ist heute bei der CSU.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Ein anderer von der SPD hat sich auf den Chefsessel des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge geflüchtet.

(Anhaltende Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN – Glocke des Präsidenten)

Die Dritte, einst Hoffnungsträgerin der bayerischen Genossen, ist – ich muss fast sagen: leider – schon längst nicht mehr in der Landespolitik tätig.

(Susann Biedefeld (SPD): Und Sie gehen jetzt auch in den Ruhestand! – Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Meine Damen und Herren, das Wort hat der Herr Ministerpräsident. Sie haben anschließend die Gelegenheit zur Aussprache.

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber: Ich weiß, dass Sie das aufregt, aber es ist die bittere Wahrheit.

(Beifall bei der CSU – Anhaltende Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Der aktuelle Oppositionsführer ist mit seiner Partei unter 20 % „im Tief fest verwurzelt“. Und er redet weiter munter davon, Volkspartei zu sein.

(Susann Biedefeld (SPD): Wer muss denn so reden?)

Die einzige Volkspartei in Bayern ist und bleibt die CSU, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Diese Erkenntnis sollte Sie aber nicht davon abhalten, heuer ein besonders rundes Jubiläum zu feiern: 50 Jahre Opposition in Bayern am Stück! Dazu sage ich Ihnen im Namen der Staatsregierung und der gesamten CSU: Herzlichen Glückwunsch! Weiter so!

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Warum wollen Sie dann gehen? Das würde mich schon interes-

sieren! – Susann Biedefeld (SPD): Er muss gehen!)

Meine Damen und Herren, die Vision unserer Politik, die Idee von „Offensive Zukunft Bayern“ und „Hightech-Offensive“ war: Bayern braucht einen Innovationsschub.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Das sichert unsere Wettbewerbsfähigkeit und schafft die Arbeitsplätze von morgen. Denn wir müssen immer so viel besser sein, wie wir letztlich auch teurer sind.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Nein, das stimmt nicht!)

Wir müssen unseren Wettbewerbern immer einen Schritt voraus sein – gerade als ein Land, das 47 % seines Wohlstands durch Export erwirtschaftet. Die Ergebnisse zeigen: Unser Ansatz war richtig.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Und warum geht er dann, wenn er so gut ist?)

In den Jahren 1993 bis 1995 lag das bayerische Wirtschaftswachstum noch leicht unter dem Bundesdurchschnitt. Mit der „Offensive Zukunft Bayern“ und der „Hightech-Offensive“ folgte dann ab dem Jahr 1996 ein regelrechter Wachstumsschub. In den zehn Folgejahren lag Bayern mit einem durchschnittlichen Wachstum von 2,4 % jährlich um einen ganzen Prozentpunkt über dem Bundesschnitt. Das heißt, die Wohlstandsschere öffnete sich deutlich zugunsten Bayerns. Jetzt, im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts, geht es darum, Bayern einen zusätzlichen Schub zu geben, um unsere Spitzenposition bei Wachstum und Beschäftigung zu verteidigen und weiter auszubauen, damit unser Land und unsere Gesellschaft nachhaltig stabil und lebenswert bleiben.

(Susann Biedefeld (SPD): Das macht dann Ihr Nachfolger!)

In den Neunzigerjahren lag der Schwerpunkt unserer Programme bewusst auf der Technologie- und Innovationsförderung. Wichtige Industrien wie die Unterhaltungsindustrie, die Textilindustrie, die Möbelindustrie oder die Keramikindustrie sind damals im Zuge der Globalisierung weggebrochen. Ich nenne nur das Beispiel Grundig.

Deshalb haben wir die Voraussetzungen für neue, zukunfts- und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze geschaffen – mit Schwerpunkten auf Forschung, Innovation und Hochtechnologie.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): In Selb, in Weiden!)

Jetzt sind auch Staaten wie China oder Indien mit ihrer Milliardenbevölkerung in den globalen Wettbewerb eingetreten. China bildet schon heute jedes Jahr weit mehr als eine halbe Million Ingenieure aus. Die Tendenz ist weiter steigend. Indien ist auf dem Weg zu einem äußerst dynamischen Global Player. Das Land gilt inzwischen als Weltmarktführer bei der Software-Entwicklung. Wir müssen also alles tun, um unsere Innovationskraft zu erhalten und zu steigern. Das heißt im Besonderen: Wir brauchen eine optimale Förderung unserer Kinder und Jugendlichen. Das ist gut für das Land. Das ist aber auch gut für den Einzelnen selbst. Kein Talent darf verloren gehen. Der Rohstoff Geist ist das Wertvollste, was wir haben.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Gut erkannt! – Ludwig Wörner (SPD): Das fällt Ihnen nur zu spät ein! – Franz Schindler (SPD): Zehn Jahre zu spät!)

Das sind Investitionen in die Köpfe. Das schafft Zukunft. Kinder sind unsere Zukunft. Deshalb heißt der erste Schwerpunkt unseres Programms Bayern 2020 ganz bewusst: Kinder.

Wir müssen heute feststellen, dass immer weniger Menschen ihren Kinderwunsch realisieren. Dazu eine Zahl: 1960 wurden in Bayern über 170 000 Kinder geboren. 2005 waren es noch knapp über 100 000. Ein Rückgang um 40 %!

(Franz Maget (SPD): Das Ergebnis Ihrer Familienpolitik! – Thomas Kreuzer (CSU): So ein Blödsinn! Woanders ist es viel schlechter!)

Familien zu stärken, Mut zu Kindern zu machen, für eine familienfreundliche Gesellschaft zu kämpfen, ist Aufgabe der Politik. In den letzten Jahren hat es durchaus Veränderungen in unserer Familienpolitik gegeben.

(Zurufe von der SPD: Ach ja?!)

Das will ich gar nicht bestreiten. Im Gegenteil: Es war immer die große Stärke der CSU, zur rechten Zeit gesellschaftliche Veränderungen aufzugreifen und sich auf der Grundlage unserer festen Wertebasis weiterzuentwickeln.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Zur rechten Zeit, das ist gut gesagt!)

Mütter wollen heute stärker erwerbstätig sein. Dafür gibt es vielfältige Gründe: Ökonomische Zwänge, veränderte Biografien, Lebensentwürfe und Lebenswirklichkeiten sowie die hervorragende Ausbildung junger Frauen.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Haben Sie das auch schon verstanden?)

Unabhängig davon müssen wir feststellen, dass in manchen Familien die Erziehungskraft nachgelassen hat. Das hat zu Vernachlässigungen und Verwahrlosungen von Kindern geführt. Deshalb müssen wir noch mehr für unsere Kinder tun.

Wir haben schon in den vergangenen Jahren gewaltige Anstrengungen unternommen, um die Kinderbetreuung in Bayern auszubauen. Dabei setzen wir nicht wie die Opposition nur stur auf Krippen, sondern auf die ganze Breite von Betreuungsmöglichkeiten, also gerade auch auf private Initiativen und Tagesmüttermodelle.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Betreuungs-Mixa!)

Wahlfreiheit bedeutet nicht nur bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Wahlfreiheit heißt auch, zwischen verschiedenen Betreuungsformen und Betreuungsmöglichkeiten wählen zu können. Zu dieser Wahlfreiheit gehört für uns zum einen das Landeserziehungsgeld, das wir als eines von leider nur vier Ländern gewähren. Zum anderen gehört dazu künftig aber auch das Betreuungsgeld für die Familien, die ihre Kinder nach wie vor – aus welchen Gründen auch immer – zu Hause betreuen und erziehen wollen. Damit wollen wir die Gerechtigkeitslücke für diejenigen Familien schließen, die ihre Kinder zu Hause erziehen und die dafür keine staatlichen Leistungen in puncto Betreuung in Anspruch nehmen. Das ist für uns wesentlich.

Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, machen unser Betreuungsgeld, das wir fordern, als „Herdprämie" madig. Das, was Sie hier tun, ist ungeheuerlich. Sie unterstellen pauschal den Eltern, sie würden das Geld nicht zum besten Wohl ihrer Kinder einsetzen.

(Franz Maget (SPD): Sie unterstellen das! Frau von der Leyen unterstellt das!)

Das mag in Einzelfällen zutreffen. Mit dieser abwertenden Wortwahl, mit dieser Diffamierung treffen Sie aber Millionen von Hausfrauen, Müttern und Eltern.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Wenn man diese Leistung als „Herdprämie" diffamiert, klingt das in den Ohren Einzelner ganz gut. Was tun Sie aber damit? Mit dieser Diffamierung treffen Sie Millionen von Hausfrauen, Müttern und Eltern, die Tag für Tag eine gewaltige Leistung erbringen. Die fühlen sich damit von Ihnen diffamiert, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das wollen wir auch herausstellen.

(Beifall bei der CSU)

Ich versichere Ihnen auch, dass es die CSU niemals zulassen wird, dass diese Lebensleistung nicht mehr den Respekt und die Anerkennung erhält, die sie verdient.

Meine Damen und Herren, aller negativen Propaganda der Opposition zum Trotz: Wir haben die Betreuung massiv ausgebaut.

(Simone Tolle (GRÜNE): Verwahranstalten haben Sie gemacht!)

Bayern kann sich im Vergleich mit den westdeutschen Flächenländern sehen lassen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Letzter Platz!)

Bei den Kindern unter drei Jahren haben wir eine Bedarfsdeckung von etwa 10 %. Für die Kinder im Kindergartenalter haben wir eine absolute Bedarfsdeckung. Seit 2001 haben wir die Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren verdreifacht.

(Susann Biedefeld (SPD): Von welchem Niveau aus?)

Allein im letzten Jahr sind fast 10 000 neue Betreuungsplätze entstanden. Das zeigt, dass unser 313-Millionen-Euro-Sonderprogramm ein durchschlagender Erfolg war. Daran schließen wir an. Mit Bayern 2020 werden wir die Kinderbetreuungsmöglichkeiten weiter bedarfsgerecht ausbauen und ganz gezielt Investitionsvorhaben der Träger zusätzlich fördern. Wir wollen rund 30 000 neue Betreuungsplätze schaffen. Dafür sind im Programm Bayern 2020 für die Startphase 100 Millionen Euro vorgesehen. Das ist ein entscheidender Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit, und es ist auch ein großer Schub für mehr Wahlfreiheit für die Eltern.

Neben dem quantitativen Ausbau der Betreuung geht es uns natürlich auch darum, die Qualität von Betreuung und Erziehung zu steigern. Deshalb haben wir schon 2005 als erstes Land einen Bildungs- und Erziehungsplan für den Kindergarten vorgelegt und so die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse zur frühkindlichen Bildung umgesetzt. Wir haben die Sprachförderung auf neue Grundlagen gestellt: In Bayern gilt, dass künftig niemand in den Regelunterricht kommt, der kein Deutsch versteht. Die deutsche Sprache ist wichtig für alle Kinder. Daran entscheidet sich, ob sie später als Erwachsene am kulturellen, am politischen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Im Rahmen von Bayern 2020 werden wir die Sprachförderung für alle Kinder, die hier Defizite haben, also auch für deutsche Kinder, entscheidend weiter verbessern. Hier kommt es in besonderer Weise auch auf unsere Erzieherinnen und Erzieher an. Wir werden sie in die Lage versetzen, sich dieser Aufgabe zu stellen.

Für Qualitätsverbesserungen in der Kinderbetreuung stellen wir im Rahmen von Bayern 2020 zusätzlich 40 Millionen Euro bereit.

Meine Damen, meine Herren, der zweite Schwerpunkt unseres Programms Bayern 2020 heißt: Bildung.

Seit 50 Jahren, seit 1957, regiert die CSU ununterbrochen in Bayern.

(Zuruf von der CSU: Gott sei Dank!)

Wir konnten deshalb auch eine kontinuierliche und konsequente Bildungspolitik für unsere Kinder betreiben.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Diese Bildungspolitik war mit Voraussetzung für den Aufhol- und den Überholprozess Bayerns.

Unser Ziel lautete zu jeder Zeit: Beste Bildung für unsere Kinder.

(Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen, meine Herren von der Opposition: Da ich schon eine geraume Zeit hier im Landtag bin, seit 1947,

(Lebhafte Heiterkeit und Verwunderung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

habe ich eine ganze Reihe von Debatten im Kopf. Was meinen Sie, wie Bayern heute dastünde, wenn Hans Maier und Hans Zehetmair damals die Bildungspolitik der SPD-regierten Länder

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

mitgemacht hätten! Das Ziel so mancher Bildungsexperimente der 70er- und 80er-Jahre war doch: Gesellschaftsveränderung über die Schulen, Gleichmacherei, Niveauabsenkung, Diffamierung von Tugenden wie Fleiß, Pünktlichkeit und Disziplin. Das waren in vielen Ländern keine besonderen Sekundärwerte mehr. Mit einer solchen Bildungspolitik wäre Bayern kaum an die Spitze der Länder in Deutschland vorgestoßen. Bildung, die Niveau hat, Bildung, die Anforderungen stellt, war in Bayern immer zu Hause.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Das vor allem hat unser Land stark und wettbewerbsfähig gemacht, und an dem Ergebnis können Sie nicht vorbei. Warum haben wir in den letzten Jahrzehnten in all diesen Bereichen alle anderen Länder mehr oder weniger überholt? Die alten Experimente auf Kosten der Kinder sind in der Zwischenzeit großflächig gescheitert. Die Pisa-Ergebnisse waren für viele Länder ein ernüchternder Weckruf.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Auch und ganz speziell für Bayern!)

Diese Länder wollen jetzt zu uns aufholen, sie orientieren sich an Bayern.

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD))

Ich kann Ihnen nur empfehlen: Lesen Sie einmal die Äußerungen meiner Kollegen Jürgen Rüttgers, Roland Koch und Christian Wulff. Immer wieder wird – sozusagen in der Vorgabe dieser Ministerpräsidenten für ihre Länder – als Ziel angegeben, Bayern zu erreichen, Bayern zu überholen, sich an die Spitze zu setzen.

(Susann Biedefeld (SPD): Die gehen weg vom dreigliedrigen Schulsystem! – Gegenruf von der CSU: Stimmt überhaupt nicht!)

Die Ideale unserer bayerischen Bildungspolitik haben sich wieder durchgesetzt.

Bei aller aktuellen Diskussion über Schulstress und Überforderung will ich einmal eines festhalten: Schule heißt auch Vorbereitung auf das Leben. Und das Leben bringt Anstrengung mit sich und fordert dem Einzelnen Leistung ab. Auch darauf muss die Schule vorbereiten. Verzicht auf Leistung hilft unseren Schülern überhaupt nicht, weil dann der Berufseinstieg umso schwieriger wird.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Meine Damen, meine Herren, auch für die Bildung gilt: Der Wettbewerb ist nicht mehr nur national, er ist global – und er ist schärfer geworden. Deshalb gewinnt Bildung einen noch höheren Stellenwert, als sie ihn bisher schon hatte. Bildung ist heute der wichtigste und nachhaltigste Beitrag für die weitere Entwicklung Bayerns, und Bildung ist das Megathema des 21. Jahrhunderts.

(Beifall bei der CSU)

Bildung, der Rohstoff Geist, ist die einzige Ressource, die wir haben und die wir sogar vermehren können, und das wollen wir tun.

Bildung ist der Schlüssel zum Wohlstand und zur Zukunft in einer immer komplexer werdenden Welt im globalen Wettbewerb.

Bildung ist die Chance für unsere Kinder, etwas aus ihrem Leben zu machen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Aber nur für die Reichen in Bayern! – Starker Widerspruch bei der CSU)

Nicht Umverteilung, sondern Bildung ist die entscheidende Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit.

(Beifall bei der CSU)

Bildung ist die beste Vorsorge für Beruf und Leben. Bei allen unseren bildungspolitischen Reformen stand das hohe Niveau bayerischer Bildung nie zur Disposition – im Gegenteil: Wir haben die einzelnen Schularten gezielt weiter gestärkt,

(Lachen bei der SPD)

zum Beispiel durch neue Lehrpläne, die sechsstufige Realschule oder die Einführung von Praxis- und Mittlere-Reife-Klassen an den Hauptschulen. Wir haben das Gymnasium durch die Verkürzung auf acht Jahre national und international wettbewerbsfähig gehalten

(Zuruf von den GRÜNEN)

und gleichzeitig die hohe Qualität der Ausbildung gesichert.

Meine Damen, meine Herren, unser Programm Bayern 2020 setzt innerhalb der Bildungspolitik einen klaren Schwerpunkt bei den Hauptschulen. Es geht hier um mehr als ein Drittel aller 10- bis 16-jährigen Jugendlichen in Bayern.

(Zuruf von der SPD)

Die Hauptschule hat in Bayern Zukunft!

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Als ich vor Kurzem beim Hauptschulgipfel in Ingolstadt war, hat mich eine Zahl beeindruckt: Mehr als die Hälfte aller gewerblichen Azubis im AUDI-Stammwerk haben Hauptschulabschluss. Und im bayerischen Handwerk kommen mehr als zwei Drittel aller Lehrlinge aus der Hauptschule.

(Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich halte manche Aussagen der Damen und Herren von der Opposition in diesem Zusammenhang für verantwortungslos,

(Beifall bei der CSU)

und ich fordere Sie auf: Machen Sie nicht ständig die Hauptschulen madig und damit die Schülerinnen und Schüler, die dort lernen, und die Lehrkräfte, die sie unterrichten!

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD – Susann Biedefeld (SPD): Sie machen die Hauptschule kaputt!)

Sie müssen sich einmal darüber klar werden – aber Sie haben wahrscheinlich nicht genügend Kontakt zur Bevölkerung –,

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Oh, oh!)

wie Ihre Tiraden bei den Hauptschülerinnen und -schülern und deren Eltern ankommen. Aber das ist Ihr Problem, genauso wie die Tatsache, dass Sie in der Sache nichts zu entscheiden haben.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN – Susann Biedefeld (SPD): Sie haben auch nichts mehr zu entscheiden! Vorbei ist's!)

Wir werden die Hauptschule weiter stärken,

(Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

um ihr eigenständiges Profil zu schärfen

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

und die Schüler besser fördern zu können. Wir wollen die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen, spürbar senken.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Unsere Schwerpunkte sind:

Erstens: Wir wollen eine Hauptschule, die den verschiedenen Neigungen und Fähigkeiten unserer Schülerinnen und Schüler entgegenkommt. Deshalb werden wir der Hauptschule ein neues Profil geben – mit einer technischen, einer kaufmännischen und einer sozialen Ausrichtung.

Zweitens: Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen Hauptschulen und Wirtschaft weiter fördern und ausweiten.

Und drittens: Wir werden die Ganztagsschulangebote im Programm Bayern 2020 massiv ausbauen.

Erziehungsdefizite, Lernschwierigkeiten oder soziale Probleme sind in Hauptschulen häufiger anzutreffen als an anderen Schularten.

Mit Ganztagsschulen können wir diese Defizite und Probleme besser auffangen.

(Zurufe von der SPD)

Und ein Weiteres, meine Damen, meine Herren: Bei einem Besuch einer Hauptschule in München – zwei Drittel der Kinder dort kommen aus Familien mit Migrationshintergrund –

(Franz Maget (SPD): Es war Ihnen bis dahin unbekannt, dass es so etwas gibt!)

hat mir der Rektor gesagt: „Ich soll mit den Kindern über Ostern, Pfingsten und Weihnachten sprechen – in einer christlichen Gemeinschaftsschule. Wie soll ich das machen, wenn die Mehrheit der Klasse gar nicht weiß oder auch nicht wissen will, was Ostern, Pfingsten und Weihnachten sind und welchen Hintergrund diese Feste haben?"

Das sind Themen und Probleme, die wir morgen und übermorgen verschärft bekommen werden. Ich hoffe, dass in der Ganztagsschule die notwendige Integration von Kindern mit Migrationshintergrund in unsere Alltagskultur besser gelingt.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wir werden deshalb ein bedarfsgerechtes, flächendeckendes Netz gebundener Ganztagsschulen ausbauen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Zu spät! – Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Bedarfsgerecht heißt: Ob ein Schüler ein Ganztagsangebot wählt oder nicht, bleibt ihm und seinen Eltern überlassen.

(Zuruf des Abgeordneten Franz Maget (SPD))

Er kann weiterhin zwischen der Halbtagsschule und der Ganztagsschule frei wählen.

(Zuruf der Abgeordneten Karin Radermacher (SPD))

Unser erstes Etappenziel lautet: In fünf Jahren soll jede zweite Hauptschule in Bayern Ganztagsschule sein.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Die anderen gibt's dann nicht mehr!)

Das heißt in Zahlen: über 600 Ganztagshauptschulen in Bayern, flächendeckend. Um dieses Ziel zu erreichen, starten wir mit einem 100-Millionen-Euro-Programm, das heißt, zusätzlichen Investitionen.

Wissen Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, fordern kann man immer leicht. Forderungen müssen aber eingepasst sein in die Gesamtsituation, und die Gesamtsituation heißt: Wir handeln, wenn wir handeln müssen und wenn wir vor allen Dingen handeln können.

(Beifall bei der CSU)

Kunst, meine sehr verehrten Damen und Herren, kommt von „können“ und nicht von „wollen“.

Die Hauptschulen sind ein wichtiger erster Schritt. In der weiteren Umsetzung von Bayern 2020 wird es dann darum gehen, auch den Ausbau von Ganztagsangeboten in den Grundschulen und den anderen Schularten zu forcieren.

Meine Damen, meine Herren, der starke Zuzug von Menschen aus anderen Teilen Deutschlands nach Bayern – es muss ja einen Grund haben, warum die Einwohnerzahl in Bayern jedes Jahr um 50 000 Menschen zunimmt, die aus anderen Teilen Deutschlands kommen –, der doppelte Abiturientenjahrgang durch die Einführung des G 8 und ein verändertes Bildungsverhalten werden in den nächsten Jahren zu einem deutlichen Anstieg der Studentenzahlen in Bayern führen. Das ist in der Wissensgesellschaft von heute eine riesige Chance für uns. Mehr Studenten, das heißt: mehr gut ausgebildete Akademikerinnen und Akademiker und mehr hoch qualifizierte Kräfte für Forschung und Wirtschaft. Deshalb werden wir mit unserem Zukunftsprogramm in zusätzliche Studienplätze und in die Qualität unserer Hochschulen 570 Millionen Euro investieren.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Noch zwölf Seiten!)

Bis 2011 werden wir 38 000 zusätzliche Studienplätze an bayerischen Universitäten und Fachhochschulen einrichten. Wir schaffen dafür 3000 neue Stellen an den Hochschulen. Dabei setzen wir einen klaren Schwerpunkt in Fächern mit besonderer Arbeitsmarktrelevanz. Mehr als die Hälfte der neuen Studienplätze sollen in den Ingenieur-, in den Natur- und Wirtschaftswissenschaften entstehen.

Wir legen ein flächendeckendes Neubau- und Investitionsprogramm auf für die durch den Kapazitätsausbau notwendigen Erweiterungen und Umbauten in Lehre und Forschung.

Meine Damen, meine Herren! Unsere Hochschulen haben national und international ein hohes Renommee. Dieses Renommee werden wir weiter stärken und ausbauen, um unsere Innovationsfähigkeit, unsere Dynamik zu bewahren. Schon heute werden in Bayern 3 % des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung ausgegeben. Damit stehen wir national, aber auch international hervorragend da. Aber wir dürfen nicht stehen bleiben. Aus Forschung, aus Innovationen, aus Patenten entstehen die Arbeitsplätze von morgen.

Andere Länder holen auf. Deshalb gibt das Gutachten Bayern 2020 eine ehrgeizige Zielmarke aus: 3,6 % für Forschung und Entwicklung bis 2020. Das ist machbar, und das hält Bayern an der Spitze des Fortschritts.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Dafür geben wir heute den Startschuss – mit kräftigen Zukunftsinvestitionen. Wir stärken die Forschungskompetenz unserer Universitäten mit Leuchtturmprojekten auf den Zukunftsfeldern der Medizin, Biotechnologie, Pharmazie und Nanotechnologie. Dafür setzen wir im Rahmen von Bayern 2020 135 Millionen Euro ein.

Am Standort Großhadern/Martinsried schaffen wir mit dem Biomedizinischen Zentrum einen national und international herausragenden Leuchtturm für Spitzenforschung auf dem Gebiet der Bio- und der Lebenswissenschaften.

An der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg führen wir in einem neuen „Chemikum“ die bisher zersplitterten chemischen Institute zusammen und schaffen ein überregional bedeutsames Zentrum für Klinische Forschung. Das erhöht die Attraktivität des Medizinstandortes Erlangen für nationale und internationale Forscher und die Wirtschaft weiter.

An der Technischen Universität München erweitern wir das Walter-Schottky-Institut und forcieren so die Exzellenz Bayerns in der Halbleiter-Nanotechnologie.

Bayernweit fördern wir ein Forschungsnetzwerk Immuntherapie, um die bayerischen Hochschulen und die Wirtschaft in diesem Wissensfeld optimal zu vernetzen. Hier geht es um konkrete Verbesserungen bei der Bekämpfung von Krebs sowie Infektions- und Autoimmunkrankheiten.

Aus dem allgemeinen Haushalt finanzieren wir den Neubau des OP-Bereichs des Klinikums Großhadern. Dort entsteht das größte räumlich zusammenhängende OP-Zentrum Europas. Das wird ein weiteres Aushängeschild für den Medizinstandort Bayern.

Ein weiteres Leuchtturmprojekt ist der Transrapid. Er ist weit über Bayern hinaus ein Technologieleitprojekt für ganz Deutschland. Ich sage deutlich: Wir wollen ihn realisieren. Und wir werden dazu unseren beachtlichen Beitrag leisten, und zwar aus Privatisierungserlösen und nicht aus dem allgemeinen Haushalt.

(Beifall bei der CSU)

Das heißt: Der Transrapid konkurriert nicht mit den anderen Nahverkehrsprojekten um die gleichen Fördertöpfe.

Im Übrigen: Auch im Koalitionsvertrag der Bundesregierung ist die Verwirklichung der Magnetschwebebahn als Aushängeschild deutscher Innovationsfähigkeit vorgesehen. Aber Sie wissen auch: Nicht nur im gegenwärtigen Koalitionsvertrag, sondern auch in den Koalitionsvereinbarungen der rot-grünen Bundesregierung von 1998 und 2002 ist der Transrapid verankert. Das vergisst die Opposition nur zu gerne. In den wenigen Fällen, in denen Rot-Grün etwas Vernünftiges beschlossen hat, stehen wir auch heute noch dazu, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Das alles ist ein kräftiger Modernisierungs- und Wissenschaftsschub für Bayern. Das alles wird sich in Forschung, in Patenten, in Innovationen, in Produkten, in Wachstum, in Arbeitsplätzen niederschlagen – zum Wohle der Menschen in Bayern.

Arbeit ist der dritte Schwerpunkt von Bayern 2020. Wir unterstützen standortrelevante Innovationsvorhaben im ganzen Land, um weitere Ansiedlungen von Forschungs- und Produktionsstätten in Bayern zu erreichen.

Wir stellen mit einer Anschubfinanzierung die Weichen für die Errichtung neuer Fraunhofer-Institute in Bayern

und bauen so die Infrastruktur für angewandte, das heißt besonders wirtschaftsnahe Forschung außerhalb der Universitäten aus. Dazu ein Beispiel: Im Erlanger Fraunhofer-Institut wurde der MP3-Player erfunden. Das hat zwar auch in Deutschland Arbeitsplätze geschaffen, etwa 9000, aber noch viel mehr im Ausland. Dort wird diese Erfindung besser vermarktet, als wir das selber tun.

So etwas sollte uns möglichst nicht mehr passieren. Wir wollen, dass Erfindungen schneller in Produkte und Dienstleistungen umgesetzt werden. Daher setzen wir mit unserer Cluster-Initiative auf eine optimale Vernetzung von Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft. Schon jetzt läuft sie hervorragend – 3000 Unternehmen sind in den Clustern bayernweit aktiv. Dabei sollen sich die besten Vorhaben und die besten Projekte in einem Ideenwettbewerb durchsetzen.

Für diese Maßnahmen stehen im Rahmen von Bayern 2020 zusätzlich 250 Millionen Euro bereit.

Wenn wir über Arbeit und gute Lebensbedingungen im ganzen Land sprechen, müssen wir auch für gute Lebens- und Berufschancen im ländlichen Raum sorgen. Bayern 2020 setzt auch hier ganz bewusst einen zusätzlichen, besonderen Akzent für unseren ländlichen Raum. Dafür sind 155 Millionen Euro vorgesehen.

Wir stärken die Infrastruktur vor allem im ländlichen Raum durch zusätzliche Mittel für den Staatsstraßenbau in der Größenordnung von 100 Millionen Euro.

Wir steigern die Attraktivität des Lebensraums durch zusätzliche Gelder für Dorferneuerung und Städtebauförderung in der Größenordnung von 30 Millionen Euro. Das stärkt im Übrigen auch das örtliche Handwerk.

Wir stocken unser erfolgreiches Darlehensprogramm für die Tourismusförderung in Bayern kräftig auf, und zwar von 100 Millionen Euro auf 300 Millionen Euro.

(Beifall bei der CSU)

Als Tourismusland Nummer eins in Deutschland müssen wir unsere Gäste mit attraktiven und innovativen Angeboten halten und neue Gäste gewinnen. Tourismus bringt Arbeit, gerade in den ländlichen Raum. Und vergessen wir auch nicht: Tourismus trägt nicht unwesentlich zum Einkommen unserer Bauern bei.

Es war die CSU, die für gleichwertige Chancen im Land Sorge getragen hat. Ende des Jahres werden die Mehrheitsfraktion und die neue Staatsregierung ein umfassendes Konzept für die Zukunft des ländlichen Raumes vorstellen.

Auch diesbezüglich muss ich einen kurzen Blick in die Vergangenheit werfen. Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, dann wären die Thesen zur Stadtentwicklung des damaligen Raumordnungsministers Vogel Wirklichkeit geworden, der sinngemäß sagte: Was schadet es dem bayerischen Wald, wenn dort noch ein paar Bäume mehr wachsen? Die Masse der Menschen wird im Jahr 2000 in den Ballungsgebieten leben, und wir müssen dies fördern. – Die damaligen Vertreter der CSU haben sich dagegengestemmt. Wäre man dieser Konzeption gefolgt, hätten wir heute – leider – keine Diskussion um den ländlichen Raum mehr, denn es gäbe ihn nicht mehr, wenn wir die Infrastruktureinrichtungen in den Städten vorwiegend zulasten des ländlichen Raums finanziert hätten.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Die Bewahrung der Schöpfung in Einklang zu bringen mit technologischem Wandel, das war und ist eine besondere Herausforderung.

(Franz Maget (SPD): Und jetzt die Bewahrung der Schöpfung! Ausgerechnet! – Weitere Zurufe von der SPD)

Eine umweltpolitische Herausforderung von globalem Ausmaß ist der Klimaschutz. Das hat uns eine aufrüttelnde Studie der UN erst jüngst wieder überdeutlich vor Augen geführt. Bundeskanzlerin Merkel hat dieses Thema zu Recht ganz oben auf die Agenda der erfolgreichen deutschen EU-Ratspräsidentschaft und des G 8-Vorsitzes gesetzt.

(Susann Biedefeld (SPD): Im Gegensatz zur CSU in Bayern!)

Bayern kann hier schon Beachtliches vorweisen: Über 80 % der Stromerzeugung in Bayern sind CO_2-frei, vor allem wegen der Kernkraft und wegen der Wasserkraft. Wir haben pro Einwohner mit die geringste CO_2-Emission in Deutschland.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Sehr nachhaltig! Tausende Jahre nachhaltig! – Weitere Zurufe von der SPD)

Nur so viel auf Ihren Einwand. Sie haben hier einen Pawlowschen Reflex.

Diesen Vorsprung bei der CO_2-Reduzierung wollen wir halten und weiter ausbauen. Deshalb sind im Rahmen unseres Programms Bayern 2020 heute schon 150 Millionen Euro für den Klimaschutz reserviert. Eine Arbeitsgruppe des Kabinetts wird bis zum Herbst konkrete Vorschläge vorlegen. Dann wird die neue Staatsregierung gemeinsam mit der Mehrheitsfraktion entscheiden, wie die Maßnahmen im Rahmen von Bayern 2020 umgesetzt werden.

(Zurufe von der SPD – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen, meine Herren, insgesamt werden wir in einer ersten Etappe 1,5 Milliarden Euro in unser Programm Bayern 2020, in Kinder, in Bildung, in Arbeitsplätze, in Klimaschutz investieren. Wohlgemerkt: 1,5 Milliarden Euro, 1500 Millionen Euro zusätzlich zum regulären Haushalt in den nächsten vier Jahren. Diese 1,5 Milliarden Euro sind ein erster Impuls, eine Initialzündung, ein Startschuss.

Die Gutachter selbst gehen von Gesamtinvestitionen von bis zu 8 Milliarden Euro bis zum Jahr 2020 aus. Das zeigt im Übrigen: Die Meinung, ich wolle die Politik bis zum Jahr 2020 festlegen und meine Nachfolger binden, ist blanker Unsinn. Wir geben im Jahr 2008 für dieses Programm mit 1,5 Milliarden Euro den Anstoß. Die weiteren Investitionen

legen dann die neue Staatsregierung und die künftigen Landtage fest.

Die Gutachter gehen davon aus, dass Bayern bis zum Jahr 2020 um einen halben Prozentpunkt pro Jahr schneller wachsen kann als der Durchschnitt Deutschlands, wenn alle Wachstumspotenziale ausgeschöpft werden. Die Offensive Zukunft Bayern und die Hightech-Offensive Bayern haben in zehn Jahren dazu geführt, dass wir 1 % Wirtschaftswachstum mehr hatten als der Bundesdurchschnitt. Das war der Mehrwert. Ein halbes Prozent mehr Wachstum über einen langen Zeitraum – das ist ein großes Ziel; denn man muss sehen, dass es heute in anderen Ländern Landesregierungen mit CDU-Ministerpräsidenten gibt, die eine ganz andere Politik an den Tag legen als ihre SPD-Vorgänger, auch in Bezug auf Wirtschaftswachstum. Insoweit erwächst uns eine größere Konkurrenz, als das früher der Fall war.

Meine Damen, meine Herren, Bayern 2020 wird wie die Offensive Zukunft Bayern und wie die Hightech-Offensive Bayern einen Beitrag dazu leisten, Bayern insgesamt zu stärken, Bayern in allen Regionen, in Stadt und Land, in Wirtschaft und Kultur, in der Landwirtschaft und im Mittelstand, in der Bildung und in der Forschung.

1,5 Milliarden Euro für ein Zukunftsprogramm nur aus Haushaltsmitteln – das schafft kein anderes Land in Deutschland!

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Dies ist mit entscheidend. Es kommt nicht nur auf das Wollen, sondern auch auf das Können an.

(Zurufe von der SPD)

Es kommt ganz deutlich heraus, dass wir damit einen entscheidenden Impuls setzen können. Sie können so viel schreien, wie Sie wollen, jetzt zahlt es sich aus, dass wir in dieser Legislaturperiode eine klar bestimmte Reihenfolge eingehalten haben.

(Beifall bei der CSU)

Das Motto dieser Legislaturperiode heißt: Sparen, Reformieren, Investieren.

(Susann Biedefeld (SPD): Kaputtsparen, kaputtsparen, kaputtsparen!)

Auch hier gilt: Wir haben Wort gehalten. Zu Beginn der Legislaturperiode haben wir konsolidiert und Bayern so aufgestellt, dass wir keine neuen Schulden mehr machen.

(Zurufe von der SPD – Glocke des Präsidenten)

Jetzt, gegen Ende der Legislaturperiode, müssen wir nicht wie andere Länder die Steuermehreinnahmen für den Ausgleich des Haushalts verwenden.

(Zuruf von der SPD)

– Lesen Sie bitte einmal nach, was meine Kollegen in Schleswig-Holstein, in Niedersachsen und in Baden-Württemberg gegenwärtig tun und tun müssen. Sie müssen die Mehreinnahmen, die sie jetzt durch die konjunkturelle Situation erzielen, zur Haushaltsdeckung verwenden und können bei Weitem nicht das investieren, was wir in Bayern investieren. Ich sage Ihnen: Dieses Programm wird wieder eines werden, das sich die anderen Länder zum Vorbild nehmen. Aber 1,5 Milliarden Euro werden sie nicht so leicht aus Haushaltsmitteln aufbringen können, wie wir das aufgrund der Politik, die wir in den letzten Jahren betrieben haben, tun können.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Wir können die Steuermehreinnahmen in die Zukunft investieren, und die gesparten Zinsen im Übrigen auch. Aktuell erwarten wir in diesem und im nächsten Jahr 3,3 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen. Vielleicht werden es noch mehr. 1,5 Milliarden davon fließen in Bayern 2020.

Das, was ich heute vorstelle, ist natürlich kein umfassendes Programm, das alle Felder der Landespolitik abdeckt. Das will es nicht sein, und das kann es auch nicht sein. Bayern 2020 konzentriert sich bewusst auf bestimmte Bereiche, die für die weitere Entwicklung Bayerns entscheidend sind: Kinder, Bildung, Arbeitsplätze.

Aufgrund unserer soliden Finanzlage bleibt im Nachtragshaushalt 2008 und in den kommenden regulären Doppelhaushalten noch genügend Raum für andere wichtige Bereiche der Landespolitik, zum Beispiel für die Stärkung des ländlichen Raums, für die Unterstützung unserer bäuerlichen Landwirtschaft, für die Beseitigung des Abfinanzierungsstaus bei kommunalen Investitionen und für wichtige Projekte für das soziale Bayern.

(Zurufe von der SPD)

Den ausgeglichenen Haushalt haben wir uns 1998 vorgenommen und 2006 erreicht. 1998 sind wir mit dieser zentralen Ansage vor die Bürgerinnen und Bürger Bayerns getreten, 2002 und 2003 genauso. Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie können nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir für diese und andere Positionen eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung gewonnen haben, die sich hinter uns stellt, nicht hinter Sie.

(Beifall bei der CSU)

Der ausgeglichene Haushalt ist ein Wendepunkt. Er hat natürlich Einfluss auf die Diskussion in der Kommission zur Föderalismusreform II. Es gibt ein Umdenken in Deutschland insgesamt dahin gehend, dass man nicht mehr aus-

geben soll, als man einnimmt. Ich übergebe – das sage ich mit einem gewissen Stolz – an meinen Nachfolger den mit weitem Abstand solidesten Haushalt aller Länder in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Unsere Finanzpolitik steht für Nachhaltigkeit und für Generationengerechtigkeit. Wir leben nicht auf Kosten der nachfolgenden Generationen; denn die Schulden von heute schnüren als Zinsen und Tilgungslasten von morgen künftigen Generationen die Luft ab. Nachhaltige Entwicklung – Sustainable Development – gilt nicht nur für den Umweltbereich, sondern genauso für die Finanzpolitik.

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Das haben Sie von der Opposition im Gegensatz zu Ihren Kollegen in anderen Ländern noch immer nicht begriffen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn wir in der Vergangenheit so wie Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen oder in Niedersachsen gewirtschaftet hätten, dann müssten wir heute jeden zehnten Euro unserer Einnahmen für Zinsen ausgeben. Das würde Jahr für Jahr 2 Milliarden Euro mehr nur für den Schuldendienst oder umgekehrt 2 Milliarden Euro weniger für Investitionen in die Zukunft unseres Landes bedeuten. Man muss sich einmal die Schieflage in Deutschland ansehen. Herr Kollege Carstensen sagt mir, er habe einen Landeshaushalt in Höhe von 8 Milliarden Euro, aber 1 Milliarde Euro Zinsen zu zahlen. Auch Bayern muss 1 Milliarde Euro Zinsen zahlen, hat aber ein Haushaltsvolumen von 36 Milliarden Euro. Das muss man sich einmal vorstellen: Wären wir in einer vergleichbaren Situation wie Schleswig-Holstein, dann müssten wir 4 Milliarden Euro Zinsen jährlich zahlen. Wir könnten dann natürlich bei Weitem nicht so in die Zukunft investieren, wie wir das gegenwärtig machen und künftig machen wollen. Das ist für mich am Ende der entscheidende Maßstab.

Für mich ist eines sicher: Ohne die Vorreiterrolle Bayerns beim ausgeglichenen Haushalt, ohne die politische Diskussion, die wir dazu angestoßen haben, wäre die „Neuverschuldung Null“ in anderen Ländern, beim Bund und in den Verhandlungen zur Föderalismusreform II kein Thema. Der Weg zur „Neuverschuldung Null“ war nicht leicht. Wir haben uns weiß Gott nicht nur Freunde gemacht, ich im Besonderen nicht.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Wir mussten Reformen durchführen, die oft schmerzhaft waren. Ich weiß nur zu gut: Es war vor allen Dingen für die Mitglieder der Mehrheitsfraktion, der CSU-Fraktion, nicht einfach, die Menschen in Bayern auf diesem unbequemen Weg mitzunehmen. Ohne das Durchhaltevermögen der Mehrheitsfraktion und der Staatsregierung wären wir nicht da, wo wir heute sind. Es gab auch bei uns Diskussionen und schmerzliche Entscheidungen.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage im Nachhinein ein herzliches Dankeschön. Damals, 2004, gab es eine Diskussion über 16 Stunden in der CSU-Landtagsfraktion über entscheidende Punkte des Haushalts. Am Ende stand ein einstimmiger Beschluss. Das zeigt die Politikfähigkeit, die notwendig ist, um auch unpopuläre Maßnahmen durchzusetzen, wenn sie langfristig Erfolg garantieren.

(Susann Biedefeld (SPD): Dafür müssen Sie jetzt gehen!)

Wir halten weiter Kurs. Kurs halten heißt zum einen, dass „Neuverschuldung Null“ die oberste Richtschnur bayerischer Finanzpolitik bleibt, und zum anderen: Angesichts der guten Steuereinnahmen werden wir Schulden zurückzahlen und so die Zinsbelastung weiter senken. Das aktuelle Urteil des Bundesverfassungsgerichts bestätigt voll unsere Linie, indem es eine wirksame Schuldenbremse für den öffentlichen Haushalt fordert. Das, was das Bundesverfassungsgericht zu Artikel 115 des Grundgesetzes sagte, lautete doch: Artikel 115 erreicht nicht das Ziel einer generationengerechten Finanzpolitik. – Einen deutlicheren Wink mit dem Zaunpfahl als das Bundesverfassungsgericht kann man eigentlich nicht geben.

Der ausgeglichene Haushalt hat für mich noch eine andere Bedeutung. Wer zu viele Schulden hat, ist abhängig. Ich will, dass Bayern niemals von anderen Ländern oder vom Bund abhängig wird. Ich will ein kraftvolles, ein eigenständiges Bayern, das die Zukunft selbst in die Hand nimmt und gestaltet und das immer die notwendigen Gestaltungsräume hat. Mit der Wiedervereinigung sagten viele politische Auguren Bayern einen drastischen Bedeutungsverlust voraus. Wenn Deutschland größer und „östlicher“ werde und durch die Osterweiterung die Bedeutung der Nationalstaaten in der EU wachse, so eine damals weit verbreitete Meinung, würden die Rolle und der Einfluss Bayerns zwangsläufig schrumpfen. Da spielte natürlich bei dem einen oder anderen auch ein Stück Hoffnung oder ein Stück Schadenfreude mit. Was ist aus dieser Voraussage geworden?

(Zuruf von den GRÜNEN: Stoiber ist nicht Kanzler geworden!)

Nichts. Unter dem Strich gilt heute: Bayerns Stimme hat weiter Gewicht. Sein Gewicht in Deutschland und in Europa ist sogar noch gewachsen. Das ist der Erfolg unserer gemeinsamen Politik.

(Beifall bei der CSU)

Mitte der Neunzigerjahre haben wir die Diskussion über den Wettbewerbsföderalismus angestoßen, den Sie von der Opposition kritisiert haben, und beharrlich auf eine Stärkung des Föderalismus in Deutschland hingearbeitet. Der lange Atem hat sich ausgezahlt. 2006 ist die Föderalismusreform I mit einer klaren Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern und vor allem mit mehr Kompetenzen für Bayern und damit auch für diesen Landtag in Kraft getreten. Ich schätze alle diejenigen, die daran mitgearbeitet haben, auch die Enquete-Kommission – ich nenne Herrn Kollegen Welnhofer –, und alle Maßnahmen, die der Landtag entwickelt hat. Ich möchte hier an dieser Stelle in meiner letzten Regierungserklärung aber auch ausdrücklich dem Amtschef der Bayerischen

Staatskanzlei, Herrn Dr. Schön, und der Rechtsabteilung der Staatskanzlei herzlich danken. Ohne deren Kompetenz

(Zurufe von der SPD)

und ohne deren Engagement hätten wir die Föderalismusreform nicht unter Dach und Fach gebracht, vor allen Dingen nicht unter ein so bayerisches Dach.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe Verständnis dafür, dass Sie Zwischenrufe machen und mit manchem nicht einverstanden sind. Nur, ich sage Ihnen ganz offen: Ein bisschen mehr Ernsthaftigkeit wäre schon angebracht; denn die Föderalismusreform I war das Bohren eines unheimlich dicken Brettes. Darum müssen wir auch bei der Föderalismusreform II ansetzen. Das ist kein Selbstläufer.

(Beifall bei der CSU)

Der Wandel der Welt schlägt natürlich auch auf Bayern durch. Dem muss sich Bayern stellen. Globalisierung und Europäisierung sind auch Entgrenzungsprozesse, die den Menschen unmittelbar treffen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Immer mehr Menschen erkennen in dieser Zeit, wie wertvoll es ist, sich beheimatet zu fühlen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Kein Wort zum Nachfolger!)

Die Menschen wollen in einer globalisierten Welt nicht austauschbar werden. Sie wollen nicht in einer globalen, multikulturellen Anonymität verschwinden. Sie wollen unverwechselbar bleiben. Die Menschen erkennen: Nicht multikulturelle Entgrenzung, sondern kulturelle Identität hält ein Gemeinwesen zusammen.

(Beifall bei der CSU)

Kulturelle Identität gibt Selbstbewusstsein; Eigenständigkeit macht eine Gesellschaft zweifellos stabiler und krisenfester gegenüber Zeitströmungen. Für mich steht fest: Die Pflege von Geschichte und Kultur stärkt unsere bayerische Identität. Deswegen haben wir unsere Technologieprogramme sehr bewusst durch die Förderung von Kunst, Kultur und Geschichte begleitet, um unserem Land und seinen Menschen Halt, Identität und Stabilität zu geben. Meine Damen und Herren, ich nenne hier nur das Museum für die Sammlung Schäfer in Schweinfurt.

(Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger (CSU): Sehr gut!)

Ich nenne außerdem das Museum der Phantasie in Bernried, das dem Expressionismus in Bayern einen Platz gegeben hat. Ich nenne außerdem die Pinakothek der Moderne in München und das Museum für Design in Nürnberg, das erste staatliche Museum außerhalb Münchens. Ich erinnere an die Erhebung des Nürnberger Theaters zum Staatstheater und die Erhebung der Bamberger Symphoniker zur Staatsphilharmonie. Ich verweise schließlich auf den Kulturfonds Bayern mit 150 Millionen Euro aus Privatisierungserlösen. Mit den Zinserträgen fördern wir eine Vielzahl kultureller Projekte, gerade im ländlichen Raum.

Meine Damen, meine Herren, es gibt das Wort: Die Leistung einer Generation bemisst sich nicht nach der Ernte, sondern nach der Aussaat. In Wirklichkeit trifft immer beides zusammen. Sehen wir einmal von den Kriegszeiten, den Krisenzeiten und den Katastrophen ab. Wir konnten erben und ernten, was viele Persönlichkeiten vor uns – insbesondere Alfons Goppel und Franz Josef Strauß – in ihrer Zeit zusammen mit dem Fleiß der damaligen Generationen gesät haben. Wir sehen schon jetzt die Früchte der Offensive Zukunft Bayern und der Hightech-Offensive. Ich hoffe sehr, dass die Menschen im Jahr 2020 ernten werden, was der Fleiß der Menschen, die Tüchtigkeit der Unternehmen, der Erfindergeist der Wissenschaft und eine gute Politik heute säen.

Bayern 2020 bedeutet, dass wir auch in diesen Zeiten unter den besten fünf Regionen in Europa sein wollen. Mit Bayern 2020 wollen wir zeigen, dass Bayern die Mittel, die Ideen und die politische Kraft zur Zukunft hat. Bayern 2020 steht eigenständig, kraftvoll, stark und weltweit angesehen da. Bayern 2020, Tradition und Fortschritt bilden weiterhin eine unvergleichliche Symbiose. Bayern 2020 ist beste Bildung für unsere Kinder, Arbeit für die Menschen in unserem Land, sozialer Zusammenhalt in den Bezirken und Regionen.

Meine Damen, meine Herren, ich wünsche uns allen alles Gute und Gottes Segen. Ich wünsche der neuen Staatsregierung unter Günther Beckstein Glück, Fortune, Erfolg und dass sie alle Chancen nutzt, die sich ihr bieten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, in diesem Sinne sage ich: Gott mit dir, du Land der Bayern.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das werden wir brauchen!)

Ich sehe auf eine vierzehnjährige Regierungszeit als Ministerpräsident zurück. Ich habe mit der Mehrheitsfraktion, der CSU-Fraktion, viele Impulse gesetzt. Die CSU-Fraktion ist stark. Ich wünsche mir, dass sie stark bleibt und dass sie immer in dieser Stärke Politik gestalten kann. Dass dies so bleibt, liegt an uns. Die Opposition tut alles dafür, dass es so bleibt. In diesem Sinne: Herzlichen Dank.

(Standing Ovations und lang anhaltender Beifall bei der CSU – Häufige Bravo-Rufe bei der CSU – Lebhafte Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN: Der Herr Sinner klatscht!)

Präsident Alois Glück: Meine Damen und Herren, ich bitte wieder um Ihre Aufmerksamkeit. Herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident. Meine Damen und Herren, aus Ihren Reihen gab es soeben empörte Zwischenrufe, weil das Kabinett klatscht. Ich denke, in dieser Situation kann man einmal großzügig sein. Ich kann das in diesem Augenblick aufrichtig verstehen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Im Ältestenrat wurde eine Redezeit von 60 Minuten vereinbart. Entsprechend der Vereinbarung im Ältestenrat haben alle Fraktionen dieselbe Redezeit wie der Minister-

präsident. Jede Fraktion hat somit 70 Minuten Redezeit. Das Wort hat Herr Kollege Maget.

Franz Maget (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Hoffentlich haben Sie jetzt nicht zu lange und zu begeistert geklatscht. Sie müssen vermeiden, dass der Herr Ministerpräsident den falschen Schluss daraus zieht und vielleicht doch noch bleibt.

(Beifall bei der SPD)

Sie müssen aufpassen: Die „Deutsche Presseagentur" spricht heute von der „voraussichtlich letzten" Regierungserklärung von Herrn Stoiber.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir alle haben vor Kurzem gesehen, wie sich Tony Blair im englischen Unterhaus verabschiedet hat. Auch er musste wegen verlorenen Vertrauens – wie Sie, Herr Dr. Stoiber – seinen Hut nehmen. Er hat dies aber als Staatsmann getan, mit Souveränität, mit Charme, mit Humor und mit dem notwendigen Maß an Selbsteinschätzung und Selbstkritik.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, diese Chance hätten Sie auch gehabt. Sie haben sie aber nicht genutzt, sondern stattdessen den engen CSU-Horizont gewählt, das kleine politische Karo, voller Selbstgerechtigkeit für sich und Häme für die anderen.

(Beifall bei der SPD – Jürgen Dupper (SPD): Das ist der Unterschied zwischen Landesliga und Champions-League!)

– Richtig, Herr Kollege Dupper. Das ist vielleicht der Unterschied zwischen Landesliga und Champions-League. Das kann schon sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was war das heute eigentlich für eine Rede?

(Engelbert Kupka (CSU): Eine gute! – Thomas Kreuzer (CSU): Hätten Sie zugehört, wüssten Sie es!)

Jeder hätte Verständnis gehabt, wenn dabei die Bilanz einer vierzehnjährigen Regierungszeit gezogen worden wäre.

Wir hätten dabei durchaus das eine oder andere positiv vermerken können. Das war aber keine Bilanz einer Regierung, sondern das war ein Arbeitsprogramm für die Zukunft von einem Mann, der immer noch nicht begriffen hat, dass er bei dieser Zukunft nicht mehr dabei sein wird. Es ist fast traurig, das so sagen zu müssen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dass ein Ministerpräsident zu diesem Zeitpunkt, ein Ministerpräsident, der von seinen eigenen Leuten gestürzt worden ist,

(Beifall bei der SPD – Widerspruch von der CSU)

eine solche Rede hält, zeigt im Grunde genommen vor allem eines: Es zeigt, dass Herr Stoiber wenig Vertrauen in die Tatkraft und in die Kompetenz seiner designierten Nachfolger hat.

(Beifall bei der SPD)

Deutlicher als heute hätten Sie nicht zeigen können, was Sie von Günther Beckstein und Erwin Huber halten – nämlich gar nichts. Das zeigen Sie mit jeder Faser Ihrer politischen Arbeit in den letzten Wochen und Monaten. Wenn Sie außer Haus sind, darf keine Kabinettssitzung stattfinden, damit sie Herr Beckstein ja nicht leiten kann.

(Engelbert Kupka (CSU): Ihr habt saubere Probleme!)

Wenn übermorgen Beckstein in der CSU-Fraktion aufs Schild gehoben werden soll, wird dieser Vorschlag nicht von Ihnen kommen; das sei doch zu viel verlangt, haben Sie erklären lassen.

(Zuruf von der SPD: Hört! Hört!)

Wenn Herr Huber Steuersenkungen vorschlägt, wird er von Herrn Stoiber umgehend in den Senkel gestellt. In Moskau habe ich der Zeitung entnehmen können, Herr Huber, Herr Stoiber habe für Sie besondere Spitzen parat gehabt. Den Investivlohn, den Sie der Presse gegenüber darstellen wollten, hat Ihnen Herr Stoiber am gleichen Tag im Interview vorweggenommen. Das „Handelsblatt" schreibt dazu – ich zitiere –, es wäre nicht das erste Mal, dass Stoiber seinen einstigen Ziehsohn Huber hintenrum eine mitgibt.

(Lachen bei der SPD)

Weiter schreibt das „Handelsblatt": In Wahrheit aber, so sagt man in der Partei – Ihre ist gemeint –, habe er Huber und Beckstein ihre Rollen bei seinem Sturz nachhaltig übel genommen. Und nicht nur das: Er halte die beiden für die Aufgabe, das bundespolitische Gewicht der CSU zu wahren, schlicht für zu provinziell.

Das ist Ihre Meinung zu Ihren Nachfolgern. Was Sie über Ihre Nachfolger denken, hätten Sie eindrücklicher gar nicht bestätigen können.

(Beifall bei der SPD)

Stoiber nimmt heute hier Rache für Kreuth. Er sagt: Euch zeige ich es noch einmal und diktiere die Hausaufgaben, die ihr in den nächsten Jahren erledigen müsst.

(Beifall bei der SPD)

Das ist die besondere Gemeinheit

(Dr. Thomas Beyer (SPD): So ist er halt!)

dieser Regierungserklärung gegenüber Ihren designierten Nachfolgern. Sie geben Ihnen Arbeitsvorgaben für die Zukunft. Herrn Beckstein legen Sie gewissermaßen politische Fußfesseln an, damit er weiß, was er in den nächsten Monaten zu tun hat.

Herr Stoiber ist der Meinung, dass er ein Vermächtnis ohne geeignete Erben hinterlässt. Deswegen sagen wir: Ja, es stimmt; Sie haben sogar Recht: Mit Beckstein und Huber ist für Bayern sogar noch ein Rückschritt gegenüber Ihrer Politik zu erwarten.

Meine Damen und Herren, was war das heute, als Sie so frenetisch Beifall geklatscht haben? War das Scheinheiligkeit oder Erleichterung,

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

oder war es beides? Herr Beckstein hat noch Glück gehabt, dass er auf der Regierungsbank nicht immer Beifall zu klatschen brauchte, sonst hätte er auch noch seiner eigenen Demütigung Beifall zollen müssen.

(Widerspruch von der CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Frage aller Fragen

(Unruhe bei der CSU – Glocke des Präsidenten)

ist auch nach der heutigen langen Rede des Ministerpräsidenten leider unbeantwortet geblieben. Warum, heißt die Frage. Warum eigentlich, wenn alles so toll und gut ist und wir überall Spitze sind und kein Fehler gemacht wurde und in diesem Land Bayern alles in Ordnung ist, warum muss er dann gehen, meine Damen und Herren? Würden Sie uns das bitte einmal erklären, ein einziges Mal?

(Beifall bei der SPD)

Wir würden es gerne verstehen. Schauen wir uns doch bei Ihren Vorgängern um, warum diese gehen mussten; vielleicht finden wir dort ein Beispiel. Herr Streibl musste aufgrund einer Skandalgeschichte gehen. Das haben Sie besser gemacht. Sie haben sich damals im letzten Moment als Teil des Amigosystems die Hände in Unschuld gewaschen und später für alle Skandale der CSU-Regierung Sündenböcke gefunden, die für Sie bluten mussten.

(Beifall bei der SPD)

Das haben Sie besser gemacht. Ich will dann auch kurz einige der Opfer benennen, weil wir auch eine Bilanz ziehen wollen. Ich möchte aber vorher kurz auf die drei Oppositionspolitiker zu sprechen kommen, die Sie auch erwähnt haben. In der Tat: Albert Schmid und Renate Schmidt waren, wie das bei uns so üblich ist, hervorragende Fraktionsvorsitzende.

(Beifall bei der SPD)

Sie waren und sind auch gut bei ihren folgenden Aufgaben. Verspotten lassen müssen sich die beiden von Ihnen gewiss nicht, Herr Ministerpräsident, gewiss nicht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Im Gegensatz zu Ihnen hat sich Frau Schmidt getraut, ein politisches Amt in Berlin zu übernehmen.

(Lachen bei der SPD – lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN – Engelbert Kupka (CSU): Und was hat es genutzt? – Susann Biedefeld (SPD): Die Wahrheit, nichts als die Wahrheit!)

– Es ist doch so; ich kann doch nichts dafür. Das ist die Wahrheit. Der Wahrheit muss man gerecht werden. Herr Dr. Stoiber, schön, dass Sie auch noch auf Ihren neuen Freund, den früheren Fraktionsvorsitzenden der GRÜNEN, Manfred Fleischer, zu sprechen gekommen sind. Er ist in der Tat zur CSU gewechselt; das stimmt. Sie wollten ihn dann sogar zum Bürgermeister Ihrer Heimatstadt Wolfratshausen machen. Er hätte aber lieber bei den GRÜNEN bleiben sollen; denn das ist gründlich schiefgegangen. In Wolfratshausen regiert nämlich ein Sozialdemokrat, Herr Dr. Stoiber,

(Beifall bei der SPD)

und nicht Ihr Freund von den GRÜNEN und jetzt von der CSU. Sie reden von der einzigen Volkspartei CSU, obwohl in Ihrem eigenen Rathaus ein Sozialdemokrat Bürgermeister ist. Das ist doch lächerlich, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Thomas Kreuzer (CSU): 18 %!)

Jetzt kommen wir aber zu den Opfern, wie ich Ihnen versprochen habe. Da haben wir Herrn Alfred Sauter, die Zukunftshoffnung aus Schwaben – er ist jetzt leider nicht mehr da. 1998 musste er für Stoiber wegen einer 100-Millionen-Pleite der Wohnungsbaugesellschaft LWS gehen. Was hat er damals zu Ihrem Verhalten gesagt, Herr Dr. Stoiber, als Sie ihm über Handy gekündigt haben?

(Engelbert Kupka (CSU): Was ist das für ein Zukunftsprogramm, das ihr vortragt?)

„Die Art von Herrn Dr. Stoiber entbehrt jeglicher Art von Anstand, Stil und Menschlichkeit.“–

– Das war das Votum der schwäbischen Zukunftshoffnung Alfred Sauter.

(Beifall bei der SPD)

Dann musste Barbara Stamm wegen der BSE-Krise gehen – ein fränkisches Bauernopfer – und dann die oberbayerische Hoffnungsträgerin Monika Hohlmeier – nicht wegen ihrer Schulpolitik, sondern für ein System von Bespitzelung und Intrigen, das zugleich auch das System Stoiber in diesem Land ist.

(Beifall bei der SPD)

Bespitzelung – auch wenn sie nur in das Büro einer unangenehmen Landrätin hineingerichtet ist, in das Büro von Frau Pauli. Mittlerweile hat sich das System sogar bis nach Berlin herumgesprochen. Herr Seehofer sagt zum Beispiel: Ich bin gut informiert, ich weiß viel, ich habe viel Material. Monika Hohlmeier war zwar eine schlechte Kultusministerin, aber diesbezüglich hat sie Schule gemacht.

Wie Streibl sind Sie nicht aus dem Amt geschieden, wie Strauß auch nicht. Der ist im Amt verstorben. Das sind Sie Gott sei Dank nicht. Davor Alfons Goppel: Der hat aus Altersgründen aufgehört. Aber zu alt waren Sie auch nicht, und Ihre designierten Nachfolger sind nur unwesentlich jünger.

Wo bleibt also die Begründung dafür, dass Sie gestürzt worden sind? Was sind die Gründe dafür, einen so tollen Ministerpräsidenten – den besten, Herr Neumeier, wie Sie immer wieder sagen – in die Wüste zu schicken? Vielleicht erfahren wir es heute. Sie haben nichts dazu gesagt. Die CSU hat nichts dazu gesagt. Der KGB hat nichts gefunden, und Herr Beckstein sagt sowieso zu den drängenden Fragen der bayerischen Politik nichts. Kein Wort zum Transrapid, kein Wort zur Bildungssituation und kein Wort zur Kinderbetreuung. Stattdessen redet heute einer darüber, den Sie aus dem Amt gemobbt haben, der mit dem Arbeitsprogramm, das er hier verkündet, nichts mehr zu tun haben wird. Das ist eine ungewöhnliche Situation.

Herr Stoiber musste eine eigene Zukunftskommission einrichten, um den Weg Bayerns in die Zukunft zu beschreiben. 25 veritable Mitglieder – darunter eine Dame –, die Ihnen den Weg Bayerns in die Zukunft beschreiben sollen. Haben Sie eigentlich bemerkt, was das heißt? 124 Abgeordnete der CSU brauchte er nicht zu fragen, denn da hätte er keine vernünftige Antwort für die Zukunft erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Er brauchte am Ende eine Kommission, der es leichter gefallen ist, bei der SPD Gedanken, Ideen und Zielvorstellungen zu übernehmen und abzukupfern. Das wäre Ihnen falsch oder unehrlich vorgekommen. Die Kommission konnte es tun. Damit war es Ihnen möglich, vieles von dem, was Sie die letzten Jahre gnadenlos bekämpft und hier im Landtag über Jahre abgelehnt haben, jetzt zumindest vom Begriff her zu übernehmen und in Ihr Zukunftsprogramm aufzunehmen. Das ist nichts anderes als Etikettenschwindel, und das ist – wenn es das im politischen Leben gäbe – eine Verletzung des Urheberrechts.

(Beifall bei der SPD)

Um den Weg in Bayerns Zukunft, in ein gerechtes und ein modernes Bayern zu finden, brauchen Sie die Straßenkarten der SPD, brauchen Sie das Navigationssystem der Opposition, sonst finden Sie den Weg in die Zukunft nicht mehr.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe darüber mit Herrn Professor Henzler gesprochen, Herr König. Professor Henzler hätte in seiner Kommission und hat in seiner Kommission noch sehr viel weiter gehende Überlegungen angestellt und diskutiert. Aber er hat gesagt: Mehr konnte ich der CSU nicht zumuten als das. Ich bin sowieso schon in der CSU-Fraktion kritisiert und angesprochen worden, ob da nicht zuviel SPD in diesem Zukunftsprogramm steht. – Da hat man nämlich auch über das dreigliedrige Schulsystem diskutiert. Man hat darüber diskutiert, ob das noch die zukunftsfähige pädagogische Antwort ist. Aber man hat gewusst, wenn man Ihnen das auch noch zumuten würde, dann würden Sie das nicht mehr verkraften. Es steht mit Ganztagsschulen, mit Kinderbetreuung, mit regionaler Wirtschafts- und Strukturpolitik, mit besserer Pflege und erneuerbaren Energien schon genug SPD-Programmatik in diesem Zukunftsentwurf. Das ist der Punkt. Das Original für diese Politik ist die Politik der SPD. Sie sind eine schlechte Kopie davon.

(Beifall bei der SPD)

Kommen wir zu Ihrem heute vorgelegten Programm: Als Erstes stellt sich die Frage: Warum muss jemand, der 14 Jahre die Geschicke dieses Landes in der Hand hatte, heute, am Ende seiner 14-jährigen Amtszeit, so viele Ankündigungen machen? – Die Antwort ist ganz einfach: Weil das die gesamte Liste Ihrer Versäumnisse ist, die Sie heute als Programm für die Zukunft ankündigen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Was sollen Eltern heute denken, die schon längst Ihre Kinder in kleinere Klassen schicken möchten, die über Unterrichtsausfall klagen, die gerne eine Ganztagsschule für Ihre Kinder hätten? All das finden sie nicht, weil Sie das, was Sie heute großspurig ankündigen, in der Vergangenheit vergessen, versäumt, nicht gewollt, nicht finanziert und nicht mitgetragen haben. Sie haben Bayerns Zukunft in den letzten zehn Jahren schlichtweg verschlafen. Das haben Sie heute eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Was sollen Eltern denken, Herr Herrmann, die einen Krippenplatz für Ihre Kinder wollen und brauchen, aber in Bayern keinen finden? Was sollen sie denn denken? Sie müssen immer 10 bis 15 Jahre warten, bis auch Sie auf die Idee kommen, dass Krippen kein sozialistisches Teufelszeug sind, sondern eine gute familienergänzende Einrichtung. Wenn Sie die Stadt München hier anführen, dann sage ich Ihnen eines: Die Hälfte aller Krippenplätze in Bayern gibt es in der Landeshauptstadt München. 10 Prozent der Einwohner und 50 Prozent der Krippenplätze.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Ohne Landesunterstützung!)

Wo waren Sie denn in den letzten Jahren? Die Münchner CSU verlangt heute für 60 Prozent oder 80 Prozent der Kinder Kinderkrippen, und wenn Sie in Ihren Haushalt schauen, dann müssen Sie feststellen, dass sie dort nicht einmal das Geld haben, um die Krippen, die wir heute schon dringend brauchen, zu finanzieren.

Sie haben doch auf diesem Gebiet überhaupt keine Vorsorge getroffen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Schauen Sie, Herr Dr. Stoiber – Herr Faltlhauser, da habe ich etwas für Sie –: In Niedersachsen hat der Landtag in der letzten Woche einstimmig beschlossen, das letzte Kindergartenjahr kostenfrei für alle Kinder zu stellen. In Niedersachsen einstimmig beschlossen. Kommt Ihnen dieser Vorschlag bekannt vor? – Diese Forderung ist hier von uns erhoben, aber von Ihnen abgelehnt worden. Das wäre einmal Familienpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Nicht über Familienpolitik schwadronieren, sondern konkrete Leistungen für die Familien auf den Weg bringen. Das wäre der richtige Weg gewesen.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Maget, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten – –

Franz Maget (SPD): – Ich würde gerne weitermachen. Das macht sonst keinen Sinn.

Was sollen die Studierenden denken, die in überfüllten Hörsälen sitzen und dafür jetzt auch noch Studiengebühren zahlen müssen? Was sollen die denn denken?

(Beifall bei der SPD)

Was sollen Familien denken, denen Sie das Landeserziehungsgeld radikal gekürzt haben? Davon war heute keine Rede. Sie haben das Landeserziehungsgeld lobend erwähnt, aber die Kürzung verschwiegen.

Was sollen die Polizisten denken, die mit Fahrzeugen mit 300 000 oder 400 000 Kilometer auf dem Tacho herumkurven müssen?

(Beifall bei der SPD)

Damit wir uns richtig verstehen: Ich will kein Zerrbild Bayerns malen, und ich will kein Schreckensszenario entwerfen.

(Eduard Nöth (CSU): Das machen Sie doch!)

Bayern ist ein starkes, ein wunderbares, ein schönes Land.

(Zustimmung bei der CSU)

Sie erkennen nicht die Chancen und Defizite. Sie wollen Sie nicht erkennen. Sie sehen damit auch nicht die Chancen für die Zukunft. Sie werden den richtigen Weg nicht finden.

(Beifall bei der SPD)

Die Frage ist, ob das heute von Ihnen vorgelegte Konzept die richtigen Antworten für die Zukunft gibt. Professor Henzler hat gesagt, es muss ein Quantensprung her. Das ist es nun wahrlich nicht geworden. Angesichts der Mängelliste, die Ihnen Herr Henzler aufgeschrieben hat, ist das Konzept mit 1,5 Milliarden Euro bis 2011 dürftig und schmalbrüstig, und es kommt viel zu spät. Warum ist es dürftig und nicht der große Wurf?

Erstens. Es ist auf vier Jahre verteilt. Nur im ersten Jahr, 2008,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): So ein Zufall!)

liegt das Volumen bei 750 Millionen Euro. In den drei folgenden Jahren 2009 bis 2011 sind es dann nur noch jeweils 250 Millionen Euro.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Läppisch!)

Zweitens. Sogar mit den 750 Millionen Euro fallen Sie hinter Ihre eigenen Ankündigungen zurück; Herr Faltlhauser hat noch im Mai von einer Milliarde Euro gesprochen.

Drittens. Angesichts des immensen Investitionsrückstandes, der sich in den letzten Jahren angehäuft hat, ist das Volumen sowieso zu niedrig: Investitionsstau bei den Staatsstraßen, beim Denkmalschutz,

(Beifall bei der SPD)

beim Tourismus, bei den Hochschulen, bei Forschung und Entwicklung, bei den Schulen, der Kinderbetreuung; die Liste ist endlos.

Noch einmal kurz zu der Frage, warum Sie 2008 750 Millionen Euro und in den Folgejahren nur noch jeweils 250 Millionen Euro ausgeben.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Komisch!)

Die Antwort ist einfach.

(Zuruf des Staatsministers Eberhard Sinner)

– Wissen Sie es auch schon, Herr Sinner? – 2008 sind Landtagswahlen, und die wollen Sie nicht verlieren.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Was für ein Zufall!)

Ich sage Ihnen: Damit wird der Staatshaushalt zur Wahlkampfkasse der CSU – Machterhalt statt Zukunftsperspektive ist hier das Motto.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Nach der Landtagswahl können Sie – so denken Sie sich das – die Wahlversprechen getrost wieder brechen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Wie beim letzten Mal!)

Was habe ich hier aus Ihrem Mund heute hören müssen? – „Wir haben nach der letzten Landtagswahl Wort gehalten“, haben Sie gesagt.

(Zurufe von der SPD: Oho!)

Sie haben die Menschen im Land belogen. Fragen Sie den Bayerischen Beamtenbund, er hat Ihnen offen Wahlbetrug vorgeworfen, aber nicht nur er; auch die Gymnasiallehrer haben Ihrem Wort vertraut, dass es beim neunjährigen Gymnasium bleibt. Sie haben Ihre Meinung über Nacht geändert, entgegen Ihren Versprechungen vor der Wahl.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Bayerisches Oberstes Landesgericht!)

Dann haben Sie das Land mit sozialen Kürzungen überzogen. Davon betroffen waren die Familienbildung, die Erwachsenenbildung, die Freie Wohlfahrtspflege, die Jugendarbeit, die Sportförderung, der öffentliche Dienst, die Polizei und so weiter und so weiter. Alle waren sie davon betroffen. Jetzt höre ich aus der CSU-Fraktion kleinlaut, dass man die damaligen Kürzungen vielleicht in diesem Jahr wieder zurücknehmen könnte.

Übrigens wird von Ihnen gerade eine Legende in Umlauf gebracht, die Legende von der Stoiber-Dividende: Hätten wir das Land nicht mit dieser unsozialen Kürzungsorgie überzogen, dann hätten wir heute nicht die Möglichkeiten für dieses Zukunftsprogramm. – Das ist falsch. Sie finanzieren dieses Zukunftsprogramm nämlich aus dem konjunkturellen Aufschwung. Das ist die Antwort. Sie haben das Glück – und das gönne ich den Menschen in diesem Land und auch Ihnen –,

(Prof. Dr. Kurt Faltlhauser (CSU): Das ist grundfalsch!)

dass Sie aufgrund der Politik, die die frühere SPD-geführte Bundesregierung in den letzten Jahren gemacht hat, jetzt einen konjunkturellen Aufschwung mit Steuermehreinnahmen vorfinden.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU – Henning Kaul (CSU): Das ist eine Legende!)

– Da brauchen Sie gar nicht dazwischen zu rufen. Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, dann gäbe es zum Beispiel die Gewerbesteuer heute schon nicht mehr, das finanzielle Rückgrat der Kommunen. Sie bringen hier eine Legende in Umlauf.

Meine Damen und Herren, ich komme zu den von Ihnen gesetzten Prioritäten.

Erstens. Wir brauchen in der Tat eine Haushaltspolitik für Vollbeschäftigung. Das heißt, wir brauchen gute Regional- und Strukturpolitik, damit zusätzliche Arbeitsplätze dort entstehen, wo die Arbeitslosigkeit in Bayern immer noch zu hoch ist. Das heißt auch, wir brauchen dort aktive Arbeitsmarktpolitik, wo jetzt bereits ein Fachkräftemangel herrscht.

Dieses können und wollen wir nicht durch Zuwanderung lösen, sondern durch Qualifizierung und Weiterbildung, durch Maßnahmen für über 50-Jährige und durch bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

(Beifall bei der SPD)

Davon habe ich heute nichts gehört. Zu einer Politik für Vollbeschäftigung gehört natürlich auch, dass wir darüber reden, dass für gute Arbeit ein fairer und gerechter Lohn bezahlt wird.

(Beifall bei der SPD)

Das gehört dazu. Ich kann nicht verstehen, warum Sie sich zum Beispiel der Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn immer noch widersetzen. Ich habe bei der Tagung des Bayerischen Städtetages in der letzten Woche zur Kenntnis genommen, dass der CSU-Oberbürgermeister aus Ingolstadt beantragt hat, das Thema „gesetzlicher Mindestlohn“ positiv befürwortend in die Beratungen des Städtetags aufzunehmen. Ihre Basis ist wieder einmal weiter als Sie hier im Hohen Haus.

(Beifall bei der SPD)

Kernbestandteil einer Haushaltspolitik für Vollbeschäftigung ist die deutliche Erhöhung der Investitionsquote. Diese ist während Ihrer 14-jährigen Amtszeit von 21,6 % im Jahr 1993 auf sage und schreibe 11,8 % in diesem Jahr abgesunken. Das ist historischer Tiefstand, Herr Faltlhauser. Das ist kein Ergebnis einer guten Finanz- und Haushaltspolitik.

(Zuruf des Abgeordneten Franz Josef Pschierer (CSU))

Das hat Wohlstand, Wachstum und Arbeitsplätze gekostet. Gerettet haben Sie sich in der Tat nur dadurch, dass Sie in den letzten 14 Jahren sämtliches öffentliches Eigentum der Bürgerinnen und Bürger privatisiert und verscherbelt haben. Für Ihre Nachfolger ist nichts mehr davon übrig. Dieser Weg ist ihnen verbaut. Das Hofbräuhaus, Herr Beckstein, hätten wir noch. Ansonsten ist dieser Weg verbaut.

(Prof. Dr. Kurt Faltlhauser (CSU): Der erzählt so einen Schmarrn, der hinten und vorn nicht stimmt!)

Wenn Sie schon hier vorne sitzen, Herr Faltlhauser –, was ist denn nach diesen sieben Jahren geblieben? – Das Münchner DAX-Unternehmen Viag, einst der Ausweis großer bayerischer Wirtschaftspolitik, ist eliminiert. Stimmt das oder stimmt das nicht?

(Prof. Dr. Kurt Faltlhauser (CSU): Das ist faktisch falsch, was Sie erzählen!)

Die in München angesiedelte Eon-Zwischenholding Eon Energie AG erhält ihre Befehle aus Düsseldorf. Beide Vorstände sind bayernfreie Zone. Die traditionsreiche Viag-Chemietochter SKW Trostberg ist im neu geschmiedeten Degussa-Konzern auf- bzw. untergegangen. Degussa gehört mittlerweile zum Ruhrgebietskonzern RAG, der

wesentliche Bereiche der früheren SKW für seinen Börsengang ausgeschlachtet und verkauft hat.

Oder sollen wir über die beiden großen bayerischen Banken reden, die Vereinsbank und die Hypobank? Was ist von ihnen geblieben? – Beide sind mittlerweile in italienischem Besitz, Herr Faltlhauser. Auch das gehört zur Bilanz bayerischer Wirtschaftspolitik. Das sind keine großen Meisterleistungen. Das hätte man auch dazu sagen müssen.

(Beifall bei der SPD – Jürgen Dupper (SPD): So viel zur Landesliga!)

Das größte Investitionsprojekt, das Sie vorgestellt haben, ist Ihr Lieblingskind, der Transrapid in München. Bei diesem Thema war es heute merkwürdig still; das ist mir aufgefallen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Leider war die Transrapidrede diesmal nicht so lustig!)

Große Begeisterung kam nicht mehr auf, und das kann ich mir auch erklären. In Wahrheit steht der Transrapid längst auf dem Abstellgleis, und er wird von dort auch nicht mehr wegkommen. Ich verstehe nicht, warum Sie an diesem unsinnigen Prestigeprojekt festhalten und tatsächlich fast die gesamten Eon-Erlöse dafür aufbrauchen wollen. Ich verstehe es nicht.

(Beifall bei der SPD)

Nehmen Sie endlich Abschied von diesem unsinnigen Projekt, das Sie sowieso nicht finanzieren können.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD))

Wie schaut es übrigens aus mit dem Gipfeltreffen Stoiber/Merkel? Letzte Woche – vielleicht können Sie uns dazu Auskunft geben, Herr Huber – waren Sie bei Herrn de Maizière, um vorzufühlen, was geht. Ich sage Ihnen: Gar nichts geht in Berlin. Hören Sie endlich auf, einem Phantom nachzujagen. Herr Dr. Stoiber, Sie werden den Transrapid in Bayern nicht realisieren. Ich setze hinzu: Gott sei Dank.

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD))

Wetten wir? Es wäre ein Fehler in der bayerischen Politik, wie Sie in größer kaum machen hätten können. Der Transrapid wird nicht realisiert werden. Was Herr Beckstein dazu sagt, weiß ich sowieso.

Kommen wir zum traurigsten Kapitel Ihrer Regierungserklärung und Ihres Zukunftsprogramms, zur Bildung. Von Prioritätensetzung ist da keine Spur. Seit Jahren dümpelt der Anteil für Schulen an den Ausgaben im Staatshaushalt bei mageren 17 % ohne jede Steigerung. Die Bildungspolitik des Kultusministeriums ist die reinste Flickschusterei.

(Beifall bei der SPD)

Das wäre, wie wenn es hier zum Dach hereinregnete und Sie verteilten Regenschirme. Das ist doch keine vernünftige Bildungspolitik!

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Kaputte Regenschirme!)

– Vielleicht sogar noch kaputte Regenschirme. Wenn es durchs Dach regnet, muss man reparieren, investieren, die Architektur überprüfen, aber es reicht nicht, Regenschirme zu verteilen.

(Beifall bei der SPD)

An unseren Schulen fehlt es hinten und vorne. Da gab es einen wunderbaren Satz in der heutigen Regierungserklärung, Herr Stoiber. Der Satz lautete: Der Rohstoff Geist ist das Wertvollste, was wir haben.

(Beifall bei der SPD)

Jawohl! Warum investieren Sie nicht in diesen Rohstoff Geist? – Das ist doch die entscheidende Frage. Statt Lehrer einzustellen, schlägt Kultusminister Schneider allen Ernstes vor, an den Schulen Stunden zu streichen. Das ist doch der Hammer! Statt Lehrer einzustellen, streicht man Unterrichtsstunden. Das war sogar Ihnen zuviel, Herr Stoiber.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Aber mehr fällt Ihnen nicht ein. Wie ist die Lage? – Über 2700 Realschulklassen haben mehr als 31 Schülerinnen und Schüler. Über 2500 Gymnasialklassen haben mehr als 31 Schülerinnen und Schüler. Letzte Woche haben Eltern hier eine Petition mit 180 000 Unterschriften eingebracht. Dabei geht es ihnen um kleine Klassen, weniger Unterrichtsausfall, mehr individuelle Förderung, mehr Lehrer. Es geht ihnen um die Abschaffung des Büchergeldes und um mehr Schulsozialarbeit.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist genau das SPD-Programm!)

Für die Schulsozialarbeit schlagen Sie 375 Stellen in den nächsten 10 Jahren vor. 375 Stellen in den nächsten 10 Jahren bei 5500 Schulen – wir haben das nachgerechnet: Wenn es an jeder Schule einen Schulsozialarbeiter geben soll, brauchen Sie für dieses Programm 150 Jahre, meine Damen und Herren. In 150 Jahren wäre dann an jeder Schule wenigstens ein Schulsozialarbeiter.

(Eduard Nöth (CSU): Schulsozialarbeiter brauchen wir doch gar nicht an jeder Schule!)

Lassen Sie mich ein Beispiel dafür geben, wie schwach Ihr Programm tatsächlich ist: Sie sehen für den Ausbau der Ganztagsschulen – es wäre nicht schlecht,

wenn Sie sich das Beispiel anhören würden, Herr Ministerpräsident – in vier Jahren 100 Millionen Euro vor.

(Joachim Herrmann (CSU): Zusätzlich!)

– Zusätzlich. Allein das Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ – IZBB – des Bundes, mit dem die Mittagsbetreuung in Bayern ausgebaut und gefördert wurde, betrug in vier Jahren 596 Millionen Euro. Dieses Geld hat der Bund zusätzlich für Bayern gegeben.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Zusätzlich!)

Der Bund gibt sechsmal so viel aus wie Sie für bayerische Ganztagsschulen, obwohl er gar nicht zuständig ist, während Sie gar nichts tun. Das ist doch eine Blamage für Ihre Politik, wenn der Bund sechsmal so viel aufwendet wie Sie, obwohl es Ihre Aufgabe wäre.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

So kann es nicht weitergehen. Aber eines ist klar: Es ist wenig und Dürftiges in diesem Programm.

Noch ein Wort zu den Hauptschulen. Aha, Sie haben im Münchner Norden eine Hauptschule besucht und festgestellt, dass es dort viele Kinder mit Migrationshintergrund gibt. Sie haben auf über zwei Seiten in Ihrer Regierungserklärung festgestellt, dass in den Hauptschulen der Ausländeranteil besonders hoch ist. Sie haben festgestellt, dass es dort häufig Kinder mit Erziehungsschwierigkeiten gibt. Sie haben festgestellt, dass es dort Kinder mit Lernschwierigkeiten gibt, und Sie haben festgestellt, dass es an den Hauptschulen soziale Probleme gibt. – Toll! Das ist doch toll! Sie haben nach 14-jähriger Regierungstätigkeit in diesem Jahr gemerkt, dass es Probleme an unseren Hauptschulen gibt.

(Beifall bei der SPD – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da schau her, kaum wartet man 14 Jahre!)

Das ist eine richtig gute, erfreuliche Erkenntnis. Jetzt werfen Sie uns vor, wir machten die Hauptschule madig. Niemand von uns macht die Hauptschule madig. Wir schätzen die Arbeit der Hauptschullehrer und Hauptschullehrerinnen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen auch eine gute Hauptschule. Das Problem ist aber nicht, dass wir die Hauptschule madig machen würden, das Problem ist vielmehr, dass Sie die Hauptschule in den letzten Jahren kaputt gemacht haben. Das ist das entscheidende Problem.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Weil Sie die Hauptschule am langen Arm verhungern lassen, suchen sich die Eltern für ihre Kinder andere Schulen. Sie wollen ihre Kinder nicht mehr an Hauptschulen geben.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Was macht Frau Hohlmeier?)

Deswegen bluten die Hauptschulen aus. Und jetzt schließen Sie erst die Teilhauptschulen; dann sperren Sie alle anderen Hauptschulen zu. Das ist Ihre Politik.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): So ist es! Das nennt man „Stärkung des ländlichen Raums“!)

Sie sollten uns nicht vorwerfen, wir machten die Hauptschule madig, wenn Sie sie kaputtmachen. Das ist doch wirklich ein ungeheuerlicher Vorgang.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, kommen wir zu den Hochschulen. Da gibt es erfreuliche Ergebnisse und Erfolge in der Exzellenzinitiative zu vermelden. Aber die Studienbedingungen bleiben schlecht. Auch an den Exzellenzuniversitäten in München sitzen die Studenten in den Vorlesungen auf dem Boden. Auch an Exzellenzunis sind die Seminarräume überfüllt. Überall herrscht Überlast. Auch das ist eine Folge fehlender Investitionen in die Hochschulen. Herr Goppel hat das Investitionsdefizit, den akuten Investitionsbedarf für die nächsten zwei oder drei Jahre in Bayern auf rund 3 Milliarden Euro beziffert. Und was steht in Ihrem Zukunftsprogramm? – 275 Millionen. Das ist doch keine Antwort, wenn in München das Dach eines Universitätsgebäudes einstürzt und wenn es in Regensburg schon wieder durchs Dach hereinregnet. Das ist doch keine Antwort auf die Herausforderungen an den Hochschulen.

(Beifall bei der SPD)

Stattdessen haben Sie auch noch Studiengebühren eingeführt, und zwar nach Ihrem Motto: Der Staat muss sparen; da sollen sich doch lieber die Eltern und die Studierenden verschulden. Das ist Ihr Motto. Wir sparen, die Eltern werden abgezockt, die Studierenden sollen sich lieber verschulden. Das ist fürwahr keine gute Politik.

Kommen wir zum Kapitel „Kinder und Verbesserung der Kinderbetreuung“. Auch hier sage ich Ihnen: Hören Sie endlich auf, uns zu diffamieren!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Im Gegensatz zu Ihnen akzeptieren wir nämlich bei jedem Mann, bei jeder Frau, bei jeder Familie, welchen Lebensentwurf sie wählen und leben wollen.

(Beifall bei der SPD)

Das akzeptieren wir. Das ist unser Prinzip.

Für uns sind zwei Dinge wichtig: erstens das Wohl des Kindes, zweitens die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Männer und Frauen.

(Beifall bei der SPD)

Sie sollen frei entscheiden können, wie sie leben wollen.

Wir sind absolut nicht der Meinung, Herr Stoiber, dass es eine Verpflichtung zum Besuch einer Kinderkrippe geben sollte. Dieser Vorschlag ist jüngst in den Medien aufgetaucht: Verpflichtung zum Besuch einer Krippe. Dieser Vorschlag kam aber nicht von uns, sondern wurde von der stellvertretenden Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes gemacht; das ist Frau Ingrid Sehrbrock. Jetzt raten Sie einmal, welches Parteibuch diese Frau in der Tasche hat. Das ist kein SPD-Parteibuch. Diese Frau gehört der CDU an. Sie ist die Einzige, die bisher von der Verpflichtung zum Besuch einer Kinderkrippe gesprochen hat. Wir waren das nicht. Hören Sie deshalb auf, uns zu diffamieren.

Wir meinen im Gegenteil: Jede Familie muss frei entscheiden können. Es ist nicht Sache des Staates, hier die Vorgabe zu machen oder die Entscheidung zu treffen. Die Sache des Staates, Herr Herrmann, ist eine andere: Er muss die Voraussetzungen schaffen, damit diese Wahlfreiheit überhaupt möglich ist.

(Beifall bei der SPD)

Diese Voraussetzung ist in Bayern nicht gegeben. Sie ist von allen Bundesländern in der Bundesrepublik Deutschland hier am wenigsten gegeben.

Wir sind schon der Meinung: Krippen sind kein Teufelszeug. Diffamieren darf man sie nicht. Eltern, die ihre Kinder in eine Krippe geben, sind keine Rabenmütter oder Rabenväter oder wie man sie nennen soll. Familien brauchen Kinderkrippen als familienergänzende Einrichtungen. Daran sind auch Unternehmen beteiligt, um die Defizite des Staates auszugleichen. Gerade Kindern aus schwierigeren Familien täte der Besuch einer Kinderkrippe am allerbesten, weil sie dort nämlich etwas für ihre Zukunft lernen dürfen.

Aber auch bei dieser Frage ist es so wie bei den genannten: Diese Lösungswege finden Sie nur bei der SPD, nicht bei Ihnen. Die Menschen können von Ihnen gar nicht erwarten, dass es eine bessere Kinderbetreuung gibt, weil sie diese Politik innerlich nach wie vor strikt ablehnen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch auf das Thema Klimaschutz eingehen. Angesichts der Bedeutung ist dieses Thema in Ihrem Zukunftsprogramm bemerkenswert zu kurz gekommen. Das ist auch kein Wunder. Sie haben dazu überhaupt keine einzige Idee vorgetragen und keine Vorstellung formuliert. Sie haben gesagt: Eine Arbeitsgruppe sollte Vorschläge erarbeiten und vorlegen. Meine Damen und Herren, das ist der umweltpolitische Offenbarungseid, wenn Sie hier heute nichts anderes präsentieren.

(Beifall bei der SPD)

Ein Zukunftsprogramm, das keine Auskunft über eine vernünftige Energie- und Klimaschutzpolitik gibt und hierauf keinen Investitionsschwerpunkt legt, hat diesen Namen wirklich nicht verdient, sondern ist ein Dokument des Rückschritts und der Ignoranz gegenüber dieser Herausforderung.

Am schlimmsten ist aber Folgendes. Sie haben den Begriff „erneuerbare Energien“ überhaupt nicht in den Mund genommen. Sie haben beim Thema Energie nur einen einzigen Punkt im Kopf, und den haben Sie ausformuliert: Die Atomkraft muss bleiben. Da fliegen Ihnen in Norddeutschland die Atomkraftwerke um die Ohren, und trotzdem sind Sie immer noch der Büttel der Energieversorgungsunternehmen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das ist alles, was Ihnen zur Energiepolitik einfällt. Dabei müssten Sie doch endlich erkennen, welche Chance, welche Exportchance, welche Chance für unsere Umwelt und welche Chance für unsere Zukunft im massiven Ausbau der erneuerbaren und der regenerativen Energien liegt.

Wir müssen uns diesem Thema und dieser Herausforderung wirklich stellen. Aber Sie tun es leider nicht. Die „Süddeutsche Zeitung“ hat dazu kürzlich angemerkt: Die Liste der Versäumnisse in der bayerischen Klimapolitik ist lang. In der Tat! Ich nenne nur ein Beispiel.

Selbst der Oberste Rechnungshof hat mehrfach moniert, dass zu wenig auf Energieeffizienz, zu wenig auf Energieeinsparung und zu wenig auf die thermische Sanierung von Gebäuden geachtet werde. An einem neuen Verwaltungsgebäude des Freistaates Bayern bemängelte der Oberste Rechnungshof beispielhaft Folgendes – das darf ich kurz zitieren –:

> Bei dem neuen Verwaltungsgebäude wurde die Nordfassade fast komplett verglast. Da im Norden die Sonne nicht scheint, bringt das keine Wärmegewinne, sondern es muss mehr geheizt werden. Die Energiebilanz ist absolut negativ.

Wissen Sie, um welches Verwaltungsgebäude des Freistaates Bayern es sich gehandelt hat? - Es ist das Landesamt für Umwelt in Augsburg.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Um Gottes willen!)

Das müssen Sie sich einmal vorstellen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich höre jetzt auf, Sie zu traktieren und Ihnen den Spiegel vorzuhalten. Es ist ja auch unsere letzte Begegnung dieser Art. Sie gehen, und ich bleibe.

(Beifall bei der SPD)

Das ist der Unterschied. Ich finde das wunderbar.

Ich wünsche Ihnen alles Gute und Gottes Segen, auch Ihrer Familie viel Glück, auch mit Ihnen. Und, Herr Ministerpräsident, machen Sie sich keine Sorgen um die bayerische SPD.

Die 50-jährige Erfolgsgeschichte der CSU geht ihrem Ende entgegen: langsam, quälend, aber sicher, und zwar aus Liebe zu Bayern.

(Sehr langanhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Dr. Maget.

(Franz Maget (SPD): Danke! – Zurufe von den GRÜNEN: Promoviert! – Franz Maget (SPD): Passt schon, weitermachen!)

– Vielen Dank. Das Wort für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN darf ich jetzt Herrn Dr. Dürr erteilen.

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Unsere Debatte heute interessiert viele Menschen, und da sind sicherlich auch Schaulust und Sensationsgier dabei. Vermutlich auch Schadenfreude.

Der erste Blick gilt natürlich Ihrer Person, Herr Dr. Stoiber. Kollege Maget hat dieses Interesse schon ausführlich dargestellt. Des Weiteren gilt das Interesse natürlich auch dem Zustand der CSU. Auch dazu hat Kollege Maget schon etwas gesagt.

(Zuruf von der CSU)

Was diese vordergründige Aufgeregtheit aber wirklich schürt, ist die tiefe Sorge vieler Menschen um die Zukunft, unsere Zukunft! Das ist das Thema, um das es heute wirklich geht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fakt ist, Herr Dr. Stoiber: Die CSU sieht mit Ihnen keine Zukunft mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn die Mehrheit der Menschen in Bayern traut Ihnen nicht mehr zu, unser Land sicher in die Zukunft zu führen.

Wie sieht Bayerns Zukunft aus? – Das ist die Frage, die die Menschen umtreibt. Was tun wir, damit es uns auch künftig gutgeht und damit es auch denjenigen gutgeht, die heute zu wenig oder keine Chancen haben. Was tun wir, um den wirtschaftlichen Vorsprung zu sichern und auszubauen? Wie bewahren wir Bayerns Schönheiten und sichern gleichzeitig unseren Kindern eine lebenswerte Zukunft? Das sind die Fragen, die die Menschen wirklich interessieren.

Viele Menschen fühlen sich mit den Problemen alleingelassen, mit denen sie sich täglich herumschlagen müssen. Zu oft bekommen die Kinder in den Schulen keinen Fachunterricht, weil Lehrer fehlen. Viele Schulkinder werden krank, weil sie schon als Achtjährige gnadenlos unter Druck gesetzt werden, als ginge es um ihr Leben.

Die Probleme an den Hauptschulen häufen sich. In vielen ländlichen Kreisen kommt man nirgendwohin, wenn man auf Bus oder Bahn angewiesen ist. Überall im Lande fehlen Krippen und Kindergartenplätze. Das sind nur einige der Alltagsprobleme, mit denen viele Menschen in Bayern heute kämpfen.

Diese Menschen sind mit Recht enttäuscht, dass CSU und Staatsregierung diese Probleme nicht endlich angehen. Und die Menschen erwarten auch, dass die Staatsregierung endlich die Weichen für eine sichere Zukunft stellt. Bayern braucht ein leistungsfähigeres und gerechteres Bildungssystem, damit alle unsere Kinder eine Chance haben und damit unser Land auch in Zukunft im Wettbewerb bestehen kann.

Bayern braucht jetzt sofort ein wirksames Klimaschutzprogramm, damit wir nicht von noch schlimmeren Stürmen und Hochwassern heimgesucht werden und damit in unserem Land mehr zukunftssichere Arbeitsplätze entstehen können.

Die Menschen brauchen mehr soziale Gerechtigkeit und Sicherheit, damit unsere Gesellschaft nicht noch weiter auseinanderfällt und damit jeder Hilfe bekommt, wenn er sich in einer schwierigen Lebensphase befindet.

Wir stehen also vor zwei Aufgaben. Wir müssen uns um die Probleme von heute kümmern und müssen gleichzeitig die Weichen für morgen stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was aber machen CSU und Staatsregierung? Sie leugnen, dass es diese Alltagsprobleme überhaupt gibt. In den Schulen, in den Krippen, in den Kindergärten und im ländlichen Raum, überall leugnen sie diese Probleme. Seit einem Jahr beschäftigen sie sich nur mit internen Machtkämpfen und Personalfragen. Und in den nächsten Monaten wollen sie sich noch immer nicht um die Probleme Bayerns kümmern: Sie sorgen sich wieder nur um Pfründe und Posten. Wer wird Parteivorsitzender, und wer wird was im Kabinett? Das sind die Fragen, die sie wirklich beschäftigen. Das ist die politische Lage in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

CSU und Staatsregierung kümmern sich weder um die Gegenwart noch um die Zukunft unseres Landes. Sie kümmern sich nur um sich selbst.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da kommt Ihr sogenanntes Zukunftsprogramm der CSU ganz gelegen, Herr Ministerpräsident. Der Nutzen für CSU und Staatsregierung lässt sich in einem Satz zusammenfassen, der von Harold Pinter stammt. Er lautet: „Zukunft ist die Ausrede all jener, die in der Gegenwart nichts tun wollen."

Wir GRÜNE wollen den Stillstand in Bayern beenden.

(Zurufe von der CSU)

Deshalb haben wir einen Nachtragshaushalt für dieses Jahr gefordert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayern kann heuer mit zusätzlichen Steuereinnahmen in Höhe von 1,3 Milliarden Euro rechnen. Davon wollen wir 983 Millionen Euro noch in diesem Jahr – jetzt! – in Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Klimaschutz und Arbeitsplätze investieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Menschen in Bayern haben einen Anspruch darauf, dass die Staatsregierung jetzt handelt. Deshalb fordern wir, die Haushaltssperren aufzuheben. Heben Sie die Haushaltssperren jetzt auf!

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Manfred Ach (CSU))

Kollege Ach, es stehen 180 Millionen Euro bereit, von denen auch Sie gesagt haben, sie seien notwendig. Sie stehen in unserem Haushalt für die Hochschulen, die Kinderbetreuung, die Hauptschulen und den ländlichen Raum bereit.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Ach (CSU))

Jeder weiß, dass diese Mittel dringend gebraucht werden. Die CSU und die Staatsregierung verkünden, dass sie diese Bereiche morgen stärken wollen. Aber heute sperrt die Staatsregierung genau da die Mittel. Wir wollen diese Mittel freigeben, und zwar sofort! Denn damit helfen wir den Menschen, die auf Unterstützung warten, heute. Deswegen fordern wir den Finanzminister auf: Geben Sie diese Mittel endlich frei, Herr Finanzminister!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, wir GRÜNEN wollen den Stillstand in Bayern jetzt beenden. Wir wollen jetzt handeln. Die CSU, Stoiber, die Staatsregierung haben uns heute mit großem Getöse ein sogenanntes Zukunftsprogramm präsentiert. Bis zum Jahre 2011 sollen 1,5 Milliarden Euro überwiegend in Hochschulen, Ganztagsschulen und Kinderbetreuung investiert werden. Aber dabei handelt es sich nicht um die Zukunftsaufgaben von morgen, sondern es geht nur um die Nacharbeiten von gestern. Sie wollen nicht jetzt handeln, sondern Sie, meine Damen und Herren, wollen irgendwann handeln und schieben das Handeln wieder in die Zukunft. Alles, was Sie in den letzten Jahren versäumt haben, schieben Sie noch weiter auf. Handeln Sie jetzt!

Immerhin geben Sie, Herr Ministerpräsident – er ist schon weg! –,

(Zuruf von der CSU: Nein, er ist hier!)

indirekt zu, dass Sie in den letzten Jahren viel versäumt haben. Das ist schon etwas. Aber tätige Reue ist das noch lange nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dafür gehen Sie die Nachholarbeiten noch immer viel zu zögerlich an, mit zuwenig Elan und mit zu wenigen Mitteln. Das Programm 2020 bemisst sich genau danach, wie viel Geld heute zufällig übrig ist. Auch darin ist es kein Zukunftsprogramm, sondern ein Zufallsprogramm. Die Zukunft darf nur soviel kosten, wie die Konjunktur gerade hergibt.

Bei der ersten Vorstellung des Programms hieß es noch großsprecherisch in den Zeitungen: Stoiber will mit zusätzlichen 8 Milliarden Euro Bayerns Spitzenstellung sichern.

Etwas später waren die Schlagzeilen schon etwas gemäßigter: Pünktlich zum Wahljahr: Stoiber verspricht Milliarden. Da war dann nur noch von mehreren Milliarden die Rede.

Letzte Woche hieß es dann: Im nächsten Jahr werde ein dreistelliger Millionenbetrag investiert. Und heute haben Sie, Herr Ministerpräsident, zwar mit großen Zahlen jongliert, aber so gut wie keine konkreten Termine genannt.

Dabei ist klar: Selbst der Nachtragshaushalt für dieses Jahr wird größer sein als Ihr sogenanntes Programm 2020. Das ist ganz schön wenig Zukunft für so viele großspurige Ankündigungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch deshalb haben die Menschen das Vertrauen verloren, dass Sie die Zukunft meistern können.

Je länger die Machtkämpfe in der CSU dauern, desto mehr ist die Zukunft geschrumpft.

Dabei war die Zukunft, die Sie, Herr Ministerpräsident, im Blick hatten, schon von Anfang an sehr beschränkt. Wichtige Zukunftstrends haben Sie einfach ignoriert: den Klimawandel, die demografische Entwicklung, die Probleme der Menschen im ländlichen Raum. Das alles kam bei Ihnen nicht vor, und es kommt auch heute kaum vor. Die Zukunft für Bayern kann nur gewinnen, wer die Wirklichkeit wahrnimmt. Da sich die Wirklichkeit längst geändert hat, braucht Bayern neue Konzepte.

Die drei wichtigsten Politikfelder sind Bildung, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hier brennt es jetzt schon am meisten, und hier müssen wir heute die Weichen für morgen stellen.

Beginnen wir mit dem bayerischen Bildungssystem. Das dreigliedrige Schulsystem mag in der Vergangenheit gute Dienste geleistet haben, als der Arbeitsmarkt noch einfacher strukturiert war, als es noch keinen globalen Wettbewerb gab, als es aber dafür eine relativ stabile gesellschaftliche Schichtung gab. Das alles hat sich inzwischen völlig geändert, wie wir alle wissen. Nur das bayerische Bildungssystem ist noch starrer und undurchlässiger geworden.

Es wird den Herausforderungen einer modernen Gesellschaft einfach nicht mehr gerecht.

(Eduard Nöth (CSU): Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?)

– Das muss man einfach so sagen, Herr Kollege.

Unser Bildungssystem ist wie ein Mantel, aus dem die Gesellschaft herausgewachsen ist. Das dreigliedrige Schulsystem passt nicht ins 21. Jahrhundert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, der Titel Ihrer heutigen Regierungserklärung lautet „Kinder, Bildung, Arbeitsplätze“. Wenn wir das bayerische Bildungssystem überprüfen, stellen wir fest, dass es zu vielen Kindern nicht gerecht wird. Es ist ineffizient und bei Weitem nicht so leistungsfähig, wie es die Entwicklung unserer Gesellschaft erfordert. Wenn wir das Bildungssystem nicht verbessern, kostet es künftig Arbeitsplätze. Der Kernfehler unseres bayerischen Bildungssystems, auf den viele Studien von Pisa bis zum bayerischen Bildungsbericht hingewiesen haben, besteht darin, dass unsere Kindergärten und Schulen nur für Kinder taugen, die von zu Hause viel mit auf den Weg bekommen und die kräftig unterstützt werden. Das wünschen wir uns für alle Kinder. Aber viele Kinder haben Eltern, deren Vermögen nicht groß genug ist. Diese Kinder können heute ihr Potenzial nicht entwickeln. Kinder aus ärmeren Familien haben besonders schlechte Chancen. Das gibt selbst der Kultusminister zu. Noch schlechter sieht es für Kinder aus armen Einwandererfamilien aus. Das zeigt ein Blick auf die Schulabgänger ohne Abschluss.

Bei deutschen Schulabgängern schneidet Bayern so schlecht ab wie der bundesdeutsche Durchschnitt. Bei ausländischen Jugendlichen gehen im Bundesdurchschnitt 17,5 % ohne Abschluss von der Schule. Das ist schlimm genug. In Bayern sind es aber 21,6 %. Das ist wirklich ein erbärmliches Ergebnis.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nur wenn wir alle Kinder bestmöglich fördern können, wird Bayern zukunftsfest. Deswegen brauchen wir einen neuen, weiteren Mantel, unter dem alle unsere Kinder Platz haben und sich behütet entfalten können. Wir brauchen eine Schule für alle.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gibt nur ganz wenige Länder, die ihr Schulsystem noch nicht modernisiert haben. Alle diese Länder arbeiten am Übergang zu einem zeitgemäßen Bildungssystem. Sie, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, lehnen nach wie vor jede Suche nach modernen Wegen vehement und pauschal ab.

Ich bin mir aber sicher, dass auch Sie längst Zweifel quälen. Wenn man allein in der Welt dasteht, muss man Zweifel haben. Die Diskussion ist auch bei uns längst im Gange. Das wissen Sie. Das dreigliedrige Schulsystem funktioniert in den Städten nicht mehr. Die tiefe Krise der Hauptschule ist auch für Sie nicht zu übersehen. Das dreigliedrige Schulsystem funktioniert auch auf dem Land nicht mehr. Überall kämpfen Gemeinden gegen Schulschließungen.

Kolleginnen und Kollegen, das finnische Schulsystem war unserem Schulsystem einmal sehr ähnlich. In den Siebzigerjahren gab es dort eine ähnliche Bevölkerungsentwicklung wie bei uns. In den ländlichen Regionen wurden die Schülerinnen und Schüler weniger. Um die Schulen im Dorf zu lassen, haben die Finnen Gymnasien und Volksschulen zusammengelegt. Sie haben eine Schule für alle entwickelt. Heute gehört Finnland zu den wirklichen Pisa-Siegern. Auch bei uns kämpfen die Kommunen um ihre Schulen. Sie fürchten mit Recht, dass sie mit der Schule auch die Zukunft verlieren. Wir GRÜNE wollen deshalb die Schulen im Dorf lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Johann Neumeier (CSU): In jedem Dorf?)

Deshalb schlagen wir vor, angepasste regionale Lösungen zuzulassen. Wir öffnen das gegliederte Schulsystem entsprechend dem Bedarf vor Ort. Dann müssen keine Schulen schließen.

Vielen bayerischen Lehrerinnen und Lehrern sowie Kindern und Eltern machen die frühe Auslese und die Dreigliedrigkeit das Leben schwer. Das ist es aber nicht allein. Es gibt so viele Mängel, die mit dieser Grundsatzfrage nichts zu tun haben. Gegen diese Mängel müssen Sie doch endlich vorgehen, Kolleginnen und Kollegen. Die Klassen sind zu groß. Wir fordern seit Jahren, dass keine Klasse über 25 Schüler haben darf. Jetzt wollen auch CSU und Staatsregierung reagieren. Im nächsten Schuljahr wollen sie 100 neue Lehrerstellen schaffen. Sie wollen die Klassen an den Realschulen und Gymnasien auf höchstens 33 Schüler verkleinern. Kollege Herrmann, halten Sie das wirklich für eine Errungenschaft? Sind 33 Schüler in einer Klasse wirklich ein Fortschritt?

(Zuruf von der CSU: Maximum! – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das ist Zukunft?)

Bayern ist Schlusslicht bei den Ganztagsschulen. Nun wollen Sie und Ihre Fraktion, Kollege Herrmann, mittelfristig an allen Schulen Ganztagsbetreuung einführen. Es reicht aber nicht, wenn die Kinder nur betreut werden. Die Kinder müssen gefördert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen fordern wir seit Jahren ein flächendeckendes Angebot an echten Ganztagsschulen. Ausreichendes und qualifiziertes Personal und genügend Zeit und Hilfen für die Kinder fehlen an allen Schularten und in den Kindergärten. Sie alle wissen, dass es in Bayern zu wenige Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter drei Jahren gibt. Auch hier ist Bayern Schlusslicht. Sie wissen auch, dass die Kindergärten nicht zu echten Bildungseinrichtungen werden können, solange sie zu wenig Personal haben. Der neue Bildungs- und Erziehungsplan enthält alles, was Kinder brauchen. Er kann aber in der Praxis nicht umgesetzt werden. Fast alle Kinder besuchen das letzte Kindergartenjahr. Zu viele werden aber nicht ausreichend gefördert. Was sagt die CSU dazu? – Sie sagt, es gibt keine Probleme. Wir sagen, das Bayerische Kinder-

bildungs- und -betreuungsgesetz muss dringend nachgebessert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sagen, es ist besser, früh zu investieren, als später reparieren zu müssen. Deswegen fordern wir, dass in den Krippen keine Gruppe mehr als sechs Kinder und in den Kindergärten keine Gruppe mehr als 15 Kinder haben darf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kollege Herrmann, es reicht nicht, die Kinder nur zu betreuen. Sie müssen gefördert werden.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Qualität!)

So gut wie alle Mängel im bayerischen Bildungssystem sind hausgemacht. Herr Ministerpräsident, Ihr radikaler Kürzungskurs ist eine der Hauptursachen dafür, dass es überall an Mitteln und Personal fehlt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bis zur letzten Landtagswahl haben Sie sich als Weltmeister im Geldausgeben hervorgetan. Sie haben sehr viel Geld aus einem üppig ausgestatteten Staatshaushalt ausgegeben. Trotzdem haben Sie noch 6 Milliarden Euro an Staatsvermögen verkauft und auf den Markt geschmissen. Das war viel Geld. Dann war das Geld weg. Nach der Landtagswahl haben Sie das Ruder radikal herumgerissen. Statt Weltmeister im Geldausgeben wollten Sie Sparweltmeister werden. Dabei war es Ihnen nicht wichtig, ob wirklich gespart wurde oder ob die Leute nur glaubten, dass Sie Sparweltmeister sind. Hauptsache, Sie glaubten es. Es war nicht wichtig, dass durch die Kürzungen die Folgekosten steigen.

Es war nicht wichtig, dass die Kinder in Zukunft dafür zahlen müssen. Die Zukunft war Ihnen nicht wichtig!

(Widerspruch des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Besonders verheerend hat sich diese beschränkte Perspektive in den Bildungseinrichtungen ausgewirkt, Kollege Kreuzer. Bildung ist das Kerngeschäft der Landespolitik. Hier haben Sie am meisten gepfuscht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist schon merkwürdig, dass uns die CSU Debatten zur Schulstruktur immer verbieten will; aber Sie selber führen eine falsche Strukturreform nach der anderen durch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ging schon los, Herr Ministerpräsident, mit der sechsstufigen Realschule. Die haben Sie gegen alle Warnungen der Opposition und der Bildungsexperten eingeführt. Noch im Dezember 2002 haben Sie, Herr Ministerpräsident, die Einführung der R 6 „die größte schulpolitische Reformmaßnahme seit den Siebzigerjahren“ genannt.

(Zuruf von der CSU: Ist es ja!)

Die größte Reform seit den Siebzigern, hat er gesagt. Ja, seitdem hat sich die Lage der Hauptschulen dramatisch verschärft,

(Zuruf von den GRÜNEN)

die Lage der Kinder in der vierten Grundschulklasse hat sich dramatisch verschärft. Das ist das Ergebnis dieser Reform!

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN: Genau! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, in dieser Legislaturperiode haben Sie sich schon wieder bildungspolitisch eingesetzt und „durchgegriffen“.

(Zuruf von den GRÜNEN: Leider!)

Sie haben das achtjährige Gymnasium im Alleingang und handstreichartig durchgesetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Wahlkampf haben Sie noch verkündet, Bayern halte am neunjährigen Gymnasium fest.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ja, genau!)

Nach der Wahl waren Sie überrascht, dass alle anderen Länder weiter waren. Also haben Sie das Ruder radikal herumgerissen: Bayern sollte nicht das letzte Land, sondern unter den ersten Ländern sein. Für Ihren Ehrgeiz, Herr Ministerpräsident, müssen Bayerns Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern bis heute die Rechnung begleichen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von den GRÜNEN)

Statt für Ihre ehrgeizigen Pläne wenigstens genügend Mittel bereitzustellen, haben Sie damals die Personalausgaben sogar noch um rund 6 Millionen Euro gekürzt. Den hohen Bedarf an Lehrkräften, die Belastung der Schülerinnen und Schüler, die Probleme mit einem unvollständigen und zu umfangreichen Lehrplan – das alles konnte man damals bereits vorhersehen. Wir haben es vorhergesehen. Sie haben alle Probleme geleugnet. Wir haben zahllose Dringlichkeitsanträge gestellt, um die Lage der Schülerinnen und Schüler und der Lehrerinnen und Lehrer zu verbessern. Wir haben ausreichend Stellen gefordert. Wir haben eine mittelfristige Personalplanung gefordert mit dem Ziel, die Klassenstärken ab 25 zu verkleinern. Sie haben nur beschwichtigt, es sei alles halb so schlimm, es sei längst nachgebessert. Sie haben vier Jahre lang alle Probleme nur geleugnet – bis heute.

Kolleginnen und Kollegen, jetzt fehlen schon wieder qualifizierte Lehrkräfte. Dafür fehlt uns jegliches Verständnis.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Staatsekretär Freller, der Kultusminister weiß schon Jahre vorher, wie viele Schülerinnen und Schüler es geben wird. Da braucht er bloß nachzuschauen. Er weiß,

wie viele Studierende ins Lehramt gehen wollen. Auch da muss er nur nachschauen. Und dann muss er eins und eins zusammenrechnen. Aber trotzdem sind Sie über Jahre hinweg unfähig, Angebot und Nachfrage zusammenzubringen. Das haben Sie nicht geschafft. Das ist Planwirtschaft, wie wir sie sonst in Europa nirgendwo mehr finden. Das ist staatlich organisierte Misswirtschaft!

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von den GRÜNEN)

Auch das ist ein Grund, warum wir GRÜNEN fordern: Lassen Sie die Schulen selbst ihre Lehrerinnen und Lehrer einstellen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Geben Sie den Schulen endlich Budget- und Personalhoheit! Geben Sie den Schulen mehr Freiheit!

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wie viel mehr die Schulen leisten können, wenn sie nur ein bisschen vom Gängelband losgelassen werden, zeigen die vielen Schulversuche. Jedes Jahr werden hervorragende innovative Schulprojekte ausgezeichnet. Mit enormem zusätzlichem Engagement vollbringen Schulen auf einzelnen Arbeitsfeldern Höchstleistungen. Darauf konzentrieren diese Schulen ihre gesamte restliche Energie, die nicht vom Alltagskampf verbraucht wird.

Aber flächendeckend und im gesamten Schulbetrieb können die bayerischen Schulen ihre Spitzenleistungen nur dann vollbringen, wenn sie auch flächendeckend und umfassend Mittel bekommen. Deshalb fordern wir Bildungsausgaben auf internationalem Niveau.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es sind Ihre Worte, Herr Ministerpräsident, Sie haben das 2003 in Ihrer Regierungserklärung versprochen. Wir GRÜNEN haben Anfang des letzten Jahres ein Finanzierungskonzept vorgelegt über 1,75 Milliarden Euro – mehr als Ihr sogenanntes Zukunftsprogramm; 1,75 Milliarden Euro zusätzliche Bildungsinvestitionen ohne Neuverschuldung und ohne zusätzliche Steuereinnahmen, aus dem damaligen Haushalt heraus.

Fakt ist: Die Bildungsausgaben in Bayern liegen weit unter dem internationalen Niveau. Sie, Herr Ministerpräsident, haben Ihr Versprechen bis heute nicht eingelöst. Wir haben gehandelt; Sie sind wirkliche Zukunftsinvestitionen bis heute schuldig geblieben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun zur zweiten großen Herausforderung: dem Klimawandel. Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer gesamten Regierungszeit ignoriert, dass der Klimaschutz eine zentrale Zukunftsaufgabe ist; bis heute haben Sie das ignoriert. Noch bei der Haushaltsdebatte im vergangenen Dezember haben Sie das Wort „Klima“ kein einziges Mal ausgesprochen. Sie haben keine einzige Maßnahme ergriffen. Im Gegenteil: Sie haben mit Ihrer klimaschädlichen Wirtschafts- und Strukturpolitik weitergemacht, als ob nichts wäre.

Dann war Anfang dieses Jahres der Klimawandel plötzlich in den Schlagzeilen. Da haben Sie prompt und in gewohnter Manier reagiert: mit einem verbalen radikalen Kurswechsel: Erst kein Wort – und danach große Sprüche: Bayern soll zum Musterland beim Klimaschutz werden, haben Sie vollmundig erklärt, und soll Europas Spitzenreiter werden.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Getan haben Sie und Ihre Regierung seitdem nichts – außer im dicken Dienstauto auf die Zugspitze zu fahren.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von den GRÜNEN: Genau!)

Nach wie vor setzen Sie in der Wirtschafts- und Strukturpolitik auf die alten, klimaschädlichen Rezepte. Diese Politik ist nicht zukunftsfähig!

Wir alle wissen, dass diese Art zu wirtschaften die Temperaturen nach oben treibt. Wir leiden immer öfter unter extremen Wetterlagen, unter Hitzewellen, Wolkenbrüchen und Stürmen. Wir brauchen dringend eine wirkliche Trendumkehr.

In Bayern verursacht der Auto- und Flugverkehr fast ein Drittel aller CO_2-Emissionen – mit steigender Tendenz. Beim Flugverkehr gibt es seit 1990 sogar eine Steigerung um 83 %. CSU und Staatsregierung setzen nach wie vor auf die wirtschafts- und strukturpolitischen Rezepte von gestern: Sie subventionieren den Flugverkehr, Sie fördern Regionalflughäfen und die dritte Startbahn in München. Sie lehnen wirksame CO_2-Grenzwerte für Autos ab; Sie nehmen Gelder, die dem öffentlichen Regionalverkehr gehören, weg und stecken sie in den Transrapid. Sie wollen eine Autobahn durchs Fichtelgebirge bauen, obwohl selbst die Bundesregierung sagt, sie sei überflüssig. All diese unsinnigen Großprojekte schaden dem Klima, kosten Arbeitsplätze und beeinträchtigen unsere Lebensqualität.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Minister Beckstein – ist er noch da oder ist er schon gegangen?

(Franz Maget (SPD): Dem war das zu viel heute!)

Also spreche ich einmal zum virtuellen Beckstein.

Minister Beckstein glaubt bis heute, dass Straßen mehr Fortschritt und weniger Stau bedeuten. Das glaubt er bis heute,

(Zurufe von den GRÜNEN)

unbeirrt von allen wissenschaftlichen Studien. Denn genau das Gegenteil ist der Fall. Das Umweltbundesamt sagt, etwa 15 bis 20 % des Verkehrswachstums sind auf den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zurückzuführen. Das heißt, je mehr Straßen man baut, desto mehr Verkehr gibt es. Das sagt das Umweltbundesamt. Kollege Pschierer, damit auch Sie das verstehen, habe ich es übersetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von den GRÜNEN)

Sie glauben immer noch, neue Straßen könnten strukturschwachen Regionen helfen. Genau das Gegenteil ist der Fall. Das Umweltbundesamt stellt fest, dass der Anschluss an das Autobahnnetz die Abwanderungstendenzen verstärkt.

Aber Klimaschutz ist dem Minister egal. Das hat er im Dezember mit seiner Forderung nach einer Pkw-Maut gezeigt. Mit einer Pkw-Maut, hat er erklärt, würde es für Autofahrer billiger. Wenn einer viel fährt, dann wird es viel billiger. Da freuen sich alle, die den Klimaschutz ernst nehmen und möglichst wenig fahren.

Wer wie Minister Beckstein noch immer in den Denkmustern von gestern rechnet, ist sicher kein Hoffnungsträger.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, alle Menschen in ganz Bayern wollen mobil sein, auch die Hälfte der Bevölkerung, die über kein Auto verfügt. Deswegen müssen wir alle Möglichkeiten ausschöpfen für mehr Lebensqualität und Klimaschutz. Die Industrie muss sparsamere Autos bauen. Dazu brauchen wir Grenzwerte und Tempolimit, sonst macht sie das nicht. Bus und Bahn müssen attraktiver werden. Wir werden dafür das Geld verwenden, das Staatsregierung und CSU in den Transrapid stecken wollen. Schließlich stoppen wir alle direkten und indirekten Subventionen für den Flugverkehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der größte Teil der CO_2-Emissionen stammt aus dem Energieverbrauch. Wir wollen den Verbrauch senken, aber die Lebensqualität steigern. Dazu setzen wir GRÜNE auf die drei großen „E“ in der Energiepolitik: Einsparung, Effizienz und Erneuerbare Energien.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was machen Staatsregierung und CSU? Die Staatsregierung macht nicht viel – Kollege Maget hat es schon gesagt: Das Thema „erneuerbare Energien“ ist kein einziges Mal vom Ministerpräsidenten erwähnt worden –, und die CSU hat alle unsere Anträge zum Klimaschutz auch nach der weltweiten Klimadebatte abgelehnt. Sie machen weiter wie bisher, als sei nichts gewesen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben 1995 versprochen, den Anteil der erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2000 auf 13 % auszubauen. Vielleicht erinnern Sie sich noch. Getan haben Sie in Ihrer Regierungszeit wenig dafür.

(Erwin Huber (CSU): Wir sind an der Spitze!)

Stattdessen wollten Sie – und Sie, Herr Minister Huber, an der Spitze – das Erneuerbare-Energien-Gesetz verhindern.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Genau, im Bundestag!)

Damit sind Sie auf die Nase gefallen, Gott sei Dank, zum Glück für Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn es war genau dieses Gesetz der rot-grünen Bundesregierung, das den beispiellosen Boom auch in Bayern für Sonne, Biomasse und Wind erst ermöglicht hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Trotzdem, als der Boom schon sichtbar war, wollten Sie das Gesetz noch abschaffen. Sie sind in den Wahlkampf gezogen und wollten es abschaffen, Kollege Huber.

(Erwin Huber (CSU): Nicht abschaffen!)

Gott sei Dank sind Sie wieder auf die Nase gefallen zum Wohle Bayerns.

(Beifall bei den GRÜNEN – Erwin Huber (CSU): Blödsinn!)

1995, Herr Ministerpräsident, haben Sie gesagt, 13 % bis zum Jahr 2000. Vor Kurzem haben Sie wieder großspurig erklärt, Sie wollten den Anteil der erneuerbaren Energien bis 2020 auf 16 % „verdoppeln“. Ja Wahnsinn! Sieht so Ihr klarer Kurs aus?

Wir GRÜNE haben mit der Bundesregierung bewiesen, dass sich mit grünen Konzepten schwarze Zahlen schreiben lassen. Damit haben wir die Menschen überzeugt. Klimaschutz ist ein wirksames Zukunftsprogramm für Lebensqualität und Arbeitsplätze. Selbst die ökologisch rückständige „Wirtschaftswoche“, ungefähr auf dem Niveau von Minister Huber, schrieb unter dem Titel „Grüne Technologien stehen vor einem gigantischen Boom“: „Die weltweit führende Automobilindustrie hat beste Exportchancen und das Zeug zum wichtigsten Jobmotor.“ Wir GRÜNE haben dafür gearbeitet. Jetzt ist es an Ihnen, endlich etwas zu tun.

Kolleginnen und Kollegen, nun zum dritten großen politischen Handlungsfeld in Bayern, der sozialen Gerechtigkeit. Auch hier fehlt Ihnen ein frischer Blick auf die ganze Wirklichkeit in Bayern. Wir sind alle froh, in einem relativ reichen Land wie Bayern zu leben. Aber immer mehr Menschen haben auch in unserem Land kaum eine Chance, am öffentlichen und privaten Wohlstand teilzuhaben.

Nun sagt die Staatsregierung, allen voran Minister Huber: Alles ist wieder gut, der Aufschwung ist da. Sie fabulieren sogar von Vollbeschäftigung.

(Erwin Huber (CSU): Wenn die GRÜNEN weg sind, kommt der Aufschwung!)

Aber der Aufschwung hilft längst nicht allen. Die Erwerbslosenquote sinkt zwar, aber zu viele profitieren nicht davon. Der Arbeitsmarkt ist gespalten, das ist der Fehler. Es gibt eine große Nachfrage nach Fachkräften, aber nur, wenn sie nicht zu lange beschäftigungslos waren. Es gibt in Bayern noch immer zu viele Regionen, in denen qualifizierte, arbeitswillige und arbeitsfähige Menschen keine Chance haben, Arbeit zu finden, weil sie keine Arbeit vorfinden, weil es keine gibt und keinen Arbeitsmarkt.

Sie, Herr Ministerpräsident, haben zu Anfang Ihrer Rede aus der Prognos-Studie zitiert. Aber wie so oft nehmen Sie nur den Teil der bayerischen Wirklichkeit zur Kenntnis, der Ihnen gefällt. Denn in der Prognos-Studie steht noch mehr. Sie müssen die gesamte Studie lesen und daraus Konsequenzen ziehen.

Es gibt viele Studien in der letzten Zeit, und alle diese Studien, auch der aktuelle Zukunftsatlas 2007 von Prognos, bestätigen für Bayern eine einzigartige Spaltung. Bei uns gibt es viele Landkreise mit besten Zukunftschancen, aber es gibt auch ungewöhnlich viele mit großen Zukunftsrisiken. Das steht in diesen Studien.

Sogar die Studie des bayerischen Staatsministeriums zur Entwicklung des ländlichen Raums kritisiert diesen Punkt. Auch sie spricht von einer Schere zwischen Stadt und Land, die sich immer weiter öffne. Dazu, sagt die Studie des Landwirtschaftsministeriums, trage die Politik der Staatsregierung aktiv bei. Ich zitiere – ein bisschen schwer, der Satz –:

> Sowohl die strukturpolitische Fokussierung auf Metropolregionen als auch die weitgehende Vernachlässigung des ländlichen Raums in der Diskussion um zukunftsträchtige Clusterlandschaften haben bislang kaum positive Wachstumssignale für strukturschwache Regionen geboten.

Übersetzt heißt das: Sie, Herr Ministerpräsident, haben mit Ihren Zukunftsoffensiven vor allem Boom-Regionen gefördert, alle anderen haben Sie damit weiter abgehängt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Phantasielosigkeit, mit der Sie und die CSU nur auf Straßen, Flughäfen, Großprojekte und Zentralisierung setzen, hat dem ländlichen Raum geschadet. Für eine Trendumkehr braucht Bayern neue Konzepte. Wir bauen auf die Stärken der Regionen und helfen, sie zu entwikkeln. Wir haben ein grünes Impulsprogramm für den ländlichen Raum vorgelegt, wir setzen auf Eigenverantwortung, auf Bildung, Kinderfreundlichkeit, Vernetzung und regionale Wirtschaftskraft.

Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist ein mehrfach gespaltenes Land. Die Armut nimmt nach wie vor zu bei Menschen mit und ohne Arbeit. Die neuen Arbeitsplätze, von denen Minister Huber so schwärmt, sind in erster Linie prekäre Jobs: Teilzeit, befristet oder im Niedriglohnbereich.

(Erwin Huber (CSU): Wo leben Sie denn überhaupt? 150 000 mehr!)

Immer mehr Menschen geraten in die Schuldenfalle. Sie sind auf die Hilfe von Schuldnerberatern angewiesen, natürlich, es werden immer mehr. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen, Kollege Pschierer.

(Franz Josef Pschierer (CSU): Von Ihnen nehme ich nichts zur Kenntnis!)

Die Staatsregierung und die CSU haben die Zuschüsse für die Schuldnerberatung 2004 drastisch gekürzt. Jetzt reichen die Mittel der Schuldnerberatung nur noch bis August. Die Anmeldezahlen haben sich aber in den letzen fünf Jahren, Herr Kollege Pschierer, verdreifacht, das heißt, dreimal so viele Leute suchen Hilfe. Deswegen kommt es zu monatelangen Wartezeiten.

Wir wollen, dass den Schuldnern schneller geholfen wird. Damit helfen wir nicht nur ihnen, sondern auch ihren Gläubigern. Deswegen fordern wir die sofortige Freigabe der gesperrten Haushaltsmittel für die Schuldnerberatung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Deswegen verlangen wir: Der bayerische Staat muss selbst mehr ausbilden. Wir fordern Sozialpädagogen an den Berufsschulen. Damit können wir die Vermittlungschancen erhöhen und die Abbrecherquoten verringern. Wir fordern Vollzeitausbildungsplätze an Berufsschulen, ergänzend zum dualen System.

Zukunftsfähig ist unser Staat nur, wenn alle unsere Jugendlichen eine Zukunftsperspektive haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, zum Abschluss möchte ich noch einen Satz von Ihnen aufgreifen. Im Dezember haben Sie an dieser Stelle erklärt, und Sie haben dies heute sinngemäß wiederholt – ich zitiere-: „Unser Ziel ist: Bayern im Jahr 2020 soll eine der besten Regionen Europas mit höchster Lebensqualität sein.“ – Unser grünes Ziel lautet: Höchste Lebensqualität für alle Menschen in ganz Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit den Rezepten von gestern ist dieses Ziel nicht zu erreichen. Deswegen drängen wir auf neue Konzepte, auf Bildungschancen für alle, auf soziale Gerechtigkeit, auf Klimaschutz und auf Arbeitsplätze.

Wir GRÜNEN nehmen für uns in Anspruch, Bayerns Schönheiten und Besonderheiten zu bewahren

(Lachen bei der CSU – Gegenrufe von den GRÜNEN)

und unser Land gleichzeitig zukunftsfähig zu machen. Bayern ist ein schönes Land.

(Beifall bei den GRÜNEN – Franz Josef Pschierer (CSU): Weil die CSU regiert! – Alexander König (CSU): Schauen Sie doch ein bisschen freundlicher! – Weitere Zurufe von der CSU)

Es hat ein großes Potenzial. Wir sind entschlossen,

(Erwin Huber (CSU): Die Bremser!)

dieses Potenzial zu entwickeln, mit der Hilfe und zum Nutzen aller seiner Bewohnerinnen und Bewohner. Das ist die Zukunft, für die wir arbeiten.

(Langanhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Danke, Herr Kollege Dr. Dürr. Für die CSU-Fraktion darf ich als nächstem Redner Herrn Kollegen Herrmann das Wort erteilen.

Joachim Herrmann (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Polemik der Opposition steht ganz offensichtlich im umgekehrten Verhältnis zu ihren Wähleranteilen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Das Programm 2020 der SPD-Fraktion heißt offensichtlich: 20 % minus x.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Ha, ha!)

Auch ein solches Zukunftsprogramm kann man natürlich vielversprechend entwickeln.

Herr Kollege Maget, mehr oder minder geistreiche Kommentare oder vermeintliche Mängellisten sind das eine, den Freistaat Bayern zu führen und klare Konzepte für seine Zukunft zu entwickeln, ist etwas ganz anderes. An der Kompetenz dafür mangelt es der bayerischen SPD nach wie vor, ja sie ist meilenweit davon entfernt, Fähigkeiten hierfür aufzuzeigen. – „Meilenweit“ ist noch untertrieben. „Lichtjahre entfernt“, müsste man fast sagen.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Seien Sie nur weiter so arrogant! Jawohl!)

Wer sich in den Medien angeschaut hat, wie der Landesparteitag der SPD am vergangenen Wochenende verlaufen ist, hat wieder einmal ein eindrucksvolles Bild davon bekommen, wie stark die sozialdemokratische Partei Bayerns in diesem Jahrzehnt dasteht.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Im Gegensatz zu Ihnen waren wir dabei und wissen es! – Zurufe der Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD) und Franz Maget (SPD))

Ich will ein Thema herausgreifen, weil Sie dies auf Ihrem Parteitag offensichtlich erneut beschäftigt hat. Sie wissen bis heute nicht recht, ob Sie die Agenda 2010 des früheren Bundeskanzlers Gerhard Schröder nun eigentlich für richtig halten oder nicht. Franz Müntefering, so höre ich aus Berlin, sieht im aktuellen Rückgang der Arbeitslosigkeit in Deutschland einen großartigen Erfolg der Reformpolitik Schröders. Aber den größten Beifall auf dem SPD-Landesparteitag erhält den Medienberichten zufolge der DGB-Chef Fritz Schösser, der die Agenda 2010 in Bausch und Bogen ablehnt.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Franz Maget hat den meisten Beifall bekommen!)

Das ist die Realität der SPD. Solange sich die SPD noch nicht einmal entscheiden kann, ob die Schröderschen Reformen für den Abbau der Arbeitslosigkeit gut oder sozial ungerecht waren, so lange wird sie aus ihrem tiefen Tal der Tränen nicht herauskommen.

(Beifall bei der CSU)

Man muss sich das einmal überlegen: Zuerst – ich sage es ganz bewusst so – der Hochmut, vier Arbeitsmarktreformen nach dem eigenen Parteigenossen Peter Hartz zu benennen und dann mit anschauen zu müssen, dass genau dieser Namenspatron wegen Untreue und Verstoßes gegen das Betriebsverfassungsgesetz vom Strafrichter verurteilt wird.

(Zuruf von der SPD: Und was ist mit Ihrem schwarzen Koffer? Fällt Ihnen nichts Besseres ein?)

Das ist schon bitter, und ich kann verstehen, dass die Gewerkschaften darüber wahrlich nicht begeistert sind.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Dürr, inzwischen haben Sie offensichtlich ein Problem damit, die Wirklichkeit in Bayern wahrzunehmen.

(Zuruf von der CSU: Das hatte er schon immer!)

Sie haben gerade erzählt, es gebe in Bayern immer noch viel zu viele Regionen, in denen qualifizierte, arbeitswillige und arbeitsfähige Menschen keine Chance hätten, Arbeit zu finden, weil es in ihrer Region keine Arbeit und keinen Arbeitsmarkt gebe. Sagen Sie einmal: Welche Nachrichten, welche Berichte lesen Sie eigentlich? Seit über einem Jahr geht ausnahmslos in jedem Landkreis Bayerns, in jeder Stadt Bayerns die Arbeitslosigkeit signifikant zurück.

(Beifall bei der CSU)

Dass Sie dazu keinen Beitrag geleistet haben, mag schon richtig sein. Aber völlig falsche Behauptungen über die Realität in Bayern in die Welt zu setzen, ist schon mehr als dreist.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Anschließend haben Sie erklärt, die Armut nehme nach wie vor zu bei Menschen mit und ohne Arbeit. Wir freuen

uns nach wie vor sehr darüber, dass Bayern die mit Abstand niedrigste Sozialhilfequote aller Bundesländer hat. In keinem anderen Bundesland sind weniger Menschen arm als in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Festzuhalten bleibt nach wie vor: Wir haben die sieben schlechten Jahre rot-grüner Regierung in Berlin nicht vergessen.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

In diesen Zeiten wuchs die Armut in Deutschland und wuchs die Arbeitslosigkeit in Deutschland. Rot-Grün hat mehr Menschen arm und arbeitslos gemacht. Deshalb weiß die Mehrheit der Menschen in Bayern: Wenn Sie bei uns das Sagen hätten, würde das auch in Bayern eintreten, und deshalb werden Sie auch nicht gewählt in unserem Land, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Am Wochenende habe ich den Zeitungen entnommen, dass Sie sich darüber ärgern, dass DGB-Chef Schösser die SPD manchmal mehr kritisiert als die CSU. Nun habe ich mir einmal angeschaut, was SPD-Chef Kurt Beck als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz zu verantworten hat. Er regiert dort immerhin auch schon – leider, kann man nur sagen – seit 1994.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das freie Kindergartenjahr, den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz, die Ganztagsschule, all das hat er zu verantworten!)

In Bayern gab es 1994 4 269 000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, und in Bayern gibt es heute 4 381 000 Beschäftigte. Trotz aller Wirtschaftsprobleme, die Deutschland zwischenzeitlich hatte, sind dies 112 000 mehr.

(Zuruf von der SPD: Das kann man doch so nicht rechnen!)

Wenn Sie die Statistik in Rheinland-Pfalz anschauen, dann stellen Sie fest, dass Rheinland-Pfalz nach 13 Jahren Regierung von Kurt Beck sage und schreibe 5000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte weniger hat. Auch insoweit kann ich verstehen, dass der DGB über die Politik, die ein Kurt Beck veranstaltet, überhaupt nicht glücklich ist, und weshalb er solche Genossen kritisiert.

(Beifall bei der CSU)

Dasselbe gilt übrigens auch für die innere Sicherheit.

(Ludwig Wörner (SPD): Jawohl! Sofort totschießen!)

– Passen Sie nur auf, Herr Kollege Wörner!

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, das war nicht parlamentarisch und nicht angebracht.

Joachim Herrmann (CSU): In Bayern hatten wir im Jahr 1994 5742 Straftaten pro 100 000 Einwohner; im vergangenen Jahr waren es 5403. Das bedeutet einen deutlichen Rückgang.

14 Jahre Ministerpräsident Edmund Stoiber und 14 Jahre Innenminister Günther Beckstein haben Kriminalität in Bayern abgebaut und Bayern sicherer gemacht. Das ist die Zwischenbilanz.

(Beifall bei der CSU)

Im gleichen Zeitraum ist in Rheinland-Pfalz die Zahl der Straftaten von 6239 pro 100 000 Einwohner auf 7362 gestiegen. Das ist die „Erfolgsbilanz“ von Kurt Beck. Deshalb kann ich nur sagen, Herr Kollege Maget: Ich finde es ganz famos, dass Sie sich aufgeplustert haben und am Wochenende eine Rücktrittsforderung an den Bundesinnenminister gerichtet haben.

(Franz Maget (SPD): Jawohl!)

Sie sollten lieber den Rücktritt einiger Unsicherheitsminister in einigen von Ihnen regierten Ländern fordern. Das wäre wesentlich klüger.

(Beifall bei der CSU)

Man muss nicht mit jeder einzelnen Äußerung von Wolfgang Schäuble übereinstimmen, aber dass Wolfgang Schäuble insgesamt auf jeden Fall ein hervorragender Bundesinnenminister ist und unsere Unterstützung hat, darf ich in diesen Tagen ausdrücklich bekräftigen.

(Beifall bei der CSU)

Wir nehmen die Verantwortung für die Sicherheit der Bürger ernst. Wir nehmen auch die Verantwortung für die Freiheit der Bürger ernst. Deshalb fühlen sich die Menschen in Bayern sowohl sicher als auch frei. Sie fühlen sich in Bayern wohl.

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Das bestreitet niemand! – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wir auch! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Das ist wunderbar. – Ich zitiere aus der Pressemitteilung der SPD, mit der sie zum Landesparteitag am vergangenen Wochenende eingeladen hat. Sie beginnt mit dem Satz: „Die Menschen fühlen sich wohl in Bayern, und der Lebensstandard ist hoch.“

(Franz Maget (SPD): Jawohl!)

Das ist der erste Satz der SPD-Pressemitteilung. Das stimmt nicht ganz mit dem Bild von Bayern überein, das Sie und Herr Dürr in der letzten Stunde gezeichnet haben, aber richtig ist es auf jeden Fall.

(Beifall bei der CSU – Franz Maget (SPD): Weiterlesen!)

Jetzt kommt der nächste Satz: „Maßgeblichen Anteil daran hat die Bayern-SPD."

(Heiterkeit bei der CSU – Beifall bei der SPD)

Das ist sage und schreibe der zweite Satz dieser Einladung. Man höre und staune: „Sie trägt in den Kommunen und Regionen Bayerns, wo die Wirtschaft boomt und die Arbeitslosigkeit stark abgebaut wird, Verantwortung: in München, Nürnberg, Augsburg…"

(Franz Maget (SPD): Jawohl!)

Das ist ganz famos.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Das ist auch richtig!)

Das ist wahrscheinlich auch der Grund dafür, warum sich Ude, Maly und andere mit Händen und Füßen dagegen sträuben, auch nur in entferntester Weise in die Mitverantwortung für die Bayern-SPD eingebunden zu werden; denn mit diesem Haufen will man auf gar keinen Fall in irgendeiner Weise in Verbindung gebracht werden. Das ist doch die Realität.

(Beifall bei der CSU)

Seitdem wir über das Programm Bayern 2020 diskutieren, haben Sie eine neue, „geniale" Oppositionslinie entwickelt. Danach hat die CSU alles bei der SPD abgeschrieben, alles ist von der SPD schon früher gesagt worden und erst jetzt hat es die CSU erkannt. Ich kann verstehen, dass es nach den großartigen Erfolgen der letzten Jahre und Jahrzehnte notwendig war, sich eine neue Oppositionsstrategie einfallen zu lassen. Aber ich bin relativ zuversichtlich: Wenn wir in das Wahljahr 2008 gehen und die Linie der SPD vor allen Dingen darin besteht, zu allem, was die CSU vorhat, zu erklären, sie habe das schon früher gesagt, dann ist mir um den Wahlausgang im Herbst 2008 nicht sonderlich bange.

(Beifall bei der CSU)

Entscheidend ist, dass wir in der Tat eine Idee nicht alleine deshalb, weil sie von der SPD für richtig gehalten wird, ablehnen, sondern wir räumen durchaus ein: Es gibt Ideen, die wir für richtig halten und die auch von Ihnen für richtig gehalten werden. Wir scheuen uns nicht, diese dann umzusetzen.

(Karin Radermacher (SPD): So eine Überheblichkeit! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ihr Problem, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und von den GRÜNEN, ist, dass Sie nie erkennen, wann wir die besseren Ideen haben.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das stimmt überhaupt nicht!)

Deshalb werden Sie auf Dauer nicht vorankommen.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Nehmen Sie zur Kenntnis, dass wir bei sehr vielen Sachen zustimmen!)

Nun haben Sie einige Bemerkungen zum Thema Kinderbetreuung und Kinderkrippen gemacht. Ich will dazu ganz nüchtern feststellen: Bei der Versorgung mit Kindergartenplätzen steht Bayern nach wie vor an der Spitze aller 16 Länder. Kein Land in Deutschland hat eine so gute Versorgung mit Kindergartenplätzen wie Bayern.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Stimmt auch nicht!)

Welche Stadt die schlechteste Versorgung mit Kindergartenplätzen hat, Herr Kollege Maget, brauche ich an dieser Stelle gar nicht zu betonen. Das haben Sie sich hoffentlich inzwischen hinter die Ohren geschrieben. Ich hoffe, dass sich auch die Landeshauptstadt München auf einem guten Weg befindet.

Wir haben kein Hehl daraus gemacht, dass wir bei den Kinderkrippenplätzen einen Nachholbedarf haben.

(Karin Radermacher (SPD): Und was für einen!)

Darum legen wir jetzt kräftig zu, und zwar mit einem beachtlichen Tempo. Wenn ich von den Zahlen ausgehe, die Christa Stewens genannt hat, dann muss ich sagen, dass wir wahrscheinlich schon in diesem Jahr eine Quote von etwa 10 % in Bayern erreichen werden.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Der Ministerpräsident hat die Zahlen schon genannt! Sie sind nicht auf der Höhe der Zeit!)

– Wenn wir Kinderkrippen und Tagesmütter zusammennehmen, dann sind wir im Herbst dieses Jahres bei 10 %, mit stark steigender Tendenz.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Diese Berechnung erfolgt wohlgemerkt auf der Basis, dass wir die Kinder im ersten, zweiten und dritten Lebensjahr einbeziehen. Wenn man die Berechnungen von Berlin zugrunde legt, wonach nur die Kinder im zweiten und dritten Lebensjahr einbezogen werden, dann sind wir schon bei 15 %. Wir werden da weitermachen. Wichtig ist uns – das will ich bekräftigen –, dass wir nicht nur quantitativ ausbauen, sondern auch die Qualität verbessern. Deshalb beinhaltet dieses Programm auch eine Qualitätsoffensive in den Kinderbetreuungseinrichtungen.

Ich bin dem Ministerpräsidenten dafür dankbar, dass er einen weiteren Punkt angesprochen hat, auch wenn er nicht Teil des bayerischen Zukunftsprogramms ist, sondern die Bundesebene betrifft. Genauso wie wir den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen wollen, wollen wir auch die Stärkung der Eltern, die sich zu Hause um ihre Kinder kümmern. Wir stehen dazu: Wir brauchen ein Betreuungsgeld für die Eltern, die sich zu Hause um ihre Kinder kümmern. Die brauchen genauso Anerkennung, und wir werden da nicht locker lassen.

(Beifall bei der CSU)

Es ist auch klar: Krippen sind kein Ersatz für Ehe und Familie, sondern sie dienen dazu, dass junge Familien heute ihr Leben so gestalten können, wie sie es selbst wollen.

Wir wollen, dass Wahlfreiheit für junge Väter und Mütter herrscht.

(Franz Maget (SPD): Da schau her! – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Bravo!)

Deshalb geben wir mit diesem Zukunftsprogramm auch das klare Signal, die Ganztagsschulen auszubauen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Bravo!)

Es ist aber auch wichtig, dass wir uns mit dem Inhalt und dem beschäftigen, was dort stattfindet. Ich unterstreiche: Es geht nicht um Multikulti, nicht darum, dass irgendwas, irgendwo in irgendwelchen Stadtteilen, wie wir es von „famosen" Ganztagsschulen in Berlin gerade im letzten Jahr gehört haben, gemacht wird, sondern es geht darum, dass in Hauptschulen, in denen sich beispielsweise viele ausländische Kinder befinden, echte Integration stattfindet. Multikulti ist gescheitert. Wir brauchen Grundschulen, Hauptschulen und andere Schulen, in denen alle Kinder gut Deutsch sprechen und verstehen können. Nur dann haben sie eine Zukunft.

(Beifall bei der CSU)

Ich füge hinzu: Ob Vormittagsschule oder Ganztagsschule, zu unserem Bekenntnis gehört auch, dass in der einen wie der anderen das Kruzifix an der Wand hängen bleibt. Auch das gehört zu unserem Selbstverständnis, zu unserem Verständnis von bayerischer Schulpolitik.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage ein Letztes zum Thema Kinderbetreuung und Schulen: Es gilt uneingeschränkt, dass die Eltern darüber entscheiden, was sie wollen. Ich habe es für absurd gehalten, dass die stellvertretende Vorsitzende des DGB

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): CDU-Mitglied!)

– darum ist es trotzdem absurd – am Sonntag oder Montag erklärt hat, in einigen Jahren müssten wir dazu kommen, dass alle Kinder verpflichtend die Kinderkrippe, alle verpflichtend den Kindergarten und alle verpflichtend die Ganztagsschule besuchen müssten.

Meine Damen und Herren, das wird mit der CSU nicht gehen.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Maget und andere Kollegen der SPD, ich will noch einmal Ihren Satz in Erinnerung rufen: Es wäre besser, wenn die CSU früher auf die SPD hören würde. Ich möchte dazu nur zwei Themenbereiche aufgreifen:

Ich habe gestern noch einmal Protokolle dieses Hauses aus den Siebzigerjahren zur Zukunft des ländlichen Raumes nachgelesen, weil mich Edmund Stoiber kürzlich auf die damaligen Debatten hingewiesen hat. Damals wurde von der SPD in diesem Hohen Hause erklärt, dass beispielsweise die regionale Wirtschaftsförderung und die Städtebauförderung künftig nur noch auf zentrale Orte mit einem Einzugsbereich von mindestens 40 000 Arbeitnehmern konzentriert werden sollten. Hier war noch nicht einmal von Einwohnern die Rede, sondern nur von Arbeitnehmern. Alle anderen Orte hätten auf Dauer keine echte Zukunft.

(Franz Maget (SPD): Protokolle aus den Siebzigerjahren! Jetzt müssen Sie aber sehr weit zurückgreifen!)

Das war die damalige Perspektive der SPD, unterstützt von einem Raumordnungsminister Hans-Jochen Vogel in Bonn, der in seiner Euphorie über die Großstadt München von Bonn aus eine solche Planung in Gang setzen wollte, weil nach seiner Auffassung die Zukunft Bayerns nur noch in großen Ballungsräumen lag.

(Franz Maget (SPD): Das sagt Herr Schaidinger heute noch!)

Wir sind heute dankbar dafür – und erst recht die Menschen im ländlichen Raum –, dass diesen Konzepten der SPD damals nicht gefolgt wurde. Meine Damen und Herren, der ländliche Raum in Bayern wäre heute tot.

(Beifall bei der CSU)

Die CSU-Fraktion hat deshalb ganz bewusst in dieses Zukunftsprogramm ein paar Signale in Richtung des ländlichen Raumes eingebaut. Natürlich ist der ländliche Raum mehr als nur Staatsstraßen, Dorferneuerung und Städtebauförderung. Die CSU-Landtagsfraktion und die Staatsregierung geben damit jedoch ein klares Signal: Wir stehen zum ländlichen Raum und wir werden alles dafür tun, dass sich in unserem Land gleichwertige Lebensverhältnisse entwickeln.

(Franz Maget (SPD): Das steht in der Verfassung!)

Wir tun dies, damit die Menschen in allen Teilen unseres Landes eine gute Zukunftsperspektive haben.

Ein letztes Beispiel, bei dem besonders deutlich wird, wie verhängnisvoll es gewesen wäre, wenn wir den Vorschlägen und Ratschlägen der SPD gefolgt wären: Ich spreche von der finanziellen Situation unseres Landes und dem klaren Kurs Bayerns, der Staatsregierung und der Mehrheit dieses Landtags zum Abbau der Neuverschuldung. Wir haben dies in diesem Hause seit 1999 gegen Ihren erbitterten Widerstand durchgesetzt. Ich könnte hier der Reihe nach die Reden aufzählen, die Sie zu diesem Thema gehalten haben. Sie haben darin versucht, den Ministerpräsidenten und den Finanzminister zu geißeln, weil Sie diese Politik für völlig verkehrt und falsch gehalten haben. Meine Damen und Herren, heute können wir die Ernte dieses richtigen Kurses einfahren.

Ich gestehe ganz offen, dass dieser Kurs auch für unsere Fraktion nicht immer einfach war. Heute geht es nicht darum, darzulegen, ob jedes einzelne Detail dieses Weges in den letzten sechs bis acht Jahren richtig war. Entscheidend ist, dass wir immer das Ziel im Auge behalten haben, konsequent auf dieses Ziel zusteuerten und keine neuen Schulden mehr gemacht haben.

Es wird sicherlich noch Zeit sein, über die Bilanz von Edmund Stoiber insgesamt nachzudenken.

(Franz Maget (SPD): Da bin ich gespannt!)

Die Durchsetzung des Abbaus der Neuverschuldung zählt jedoch sicherlich zu den großartigsten Markenzeichen seiner Amtszeit.

(Beifall bei der CSU)

Jeder in diesem Hause weiß, dass dies ohne seine Hartnäckigkeit nicht gelungen wäre.

(Franz Maget (SPD): Vorsicht, Herr Kollege Herrmann! Herr Stoiber ist schon ganz unruhig!)

Damit ist es ihm gelungen, bei diesem Thema einen Stimmungsumschwung in ganz Deutschland zu erreichen. Inzwischen verändert ein Bundesland nach dem anderen seinen Kurs. Bundesländer, die noch vor Kurzem immer höhere Schulden aufgenommen haben, halten inzwischen inne und merken, dass es so nicht weitergeht. Die Kommission zur Föderalismusreform II hat inzwischen die ganz selbstverständliche Arbeitsgrundlage, dass in Zukunft keine neuen Schulden mehr gemacht werden sollen. Jetzt geht es nur noch darum, wie die einzelnen hoch verschuldeten Länder einen Weg aus ihren Schulden finden.

Das ist eine beachtliche Entwicklung, die um so höher einzuschätzen ist, als sie im Interesse der nachfolgenden Generationen steht. Die einen oder anderen Bürger, die heute leben, wurden dadurch belastet und haben Zumutungen erfahren. Das war aber trotzdem die richtige Politik in der Verantwortung für die nachfolgenden Generationen.

Herr Kollege Maget, Sie liegen dagegen in Ihrer Bewertung des Haushalts völlig neben den Tatsachen. Die Entscheidungen der letzten acht Jahre zur Haushaltskonsolidierung in Bayern haben dazu geführt, dass wir heute im Vergleich zur Haushaltsstruktur der Jahre 2000 oder 2001 insgesamt eine um zwei Milliarden Euro geringere Differenz zwischen den Einnahmen und den Ausgaben haben. Das bedeutet, wir müssten heute zwei Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen, wenn wir noch die Haushaltsstrukturen des Jahres 2000 hätten. Deshalb ist Ihre Aussage von vorhin völlig falsch: Wenn wir in den letzten Jahren nicht gehandelt hätten, hätten wir heute nicht 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung, sondern wir müssten immer noch Schulden aufnehmen.

(Beifall bei der CSU)

Nur dank dieses konsequenten finanzpolitischen Kurses haben wir heute diesen Spielraum.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Auf wessen Kosten?)

Wenn diese positive wirtschaftliche Entwicklung weitergeht und wenn die Steuereinnahmen stabil bleiben, wird die neue Staatsregierung im nächsten oder übernächsten Jahr noch mehr Spielraum haben und kann noch mehr neue Zukunftsinvestitionen tätigen. Es wäre jedoch der alte Fehler von früher – der ist typisch für Sie, Herr Kollege Maget –, wenn wir heute schon wieder Gelder versprechen würden, die wir gar nicht haben. Deshalb machen wir heute nur ein Programm mit dem Geld, das wir heute haben. Wenn im nächsten Jahr wieder mehr Geld zur Verfügung stehen wird, können wir das nächste Programm auflegen. Das ist seriöse Finanzpolitik. Davon verstehen Sie aber in der Tat relativ wenig.

Meine Damen und Herren, dieses Land steckt voller Chancen. Bayern ist ein Chancenland. Unser Ziel ist es, allen Menschen in unserem Land bestmögliche Chancen zu bieten. Aber Chancen zu bieten ist das eine, Chancen erfolgreich wahrzunehmen das andere. Deshalb ist es auch wichtig, junge Menschen zu motivieren, ihre Chancen wahrzunehmen. Das ist unser Ansatz mit diesem Programm. Wir wollen Chancen vermitteln und gleichzeitig junge Menschen in unseren Bildungseinrichtungen motivieren. Wir wollen ihnen Freude an der Leistung und Freude am Erfolg geben.

Wir brauchen weniger Neid in unserer Gesellschaft, sondern sollten sagen: Toll, da ist jemand, der was leistet, da ist jemand, der sich anstrengt. Wir wollen dieser Gesellschaft den politischen Rahmen dafür geben, dass es jungen Menschen Spaß macht, sich anzustrengen, ihre Talente einzubringen und ihre Chancen wahrzunehmen. Dafür bietet dieses Zukunftsprogramm eine hervorragende Grundlage. Ich bin sicher, dass die Menschen in unserem Land dies zu schätzen wissen.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist auf Erfolgskurs. Heute wird mit diesem Zukunftsprogramm der Kompass für die nächste Etappe eingenordet. Die Marschrichtung, die Edmund Stoiber heute erläutert hat, hat die volle Unterstützung der CSU-Landtagsfraktion. Edmund Stoiber hat mit diesem Programm sozusagen zum Schlussspurt angesetzt.

In zwölf Wochen ist die Staffelübergabe. Am Donnerstag wird die CSU-Landtagsfraktion Günther Beckstein als nächsten Staffelläufer nominieren. Dieses Programm gibt ihm Rückenwind für den Start, meine Damen und Herren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich abschließend aber feststellen: Ministerpräsident Edmund Stoiber hat heute zu Recht auch ein Stück Bilanz gezogen – eine großartige Bilanz, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Heute ist noch nicht der Zeitpunkt – ich sage das noch einmal – für eine zusammenfassende Würdigung oder gar einen Abschied, aber heute besteht wieder einmal Gelegenheit, Dank zu sagen – Dank zu sagen für unermüdliches Engagement, Dank zu sagen für einen mutigen Einsatz, Dank zu sagen für kluge Perspektiven. Die Menschen in Bayern haben in ihrer Gesamtheit heute so gute Zukunftschancen wie nie zuvor in der Geschichte unseres Landes. Bayern ist vital, und Bayern ist fit für die Zukunft. Dazu haben viele und vieles beigetragen, aber in den letzten 25 Jahren seiner Mitgliedschaft in der Bayerischen Staatsregierung und in den letzten 14 Jahren als Ministerpräsident nicht zuletzt,

ja man möchte sagen, wahrlich immer vorne weg Edmund Stoiber.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb kann ich, liebe Kolleginnen und Kollegen, am Schluss dieser Aussprache nur sagen: Respekt und herzlichen Dank und Vergelts Gott, Edmund Stoiber.

(Langanhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat nun Herr Ministerpräsident Stoiber das Wort.

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber: Herr Präsident, ich melde mich bestimmt nicht zu einer umfassenden Zusammenfassung, sondern nur zu einer ganz kurzen Anmerkung am Ende dieser Debatte. Ich war schon immer ein, wie man so schön sagt, Homo politicus. Ich habe mich schon relativ früh in der Schule politisch engagiert. Ich habe aber noch einmal nachgerechnet: Mit 6 Jahren war ich natürlich noch nicht im Landtag politisch aktiv. Ich wurde also nicht 1947, sondern 1974, also einige Jahre später, erstmals in den Landtag gewählt.

(Franz Maget (SPD): Das wird im Protokoll vermerkt!)

– Das wird im Protokoll vermerkt.

Meine Damen, meine Herren, ich verstehe, dass die Kollegen der Opposition an dieser Regierungserklärung Kritik üben. Mein Ziel war und ist, deutlich zu machen, dass wir in jeder Phase vor spezifischen Herausforderungen standen, ob das nun in den Achtziger- oder Neunzigerjahren war oder in diesen Jahren ist. In zehn Jahren stehen wir wieder vor neuen Herausforderungen. Man muss immer wieder in der Lage sein, sich den Herausforderungen zu stellen. Das hatten wir in den Neunzigerjahren gemacht, und das will ich und wollte ich auch mit diesem Programm tun.

Das Programm Bayern 2020 ist eine Zielmarke. Was wird sich bis zum Jahre 2020 verändern? Darüber wird sehr viel geschrieben. 2020 ist eine Marke für Europa, für die G 8, für Deutschland. Jeder richtet sich danach aus und fasst die nächsten 13 Jahre bis zum Jahr 2020 ins Auge. Ich fand etwas schade, dass Sie sich grundlegend ein bisschen zu wenig damit auseinandergesetzt haben, was uns die nächsten Jahre bewegen wird.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Hildegard Kronawitter (SPD))

– Ich sage das ohne Schärfe. Sie können das natürlich machen; das ist doch gar keine Frage. Herr Maget, ich glaube, mit Einzelproblembeschreibungen zu Punkten, in denen die Staatsregierung oder ich nach Ihrer Auffassung versagt haben soll, mit einer solchen Strategie und Taktik werden Sie die Menschen nicht dafür gewinnen können, die Entwicklung mitzugestalten. Es geht doch um Folgendes: Wir haben ein Riesenproblem – das wir heute schärfer sehen als vielleicht vor vier oder fünf Jahren. Das Riesenproblem besteht darin, dass heute Milliarden von Menschen am Globalisierungsprozess teilnehmen, den es vor 20 oder 10 Jahren noch nicht gab. Das wird unser Leben möglicherweise ganz gravierend verändern, weil heute andere Länder wie China und Indien mit uns in Wettbewerb getreten sind und in Zukunft noch stärker treten werden, die gestern noch gar nicht auf dem Markt waren. Wir werden weniger, die anderen werden mehr. Wir müssen natürlich schauen, dass wir mit all dem, was wir haben – –

(Franz Maget (SPD): Das ist doch Allgemeingut!)

– Ja, Allgemeingut! Aber es stellt sich natürlich die Frage: Wo setzen wir an, wie gehen wir die Herausforderungen an? Wir setzen vor allem in der Forschung, in der Hochtechnologie und in der Innovation an.

(Franz Maget (SPD): Kein Widerspruch!)

– Herr Maget, schauen Sie: Ein Land wie Bayern steht natürlich zunächst einmal im Wettbewerb mit den anderen 15 Ländern Deutschlands. Deswegen ist es schwierig, Bayern mit der Nation Finnland zu vergleichen. Finnland ist ein souveräner Staat und hat einen Rahmen, den Finnland selbst ändern kann. Wir dagegen sind ein Teil der Bundesrepublik Deutschland. Vieles wird nicht in Bayern entschieden, sondern in Berlin. Ich nenne ein Beispiel: Im Zusammenhang mit der Umsatzsteuer und Österreich haben wir ein echtes Problem für den Fremdenverkehr. Wir in Bayern würden es gerne lösen. Wenn wir die Kompetenz hätten, würden wir eine stärkere Wettbewerbsgerechtigkeit gegenüber dem österreichischen Fremdenverkehr herstellen. Wir können das aber nicht. Es ist immer ein Problem, uns mit anderen souveränen Staaten zu vergleichen. Deswegen müssen Sie uns mit den anderen Ländern in Deutschland vergleichen.

(Franz Maget (SPD): Kein Widerspruch!)

Da gibt es starke Länder, tradiert starke Länder wie Baden-Württemberg, und es gibt Länder, die einmal stark waren und aufgrund der Strukturprobleme etwas schwächer geworden sind wie Nordrhein-Westfalen. Für mich und für die Menschen ist entscheidend: Das wirtschaftliche Wachstum ist nicht alles, aber ohne wirtschaftliches Wachstum – das haben wir in der Diskussion um das Null-Wachstum gelernt – können wir letzten Endes auch politisch weniger gestalten.

(Franz Maget (SPD): Kein Widerspruch!)

Wir liegen diesbezüglich heute mit an der Spitze. In den beiden Reden haben Sie aber den Eindruck erweckt, als ob wir sozusagen in einem Armenhaus leben würden.

(Franz Maget (SPD): Nein!)

Wir sind das Land mit dem höchsten wirtschaftlichen Wachstum. Wir sind nach Baden-Württemberg – vielleicht erreichen wir im Herbst Baden-Württemberg sogar – das Land mit der niedrigsten Arbeitslosenquote. Baden-Württemberg hat eine Arbeitslosenquote von 4,8 %, Bayern eine Arbeitslosenquote von 5,0 %. Wahrscheinlich werden wir demnächst unter 5 % liegen. Das war nicht immer so. Vor 20 Jahren hatten wir in Ostbayern riesige

Probleme. Heute haben wir auch noch Probleme, aber die Probleme, die wir hatten, haben wir durch unsere Politik ein Stück verringert.

Zur Bildungspolitik. Ich vergleiche, was die anderen Länder, gemessen in Prozent ihres Haushaltsvolumens, für die Bildung ausgeben. Ich stelle fest, dass wir in diesem Bereich ganz vorne liegen. Betrachten Sie die Rankings der Universitäten. Andere Länder haben es nicht gern gesehen, dass zwei der drei Eliteuniversitäten in Bayern sind und dass zwei andere Universitäten, nämlich Nürnberg/Erlangen und Würzburg nahe daran waren.

Kollege Beck hat im letzten Jahr erklärt: Ich habe den verdammten Ehrgeiz, noch an die Bayern heranzukommen. Diese Aussage ist etwas, das wir als selbstverständlich nehmen. Wir sollten uns aber bewusst machen: Kurt Beck, ein Ministerpräsident der SPD, der auch Parteivorsitzender der SPD ist und möglicherweise noch andere Aufgaben anstrebt, hat das gesagt. Wenn sich Herr Beck an der Benchmark Bayern ausrichtet, dann kann das, was Sie gesagt haben, einfach nicht stimmen, dann zeichnen Sie hier ein Zerrbild Bayerns.

(Beifall bei der CSU)

Das spüren natürlich die Menschen in Bayern. Die Menschen, die in Bayern leben, haben Verwandte, Freunde oder Kollegen außerhalb Bayerns. Wenn Sie privat oder beruflich mit Menschen außerhalb Bayerns reden, dann werden Sie immer feststellen, dass die Bayern hoch angesehen sind. Das schafft natürlich auch ein selbstbewusstes Lebensgefühl. Ihr Problem ist dieses Lebensgefühl der Menschen, ein Stück stolz zu sein auf dieses Land, ein Stück stolz zu sein auf die Leistungsentwicklung dieses Landes, ein Stück stolz zu sein auf Kultur, Wirtschaftsstruktur und und und. Sie verkörpern das mit Sicherheit nicht. Die Menschen verbinden dieses Bayern nicht mit Ihnen.

(Beifall bei der CSU – Franz Maget (SPD): Warten Sie nur ab!)

Das ist vielleicht auch ein Stück Vermächtnis: Wenn Sie heute in Hamburg, Berlin oder sonst wo die Menschen fragen: Was verbinden Sie denn eigentlich mit Bayern?, dann wird es eine Reihe von Menschen geben, die an vierter, fünfter, sechster oder siebter Stelle sagen: Sie haben dort auch eine starke CSU. Niemand wird Bayern mit der SPD oder den GRÜNEN in irgendeiner Weise in Verbindung bringen.

(Beifall bei der CSU)

Das ist das, was wir brauchen. Ich wünsche mir, dass das in der Zukunft genauso gewahrt wird – vom Parteivorsitzenden der CSU und dem neuen Ministerpräsidenten. In diesem Sinne alles Gute. Wir werden uns bei vielen Gelegenheiten wieder sehen – natürlich nicht von diesem Platz aus –, aber, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, machen Sie sich keine Sorgen. Ich freue mich schon auf einen anderen Abschnitt meines Lebens. In diesem Sinne alles Gute und viel Erfolg. Ich sage noch einmal: Gott schütze Bayern. Ich sage noch einmal: Bayern muss sich in Gottes Namen weiter optimal entwickeln. Das ist unser gemeinsamer Auftrag – an Sie, an die Mehrheitsfraktion und an alle, die Verantwortung tragen. In diesem Sinne alles Gute. Danke schön.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Ministerpräsident, vielen Dank! Der Tagesordnungspunkt 1 ist damit erledigt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, in Anbetracht der guten Zeitschiene rufe ich noch vier Tagesordnungspunkte auf, zu denen keine Aussprache stattfindet, damit wir morgen nicht in zeitliche Rückstände geraten.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 a auf:

Erste Lesungen zu Gesetzentwürfen, die ohne Aussprache an die jeweils federführenden Ausschüsse überwiesen werden sollen

In der Anlage 1 zur Tagesordnung sind die zur Überweisung anstehenden Gesetzentwürfe aufgeführt. Die Liste enthält auch zu jedem Gesetzentwurf einen Zuweisungsvorschlag hinsichtlich des als federführend angesehenen Ausschusses. Gibt es Änderungsvorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Beschlussfassung über die Zuweisung.

Wer mit der Überweisung der in der Anlage enthaltenen Gesetzentwürfe an die zur Federführung vorgeschlagenen Ausschüsse einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte noch ein bisschen um Aufmerksamkeit. Keine Gespräche in den Gängen! Wir haben nachher den Sommerempfang. Da können Sie sich ohne Einschränkungen unterhalten. Also, ich lasse noch einmal abstimmen: Wer mit der Überweisung einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

(Liste siehe Anlage)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Gesetzentwurf der Abg. Prof. Dr. Gerhard Waschler, Ingrid Heckner u. a. (CSU)
zur Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes (Drs. 15/8231)
– Zweite Lesung –

Eine Aussprache findet nicht statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf der Drucksache 15/8231 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport auf der Drucksache 15/8640 zugrunde.

Der federführende Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe, dass in § 2 als Datum des Inkrafttretens der „1. August 2007“ eingefügt wird. Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Ergänzung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Herr Ministerpräsident, Herr kommender Ministerpräsident. Es wird doch hier nicht Probleme bei der Amtsübergabe geben.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Damit besteht Einverständnis.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das Gesetz so angenommen. Es hat den Titel: „Gesetz zur Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes“.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung zum Entwurf eines Zusatzprotokolls zum Vertrag zwischen dem Bayerischen Staate und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern vom 15. November 1924 gemäß Art. 72 Abs. 2 der Verfassung des Freistaates Bayern (Drs. 15/7745)
– Zweite Lesung –

Eine Aussprache findet ebenfalls nicht statt. Wir kommen sofort zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Staatsvertrag auf der Drucksache 15/7745 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur auf der Drucksache 15/8584 zugrunde. Gemäß § 58 der Geschäftsordnung kann die Abstimmung nur über den gesamten Staatsvertrag erfolgen.

Der federführende Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur empfiehlt die Zustimmung. Wer dem Staatsvertrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen. Dem Staatsvertrag ist damit zugestimmt worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung zum Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Übertragung von Aufgaben nach § 9 Abs. 1 und § 10 Handelsgesetzbuch zur Errichtung und zum Betrieb eines gemeinsamen Registerportals der Länder (Drs. 15/8274)
– Zweite Lesung –

Eine Aussprache findet nicht statt, sodass ich sofort zur Abstimmung kommen kann. Der Abstimmung liegen der Staatsvertrag auf der Drucksache 15/8274 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen auf der Drucksache 15/8627 zugrunde. Gemäß § 58 der Geschäftsordnung kann die Abstimmung nur über den gesamten Staatsvertrag erfolgen.

Der federführende Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen empfiehlt die Zustimmung. Wer dem Staatsvertrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das ebenfalls so beschlossen. Dem Staatsvertrag ist zugestimmt worden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Namen des Landtagspräsidenten und des gesamten Präsidiums lade ich Sie recht herzlich ein, die Aussprache zur Regierungserklärung beim Sommerempfang in Oberschleißheim fortzusetzen. Herzlich dort willkommen. Ansonsten einen schönen Abend. Für heute ist die Sitzung geschlossen.

(Schluss: 16.39 Uhr)

Bayerischer Landtag
15. Wahlperiode

zur 99. Vollsitzung am 17.07.2007

Anlage zur Tagesordnung der 99. Plenarsitzung:

Erste Lesungen
(Tagesordnungspunkt 2a)

Gesetzentwürfe, die ohne Aussprache an die jeweils federführenden Ausschüsse überwiesen werden sollen

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung
   zur Ausführung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (AGGlüStV)
   Drs. 15/8601

   Zuweisungsvorschlag: Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen

2. Gesetzentwurf der Staatsregierung
   zur Änderung des Gesetzes über Spielbanken im Freistaat Bayern
   Drs. 15/8602

   Zuweisungsvorschlag: Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen

Gesetz- und Verordnungsblatt vom 31.07.2007

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier